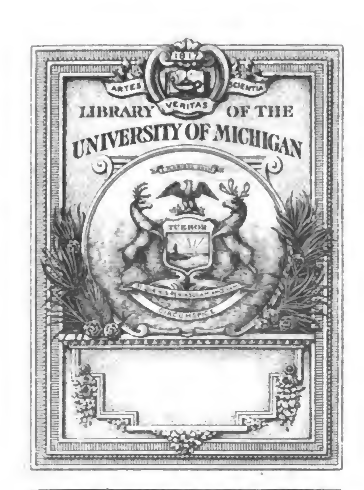
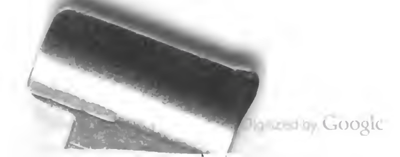
Der nationale Sozialismus, seine Grundlagen, sein ...

Rudolf Jung


1817
ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE



Der nationale Sozialismus

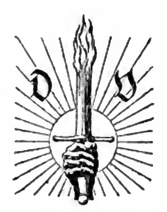
Seine Grundlagen, sein Werdegang und seine Ziele.

Von Ingenieur Rudolf Jung,
Abgeordneter, Mitglied des Prager Parlaments

Leitwort: „Von innerem Range kann in Deutschland nur der Sozialismus in irgend einer Fassung sein.“
Oswald Spengler, „Preußentum und Sozialismus“

Dritte, vollständig umgearbeitete Auflage

11.—15. Tausend.



Deutscher Volksverlag, Dr. E. Boepple, München.

Druck von Dr. F. P. Datterer & Cie., Freising-München

Adolf Hitler
und den Seinen gewidmet.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort 5

Erster Teil. Grundlagen des nationalen Sozialismus.

Deutsches Volk und Reich 7
Wandlungen des Bodenrechts 12
Gemeindewirtschaft im Mittelalter 18
Handwerk und Stadtkultur 18
Gemeindepolitik (Städtische Boden- und Steuerfragen) 23
Handel und Wandel (Vom Geld und Zins) 25
Übergang zur reinen Geldwirtschaft und zum fabrikmäßigen Betrieb . . . 28
Materialismus und Mammonismus 34
Der jüdische Geist. Jüdisches Weltherrschaftsstreben 40
Totengräber Deutschlands 53
Am Tore der Zukunft 59

Zweiter Teil. Werdegang und Urkunden des nationalen Sozialismus.

Einleitung 65
Werdegang des nationalen Sozialismus 66
Urkunden des nationalen Sozialismus 71

Dritter Teil. Ziele des nationalen Sozialismus.

Einleitung 75
Unser Bekenntnis zum Volkstum 76
Freiheitsbegriff und Wehrhaftigkeit 80
Der Erneuerungsgedanke im nationalen Sozialismus 86
Arbeit und arbeitsloses Einkommen 90
Der volle Arbeitsertrag 92
Grundrente und Wertzuwachs 94
Zins 98
Wirtschaftliche Form oder Umsturz? 104
Beseitigung des arbeitslosen Einkommens. Bodenreform, Brechung der Zinsknechtschaft und Vergesellschaftung der Privatmonopole . . . 111
A. Bodenreform und Brechung der Zinsknechtschaft 111
Bodenrechtsreform (Bodenreform) 115
Brechung der Zinsknechtschaft 124
B. Vergesellschaftung der Privatmonopole 133
Genossenschaft und Gewinnbeteiligung, Betriebsräte 137
Der sterbende Parlamentarismus. Neue Formen 142
Deutsches Recht 148
Der deutsche Volksstaat 151
Schlußworte 156
Quellen 159
Nationalsozialistisches Schrifttum 159
Nationalsozialistische Bewegung 160

Vorwort zur dritten Auflage.

Diese neue, nunmehr dritte Auflage ist verhältnismäßig rasch nötig geworden. Die Ursache ist sehr erfreulich; es ist das stürmische Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung, welche in immer weiteren Kreisen als taugliches Werkzeug zur Befreiung unseres Volkes aus Knechtschaft und Schande erkannt wird. Ihre roten Banner mit dem schwarzen Hakenkreuz im weißen Felde verkünden siegverheißend das freie soziale Alldeutschland der Zukunft, das nicht die feigen Waschlappen von Erfüllungspolitikern, sondern ganze Männer schaffen werden; Männer, in deren Adern Blut und nicht Tinte fließt, in deren Herzen Haß und Liebe brennt, kurz Männer, wie es Hitler und die Seinen sind, denen dieses Buch zugeeignet sei, weil sie die Tugenden des Nationalsozialisten, Mut, Tatkraft und Selbstlosigkeit im höchsten Maße besitzen.

Diese Auflage ist abermals neu bearbeitet worden. Da sie vorwiegend für das Deutsche Reich bestimmt ist, wurden alle in der zweiten Auflage enthaltenen Ausführungen über die Sudetenländer nach Tunlichkeit weggelassen. Wenn noch Beispiele aus dem ehemaligen Österreich angeführt erscheinen, so möge man deshalb gegen den Verfasser nicht den Vorwurf des Lokalpatriotismus erheben, denn er hat, soweit sie ihm zu Gebote standen, auch Zahlen aus dem engeren Deutschen Reich verarbeitet und schließlich gehören die deutschen Gebiete des ehemaligen Österreich doch zu Großdeutschland.

Der nationale Sozialismus, dessen Anschauungen uns beschäftigen sollen, ist nicht etwa als Aushängeschild einer Partei zu werten, bestimmt, Wahlstimmen zu ergattern. Er ist viel-

mehr eine Weltanschauung, welche einer großen Volksbewegung Richtung gibt. Die Zugehörigekit zu ihr bietet keinerlei Vorteile, sondern erfordert stete Opferbereitschaft. Was wir von den Unseren verlangen, ist — wie schon vorhin gesagt — Mut, Tatkraft und Selbstlosigkeit. Idealisten sammeln wir um unsere Fahnen und nicht Materialisten, Schaffer und nicht Raffer. Wir fordern den Glauben an unsere Sache und das neue Deutschland, dem sie selbstlos dient und daher auch Einordnung unter Zurückstellung jegliches persönlichen Ehrgeizes.

So möge denn dieses Buch hinaus gehen als Künder und Wegbereiter

Adolf Hitlers und der Seinen!

Troppau, im Maien 1923.

Der Verfasser.

Erster Teil.

Grundlagen des nationalen Sozialismus.

Deutsches Volk und Reich.

Karl der Große hatte noch alle germanischen Stämme im heutigen Frankreich, Oberitalien und Deutschland in einem Staate vereinigt. Unter seinem Sohne Ludwig begann jedoch dieses Reich schon zu zerfallen und wurde schließlich unter dessen Söhnen Lothar, Ludwig und Karl im Jahre 843 durch den Vertrag von Verden geteilt.

Ludwig erhielt neben den westlich vom Rhein gelegenen Bistümern Speyer, Worms und Mainz alle Gebiete östlich des Rheins.

Damit begann die eigene deutsche und französische Geschichte. Das Karolingergeschlecht hatte jedoch mit Karl dem Großen seine Kraft erschöpft. 887 wurde sein letzter Sproß in deutschen Landen abgesetzt. Nach einem Zwischenspiel kam es im Jahre 911 zur Königswahl, wie sie ehedem bei den Germanen üblich war. Aus ihr ging der Frankenherzog Konrad als König hervor, der aber schon 7 Jahre später starb. Nun fiel die Wahl auf den von ihm empfohlenen Sachsenherzog Heinrich, genannt der Finkler oder der Städtegründer.

Unter ihm entstand erst eigentlich das Deutsche Reich und mit ihm das deutsche Volk. Wechselvolle Schicksale waren dieser Schöpfung beschieden. Schon Heinrichs Sohn Otto der Erste ließ sich durch die römische Kaiserwürde blenden und aus dem deutschen Königreich wurde das „Heilige Römische Reich deutscher Nation“. Der unnatürliche Bund mit Rom ist das erste Glied einer unendlichen Kette von Irrungen und Wirrungen. Das deutsche Königtum wäre wie das französische oder englische eine völkische Einrichtung geworden, es hätte die Stammesunterschiede, die unserem Volke anhafteten, überwunden und es so zu einer Einheit verschmolzen. Der undeutsche Kaisergedanke, seinem Wesen nach international, aber hat nur Übles über uns gebracht. Er ist die Ursache der erfolglosen Züge nach Italien, welche unseren

natürlichen Drang nach dem Osten hemmten und die dort einsetzende Siedlungstätigkeit unterbanden. Kurland, Livland, Estland, Polen und die Sudetenländer wären heute deutsch, wenn die Herrscher aus dem sächsischen und salisch-fränkischen Hause und dem glänzenden Staufengeschlechte deutsche Könige geblieben wären. So aber jagten sie dem undeutschen Kaiserwahn nach, der schließlich ja doch nur unter dem Salier Heinrich dem Vierten (1056—1106) zum „Gang nach Kanossa" und zum Untergang des Deutschen Reiches des früheren Mittelalters führte.

Der Bund mit Rom ward nämlich bald zu einem Kampf mit und um Rom, in dem schließlich die Hohenstaufen unterlagen. Ihr Geschlecht ging darin elend zugrunde. Im Jahre 1256 war das römisch-deutsche Kaiserreich zertrümmert. 1273 wurde es durch die Wahl Rudolfs von Habsburg wieder aufgerichtet. Aber es war unter den habsburgischen und lützelburgischen (luxemburgischen) Herrschern tatsächlich nur mehr ein Schatten seiner selbst. Diese Geschlechter waren bloß bestrebt, sich eine möglichst große Hausmacht zu gründen und die größeren Lehensträger machten es ihnen nach. Im Westfälischen Frieden (1648), der den Dreißigjährigen Krieg abschloß, wurden die Fürsten tatsächlich unabhängig, es entstand die unselige Kleinstaaterei. Bis zum Jahre 1806, da Franz der Zweite die deutsche Kaiserwürde niederlegte und die eines Kaisers von Österreich annahm, führte das Reich nur mehr ein Scheindasein. Ein Reichsfürst, wie der Preußenkönig Friedrich der Zweite, konnte z. B. gegen Maria Theresia, die in den habsburgischen Erblanden herrschte, Krieg führen, obzwar deren Gatte deutscher Kaiser war!

Die sächsischen, fränkischen und hohenstaufischen Herrscher haben, wenngleich zumeist hervorragend, ja wie die Sachsen Otto der Erste (936—973) und Otto der Zweite (973—983), der Franke Heinrich der Dritte (1039—1056) und der Staufe Heinrich der Sechste (1190—1197), glänzend begabt, in ihrer Sucht nach der Weltherrschaft den Boden unter den Füßen verloren. Sie haben ihre wirkliche Aufgabe völlig verkannt, in Mitteleuropa ein Reich zu schaffen, das größtenteils aus Deutschen bestehend, die versprengten westslawischen Stämme zu erfassen und einzudeutschen hatte. Sie unterließen es, mit Hilfe wackerer deutscher Bischöfe, die dazu bereit gewesen wären, eine christlich-deutsche Kirche zu schaffen. Das waren ihre staatsmännischen Sünden, unter welchen wir Nachfahren heute nach Jahrhunderten noch leiden müssen.

Die zweite Gelegenheit zur staatlichen Einheit und zur Festigung des Reiches bot sich Jahrhunderte darnach in der Refor-

mation. Sie blieb abermals ungenützt und das ist die Erbsünde der spanisch-klerikalen Habsburger. Der einzige aus diesem Geschlechte, der deutsch fühlte und wenigstens im Bereich seiner Erblande darnach handeln wollte, Josef der Zweite, kam zu spät und lebte zu kurze Zeit.

Die kirchliche Zerrissenheit ist seitdem unser Unglück, der ewige Gegensatz zwischen römisch und lutherisch der tiefere Grund aller kleinstaatlichen Bestrebungen, des sogenannten Partikularismus. Nie können wir so ganz Deutsche werden in dem Sinne, wie etwa der Franzose ein Franzose und der Tscheche ein Tscheche ist, so lange wir in erster Reihe katholisch oder protestantisch sind. Deutsch aus Herzensgrund ist keines von beiden. Dieses könnte es aber wenigstens werden, jenes nie, da es stets seine Befehle aus Rom erhält. Rom aber hat viele Kinder und vergißt gern seinen schlimmen Kindern zuliebe des ohnehin braven Deutschen. Wie hat sich doch der Papst für den Verständigungsfrieden eingesetzt, als — wir siegreich waren; als man uns aber einen schmachvollen Frieden aufzwang, schwieg er und die deutschen Katholiken zogen daraus keine Folgerungen!

Wir haben bereits dargelegt, daß das Deutsche Reich des Mittelalters ein in seinem Wesen übernationaler Staat war. Man darf es aber überhaupt nicht mit einem solchen der Neuzeit vergleichen. Der Staat hatte damals nur wenige Aufgaben; er war bloß ein loser Verband zur gemeinsamen Verteidigung. Alles andere fiel außerhalb seines unmittelbaren Pflichtenkreises. Die Wirtschaft z. B. war ja noch sehr einfach: ursprünglich rein landwirtschaftliche Bedarfsdeckung, dann mit dem Entstehen von Städten Tauschhandel. Erst das spätere Mittelalter bringt mit deren Aufblühen wirtschaftliches Leben im heutigen Sinne: Handel und Gewerbe entstehen und verhelfen den Städten zu Blüte und Macht; sie werden kleine Staaten mit eigener Gerichtsbarkeit, eigenem Münz-, Zoll- und Heerwesen, das auf der wehrfähigen Bürgerschaft und angeworbenen Söldnern fußt.

In den ersten Zeiten des Deutschen Reiches aber ist es überhaupt nicht und auf dem Lande auch in der Blütezeit der Städte nicht so. Der Staat gründet sich vielmehr hauptsächlich auf das Lehenswesen, dessen Träger die Adeligen sind. In den seltensten Fällen aber handelt es sich dabei um den alten Volksadel, der aus dem Freibauerntum hervorwuchs. Der niedere Adel des Mittelalters zumindest, auf den sich das Lehenswesen stützt, ist vielmehr etwas anderes. Er bildet eine eigene Kriegerkaste, deren Angehörige oft aus dem Stande der Unfreien (Hörigen) hervor-

gingen. Mit ihren Mannen leisteten sie dem Aufgebot, dem „Heerbann“, Folge. Zugleich waren sie Staatsbeamte, um einen heutigen Ausdruck zu gebrauchen. Sie pflegten z. B. Gerichtsbarkeit im Namen des Königs. Der Ritter, Graf, Markgraf, Kurfürst, Herzog waren im Frieden staatliche Beamte und Heerführer im Kriege. Ihre Bezahlung erfolgte durch Verleihung von Grund und Boden, den die unfrei gewordenen Bauern für sie bebauen mußten. Sie waren also Nutznießer arbeitslosen Einkommens, der sogenannten „Grundrente“, hatten aber einen Rechtstitel dafür: ihre Leistungen für den Staat, für die Allgemeinheit. Sie erhielten den Boden ursprünglich auch nicht zu dauerndem Besitztum, sondern als „Lehen“, d. h. geliehen.

Die Lage der hörigen Bauern war zuerst nicht sehr drückend. Als jedoch die Lehen ihrem ursprünglichen Zweck zuwider erblich wurden, da ging es auch den Bauern immer schlechter. Die Erblichkeit der Lehen ist die erste, die Verkäuflichkeit des Bodens die zweite Stufe auf dem Wege zum heutigen falschen Bodenrechte. Dieses aber bildet — wie wir noch sehen werden — die tiefere Ursache aller sozialen Bewegungen der Neuzeit, deren erst der Bauernkrieg (1525) war.

Die Entdeckung Amerikas leitete das Zeitalter des Kapitalismus ein, das durch den Übergang von der Bedarfsdeckungs- und Tauschwirtschaft zur Geldwirtschaft gekennzeichnet ist. Der Landadel verarmt mit Ausnahme der großen Grundherren, die Bürger der Städte aber werden durch Handel reich. Es beginnt die Herrschaft des Geldes und Zinses. Die Fugger und Welser entsprechen den heutigen Rothschilds — allerdings mit einigen wichtigen Unterschieden, die wir wohl nicht näher erörtern müssen.

Der 30jährige Krieg (1618—1648) — entstanden aus dem Glaubenszwist und der Selbstsucht der Fürsten — machte Deutschland zum Tummelplatz aller möglichen Völker und stürzte es in namenloses Elend. Der Westfälische Friede ließ es ohnmächtig zurück. Wer immer sich ein Stück aus dem Leibe Germanias reißen wollte, konnte es ungestraft tun und fand sicher deutsche Fürsten, die ihm dabei behilflich waren. So raubte Ludwig der Vierzehnte von Frankreich das Elsaß. Das deutsche Reichsland Lothringen wurde später von den Habsburgern an Frankreich verhandelt, um Maria Theresia zu ihrem Gemahl, Franz Stefan, zu verhelfen. Wenn Bismarck 1871 Elsaß und Lothringen zurückholte, so war dies keine Eroberung oder „Annexion“, wie das Ding heute heißt; dagegen war es wohl eine solche, wenn man beide Landschaften (Provinzen) — wie es am 28. Juni 1919

zu Versailles geschah — ohne Volksabstimmung kaltblütig Frankreich zusprach.

Langsam erfolgte nach dem entsetzlichen Zusammenbruch des 30jährigen Krieges der Wiederaufstieg unseres Volkes in Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft. Staatlich blieb es aber ohnmächtig. Auch die Napoleonischen Kriege brachten ihm nicht die lang ersehnte Einigung. Sie blieb Bismarck und durch ihn Preußen vorbehalten, das unter dem Großen Kurfürsten und seinen Nachfolgern, besonders Friedrich dem Großen, langsam neben Habsburg zur zweiten deutschen Großmacht herangewachsen war, 1866 den notwendigen Waffengang mit Österreich, 1870 den mit Frankreich wagte und so das neue Deutsche Reich begründete, dessen jetzigen tiefen Fall jeder volksbewußte Deutsche betrauert.

Was allen anderen Völkern mit vollen Händen gegeben ward, uns blieb es verwehrt: Frei über unsere staatliche Zugehörigkeit zu bestimmen. Wir wurden verhandelt wie das liebe Vieh; man sprang mit uns im Jahre 1919 um wie — anno 1648 mit unseren Vorfahren. Wir sollen das Knechtsvolk der Erde sein!*)

*) Durch die Friedensdiktate von Versailles und St. Germain wurden abgetreten:

	Deutsche insgesamt:	Davon im geschlossenen Siedlungsgebiet:	Fläche in qkm
vom Deutschen Reiche			
Memelgebiet	71 114	71 114	2 447
Freistaat Danzig	315 705	315 705	1 932
Polen	1 099 492	586 622	13 500
Tschechien	6 519	—	—
Frankreich	1 634 260	1 614 000	13 500
Belgien	50 387	50 387	830
Dänemark	40 139	18 000	650
Summe für das Deutsche Reich	3 217 616	2 655 828	32 859
von Österreich-Ungarn			
Deutschösterreich	6 030 825	6 030 825	83 944
Tschechien	3 740 943	3 122 839	26 869
Italien	258 764	228 447	7 318
Ungarn	337 927	26 734	506
Südslawien	1 010 000	10 219	164
Rumänien	493 256	—	—
Polen	136 891	—	—
Freistaat Fiume	2 315	—	—
Summe für Österreich-Ungarn	12 010 921	9 419 064	118 801
Grenzlanddeutschtum	15 228 537	12 074 892	151 660
Dem Deutschen Reiche verblieben	58 500 000	58 500 000	474 304

Fortsetzung Seite 12

Deutschlands jetzigen und gleichzeitig tiefsten Fall und seine Ursachen wollen wir in einem eigenen Aufsatz behandeln. Führen wir uns nochmals kurz die hauptsächlichsten Merkmale unserer Geschichte vor Augen: Wir waren — von kurzen Zeiten abgesehen — stets staatlich zerrissen und ohnmächtig und bleiben es, scheints weiter, weil wir immer internationalen Wahngedanken nachjagen, statt uns auf den Boden der Tatsachen zu stellen. Dieser Internationalismus zerriß uns auch kirchlich, was bei keinem anderen Volke zutrifft. Die heutige ungesunde Bodenverteilung weiters ist geschichtlich begründet und hat schon früher ihre Wirkungen geäußert. Endlich rührt auch die Überschätzung des Geldes nicht erst von heute her. Diese drei Dinge seien herausgehoben, weil sie uns noch einige Male beschäftigen werden. Vor allem wenden wir uns dem Bodenrecht zu.

Wandlungen des Bodenrechts.

Im vorhergehenden Abschnitt erwähnten wir, daß die ehemals freien Bauern, die die Masse des deutschen Volkes bildeten, unfrei oder hörig geworden waren. Unter dem Druck der Verhältnisse begaben sie sich nach und nach des Verfügungsrechtes über ihr Hab und Gut, später auch über ihre Person und die ihrer Angehörigen (Leibeigenschaft). Wie ist es dahin gekommen? Ursprünglich war aller Boden Gemeinbesitz. Er gehörte der „Markgenossenschaft", das ist der Dorfsiedlung. Das germanische Recht ist ausgesprochenes Genossenschaftsrecht. Nur Haus, Hof und Garten galten als „volles oder echtes Eigen", als „Erbe", das heißt Erarbeitetes. Selbst als auch die Ackerflur in Eigenbesitz überging, blieben Wiese, Weide, Wald und Wässer Gemeinbesitz.

Diese Verhältnisse sind heute noch in einzelnen Gegenden

Einen Anteil am geschlossenen deutschen Sprachgebiete hatten außerdem noch

Staat:	Deutsche Bewohner	davon zum geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet gehörig	Fläche in qkm
Niederlande	5 800 000	5 800 000	32 971
Schweiz	2 781 000	2 664 000	23 800
Luxemburg	275 000	275 000	2 586
Liechtenstein	11 800	11 800	159
Belgien	77 395	23 141	610
Summe	8 945 195	8 773 941	60 126

Das geschlossene deutsche Sprachgebiet in Mitteleuropa umfaßt demnach 686 090 qkm mit 79,3 Millionen Deutschen.

Deutschlands vereinzelt erhalten in der „Allmende". Neben den kleinen Grundbesitzern, den Freibauern, die eine Hufe von 30 bis 40 Morgen (7½ bis 10 ha) besaßen, gab es stets schon größere. Es waren das die Angehörigen einzelner Sippen, die sich auf den Wanderzügen der Germanenstämme und im Kampfe mit den Römern mehr hervorgetan hatten, die Heerführer stellten und als adelig galten. Sie hießen „Edelinge" und bildeten den altgermanischen Volksadel. Ihr Grundbesitz war zu groß, als daß sie ihn selbst mit ihren Gesippen (Familienmitgliedern) bebauen konnten; das taten vielmehr Kriegsgefangene, Knechte, Sklaven.

Nur mit dem Besitz an Grund und Boden waren staatsbürgerliche Rechte verbunden. Er legte jedoch auch Pflichten auf, vor allem die des Kriegsdienstes als vornehmste aber auch härteste. Wehrpflicht erst gab Staatsbürgerrecht! Der ständige Waffendienst wurde jedoch dem Bauer zu hart. Er verzichtete daher auf seine Freiheit und begab sich unter die Obhut eines größeren Grundbesitzers, wurde hörig. Als Höriger leistete er keinen Waffendienst, den nahm ihm sein Herr ab, der mit seinen Mannen, den Reisigen, Knappen oder Knechten, auf der Burg hauste. Der Bauer übernahm dafür die Verpflichtung, einige Tage der Woche die Felder seines Herrn zu bestellen, zu „fronden" oder „robotten" und überdies den zehnten Teil der Ernte seines eigenen Besitzes, den Zehnten oder „Zehent" abzuführen. Die Frondienstpflichtigen bilden die Fronhofgenossenschaft und haben ein eigenes Gericht, das Grundholdengericht. Der Genossenschaftsgedanke lebte also unvermindert auch unter den Unfreien.

Das Hörigentum der Bauern bedingte hinwiederum das Entstehen einer eigenen Kriegerkaste, der Ritter, so genannt, weil sie den Heeresdienst zu Pferde leistete. Sie setzte sich auch aus ursprünglich Unfreien zusammen. Sie wurde von den Bauern ernährt, lebte also nicht von eigener Hände Arbeit, sondern bezog „Grundrente". Die Ritter waren der niederste Adel. Neben den Grafen, Markgrafen, Fürsten, Herzogen stellten sie den Beamten- und Offizierstand des mittelalterlichen Staates dar, dessen Hauptmerkmal das Lehenswesen bildet. Der hörige Bauer ist gewissermaßen Lehensmann eines Ritters, dieser wieder entweder unmittelbar des Kaisers (Reichsritter) oder eines höheren Adeligen. Grundsätzlich kommt durch das Lehenswesen noch immer die altgermanische Anschauung zum Ausdruck, daß der Grund und Boden nicht Einzelbesitz sondern Eigentum der Gesamtheit ist und daß der einzelne ihn nur zu Lehen, d. h. geliehen hat. Er ist Empfänger der Grundrente. Dafür aber obliegen ihm Leistungen für die Allgemeinheit,

sei es nun Kriegsdienst oder dergleichen. Neben dem Adel hatte vorwiegend die Kirche, wie Klöster und Bistümer, Grundbesitz. Auch unter ihren Schutz begaben sich die Bauern und lieber als in den des weltlichen Adels. „Unter dem Krummstab läßt sich gut leben", hieß es damals. Auch die reich begüterte Kirche hat jedoch die Grundrente keineswegs ohne Gegenleistung eingesteckt. Mönche haben die Wälder gerodet, Kunst und Wissenschaft gepflegt, Unterricht erteilt; Bischöfe und Äbte waren Staatsmänner oder fochten als Heerführer die Schlachten mit; ja den meisten war das Schwertschwingen lieber als das Messelesen. Manche dieser mittelalterlichen Bischöfe waren Prachtgestalten und standen zumeist treuer zu Reich und Kaiser selbst gegen den Papst als die weltlichen Fürsten!

Bis etwa um 1400 war das Los der Hörigen erträglich. Da es genug ungenützten Boden gab, so konnten sie sich einem zu harten Drucke entziehen. Wer frei sein wollte, mochte eine „Königshufe" erwerben (160 bis 180 Morgen, d. i. 40 bis 45 ha), indem er Wald- oder Ödland urbar machte oder er zog in die nach und nach entstehenden und rasch aufblühenden Städte („Stadtluft macht frei") oder nach dem Osten, wo das größte Siedlungswerk des deutschen Volkes im Mittelalter eingesetzt hatte.

Die Ostlandsiedlung beginnt mit der Ausbreitung des Deutschtums über die Elbe unter den zwei ersten deutschen Königen, Heinrich und Otto dem Ersten. Aber schon Otto der Zweite gab sie wieder auf, um dem Kaiserwahn nachzujagen. Glücklicherweise waren die Markgrafen Konrad von Wettin, Albrecht der Bär u. a. Männer von Schrot und Korn, welche die Grenzen der ihnen unterstellten Gebiete weiter ausdehnten. Von den deutschen Kaisern aber kam keine Unterstützung und so wäre wohl das begonnene Werk doch zugrundegegangen, hätte es nicht der deutsche Ritterorden im Jahre 1230 aufgenommen. Mangels der nötigen Hilfe von seiten des Reiches gelang ihm leider nicht auch die Besiedlung Kurlands und Livlands mit Bauern. Aber vieles hat doch die Ostlandsiedlung geleistet; ein großer Teil des heutigen Preußen ist ehedem slawisches Gebiet, ja auf seinem Boden ist aus der Mischung verschiedener Stämme im harten Ringen mit der Natur und allerlei Feinden uns der nachmals zäheste, tüchtigste und nüchternste deutsche Stamm erwachsen. (Den Berliner darf man natürlich ebensowenig als seinen Vertreter ansehen, wie den Wiener als Vertreter der Süddeutschen. Die Bevölkerung der Großstädte besteht zu einem guten Teil aus Rassengesindel!)

Mit der Erblichkeit der Lehen, der Absperrung der Städte

gegen weiteren Zuzug vom Lande und dem Aufhören der Ostlandsiedlung nach der Schlacht von Tannenberg (1410) in der der deutsche Ritterorden gegen die Polen unterlag, wird die Lage des hörigen Bauern unerträglich. Durch keine stärkere Macht mehr gehemmt, eignet sich nun der Adel immer mehr Rechte an. Daß er früher keine anderen Lasten zu tragen gehabt hatte, war begründet, weil ja der Kriegsdienst die schwerste war; mit dem Aufhören der Ritterheere und ihrem Ersatz durch Söldnertruppen, die „Landsknechte", aber ward seine Steuer- und Abgabenfreiheit aus einem Recht zum Vorrecht und daher Unrecht. Die Grundrente, vorerst berechtigt, weil an Leistungen gebunden, wird nun unberechtigt als arbeitsloses Einkommen bezogen. Durch Heirat, Schenkung und nackten Raub vergrößert sich der Besitz der reicher begüterten adeligen Sippen und der Kirche ins unermeßliche, während der kleine Ritter zum Bettler und Räuber, der Bauer zum leibeigenen Knecht wird. Der größte Großgrundbesitz von heute (Latifundienbesitz) entspringt solchen Quellen.

Zu Ausgang des Mittelalters setzten Umwälzungen auf allen Gebieten ein. So beseitigte die Erfindung des Schießpulvers die Ritterheere; die erstarkende Fürstenmacht drückte die Kaiserwürde zu einem bloßen Schein herab und machte das Reich zu einem ohnmächtigen Bund von Kleinstaaten. Um 1500 waren es wohlgezählte 1786 mit allen möglichen Verfassungen und Rechten. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen das mit dem Humanismus aus Welschland eindringende Römische Recht sich verhältnismäßig leicht durchsetzte. Dem gelehrten Richter gegenüber, den es bedingte, war der einfache Mann so gut wie schutzlos; er verstand die fremde (lateinische) Sprache und die neuen Formen nicht, auch war die Rechtsprechung sehr kostspielig geworden. So wurde sie nur ein Mittel zur völligen Unterdrückung der Armen, die vergeblich Recht suchten. Über die Zustände im damaligen Rechtswesen urteilt Luther in seinen Tischreden: „Heißt das juristisch, der also handelt und damit umgeht, daß er die Leute müde macht, daß sie müssen vom Recht ablassen? — — — Es wäre kein Wunder, daß Gott ließe die Welt versinken um solcher Schandjuristen willen; man sollte solchen stolzen Tropfen und Rabulisten die Zunge aus dem Halse reißen. Also machen sie, daß sich kein armer Mann des Rechts darf trösten."

Die Allmende war den Dörfern geraubt worden. Zu diesem Unrecht gesellte sich als eines der drückendsten Rechte das Jagdrecht der Herren; 1494 z. B. ließ ein Herr von Eppstein einen Bauern hinrichten, weil er „Krebse gefangen" hatte und Herzog

Ulrich von Württemberg ließ jedem Jagdfrevler die Augen ausstechen. Die Verhältnisse drängten geradezu zur gewaltsamen Entladung. 1493 bildete sich im „Bundschuh" die erste Bauernvereinigung. Sie wurde gewaltsam unterdrückt. 1514 folgte ihr im „Armen Konrad" die zweite. 1525 brach — begünstigt durch die zu gleicher Zeit einsetzende religiöse Bewegung — das Ungewitter los im „Großen Bauernkrieg". Die zuchtlosen Bauernhaufen, des Krieges entwöhnt und unfähig, sich einer geregelten Führung unterzuordnen, sengten, mordeten und plünderten. Ihre begabten Führer, die zu ihrer gerechten Sache übergetretenen Ritter, Florian Geyer und Wendelin Hipler, vermochten nicht, sie im Zaume zu halten. So wandte sich denn schließlich alles gegen sie und die Erhebung wurde in einem Meere von Blut erstickt!

Bezeichnend für die soziale Lage der Bauern waren ihre Forderungen, deren wichtigste folgendermaßen lauteten:

1. Aufhebung der Leibeigenschaft;
2. Regelung der Frondienste, Zehenten und der Sterbefallabgabe. Gerichtliche Strafen und Bußen sollen nicht willkürlich erhöht werden;
3. Freiheit der Jagd auf Wild, Vögel und Fische im fließenden Gewässer, soweit dieses nicht erkauft ist;
4. Wälder, Wiesen und Äcker, die Gemeindeeigentum gewesen sind, sollen wieder der Gemeinde zufallen.

Wie man sieht, sind dies durchwegs maßvolle Forderungen. Die Bauern wären mit ihnen auch durchgedrungen, wenn sie sich vernünftig aufgeführt hätten; standen ihnen doch weite Kreise der Bevölkerung wohlwollend gegenüber. Aber es ging ihnen so wie den marxistischen Klopffechtern des Klassenkampfes heutzutage: Hat man erst mit dem radikalen Schlagwort begonnen, so bleibt das radikalere nicht lange aus und hat als entschieden zugkräftigeres bald die Massen hinter sich. Das Ende ist die unvermeidliche Niederlage. Dort die der Bauern, hier die restlose Waffenstreckung vor dem westlichen Kapitalismus, wie wir sie in unsern Tagen erleben.

Die Aufhebung der Leibeigenschaft erfolgte in den habsburgischen Erblanden durch Josef den Zweiten, in Preußen erst 1807, die Beseitigung der Robott gar erst Mitte des 19. Jahrhunderts, nachdem Kudlich im Kremsierer Reichstag seinen bekannten Antrag eingebracht hatte. Die Bauern tauschten aber, da die Rechte abgelöst werden mußten, tatsächlich dadurch nur den adeligen Grundherrn gegen den jüdischen Wucherer ein!

Das alte deutsche Bodenrecht machte eine Verschuldung im heutigen Umfange unmöglich. Es unterscheidet im Gegensatz zum heutigen streng zwischen den Werken von Menschenhand und den Geschenken des Himmels. Fahrende Habe, d. i. bewegliches Gut, ist z. B. alles, „was die Fackel brennt", also auch das heute zum unbeweglichen Eigentum zählende Haus. Noch am 23. Juli 1759 entschieden die Schöffen des Breidenbacher Grundes, „daß nach hiesigem Landbrauch auch steinerne und gemauerte Häuser als fahrende Habe betrachtet werden". Dieses Bodenrecht sicherte wenigstens bis etwa 1400 ungeschmälert jedem freien Zugang zur Natur und dadurch die Möglichkeit, sich seinen Lebensunterhalt verhältnismäßig leicht zu erwerben. Um 1300 z. B. verdiente ein Taglöhner in der Aachener Gegend täglich den Anschaffungspreis zweier Gänse; am Niederrhein konnte er um 1480 sich nebst freier Kost täglich 2¼ Liter Roggen, 2 Pfund Kalbfleisch und eine große Kanne Milch anschaffen und erübrigte noch soviel, daß er in vier Wochen sich 1 Paar Schuhe, 6 Ellen Leinwand und eine Arbeitsjacke kaufen konnte; in Sachsen verdiente zur selben Zeit ein Taglöhner wöchentlich 6—8 Groschen. Dagegen kostete ein Schaf 4 Groschen, ein Paar Schuhe 2 Groschen.

Römisches Recht und Geldwirtschaft haben neben dem Verfall des Lehenswesens die heutige ungesunde Bodenverteilung, das Grundbesitzmonopol einiger Familien geschaffen, das zur Quelle vielen Elends wurde. Im alten Österreich z. B. gab es nach dem Stand vom 3. Juni 1902 insgesamt 2 856 348 Grundbesitze mit 28 140 000 ha Grundfläche. Davon waren 2,3% ohne Äcker und Wiesen, 48,9% hatten unter 2 ha, 27,3% besaßen 2—5 ha, 12,2% bis zu 10 ha. Der nicht marktfähige Grundbesitz machte also 90,7% aus. 6,7% hatten 10—20 ha, 2,2% 50—100 ha und 0,4% über 100 ha zur Verfügung. Unter den letztgenannten befanden sich 721 (= 0,0252%) Größtbesitze (Latifundien) von über 2000 ha, mit insgesamt 3 734 000 ha, d. i. 13,2% der gesamten Grundfläche. Wenn auch ein bedeutender Teil dieses Besitzes aus Waldungen bestand, so ist es doch klar, daß diese 721 Großgrundbesitzer viele Tausende von Bauernsippen verdrängten.

Die größten dieser Latifundien waren u. a.: Fürsten Liechtenstein 247 000 ha, Fürsten Schwarzenberg 232 000 ha, Teschener Kameralverwaltung 71 000 ha, Benediktinerorden 68 000 ha, Grafen Czernin 62 000 ha, Fürsten Colloredo-Mansfeld 61 000 ha, Fürsten und Grafen Kinsky 58 000 ha, Grafen Thun-Hohenstein und Thun-Salm 54 000 ha usw.

Dieser Größtgrundbesitz schädigte die Massen unseres Volkes wirtschaftlich und leiblich, da die Agrarpolitik seinen Bedürfnissen angepaßt war. Sie mußten teuerer und schlechter leben, weil er es so wollte. Er hinderte weiters den Zutritt breiter Bevölkerungsschichten zur Scholle. Die Löhne, die er zahlte, förderten überdies die Landflucht und hatten den Massenandrang zu den Städten zur Folge und mit ihm das Wohnungselend mit seinen Begleiterscheinungen: Massenkrankheiten, Säuglings- und Kindersterblichkeit, leiblichem, geistigem und sittlichem Verfall breiter Massen unseres Volkes. Dadurch schädigte er uns mittelbar in völkischer Hinsicht. Aber er tat es auch unmittelbar, da er besonders in den Sudetenländern, wo er ja hauptsächlich saß, jede planmäßige Innensiedelung, d. h. Förderung des Kleingrundbesitzes, unmöglich machte, uns Deutschen dadurch den Weg zum Boden versperrte, uns in weiterer Folge zum Los der Minderheit verdammte und dadurch mit unser jetziges Unglück verschuldete. Überdies ging diese geistig und sittlich entartete Kaste bekanntlich politisch mit dem Slawentum Arm in Arm. Eine Ironie des Schicksals will es, daß nun gerade die von ihr so geförderten Tschechen die ersten sind, die ihr an den Kragen gehen. Freilich, die tschechische „Bodenreform" ist ein gar eigenartiges Gewächs. Ihr durchsichtiger Zweck liegt keineswegs in der Förderung der Innensiedlung an und für sich, sondern im planmäßigen Zerreißen und Durchsetzen geschlossenen deutschen Siedlungsgebiets. Mit ihr haben wir Verfechter einer Reform des Bodenrechtes (Bodenreform) nichts gemein. Sie ist unverfälschtes Hussitentum wie alles im Tschechenstaate. Eine wirkliche Innensiedlung, die keinen Raub an deutschem Besitzstand bedeutet, ist auch auf diesem Gebiete hier nur nach Erringung der Selbstverwaltung möglich. In deutschen Landen aber bedeutet die Rückkehr zum deutschen Bodenrechte den Beginn des Wiederaufstiegs unseres Volkes. Dieses erst ermöglicht es ja, daß jede Sippe ihr eigen Heim besitzt und damit Anteil hat am Schönsten, was es gibt, an der Heimat. Ein Volk aber, das frei auf freiem Grunde lebt, ist unüberwindlich!

Gemeindewirtschaft im Mittelalter.

Handwerk und Stadtkultur.

Nicht nur im Bodenrecht, auch in vielen anderen Dingen läßt sich ein gewaltiger Umschwung feststellen, wenn wir die heutigen Zeiten mit den früheren vergleichen. Der Vergleich fällt, nehmen wir es gleich vorweg, durchaus nicht zugunsten der Jetzt-

zeit aus. Wie es ursprünglich kein Privatmonopol an Grund und Boden gab, so war auch keines über Bodenschätze möglich. Das Bergrecht stand vielmehr, wie das Münz-, Zoll- und Marktrecht, nur dem König als Vertreter der Gesamtheit zu. Im „Sachsenspiegel" heißt es: „Al schacz, under der erden begraben, tiefer den ein pflug geht, der gehöret zu der kuniglichen gewalt." Die Hebung der Bodenschätze wurde als Lehen vergeben. Da das Lehensrecht nur Nutzungs- nicht aber Eigentumsrecht ist, so verlor auch derjenige, der den Betrieb nicht ordnungsmäßig aufrecht erhielt, jedes Anrecht darauf. So bestimmt das Bergrecht des böhmischen Königs Wenzel des Zweiten (1283—1305):

„§ 5. Ist aber, daß etliche Bergleute ihre Silbergruben nicht bearbeiten — — — so sollen unsere Arbeiter sich deren unterwinden (sie einziehen). Es gehört uns an, daß niemand solle sein Bergwerk unbearbeitet lassen und des nicht gebrauchen."

Die tägliche Schicht der Häuer und Schmelzer betrug bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts 6 Stunden, der Wochenlohn 10 Groschen. Überstunden gab es nicht. Erst später stieg die Arbeitszeit auf sieben, im 16. Jahrhundert langsam auf acht Stunden. Diese verstanden sich aber immer einschließlich der Ein- und Ausfahrt.

Das Handwerk entfaltete sich erst in den Städten; auf dem Lande war jeder sein eigener Handwerker. Sein Ursprung ist in der Fronhofswirtschaft zu suchen, wo zuerst Arbeitsteilung einsetzte.

Auch im städtischen Handwerk lebt der altgermanische Genossenschaftsgedanke weiter. Er findet seinen Ausdruck in den Zünften, die sich nicht allein mit Ein- und Verkauf der Waren, Festsetzung der Preise u. dgl. Dingen beschäftigten, sondern bis ins Leben des einzelnen eingriffen. Mitglied der Zunft, d. h. zum Gewerbe zugelassen, wurde nur ein ehelich Geborener deutscher Herkunft, dessen Ehrenschild blank war. So heißt es im Zunftrecht der Stadt Libau 1649:

„In dem Geburtsbrieff (des Meisters) aber soll bezeuget sein, daß derselbe Niemand eigen, sondern redlicher teutscher und nicht unteutscher Geburth. — — Es soll sich auch keiner mit unteutschen Hurenkindern oder berüchtigten Personen befreyen bey Verlust des Ampts." — — Wer als Lehrling aufgenommen werden wollte, hatte „alle seine ehrliche teutsche Geburth" zu erweisen.

Die Zünfte wurden geradezu allmächtig; kein Papst, kein Kaiser hatte ihnen in ihre Angelegenheiten dreinzureden. Die Lehrlinge wurden nicht vom einzelnen Meister, sondern von der Zunft aufgenommen; ihre Zahl war beschränkt. Ein Meister, der einen Lehrling so schlecht behandelte, daß er ihm entlief, durfte

erst dann auf einen neuen Anspruch erheben, sobald des Entlaufenen Lehrzeit um war.

Die Gesellen hatten ebenfalls ihre Verbände. Sie waren wie die Zünfte aus dem germanischen Genossenschaftsgedanken heraus gewachsen. Der arbeitsame Geselle wurde unterstützt, der kranke gepflegt, der wandernde in jeder Stadt von seiner Zunft aufgenommen und mit Arbeit versorgt.

Auch die Gesellenverbände wurden derart mächtig und angesehen, daß sie Ehre und Lebenshaltung ihrer Angehörigen wohl zu schützen vermochten. So erließen im Jahre 1471 die Leipziger Schusterknechte, als sie sich von Angehörigen der Universität beleidigt fühlten, einen förmlichen Fehdebrief, der folgendermaßen begann: „Wir Nachgeschriebene tun kund allen und jeglichen Studenten der Universität Leipzig, welches Wesens sie sind, Doktoren, Lizentiaten, Magister oder Bakkalaurii, geistlich oder weltlich, jung oder alt, klein oder groß, daß wir Eure Feinde worden sein und sein wollen.“ Auch Arbeitskämpfe gab es und nicht nur des Lohnes wegen. So begannen die Bäckergesellen von Colmar 1445 einen zehnjährigen Streik, weil man ihnen in der Fronleichnamsprozession die übliche Stelle verweigerte. Im ganzen Rheinland sammelten die Handwerksknechte für die um ihre Ehre kämpfenden Bäcker, die schließlich siegreich blieben.

In der Woche wurde durchschnittlich nur an vier Tagen gearbeitet. Zu den zahlreichen kirchlichen Feiertagen, die reichliche Muße gewährten, kam noch der „Blaue Montag“ (vom Blau der Fastenzeit) dazu.

Der Lohn war hoch. So konnte um 1500 in Niederösterreich ein Maurer- oder Zimmergeselle von seinem Taglohn im Sommer 10, im Winter 8 Pfund Rindfleisch kaufen. In Augsburg konnte man um den Taglohn 5—6 Pfund Fleisch, 1 Maß Wein, 1 Mandel Eier und 3 Laib Brot erstehen. In Meißen erhielt der Maurergeselle wöchentlich 5 Groschen „Badegeld“, während ein Scheffel Korn nur etwas über 6 Groschen kostete. Oft wurde anstatt des Lohnes auf den dritten oder halben Pfennig gearbeitet, d. h. der Geselle teilte sich mit seinem Meister im Verhältnis 1:2 oder 1:1 in den Ertrag der gemeinsamen Arbeit. Es bestand also Gewinnbeteiligung.

Die Ernährung war gut. Das „gewöhnliche Volk“ hatte selten bei einer Mahlzeit weniger als vier Gerichte. Die Landesordnung der Herzoge Ernst und Albert von Sachsen schreibt als Höchstlohn vor:

„Für einen Handarbeiter mit Kost wöchentlich 9, ohne Kost 16 Groschen. Denen Werkleuten sollen zu ihrem Mittag- und

Abendmahle nur vier Essen: an einem Fleischtage eine Suppe, zwei Fleisch und ein Gemüse; auf einen Freitag und einen anderen Tag, da man nicht Fleisch isset: eine Suppe, ein Essen grüne und dörre Fische, zwei Zugemüse; so man fasten müsse, fünf Essen: eine Suppe, zweierlei Fisch und zwei Zugemüse und hierüber 18 Groschen, denen gemeinen Werkleuten (Hilfsarbeitern) 14 Groschen wöchentlicher Lohn gegeben werden; so aber dieselben Werkleute bei eigener Kost arbeiten, so solle man dem Polierer nicht über 27 und dem gemeinen Maurer über 23 Groschen geben."

Das ganze reichliche Essen kostete also wöchentlich — 9 Groschen!

Die Städte blühten nicht nur durch das Handwerk, sondern auch durch den Handel auf. Sie entstanden ja — soweit sie nicht auf römische Siedlungen zurückgingen — dort, wo sich Gelegenheit zu Märkten bot. Die Kaufleute genossen daher auch eine Ausnahmestellung im Recht. Sie konnten das sogenannte Gastgericht anrufen, das zwar nur über Schulden und fahrende Habe, dafür aber zumeist am selben, spätestens jedoch am dritten Tage seinen Spruch fällte. Ihm stand die Stapelpflicht gegenüber, d. h. die Verpflichtung, die Waren anzuhalten und durch das heimische Frachtgewerbe weiter befördern zu lassen.

Alle Geschäfte, bei denen die Ware nicht vorhanden war — also jeder Spekulations- und Terminhandel — waren verboten!

Die Warenpreise waren zumeist festgesetzt — ohne, daß die Höchstpreise ein Verschwinden der Ware herbeiführten — das Gewicht wurde nachgewogen. Für Schwindler und Fälscher waren sehr nachahmenswerte Strafen festgelegt. Vor allem kam jeder an den Pranger und mußte dort unter Hohn und Spott seine Ware selbst feilhalten, oder er wurde — wie es dem Bäcker geschah — geschupft, d. h. in einem Käfig in einen schmutzigen Tümpel getaucht. Hatte jemand verwässerte Milch verkauft, so goß man ihm durch einen Trichter soviel davon ein, als er noch ohne Lebensgefahr vertrug. Verkaufte jemand faule Eier, so wurde er an den Pranger gestellt und mit ihnen beworfen usf.

In Handel und Gewerbe waren auch viele Frauen selbständig tätig. So weist z. B. die Steuerliste von Frankfurt a. M. auf:

Jahr	Gesamtzahl der Steuerträger	darunter Frauen
1354	2669	481
1375	3994	616
1410	2456	568
1475	2782	733
1510	2328	640

In vielen Berufsarten zählte man Frauen als Selbständige und Arbeiterinnen. Hauptsächlich kamen sie im Webstoff- und Schneidergewerbe, der Bäckerei, Kürschnerei, Gürtlerei, im Schankgewerbe, in der Krämerei und beim Zimmervermieten in Betracht. Als Arbeiterinnen trifft man sie teils in der Werkstätte, teils in der Heimarbeit. Sie mußten das Gewerbe genau so erlernen wie die Männer. Auch die Arbeit der Frauen entsprang der alten Hofverfassung, wo sie in eigenen Räumen unter eigenen Meisterinnen tätig gewesen waren.

Selbst die wissenschaftlichen Berufe waren damals den Frauen keineswegs verschlossen. Vor allem trifft man sie in der Heilkunde. So zählte die Hohe Schule von Salerno im 11. und 12. Jahrhundert eine Reihe berühmter Ärztinnen und in Frankfurt a. M. kommen von 1389—1497 deren 15 vor.

Erst mit dem Verfall der Zünfte macht sich ein Widerstand gegen die Frauenarbeit geltend und verdrängt sie im 18. Jahrhundert gänzlich.

Eins darf nicht unerwähnt bleiben: die Körperpflege. Sie ist geradezu bezeichnend für die Kulturhöhe eines Volkes. Das Bad spielte nun im mittelalterlichen Leben eine große Rolle. Schon die alten Germanen hatten es — kalt und warm — stets geliebt. Unter den sieben Vollkommenheiten der ritterlichen Erziehung wird seiner folgendermaßen Erwähnung getan: „Der vollkommene Ritter muß lieben, zum zweiten: muß er schwimmen und tauchen, sich drehen von dem Bauche auf den Rücken."

Die Handwerksgesellen erhielten ein eigenes „Badegeld", heute heißt es bezeichnenderweise „Trinkgeld". Der frühere Arbeitsschluß an Samstagen und vor Feiertagen, wie der blaue Montag waren dem Baden vorbehalten. An Donnerstagen wurden die Badestuben für die Schulkinder geheizt. Im 14. Jahrhundert zählte Basel 15, Wien 29 Badestuben usw. Den Armen standen in der Regel Freibäder zur Verfügung, für welche zahlreiche Stiftungen errichtet wurden. Hält man dagegen, daß es im Jahre 1905 in dem doch an der Spitze der „Kultur und Zivilisation" marschierenden Deutschen Reich 1092 Orte mit mehr als 3000 Einwohnern ohne jede öffentliche Gelegenheit zu einem Warmbad gab, so kann man sich den richtigen Begriff vom finsteren und rückschrittlichen Mittelalter machen!

Erst mit dem 16. Jahrhundert verfiel das Badewesen. Die Hauptursache lag darin, daß den Gemeinden die Wälder entrissen worden waren, wodurch die Holzpreise unermeßlich stiegen. Dadurch wurde das Bad zum Luxus, den sich nur mehr der Reiche

gönnen konnte. Dazu kam die Furcht vor jener Geschlechtskrankheit, die in Europa nach der Entdeckung Amerikas zum ersten Male verheerend auftrat und die der Deutsche die französische, der Franzose die italienische, der Pole die deutsche, der Russe die polnische und der Türke die christliche Krankheit nannte.

Lassen wir nochmals kurz alles Geschilderte an unserem Geiste vorüberziehen, dann können wir ermessen, ob es angebracht erscheint, darüber in Jubelhymnen auszubrechen, wie herrlich weit wirs doch in unserer fortgeschrittenen Zeit gebracht haben.

Gemeindepolitik. (Städtische Boden- und Steuerfragen.)

Eine alte Verordnung der einstmals deutschen Stadt Kuttenberg in Böhmen faßt das soziale Streben jener Zeit in folgende Worte zusammen: „Jedermann muß an seiner Arbeit Freude haben und niemand soll sich in Nichtstun aneignen was andere mit Fleiß und Arbeit geschaffen haben."

Daß dem so war, lag hauptsächlich an der Regelung der Bodenfrage. Die Stadt, d. h. also die Allgemeinheit, war Herrin des Bodens. Der Bürger erhielt ihn nur zur Nutzung gegen Entrichtung einer geringen Grundsteuer. Die Baustelle war durchschnittlich 100 Fuß lang und 50—60 breit und wurde in „Erbleihe" (Erblehen, Erbpacht) vergeben. Die Bauhöhe war nach dem „Sachsenspiegel" auf drei Geschosse beschränkt, das Bauen in die Luft also nicht gestattet. Bei Verkauf der Heimstätte genoß der Leihherr das Vorkaufsrecht. Bürger konnte nur werden, wer Hausbesitz hatte. Auch Bürgerkinder waren davon nicht ausgenommen. Da der städtische Grund beschränkt war, genügte auch schon ein Hausteil, so in Freiburg i. Br., ein Achtel.

Der deutsche Bürger des Mittelalters konnte mit Recht von sich sagen: „Mein Haus ist meine Burg". Hausfriedensbruch wurde denn auch aufs schwerste geahndet. Aber auch demjenigen, der in allgemeiner Not seine Pflichten gegenüber der Gesamtheit nicht erfüllte, drohte empfindliche Strafe. Nach der Bestimmung des Colmarer Stadtrechtes wurde ihm sein Haus niedergerissen!

Jede Baustelle mußte zumeist binnen Jahresfrist verbaut werden, sonst verfiel sie (siehe Salzburger Stadtrecht 1287 u. a.). Es war also dem Bodenwucher die wirksamste Handhabe entzogen. Baufällige Häuser verfielen nach vielen Stadtrechten derselben Maßregel wie unverbaute Gründe; sie gingen, wenn sie nach einer gewissen Frist nicht hergestellt waren, ohne Entschädigung ins Eigentum der Stadt über. „Uß Hüßer sol man nit Gärten machen", heißt es 1520 im Stadtrecht von Freiburg i. Br. Heutzutage macht

man aus so manchen Häusern Gärten und wartet die günstigste Gelegenheit ab, um sie als Bauplätze loszuschlagen. Im Jahre 1520 kostete das 10 Pfund Strafe und entschädigungslosen Übergang des Grundes in das Eigentum der Stadt.

Der Deutsche zahlte keine Personalsteuer, das war Sache der Halbfreien und Juden. Er entrichtete außer den Abgaben für bestimmte Gegenleistungen (Marktschutz, Brückenbau u. dgl.) nur seine Grundsteuer. Der Grundsatz des Begründers der Bodenreform H. George „die einzige Steuer sei die auf den Bodenwert", war also damals Tatsache. Daneben leistete er seine Blutsteuer; war er doch jederzeit zum Waffendienste verpflichtet.

Erst als der Reichtum an Edelmetallen sich einstellte, immer mehr wuchs und die Unsitte, sie anzuhäufen, einriß, trat eine Besteuerung dieses beweglichsten aller Güter ein. Hausrat, Kleider, Betten, Vorräte, Haustiere, Waffen und Arbeitsgerät blieben aber steuerfrei. Dort wo das Vermögen besteuert wurde, bestand zugleich die Bestimmung, daß es verfiel, wenn sein Besitzer sich zu gering eingeschätzt hatte, oder daß es jederzeit zum angegebenen Werte übernommen werden konnte. Als die Bürger reich geworden waren, wurde allerdings, so in Frankfurt, diese gute Bestimmung dadurch verschlechtert, daß man einen niedrigen Betrag einsetzte, über den hinaus die Selbsteinschätzung aufhörte. Die Steuerflucht der Besitzenden ist also schon ziemlich alt. In den meisten Städten allerdings erhielt sich das gute, alte Recht viel länger, wie z. B. eine Rechtsentscheidung aus Schwäb. Hall vom Jahre 1662 zeigt. In Frankfurt a. M. war eben bald der „jüdische Geist" eingezogen.

Eine Verteuerung des Baugrunds durch Massenanhäufung von Menschen auf engbegrenztem Raum kam nicht vor, trotzdem es anzunehmen wäre, da die Städte doch mit Mauern umgürtet waren. Sie nahmen aber umfangreiche Erweiterungen vor, so Straßburg von 1200—1440 allein viermal; Köln wurde im Jahre 1180 derart erweitert, daß es bis 1882 mit fast dem gleichen Raume auskam. Die Einwohnerzahl betrug in Augsburg (1445) 18000, Frankfurt a. M. (1387) 10000, Eger (1446) 7300, Dresden (1474) 3200. Nur Ulm, Nürnberg und Straßburg hatten um die Mitte des 15. Jahrhunderts 20000 und darüber, Lübeck (1390) 22300.

Was diese wenigen Menschen unter der Herrschaft eines Bodenrechtes schufen, das sie nicht zu Knechten des Wucherkapitals machte, lehren die Bau- und Kunstwerke dieser Zeit! Die Bodenreform, d. h. Reform des Bodenrechtes, strebt im wesentlichen die Rückkehr zum alten,

leider verdrängten Bodenrecht an. Bodenreform erst ermöglicht Wohnungsreform und Heimstätten in größerem Ausmaß, macht erst die Arbeit der Baugenossenschaften erfolgreich. Mit ihr zusammen muß aber auch an die Regelung des Geldwesens geschritten werden.

Handel und Wandel. (Vom Geld und Zins.)

Das Metallgeld ist eine alte Einrichtung. Schon in Babylon, Athen, Rom, Karthago usw. vermittelte es den Austausch der Waren. Es ist geradezu die einzige staatliche Einrichtung, die sich unverändert aus grauester Vorzeit herüber gerettet hat. So alt es ist, so wenig tief ist man in sein Wesen eingedrungen. Was die Babylonier darüber sagten, das käuen die doch angeblich so unendlich klügeren Menschen des 20. Jahrhunderts wieder. „Am Golde hängt, nach Golde drängt doch alles.“ Die germanische Sage erklärt das Gold als mit einem Fluche beladen; Mord, Gewalttaten aller Art sind mit ihm verbunden, Ströme Blutes flossen seinetwegen zu allen Zeiten seit dem Altertum bis in die Gegenwart und doch — sind wir in sein Wesen nicht tiefer eingedrungen als unsere Ahnen und heute noch so klug als wir zuvor.

Zwei Dinge sind mit dem Metallgeld so verknüpft, daß sie geradezu sein Wesen ausmachen: Der Glaube an seinen „inneren Wert“ und der Zins, den es erpreßt. Sie werden uns noch später beschäftigen.

Das kirchliche Recht, das während des ganzen Mittelalters eine bedeutsame Rolle spielte, verbot das Zinsnehmen. Sein Grundsatz war: „Geld kann nicht Geld erzeugen und die Zeit gehört Gott.“ Es stützte sich dabei auf das „Gesetz Gottes“. Nun war es im Gesetz Mose zwar dem Juden nicht erlaubt, von Juden Zins zu nehmen, Fremden gegenüber jedoch war es ihm gestattet (2. Mose 22, 25 und 5. Mose 19, 20 und 23). Dagegen sagt Christus, den die Christen für einen Juden ansehen und die Juden kreuzigen ließen: „Leihet, daß ihr nichts dafür hoffet!“ D. h. er verbietet das Zinsnehmen schlechtweg.

Darauf stützt sich nun die kirchliche und die weltliche Gewalt des Mittelalters. Schon das erste Konzil, Nicäa 325, verbot allen Geistlichen, Zins zu nehmen, obzwar es nach den Staatsgesetzen erlaubt war. Papst Leo (440—461) ging weiter und verbot es auch den Laien. Das zweite Lateranische Konzil (1139) stellt ein

allgemeines Zinsverbot auf. Es scheint jedoch trotz Androhung des Ausstoßens aus der Kirche nicht sehr gefruchtet zu haben, da das dritte (1179) und vierte Lateranische Konzil (1215) das Verbot erneuern und verschärfen. Papst Eugen der Dritte erklärte 1150 auf eine Anfrage hin: „Wer mehr nimmt, als die Leihsumme ausmacht, verstrickt sich in die Sünde des Wuchers".

Unter den Fürsten sei auf Karl den Großen hingewiesen, der auf den Reichstagen von Aachen (785) und Nymwegen (806) die weltliche Macht gegen den Zins in die Wagschale warf.

In diesen ersten Zeiten handelte es sich noch fast durchwegs um Naturalwirtschaft; die Entleiher waren arme Leute, das Borgen galt daher als Äußerung christlicher Nächstenliebe. Durch die Kreuzzüge trat nun ein Umschwung in den Verhältnissen und auch den Anschauungen ein. Es entfaltete sich der Handel und neben die Naturalwirtschaft trat die Geldwirtschaft. Mit ihr kamen auch die Anleihen zu Produktionszwecken auf. Der Kaufmann entlieh Geld, um Handel treiben zu können. Hier verwehrte auch die Kirche das Zinsnehmen nicht, weil es sich ja eigentlich richtig um Gewinnbeteiligung und nicht wagnisfreies Leihen handelt. Der mittelalterliche Handel warf Riesengewinne ab. Man darf aber nicht vergessen, unter welchen Gefahren er sich abwickelte. Der Kaufherr setzte nicht nur sein Vermögen, Ware und Fahrzeug — ob Schiff oder Wagen — sondern auch sein Leben aufs Spiel. Wind und Wetter, Wegelagerer, Strauchritter und Seeräuber bedrohten ihn. Wer dazumal Handel trieb, mußte ein kühner Mann sein und vor jeder Fahrt sein Testament machen. Dazu trat der ungeheuere Zeitverlust, den die Beförderung auf den elenden Straßen oder mit den Nußschalen zur See verursachte und die geringe Menge, die auf einer Fahrt befördert wurde. Hier war hoher Gewinn berechtigt. Zwischen dem gefahrlosen Verleihen gegen feststehenden Zins, das als Wucher gebrandmarkt war und Darlehen auf Gewinnbeteiligung wurde ein Unterschied gemacht, der für eine hohe Reife der volkswirtschaftlichen Erkenntnis spricht. Die Beteiligung zweier Gesellschafter an einem Geschäfte geschah zumeist in der Art, daß der eine $^2/_3$ des notwendigen Geldes vorstreckte, der andere $^1/_3$ gab und seine Arbeit in das Unternehmen steckte. Den Gewinn teilten sie zu gleichen Teilen.

Die gesellschaftliche Achtung und die Verfolgungen der Juden im Mittelalter sind nicht auf Glaubensunterschiede, sondern auf ihr Zinsnehmen

zurückzuführen, durch das sie sich in schärfsten Gegensatz zu den Anschauungen der kristlichen Arier brachten. Es ist eine der vielen gutmütigen Gedankenlosigkeiten, die der Deutsche dem Ganz- und Halbjuden nachplappert, daß das Ghetto (Judenviertel) den Juden zu dem gemacht habe, was er heute ist. Sie ist so dumm wie der gänzlich unbegründete Ausdruck „Vandalismus" für Zerstörungssucht („Romanismus" wäre angebracht). Wir Deutsche sind nur zu gern bereit, in Liebedienerei vor allem Fremden das eigene Nest zu beschmutzen. Nein, der Vandale war ein echter Germane, der Kunstwerke erhielt und nicht zerstörte, keine Bilder stahl wie die kleinen Nachfahren der stolzen Römer im Jahre 1919 und der Jude eben Jude, d. h. Wucherer, im Altertum, Mittelalter und in der Neuzeit, im Ghetto und außerhalb desselben!

Wieviel Zins die Juden nahmen, kann man aus folgenden Beispielen ersehen: Friedrich der Streitbare von Österreich schrieb ihnen 1244 einen Höchstzins von $173^1/_3$% (!) vor. Der Rheinische Städtebund versuchte im Jahre 1255 einen geringeren Zinsfuß, u. zw. $43^1/_3$ für kurzfristige und $33^1/_3$% für Jahresdarlehen, durchzusetzen. Zur Erklärung wurde hinzugefügt, daß der „Kristliche Wucherer" durch kirchliche und weltliche Strafen zur Rückerstattung der Zinsen gezwungen wäre, während die Juden ihr Zinsmonopol übermäßig ausnützen könnten.

Der ungeheure Zinsfuß ist nur dadurch erklärlich, weil Geld selten war. Der Jude hatte es, hatte stets nach seinem Besitz gestrebt und nützte ihn weidlich aus. Der Gewinn, den er daraus zog, ließ andere nicht ruhen, der „jüdische Geist" steckte an und so finden wir neben dem jüdischen, vorerst noch vereinzelt, den arischen Wucherer. Als 1146 der Mönch Radulf in seinen Kreuzzugspredigten zur Verfolgung der Juden aufrief, weil sie Zins nähmen, also wucherten, trat ihm Bernhard von Clairvaux mit dem Hinweis entgegen, daß es Kristen gäbe, die es genau so, wenn nicht ärger trieben.

Der jüdische Geist war jedoch nicht nur in Einzelnen, sondern auch in ganzen Völkern wirksam geworden. Besonders die Nachfahren der Römer, die Italiener, gehörten zu seinen Hauptvertretern. Sie nahmen für größere Summen 66—125, für kleinere gar bis zu 270%, waren also die richtigen Gurgelabschneider. Verschiedene Ausdrücke im Geldverkehr, wie Lombard, Diskonto u. dgl. sind italienischen Ursprungs.

Alle Zinsverbote der Kirche fruchteten nichts; der mühelose Gewinn reizte allzusehr. Der wagemutige Kaufherr von einst

wurde immer mehr durch den Wucherer verdrängt. Man wird nicht fehlgehen, diese Erscheinung, die besonders augenfällig in Italien auftritt, mit dem Zurückdrängen der dünn gesäten arisch-germanischen Rasse zu verknüpfen!

So kündigt sich am Ausgang des Mittelalters verheißungsvoll der Übergang zum modernen Kapitalismus an: Nackter Bodenraub, wie wir früher sahen, auf der einen, Zinswucher auf der anderen Seite. Fürwahr, ein herrlicher Ausblick und gar lieblich war das Kind, das schließlich der Ehe der beiden entsprang: Der Wechselbalg Mammonismus!

Übergang zur reinen Geldwirtschaft und zum fabrikmäßigen Betrieb.

Nahezu gleichzeitig mit den Wandlungen des Bodenrechts vollzogen sich jene des Geldwesens. Alle Zinsverbote vermochten schließlich die Lockungen nicht zu beseitigen, die in dem mühe- und gefahrlosen Gelderwerb lagen und das Entstehen der Geldwirtschaft begünstigten. Die großen Handelshäuser, vor allem die Fugger, boten allen Einfluß auf, um die Schranken des Zinsverbots zu beseitigen. So kam es, daß im Jahre 1515 zum erstenmal ein katholischer Gottesgelahrter, Luthers Gegner Dr. Eck, in einer Disputation zu Bologna einen Zinsfuß von 4—5 % für kristlich erlaubt erklärte.

Luther dagegen verwarf noch in seinem „Sendschreiben an den christlichen Adel deutscher Nation" (1520) diese Auffassung. Bemerkenswert ist darin folgende Stelle, die sich gegen die Fugger und ihresgleichen wendet:

„Hie mußt man, wahrlich auch den Fuckern und dergleichen Gesellschaften ein Zaum ins Maul legen. Wie ist's muglich, daß sollt gottlich und recht zugehen, daß bei eines Menschen Leben sollt auf einen Haufen so große kuniglich Guter bracht werden? Ich weiß die Rechnung nit, aber das verstehe ich nit, wie man mit hundert Gulden mag des Jahres erwerben zwanzig, ja ein Gulden den andern und das alles nit aus der Erden oder von dem Viehe, da das Gut nit in menschlichem Witz, sondern in Gottes Gebenendeiung stehet."

1524 aber verzweifelt er bereits an der Möglichkeit, das Zinsverbot vollständig aufrecht zu erhalten. Er widerrät daher der Erlassung eines staatlichen Zinsverbots und tritt bloß für eine Herabsetzung des Zinsfußes ein. Trotzdem predigte er weiter-

hin gegen den Wucher, worunter er nach wie vor jedweden Zins verstand. Auch seine Pfarrer ließ er es tun. In seinem Auftrag: „An die Pfarrherrn, wider den Wucher zu predigen“, heißt es:

„Ich lasse mir sagen, daß man itzt jährlich auf einem iglichen Leipziger Markt zehn Gulden, das ist, dreißig aufs hundert nimmt; etliche setzen hinzu auch den Naümburger Markt, daß es vierzig aufs hundert werden; obs mehr sei, weiß ich nit... Wer nun itzt zu Leipzig hundert Floren hat, der nimmt jährlich vierzig: das heißt einen Baur oder Burger in einem Jahr gefressen. Hat er tausend Floren, so nimmt er jährlich vierhundert: daß heißt einen Ritter oder Edelmann in einem Jahr gefressen. Hat er zehntausend, so nimmt er jährlich viertausend: das heißt einen reichen Grafen in einem Jahr gefressen. Hat er hunderttausend, wie es sein muß bei den großen Händelern, so nimmt er jährlich vierzigtausend: das heißt einen großen reichen Fürst in einem Jahr gefressen. Hat er zehnhunderttausend, so nimmt er jährlich vierhunderttausend: das heißt einen großen König in einem Jahr gefressen: und leidet darüber kein Fahr (Gefahr), weder am Leib noch an Waar; arbeit nichts, sitzt hinter dem Ofen und brät Äpfel. Also mocht ein Stuhlräuber sitzen zu Hause und eine ganze Welt in zehen Jahren fressen“.

Diese Ausführungen sind auch aus dem Grunde lehrreich, weil sie uns einen Einblick in die Vermögensverhältnisse jener Zeit gewähren. Wie man aus ihnen ersieht, ist Geld noch selten.

Auch Zwingli verwirft den Zins. Calvin aber, der französische Reformator, billigt ihn. Es ist darum kein Zufall, daß seine Anhänger die rücksichtslosesten Schrittmacher des nun wie eine Sturzflut hereinbrechenden Kapitalismus werden! Der letzte, ohnehin schon schadhafte Damm war geborsten, die neue Zeit angebrochen. Die Erfindung des Schießpulvers beseitigte die Ritterheere und mit ihnen auch das Lehenswesen; die Erfindung der Buchdruckerkunst, mehr noch aber die des Kompasses vollbrachte die weiteren Umwälzungen. 1498 gelang die Entdeckung des Seeweges nach Indien. Die Landung der rückkehrenden Schiffe in Lissabon bewirkte, daß in Venedig der Preis der indischen Gewürze auf die Hälfte sank! Die Einfuhr des Indigo führte zur Verarmung der Waidbauern und der Städte Erfurt, Gotha, Arnstadt, Tennstatt und Langensalza, die durch den Waid — vorher das einzige Blaufärbemittel — reich geworden waren.

Die Entdeckung Amerikas durch Kolumbus (1492) ließ die Abenteurer aus aller Herren Ländern nicht ruhen. Der Goldreichtum des neuen Erdteils lockte mit unwiderstehlicher Macht. Cortez

und Pizarro wüteten im Namen des geschändeten Kristentums mit Feuer und Schwert in seinem Süden. Die Reiche der Azteken und Inkas wurden zerstört, die Bevölkerung grausam hingemordet, die Goldschätze davongeschleppt. Spanien wurde eine Zeitlang das mächtigste Reich, bis es den Neid des unterdessen innerlich gefestigten England erweckte. Es begann der tolle Wirbeltanz ums goldene Kalb! Der moderne Kapitalismus wird geboren. Seine Geschichte ist mit Blut geschrieben! Alles Alte, so fest es auch schien, beginnt zu wanken! Selbst das Papsttum, vordem so unabänderlich im Wandel der Zeiten, sieht seinen Stern sinken: In Spanien und Frankreich wird seine Macht durch die des Königtums eingeschränkt, in England ganz beseitigt. Nur in Deutschland, das — wie immer — ein Bild der Zerrissenheit bietet, findet es Dank der habsburgischen Kaiser noch einen Halt. Die unselige Folge war der 30jährige Krieg!

In früheren Ausführungen begegneten wir erstaunlich niedrigen Preisen der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Die Ursache dafür ist im Geldmangel zu suchen. Im Mittelalter kam nur Silbergeld in Betracht, der Reichtum an Silber aber war knapp. *Nun strömte eine bisher unbekannte Fülle von Edelmetall, noch dazu gleißenden Goldes, über Europa. Die Folge davon war — Steigerung der Preise!* Als Gewährsmann führen wir nochmals Luther an. In seiner „Vermahnung zum Gebet wider den Türken“ (1541), rechtfertigt er — praktisch wie immer — gleichzeitig die Forderung der Pfarrer auf Erhöhung ihrer Jahresgehälter von 30 auf 90 oder gar 100 Gulden folgendermaßen: „Niemand bedenkt, daß, wer mit 30 Gulden zukommen ist, der kann itzt kaum mit 100 Gulden zukommen. Warumb? Vorhin galt ein Scheffel Korn zween, drei Groschen, ein Mandel Eier drei Pfennig und so fortan in allen Stücken: itzt muß man das Korn 9, 10, 11, 12 Groschen, ein Mandel Eier 18 Pfennig gelten“. Alles wurde bedeutend teurer, auch die Preise der Grundstücke stiegen. Für Frankreich stellt z. B. Baudin im Jahre 1574 — in einem Zeitraum von 70 Jahren — ihre Steigerung auf das sechsfache fest.

Hauptvertreter der neuen Großmacht, des Geldes, in Deutschland waren die Fugger in Augsburg. 1400 waren sie als Handwerker dort eingewandert. Um 1500 betrieben sie neben dem Handelsgeschäft Silbergruben in Tirol, Quecksilberbergwerke in Spanien, Kupferbergwerke in Ungarn. Dem spanischen Habsburger Karl streckten sie allein 4 Millionen Gulden vor von den $6^1/_2$ Millionen, die er zur Wahlbestechung brauchte, um als

Karl V. deutscher Kaiser zu werden. Vor der Wahl mußte er — ein Treppenwitz der Weltgeschichte — die Abschaffung aller Handelsmonopole zusagen, ein Versprechen, das er infolge seiner aus dem angeführten Beispiel ersichtlichen Abhängigkeit von den Geldfürsten nie einlösen konnte. Diese Forderung hatte ihren Ursprung in der maßlosen Erbitterung gegen die großen Handelshäuser, die alles auswucherten. So betrug der durchschnittliche Jahresgewinn der Fugger in der Zeit von 1511—1517 54½ v. H. Die anderen Handelshäuser trieben es genau so. Ein Angestellter der Höchstetter, der 900 Gulden im Geschäft eingelegt hatte, verlangte z. B. nach 6 Jahren die Auszahlung von 33000 Gulden Gewinn und erhielt im gerichtlichen Wege 30000 zugesprochen!

Der wachsende Reichtum machte die großen Kaufherren adelssüchtig. Sie erwarben Landgüter und verließen mit ihrem Reichtum die Städte. Die Folge war deren Verarmung und mit ihr das Einreißen von Engherzigkeit und Kleinlichkeit in der städtischen Verwaltung und ihrem Hauptträger, den Zünften. Sie begannen sich gegen Verbesserungen zu wehren; Erfindungen einzelner Meister durften nicht ausgenützt werden, um die anderen nicht zu schädigen. Die natürliche Folge war, daß das deutsche Gewerbe — vorher der Stolz der Städte, Ursache und Quelle ihres Wohlstands — verfiel und gegenüber dem Ausland ins Hintertreffen geriet. Die weitere Folge war, daß nun den meisten Gesellen sich die Möglichkeit verschloß, jemals selbständig werden zu können.

So entsteht mit dem modernen Kapitalismus auch der neue Stand der Lohnarbeiter. Die städtischen Handwerksgesellen bilden die eine Truppe, die andere stellen die entwurzelten, von ihrer Scholle vertriebenen Bauern, deren Güter sich kraft ihrer Macht und des römischen Rechtes die Herren angeeignet hatten!

Das wirtschaftliche Ergebnis aller dieser Umwälzungen ist die Umwandlung der Stadtwirtschaft zur Staats- und Volkswirtschaft. In Spanien, Frankreich, England entstehen völkische Einheitsstaaten. Deutschland bringt es aus den schon in den früheren Ausführungen gekennzeichneten Ursachen nicht so weit; hier entwickelt sich bloß das Landesfürstentum. Seine Grundlage bildet die tatsächliche Macht. Nur wer Machtmittel in die Wagschale werfen konnte, vermochte — damals wie heutzutage — seinen Willen, sein wirkliches oder vermeintliches Recht durchzusetzen. Diese Machtmittel bot das Heereswesen. Die Kriegführung wurde

mit dem Auftreten der Söldnerheere kostspielig, der Krieg ein kapitalistisches Unternehmen, das besonders Wallenstein auf eine hohe Stufe zu bringen verstand. Wenn je, so gelten hier die Worte: „Krieg erzeugt Wirtschaft, Wirtschaft Krieg“, denn „kein Kreuzer, kein Schweizer“, kein Sold — keine Söldner, keine Söldner — keine Macht!

Wenn auch nach dem 30jährigen Krieg zu den etwas billigeren stehenden Heeren übergegangen wurde, in denen an die Stelle des landfremden kostspieligen Söldners das Landeskind trat, so blieb doch das Heereswesen Mittelpunkt aller staatlichen Macht. Ihm galt die größte Sorge, ihm ein Großteil der Staatseinnahmen, ihm alle Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik, denn Macht gewinnen, hieß Reichtum an Menschen und Gütern besitzen!

Diesem Zwecke galten hauptsächlich die Arbeiten der Staatsrechtslehrer und Volkswirte dieser Zeit. Die Vermehrung der Bevölkerung besonders bildete nach dem 30jährigen Kriege die Hauptsorge. So faßte u. a. der fränkische Kreistag zu Nürnberg 1650 den Beschluß, es sollte „jedem Mannspersonen zwei Weiber zu heyraten erlaubt syn . . .“. Durch Hagestolzen- und Frauenzimmersteuern suchte man die Ehelosigkeit einzudämmen, die Einwanderung wurde möglichst gefördert u. dgl. mehr. Besonders Preußen war in dieser Hinsicht beispielgebend. Es nahm die aus Frankreich und Salzburg vertriebenen Protestanten auf und erzielte bis 1740 durch Innensiedlung allein eine Vermehrung seiner Bevölkerung um etwa 600000 Menschen.

Die Gewinnung von Reichtum ist das zweite Ziel dieses Zeitalters, das man das merkantilistische nennt. Selbst die Schwindelwissenschaft der Goldmacherei, die Alchemie, wurde in Anspruch genommen. Sie lieferte auch Gold, freilich auf andere Weise als man vermutete. So wurde z. B. von einem Goldmacher das Porzellan erfunden. Seefahrt und Handel fanden weitestgehende Förderung von Staats wegen.

Die meiste Sorgfalt aber wandte man der Herstellung von Waren zu. Sie geschah in den „Manufakturen“, d. i. handwerksmäßigen Großbetrieben. Sie sind die Vorläufer der Fabriken, nur fehlen als hauptsächlichstes Unterscheidungsmerkmal — die Maschinen. Die Waren sollten billig erzeugt werden, wozu man billige Rohstoffe und geringe Löhne brauchte. Man begünstigte deshalb die Kinderarbeit. So zwang Friedrich der Große die Zöglinge des Waisenhauses in den Dienst der Seidenindustrie, trotzdem dadurch der Unterricht vernachlässigt wurde und die Sterblichkeit aufs fünffache stieg. In Österreich empfahl der Volks-

wirt Sonnenfels allen Ernstes „die Waisenhäuser mit Arbeits- und Manufakturhäusern in einigen Zusammenhang zu bringen". Fabrikanten wurden als Wohltäter gepriesen, weil sie der „bis zur Ärgernis gesteigerten Untätigkeit der Kinder durch Anleitung zu nützlicher Arbeit" steuerten. Was dabei herauskam, zeigt ein Erlaß Josefs des Zweiten an den Statthalter von Niederösterreich, in dem es heißt: „Bei dem Besuch der Grünmühle entdeckte ich daselbst unendliche Gebrechen in der Reinlichkeit der Kinder, welche voll Krätze waren ..."

Waren die Arbeitslöhne im Mittelalter hoch, so trat jetzt das Gegenteil ein. Gegen Arbeitsausstände setzte der Reichstags-Abschied von 1731 schwere Strafen fest; bei „hochgetriebener Renitenz" drohte sogar die Todesstrafe. Alle Freiheiten, welche sich die Gesellen im Mittelalter errungen hatten, wie z. B. der „blaue Montag" verschwanden. Wer sich an einem Arbeitstag der Arbeit entzog, wurde das erstemal mit 3 Tagen, das zweitemal mit 14 Tagen Gefängnis bei Wasser und Brot gestraft. Die Dienstbotenlöhne wurden von Staats wegen niedrig gehalten; dem Dienstgeber, der sie überschritt, drohten für jeden Taler Lohn 50, im Wiederholungsfall 100 Taler Strafe. Die Ausfuhr von Rohstoffen und die Einfuhr fertiger Waren wurde verboten. Um die Warenausfuhr zu heben, förderte, ja organisierte man geradezu den Schmuggel. Bis ins persönliche Leben hinein erstreckten sich oft die Maßnahmen. So mußten in England die Leichen in wollene Laken gehüllt werden, um das Tuchgewerbe zu heben; die preußische Trauerordnung von 1716 verbietet das lange Trauern, weil dadurch — der Absatz bunter Gewebe leidet, Friedrich Wilhelm der Erste verbot den wendischen Spreewäldern das Betreten der Stadt Berlin in Holzschuhen, um das Schuhmachergewerbe zu heben usf.

Zur Umgestaltung des handwerksmäßigen Kleinbetriebes in den Großbetrieb trug am meisten das Heer bei. So hatte z. B. Preußen unter Friedrich Wilhelm dem Ersten 80000 Soldaten. Diese brauchten täglich allein 80000 kg Brot; das Getreide dazu konnte der regelmäßigen Lieferung wegen nur von einigen landwirtschaftlichen Betrieben bezogen werden. Die Einführung der Uniform und der gleichmäßigen Bewaffnung förderte hinwiederum den handwerksmäßigen Großbetrieb; brauchte doch das Heer allein nun jährlich 200000 Ellen gleichartiges und gleichfarbiges Tuch. Es erwies sich abermals die Richtigkeit der Worte, „Krieg erzeugt Wirtschaft", denn beim Tode Friedrichs des Großen zählte das kleine, arme Preußen bereits 165000 Lohnarbeiter im Leinen-,

Woll-, Seiden-, Baumwoll-, Leder- und Metallgewerbe, die für 30 Millionen jährlich Güter erzeugten.

Was die Manufaktur begonnen, beendete die Fabrik. Ihr ist die ausgesprochene Massenerzeugung eigentümlich, die erst der maschinelle Betrieb ermöglichte. Es ist dies die gewaltigste Umwälzung auf dem Gebiete menschlicher Arbeit nicht nur der Menge und dem Umfang sondern — und das ist das hauptsächlichste — dem Wesen nach. Die Arbeit wird seelenlos, der Mensch Maschine. Der Handwerksgeselle des Mittelalters war mit seiner Arbeit geistig und seelisch verwachsen; sie war seine Schöpfung, ein Stück seiner selbst. Der moderne Industriearbeiter kennt die Freude des Schöpfers nicht mehr. Die Maschine denkt gewissermaßen an seiner statt; hat er doch nicht einmal Gelegenheit, ein Arbeitsstück wirklich zu vollenden. Durch wie viele Hände geht, wieviel Maschinen durcheilt es, bis es wirklich fertig ist. Von allen Dingen, die den Arbeiter im Fabriksbetrieb bedrücken, dünkt uns dies am grausamsten, daß die Maschine ihm die Schöpferfreude raubt, daß sie sein Schaffen zum seelenlosen Tun, zur Arbeit um Lohn gestaltet. Darin liegt das Tragische in seinem Leben, dies macht ihn mehr noch als das Unsichere seines Daseins zum Enterbten, Entwurzelten, zu dem um das höchste Menschenglück betrogenen Proletarier!

Materialismus und Mammonismus.

Die Manufaktur begann die Umwälzung der handwerksmäßigen Wirtschaftsweise, die Fabrik beendete sie. Ihr Kennzeichen ist die Maschine. Im Jahre 1764 wurde die Spinnmaschine erfunden. Solange menschliche Kraft sie in Bewegung setzte, arbeitete sie mit 18 Spindeln. Seitdem aber Dampf oder Elektrizität treibende Kräfte sind, stieg die Anzahl der Spindeln einer Maschine auf über 200. 1832 zählte man in allen Baumwollspinnereien Europas kaum 12 Millionen Spindeln; anfangs 1913 waren es 142 Millionen geworden. Die Welterzeugung an Roheisen betrug im Jahre 1800 . . . 825, 1910 . . . 67000 Millionen kg. 1911 war die Roheisenerzeugung des ehemaligen Österreich-Ungarn nahezu auf dieselbe Menge angewachsen, die 1840 die ganze Welt lieferte. Im Deutschen Reich war sie 1913 auf mehr als 19 Millionen Tonnen gestiegen und einer der Gründe geworden, die Englands Neid erweckten. 1826 wurde in Österreich der erste Kokshochofen erbaut; 1863 waren es 155, 1911 zwar nur 44; aber

die Leistung eines solchen war auf das dreißigfache gestiegen. Auch die Kohlengewinnung ist gewaltig hinaufgeschnellt. 1854 betrug die Fördermenge in Österreich 1,6, 1912 bereits 42 Millionen Tonnen. Im Deutschen Reich machte sie ein Jahr vorher 234,5 Millionen Tonnen aus, wovon zwei Fünftel allein auf das rheinisch-westfälische Revier entfielen. Der Förderanteil eines Mannes stieg dabei auf das doppelte.

Die ganze rasende Entwicklung ins Große, ins Riesenhafte hat die Dampfmaschine bewirkt. Sie ist die eigentliche Umstürzlerin. 1785 wurde sie erfunden; 1845 standen in der ganzen Welt Dampfmaschinen mit 1,6, im Jahre 1895 schon mit 55,6 Millionen Pferdestärken in Verwendung. In den letzten Jahren wurden die Kolbendampfmaschinen schon durch Dampfturbinen verdrängt, deren größte 20—30000 Pferdestärken abgeben. Der tägliche Verbrauch eines solchen Ungetüms beträgt 32 Eisenbahnwagen voll Kohle.

Gleichzeitig mit der industriellen Entwicklung stieg die des Verkehrs. Eine bedingte die andere. 1825 wurde die erste Eisenbahn in deutschen Landen gebaut, 1837 die erste Strecke in Österreich (Wien—Wagram) eröffnet. 1830 betrug die Länge des gesamten Eisenbahnnetzes der Erde ganze — 332 km, 1910 dagegen 1030014 km, d. i. die doppelte Entfernung des Mondes von der Erde! 1818 durchkreuzte das erste Dampfschiff den Atlantischen Ozean in 26tägiger Fahrt; 1913 brauchte man 62 Tage zu einer Reise um die ganze Erde! Im Jahre 1874 entstand der Weltpostverein. Damals wurden in Österreich 103, 1911 dagegen 2318 Millionen Poststücke befördert. Im Deutschen Reiche betrug der Postverkehr im selben Jahre 5994 Millionen Stück.

Fernsprecher und Fernschreiber (Telegraf), Kraftfahrzeug und Luftfahrzeug, das Anwachsen von Mittelstädten zu Großstädten, von Großstädten zu Weltstädten vervollständigen das Bild, auf das unser Geschlecht so stolz ist, das es als höchste Errungenschaft, ja geradezu als die „Kultur“ des 19. und 20. Jahrhunderts preist.

Ist das nun wirklich Kultur oder liegt hier nicht vielmehr eine Verfälschung dieses Begriffes vor? Kultur, zu deutsch Sittigung, umfaßt die Schöpfungen auf allen Gebieten tieferen, geistigen, künstlerischen und besonders sittlich-religiösen Lebens; Volkskultur bedeutet, daß alle Volksgenossen das Schaffen einzelner auf diesen Gebieten anerkennen und fördern. Von diesem Zustand aber sind wir herzlich weit entfernt. Operette, Lichtspieldramen und seichtes Tagesschrifttum sind trotz aller Anpreisungen beileibe noch keine Kultur und das Zeitungswesen und selbst die technischen

Errungenschaften sind es auch nicht. Man kann sie höchstens als Zivilisation, d. i. Gesittung bezeichnen. Diese kann in gewissem Sinne wohl international sein; Sittigung aber ist völkisch, ist national! Jedes Volk mußte sich noch immer seine eigene schaffen, der Menschheitsbrei bringt da nichts zuwege. Unsere Voreltern hatten Kultur; sie grüßt uns aus den gotischen Domen, aus den Werken Goethes und Schillers, aus der Musik unserer Meister, eines Mozart, Beethoven, Wagner. Kultur ist an Völker, nicht an Zeitläufte gebunden!

Hüten wir uns deshalb, von einem kulturellen Fortschritt der Menschheit zu sprechen und bilden wir uns nicht ein, daß gut und teuer essen, im Kraftwagen fahren, eine feine Wohnung und eine Laube im Schauspielhaus zu haben, schon Kultur bedeutet. Nur plattester Materialismus, d. i. Überschätzung des Grobsinnlichen, vermag sie darin zu sehen.

Der Beginn des Maschinenzeitalters sieht noch den unermüdlich tätigen Einzelunternehmer, der — hoch begabt und von unerlöschlichem Schaffensdrang beseelt — seine ganze Kraft seinem Beruf widmet, dem nicht so sehr der Gewinn, als vielmehr das Schaffen Lebenszweck ist. Es sind dies die Krupp, Schichau usw., die aus kleinen Anfängen heraus in zäher Arbeit, unentwegt und unentmutigt ein Lebenswerk schufen. Das sind Leute von demselben Korn wie die germanischen Seefahrer alter Zeiten, die Wikinger. Sie bilden sozusagen das germanische Zeitalter des modernen Kapitalismus. Seine Träger sind Menschen, die ganz aus eigener Kraft sich emporarbeiteten. Mögen sie auch oft rücksichtslos gewesen sein, mögen sie anderer Arbeitskraft so wenig geschont haben wie ihre eigene, so ringen sie uns doch Achtung ab.

Nach und nach ändert sich aber das Bild. An Stelle des Einzelunternehmers tritt das „Gesellschaftsunternehmen" in Gestalt der Aktiengesellschaft. In ihr entscheidet nicht mehr das Mitglied, sondern das Gesellschaftspapier, die Aktie. Ihre Zahl gibt den Ausschlag; wer die Mehrzahl besitzt, entscheidet. 1902 waren zwar in Österreich noch 96,5 v. H. aller gewerblichen Unternehmungen Einzelunternehmen; aber in den Aktiengesellschaften waren bereits 28 v. H. aller Beschäftigten tätig. 1911 gab es 736 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von fast 4 Milliarden und 10,5 v. H. durchschnittlichem Reinertrag. Im Deutschen Reich gab es 1910 6524 Gesellschaften mit nahezu 10 Milliarden Aktienkapital. Fast die Hälfte aller Beschäftigten waren in ihnen tätig.

Der Bestand einzelner Unternehmungen, seien es nun Einzel- oder Gesellschaftsunternehmen, bedingt den Wettbewerb, d. i.

gegenseitigen Kampf. Dieser hält zwar die Preise niedrig, läßt aber nicht den erwünschten großen Gewinn zu. Die ausgesprochene Ausbeutung ermöglichen nur „Monopole“, d. s. jene Dinge, die nicht in beliebiger Menge vorhanden sind, wie z. B. Bodenschätze. Um den Wettbewerb auszuschalten, vereinigen sich die Unternehmen eines Wirtschaftszweiges zu „Kartellen“, d. i. einer Anzahl einzelner Unternehmungen, die durch Verträge gebunden sind. Solange es sich dabei nur um Vereinheitlichung der Warengattungen handelt, bedeuten derartige Zusammenschlüsse keine Benachteiligung der Käufer, denn Vereinheitlichung bedeutet Verbilligung. Auch Vereinbarungen über die Preise sind noch nicht gefährlich, denn sie dauern zumeist nicht lange. Gefährlich wird das Kartell dann, wenn es die Menge festsetzt, welche der einzelne Betrieb erzeugen darf, wenn einzelne Betriebe überhaupt stillgelegt und so durch künstliche Beschränkung des Angebots die Preise hochgehalten werden. *Ausschaltung des Wettbewerbs bedeutet künstliche Schaffung eines Monopols, wo ein solches von Natur aus nicht gegeben erscheint.* Aus diesem Grunde werden alle Außenseiter heftig bekämpft. Wie schädlich derartige Vereinigungen wirken, bewies das österreichische Spirituskartell. Vor seiner Gründung, im Mai 1911, kostete ein Hektoliter Spiritus 144 Kronen, am 1. September 161,75 und am 1. Dezember gar schon 176,50 Kronen. Das bedeutete eine Steigerung um 22,6 v. H. binnen sechs Monaten. Der Sondergewinn betrug dieser Art 22,5 Millionen Kronen jährlich! Neben ihm erregt unsere ganz besondere Aufmerksamkeit ein „zwischenstaatliches“ Kartell der Waffenfabriken. Es sorgte dafür, daß kein Staat schlechter bewaffnet sei als der andere.

Im Kartell ist der einzelne Unternehmer zwar in seiner Bewegung behindert, aber doch noch einigermaßen selbständig. Er verliert aber seine Selbständigkeit vollends, wenn aus dem Kartell ein „Trust“ (zu deutsch etwa „Treuhandverband“) d. h. ein einziges Riesenunternehmen wird. Die Heimat dieser Gründungen ist natürlich Amerika! Nun werden nicht bloß Preise festgesetzt, nicht mehr die Menge der Erzeugnisse bestimmt, sondern auch der Einkauf der Rohstoffe und der Vertrieb der Fertigware genau geregelt, die Arbeitsteilung bis ins kleinste durchgeführt und alle rückständigen Betriebe kurzerhand geschlossen.

Zwei solche Vereinigungen haben die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Die eine, der Petroleumtrust unter Rockefeller, kontrollierte vor Ausbruch des Weltkriegs 63 amerikanische und zahlreiche Gesellschaften anderer Staaten. Er besaß eigene Bah-

nen, Schiffe, Petroleumwagen in allen Ländern (Vac. Oil Comp.) und erzeugte sich alle Fässer, Kannen, Pumpen usw. selbst. Nahezu die ganze Welt stand unter seinem Einfluß, war sozusagen eine Kolonie des „Petroleum-Königs“ Rockefeller, der als unumschränkter Herr über Unternehmungen gebot, die vor dem Kriege einen Schätzungswert von etwa 25 Milliarden Kronen darstellten. Größer als der Petroleumtrust war jedoch der Stahltrust. Sein König und Gott hieß Morgan.

Der Stahltrust war die größte Kontrollgesellschaft der Welt. Sein Aktienkapital betrug bei der Gründung 5,5 Milliarden Kronen, sein Reingewinn in den ersten zehn Jahren erreichte — dieselbe Summe! 1912 beschäftigte er in seinen zahllosen Betrieben 221 000 Arbeiter.

93 amerikanische Geldfürsten gebieten — um noch ein Beispiel anzuführen — über 75 v. H. der Bahnlänge, über 81 v. H. der Erträgnisse und über 82 v. H. des gesamten Bahneigentums der Vereinigten Staaten. Ganz ähnlich wie im Bahnwesen, beim Petroleum und Stahl liegt es dort mehr oder weniger auch auf anderen Gebieten. So restlos freilich wie bei Petroleum und Stahl ist die Vertrustung nirgend sonst möglich, ein Beweis für die Richtigkeit unserer Anschauung, daß Privatmonopole — ein solches ist ja die Vertrustung — dauernd nur dann möglich sind, wenn es sich um Hebung und unmittelbare Verarbeitung von Bodenschätzen (Kohle, Petroleum, Eisen, Wasserkraft u. dgl.) handelt. Außerhalb dieses Gebietes läßt nur noch das Verkehrswesen eine dauernde Monopolisierung zu.

Die geschilderten Verhältnisse sind übrigens darnach angetan, die Gründe klarzulegen, die Amerika zum Eintreten in den Krieg bewogen, auch wenn das Gaukelspiel mit den berüchtigten „14 Punkten“ nicht unterdessen bloßgelegt worden wäre. Nicht der verschärfte Unterseebootkrieg war es, die Torpedierung der „Lusitania“ auch nicht, am wenigsten aber das Herzensbedürfnis nach Rettung der menschlichen Gesittung vor der angeblichen Barbarei des preußischen Militarismus. Das machte das bestochene Hebräergesindel bloß dem gutmütigen Michel weis und der glaubte es in seiner unendlichen Dummheit! Der wahre und einzige Beweggrund aber war der brünstige Schrei der amerikanischen Milliardärseele nach Beherrschung wenigstens eines Teiles, wenn schon nicht des ganzen europäischen Marktes.

Auch in den anderen Staaten näherte sich der Betrieb auf manchen Gebieten immer mehr dem Ideal des amerikanischen Trusts. So lagen die Dinge z. B. beim österreichischen Eisenkartell

mit der Alpinen Montangesellschaft und der Prager Eisenindustriegesellschaft als herrschenden Unternehmungen. Die Erzeugung der Zündhölzchen wurde von zwei Gesellschaften beherrscht usw.

Die Entwicklung vom Einzelunternehmen zur Aktiengesellschaft, von dieser zum Kartell und endlich zum Trust wird durch die „Banken" herbeigeführt und gefördert. Ursprünglich Wechselstuben, haben sie sich durch Aneignung des Spargeschäftes zu ihrer heutigen überragenden Stellung im Wirtschaftsleben aufgeschwungen. Sie beherrschen heutzutage buchstäblich alles. Ob Lebensmittel, ob Kleider, Haushaltungsgegenstände, ob Gewerbe, Handel, ob Landwirtschaft, überall steckt die Bank dahinter. Sie wandelt den Einzelbetrieb zur Aktiengesellschaft um, macht aus den Gesellschaften Kartelle, vertrustet die Unternehmungen, schreibt uns tatsächlich vor, ob wir uns nähren, wie wir uns kleiden dürfen, ob unsere Stube kalt oder warm ist. Sie ist der oberste Gott, vor dem sich alles beugt, sie entthront die Fürsten, sie erhält und zertrümmert Staaten!

An diesen Worten ist nichts übertrieben. Österreich marschierte ja keineswegs an der Spitze der wirtschaftlichen Entwicklung. Trotzdem beherrschten die acht größten Wiener Banken unmittelbar im Jahre 1909 147, 1912 aber schon 257 gewerbliche Unternehmungen. So waren 1912 die Allgemeine Verkehrsbank an 15, die Anglo-Österreichische Bank an 54, der Wiener Bankverein an 54, die Bodenkreditanstalt an 21, die Kreditanstalt an 55, die Länderbank an 40 und endlich die Niederösterreichische Eskompte-Gesellschaft und die Unionbank an je 9 Unternehmen beteiligt.

Diese kleine Auslese dürfte genügen. Man fand da die verschiedensten Gewerbegattungen wie Kraut und Rüben durcheinander gewürfelt. Der gewerbliche Fortschritt ist natürlich Nebensache, Hauptsache der Gewinn!

Während des Krieges warfen sich die Banken auf das Geschäft mit staatlich bewirtschafteten Erzeugnissen. Die „Zentralen" gaben ihnen die Fanghunde ab. Wie einträglich es war, zeigt ein Vergleich der Reingewinne. So wiesen die genannten acht Banken aus:

	Reingewinn in Millionen Kronen	
	1912	1917
Allgemeine Verkehrsbank	4,93	8,75
Anglo-Österreichische Bank	12,70	21,40
Wiener Bankverein	14,23	23,30
Bodenkreditanstalt	14,96	20,26
Summe	46,82	73,71

	Reingewinn in Millionen Kronen 1912	1917
Übertrag	46,82	73,71
Kreditanstalt	20,37	29,17
Länderbank	13,68	18,09
Niederösterr. Eskomptegesellschaft	9,25	16,50
Unionbank	7,47	11,56
Ferner noch Merkur	5,83	10,21
und Allgemeine Depositenbank	4,49	11,04
Summe	107,91	170,28

Im Deutschen Reich der Ballin und Rathenau war es schwerlich anders? Und wie ist es unterdessen geworden? Wir stehen doch mitten drin im wirtschaftlichen Zusammenbruch nicht mehr Mitteleuropas, sondern Europas. Sieger und Besiegte können sich bald die Hände reichen, denn der Unterschied besteht nur dem Grade nicht dem Wesen nach und verwischt sich immer mehr. Stockungen im Absatz, Einschränkungen in der Erzeugung sind das Kennzeichen der Zeit. Aber an allen Straßenecken entstehen neue Zweigstellen von Banken, ein Beweis dafür, daß es dem Leihkapital nicht schlecht geht. Warum wohl auch? Fühlt sich doch der Aasgeier am wohlsten auf einem Leichenfelde.

So sehen wir den Mammonismus am Werk. **Sein Zweck ist die Unterjochung der schaffenden Kreise unter die Allmacht des Geldes, seinen Nährboden bildet der seichte Materialismus unserer Zeit, seine treibende Kraft aber ist der jüdische Geist!**

Der jüdische Geist.
Jüdisches Weltherrschaftsstreben.

„Bleibe ein Fremdling (!) in diesem Lande, und ich will mit dir sein und dich segnen, denn dir und deinem Samen will ich alle diese Länder geben." (1. Moses 22, 17.)
„Du wirst alle Völker fressen" (5. Moses 7, 16.)
„Fremde werden deine Mauern bauen und ihre Könige werden dir dienen . . . und deine Tore sollen stets offen stehen Tag und Nacht, daß der Völker Reichtum zu dir gebracht werde und ihre Könige hereingeführt." (Jesaias 60, 10—12.)
„Du wirst aufsaugen die Milch der Völker und der Könige Brüste sollen dich säugen." (Jesaias 60, 16.)

Empfindsame Gemüter werden es als störend empfinden, wenn wir einen eigenen Abschnitt diesen in die Augen springenden Titel geben. Man gerät, wenn man an diese heiklen

Dinge rührt, nur allzu leicht in den Verdacht der Unsachlichkeit. Nun, wir wollen ihn nicht scheuen, wenngleich wir absichtlich nur Juden selbst sprechen lassen. Und so leiten wir denn unsere Betrachtungen mit den vorstehenden hervorragenden Zeugnissen ein. Sie sind unbestritten einwandfrei, denn sie stammen aus dem bei Kristen und Juden hoch angesehenen „Alten Testament".

„Du wirst alle Völker fressen . . ." und „bleibe ein Fremdling in diesem Lande", wahrlich deutlicher konnte kein Volk sich selbst zum ausgesprochenen Schmarotzer und Wucherer stempeln, als es das jüdische mit dieser Selbstkennzeichnung tut.

Es gab stets Einfaltspinsel und gibt dank der jüdischen Massenbeeinflussung durch Geld, Presse, Kunst und Wissenschaft heutzutage deren mehr als je, die da meinen, die armen Juden seien im Altertum genau so ehrlich und arbeitsam gewesen, wie alle anderen Völker. Nur dem Umstande, daß die bösen Kristen sie im finsteren Mittelalter aus Glaubenshaß verfolgt und in Judenviertel gesperrt hätten, sei es zuzuschreiben, daß das Judentum sich dem Wucher zuwandte und in sich den begreiflichen Haß des Unterdrückten gegen seine Peiniger nährte, der nun zum Ausbruch käme; es genüge aber, den Juden zum gleichberechtigten Mitbürger zu machen und er würde sich von Grund auf ändern, sich durch eine Art Seelenwanderung zum gutmütigen Lamm rückverwandeln, ganz wie es — die arischen Schafe sind! Aus dieser Erwägung heraus wurde im 19. Jahrhundert die sogenannte Judenemanzipation, d. h. die politisch-rechtliche Gleichstellung der Juden durchgeführt. Nur wenige wagten es, dagegen aufzutreten, so Otto v. Bismarck im preußischen Landtage (1847) und Moritz v. Mohl in der Nationalversammlung zu Frankfurt. Die Sitzungsberichte verzeichnen denn auch während der Reden dieser beiden ganz aus der Art geschlagenen Abgeordneten stürmische Unterbrechungen und Schlußrufe!

Nur derjenige, der aller Geschichtskenntnisse bar ist, kann den Unsinn vom jüdischen Lamm verzapfen, das erst durch den bösen kristlichen Arier zum reißenden Wolf gemacht wurde. Seine eigene Weissagung und seine ganze Geschichte spricht gegen dieses Märchen. Das jüdische Volk entstand nach und nach aus der Kreuzung durchaus verschiedener Rassenbestandteile mit weit getriebener Inzucht (siehe Chamberlain, „Grundlagen des 19. Jahrhunderts", Bd. 1); Semiten und Nichtsemiten gaben ihren Samen her und vererbten ihm ihre schlechtesten Eigenschaften. Wie Heuschrecken fielen schon die Vorfahren der heutigen Juden in fremde

Lande, um da zu ernten, wo sie nie gesät hatten. „Ich brachte euch in ein gutes Land, daß ihr genösset seine Früchte und seine Güter" (Jeremias 2, 7... „Ihr fresset das Fette und kleidet euch mit der Wolle und schlachtet das Gemästete, aber die Schafe wollet ihr nicht hüten" (Hesekiel 34, 3). Das ist eben das Bezeichnende am Juden: Die Schafe mußten stets andere für ihn hüten und stets fand er auch gutmütige Völker, die diese Arbeit besorgten, so u. a. auch das ackerbautreibende Volk der Israeliten, von dem er schließlich selbst den Namen borgte, ohne sich seine Lebensauffassung zu eigen zu machen. Diese Vereinigung mit den Israeliten, bei welcher Israel der Gefoppte war, findet ihren biblischen Ausdruck in der ewig wahren Geschichte von Esau und Jakob. Da heißt es:

„Zwei Völker sind in deinem Leibe und zweierlei Leute werden sich scheiden aus deinem Leibe" . . . „Der Erste, der geboren ward, war rötlichblond und sie nannten ihn Esau. Der zu zweit kam, hing sich an die Ferse (!) des ersteren. Daher nannten sie ihn Jakob (d. h. der Listige, der Schelm). Und da nun die Knaben gleich groß waren, ward Esau ein Jäger und ein Ackersmann, Jakob aber ein glatter Mann, der in den Hütten der Menschen verblieb." (1. Moses 23; 25—27.)

Daß es sich da nicht um Brüder im gewöhnlichen Sinne, sondern tatsächlich um zwei Völker handelt, zeigt die erstangeführte Bibelstelle; daß sie grundverschieden sind, erhärtet die zweite. Was Jakob heißt, meldet uns Esau mit den bitteren Worten: „Er heißt mit Recht Jakob, denn er hat mich nun zweimal betrogen. Mein Erstgeburtsrecht nahm er mir und nun nimmt er mir auch den Segen." (1. Mos. 27, 36). Unter dem Raub des Erstgeburtsrechts und des Segens haben wir nach dem Vorangegangenen wohl den Raub des Landes und seiner Früchte zu verstehen. Der glatte Mann, der in den Hütten der Menschen blieb, sich in Wolle kleidete und das Gemästete aß, aber die Schafe nicht hüten wollte, der Jakob, dieser Erzschelm, hat sich in der Bibel ganz gegen seinen Willen ein unauslöschliches Denkmal gesetzt. Und so ist diese Bibel wahrlich auch für den Nichtjuden ein heiliges Buch, das Buch der Bücher, denn sie zeigt jedem, der Augen hat zu sehen, wo der Feind aller ehrlichen Arbeit, der reine Nutznießer des mühevollen Schaffens anderer zu suchen ist.

Vom Beginn seiner Geschichte bis zum heutigen Tage hat das Judentum stets den Grundsatz befolgt: Fremde werden deine Mauern bauen und deine Schafe hüten und stets blieb es ein Fremdling in dem Lande, das ihm gastlich seine Grenzen öffnete und es einlud, an seinen Einrichtungen teilzunehmen. Hatte es

genug von der Völker Reichtum angeeignet und sich durch sein Gehaben so mißliebig gemacht, daß es freiwillig oder gezwungen das Land verließ, so tat es dies nicht, ohne noch möglichst viel von fremdem Eigentum mitzunehmen. So geschah es u. a. auch im alten Ägypten. „Also kaufte Josef das ganze Ägypten . . . und machte das Volk zu Leibeigenen . . . und gab ihnen ein Gesetz im Lande Gosen und sie beherrschten es und wuchsen und mehrten sich sehr“ (1. Mos. 47, 13—27).

Die Ägypter bildeten sich in ihrer Herzenseinfalt ein, sie könnten die ungebetenen Gäste irgendwie doch zu ehrlicher Arbeit zwingen: „Und man setzte Vögte über sie und zwang sie zu ehrlicher (!) Arbeit, denn sie mußten beim Bau der Städte helfen. Aber, wie man sie auch einschränkte, sie vermehrten sich doch und wurden den Ägyptern eine Plage (!) . . .“ (2. Mos. 1, 11).

Aller Liebe Mühe war demnach vergebens. Nicht nur in Handel und Wandel machte sich schon im alten Ägypten die Tarnopoler Moral geltend; auf allen Gebieten hatte dieses Volk seine eigenen Sittengesetze. Seine übermäßige Wollust wurde den Töchtern Ägyptens ebenso gefährlich, wie die der heutigen Jüngel sich ihre Opfer unter dem weiblichen Teil der Wirtsvölker sucht. Ja sogar an die Gattin des ersten Beamten im Staate wagte sich der ihren einer heran. Es war der berühmte Josef. „Der hebräische Knecht, den du uns hergebracht hattest, kam zu mir herein und wollte mich schänden. Da ich aber ein Geschrei erhob und um Hilfe schrie, ließ er sein Kleid zurück und entfloh“ (1. Mos. 39, 14—18). Die guten Leutchen, die daran festhalten, die alten Juden seien besser gewesen als die heutigen, wollen uns nun weismachen, die Frau des Potiphar habe auf den schönen Josef ein Auge geworfen und ihn verführen wollen. Er habe sich ihren Netzen nur durch Flucht entziehen können. Merkwürdig bleibt allerdings, warum sie schrie, wenn doch sie die Verführerin war!

Als alles nichts fruchtete, blieben nur zwei Wege offen, sich dieser Landplage zu entledigen. Man konnte es so machen, wie es die Juden mit ihren Feinden zu tun pflegten: „Und die Kinder Juda fingen ihrer zehntausend lebendig; die führten sie auf die Spitze eines Felsens und stürzten sie von da herab, daß sie alle zerschmetterten“ (2. Chron. 25, 12) . . . „Und David führte aus der Stadt sehr viel Raub. Aber das Volk darinnen führte er heraus und legte sie unter eiserne Sägen und Stacheln und eiserne Stampfen und verbrannte sie in Ziegelöfen“ (2. Sam. 12, 30—31). Das haben nun die Ägypter nicht getan, obgleich die Juden im

gegenteiligen Falle sicher so gehandelt hätten. Die Ägypter aber, die kein „frommes" Volk waren wie die Juden, haben die Kinder Judas, obwohl ihnen diese viel Böses angetan hatten, nur des Landes verwiesen. So haben nun auch andere das Vergnügen, das auserwählte Volk Jahwes näher kennen zu lernen. Aber bevor es aus Ägypten auszog, ließ es noch verschiedenes mitgehen, was ihm nicht gehörte; Eigentums- und Rechtsbegriffe sind eben verschieden. „Und ich will diesem Volke Gnade geben vor den Ägyptern, damit es nicht leer auszieht. Sondern ein jegliches Weib soll von ihren Nachbarinnen und Hausgenossen fordern silberne und goldene Gefäße und Kleider; die sollt ihr auf eure Söhne und Töchter legen und den Ägyptern entwenden (!)" (2. Mos. 3, 21—22 und 11, 2).

Fromm wie immer, taten sie, was ihr Gott ihnen geheißen — — „und von den Ägyptern geborgt (!) silberne und goldene Geräte und Kleider — — und sie stahlen (!) es den Ägyptern — — und es zog mit ihnen viel Pöbelvolk (!) und Schafe und Rinder und viel Vieh" (2. Mos. 12, 35—38). Daß die Schafe und Rinder nicht freiwillig mitzogen, versteht sich von selbst; sie werden jedenfalls so geborgt worden sein, wie die silbernen und goldenen Geräte. Wir haben also hier anscheinend den Auszug einer ausgesprochenen Verbrecherkolonie vor uns. Sie zieht „in das Land der Kanaaniter, Amoniter, Pheresiter, Heviter und Jebusiter; in das Land, darinnen Milch und Honig fließt" (2. Mos. 3, 17). Sehr erbaut waren diese Völker gerade nicht über den unerwünschten Zuzug. Sie wehrten sich sogar entschieden dagegen, wurden jedoch besiegt, wenn auch nicht durch Waffengewalt, sondern durch List. Es steht darüber geschrieben: „Und Moses sandte Späher gen Jaeser; die machten Buhlschaft mit den Töchtern der Amoriter und überlisteten (mit deren Hilfe) alle, die darinnen waren" (4. Mos. 21, 32).

Genau so machten sie es mit allen anderen Stämmen und Städten, denn es steht geschrieben: „So gewannen wir zu der Zeit alle Städte und töteten alle Männer, Weiber und Kinder und ließen niemand übrig bleiben. Nur das Vieh raubten wir für uns und die Beute, die wir in den Städten fanden" (5. Mos. 2, 34—35).

Eine Vermischung fand also nicht mehr statt. Rasch ist die Herkunft aus der ägyptischen Verbrecherkolonie vergessen. Schon fühlen sie sich als das „auserwählte Volk", das nichts anderes neben sich duldet, denn ihre Losung lautet: „Hüte dich, daß du nicht einen Bund machest mit den Einwohnern des Landes, darein

du kommst, daß sie nicht zum Ärgernis unter dir werden, sondern ihre Altäre sollst du umstürzen, ihre Götter zertrümmern und ihre heiligen Haine ausrotten" (2. Mos. 34, 12—13).

Im gesegneten Lande Kanaan, im „Gelobten Land" wo Milch und Honig floß, ging dem Judentum das Verständnis für seine eigentliche Sendung auf. „An den Fremden magst du wuchern, aber nicht an deinem Bruder, auf daß Jahwe dich segne" (5. Mos. 23, 20). So hatte Moses es ihm geboten, und ihm dafür verheißen: „Jahwe wird dir Gewinn geben, wie er dir versprochen hat. So wirst du vielen Völkern leihen, aber du wirst von niemand zu borgen brauchen" (5. Mos. 15, 6). Diese Verheißung ging rascher in Erfüllung, als man glauben konnte. „Da aber Israel mächtig ward, machte es die Kanaaniter zinsbar und vertrieb sie nicht — — Und die Einwohner zu Kitron und Nahahol — — und zu Beth Senes und Beth Anath wurden zinsbar — — Und die Amoriter wohnten auf dem Gebirge Heres und die Hand des Hauses Josef ruhte schwer auf ihnen, denn sie waren alle zinsbar geworden" (Richter 1, 28—35).

Juda war also zur Einsicht gekommen, daß es besser sei, die Völker nicht zu erschlagen, sondern zinspflichtig zu machen und seine Herrschaft durch Pfandbriefe statt mit dem Schwerte aufrecht zu erhalten. Der Gott Jahwe, zu dem es betete, ist nie der gütige Vater der Arier gewesen, nie war es ein Lichtgott wie der germanische Ziu, der griechische Zeus, wenn es ihn auch ähnlich — Zebaoth — nannte. Der alte El-Schaddai war es, mit dem Abraham seinen Bund geschlossen hatte, der Wüstengott, der alles versengte, der Zerstörer und Vernichter. „Euer Herr Zebaoth ist ein solcher, daß, wenn er über ein Land kommt, so zerschmelzet es, daß alle Einwohner trauern müssen" (Amos 9, 5).

So war das Judentum von altersher und so blieb es bis zum heutigen Tage. Ehemals Wüstennomade, ist der Jude seit vielen Jahrhunderten (schon im alten Rom und Griechenland) der ausgesprochene Großstadtmensch, der keine Ideale kennt. In wahnwitziger Verblendung hat der Arier ihm einen Glauben an einen gütigen Gott im Himmel angedichtet, während er doch nur einen Götzen verehrt, der in seiner Vernichtungswut ganz zu ihm paßt. Nie hat der Jude aufgebaut, stets nur zerstört. Wo ist seine Kultur, wo bleiben die Geisteswerke und Kunstschätze, die er geschaffen? Stets hat er sich nur mit fremden Federn geschmückt, mit fremden Erzeugnissen gehandelt. Das einzige Bauwerk, das die Juden hatten, der Tempel Salomos, mußte von

fremden Baumeistern erbaut, von fremder Künstler Hand geschmückt werden, denn sie selbst haben nur Wucherer und Schacherer, nie aber Künstler besessen! Und ist es heute anders? Man müßte rein die Schundoperette zum Kunstwerk erklären, um jüdische Kunstleistungen zu entdecken.

Ist es nicht höchst sonderbar, daß in diesem so durch und durch materialistischen Volke anscheinend eine Messiashoffnung lebte? Freilich ist auch hier äußerste Vorsicht geboten. Die Propheten, welche diese Hoffnung weckten und nährten, stammen durchwegs aus dem Norden Palästinas. Sie sind also eigentlich gar keine Juden im wahren Sinne des Wortes, sondern Abkömmlinge edlerer Rassen, die durch das Judentum nach und nach zersetzt und aufgesogen wurden. Ihr Wirken hatte seinen tieferen Grund wohl im Bewußtsein, daß die sich vollziehende Mischung verschiedenartigster Rassenbestandteile Sünde wider die Natur sei und sie trachteten, wenigstens den Geist der besseren Rasse zu retten. Es war ein ebenso verzweifeltes wie vergebliches Bemühen, denn dem eigentlichen Judenvolke, das durch seine Priesterschaft und seine Pfandbriefe herrschte, bedeutete die Erfüllung der Messiashoffnung nie etwas anderes als Gold, äußeren Glanz, Macht und Herrschaft über verknechtete Völker!

Am deutlichsten erweist das sein Verhalten gegenüber dem Auftreten Jesu des Galiläers. Er jagte die Geldwechsler aus dem Tempel und trat gegen die Pharisäer und Schriftgelehrten auf. „Euer Vater ist der Teufel," sagte er zu ihnen, „und nach eures Vaters Gelüsten wollt ihr tun. Er ist ein Verbrecher von Anfang an, in dem keine Wahrhaftigkeit ist. Wenn er lügt, so offenbart er sein eigenes Wesen, denn er ist der Vater der Lüge" (Evang. Joh. 8, 44—45).

Der Krist bot diesem seelenlosen Volk nicht Macht und Glanz, sondern nur ein Reich, das nicht von dieser Welt war; die Seele wollte er ihm wieder geben, die Fähigkeit tiefinnersten Erlebens! Es verstand ihn nicht, konnte ihn seiner ganzen Art nach nicht verstehen und er endete wie ein Verbrecher am Kreuze! Messias der Juden zu sein, blieb ihm versagt; aber dafür wurde er mehr: Der Heiland der Nichtjuden! Die Juden hassen und verhöhnen ihn bis auf den heutigen Tag, denn stets bleibt ihnen unfaßbar, *wie man für einen Gedanken sich ganz aufopfern, wie man das: was ihnen das kostbarste dünkt, das Leben, hinwerfen kann um einer großen Sache willen.* Das aber tat Jesus, der Nazarener, und darum war er wohl schwerlich ihres Blutes, wogegen ja schon seine Herkunft aus dem Norden spricht.

Das Kristentum setzte sich schließlich bei den ihm wesensverwandten Ariern durch. Mühsam genug war sein Weg, denn diese Völker hatten kein Bedürfnis nach einem neuen Glauben, da ihre Götter ganz ihrem Wesen entsprachen. Was ihm endlich doch Eingang bei den Germanen verschaffte und uns Deutsche heute noch bewußt oder unbewußt daran fesselt, ist kein welscher Papst und selbst kein deutscher Luther, sondern der Opfertod, den der Heiland um seiner Sendung willen auf sich nahm. Diese Tat ist Geist von unserem Geiste, Blut von unserem Blute, ist der urewige Unterschied zwischen Helden- und Händlertum. Der eine stürzt sich jauchzend in die Speere um eines Gedankens willen, der andere klebt am Leben des Gewinnes halber. Der eine ist Baldurs Sohn, der andere Lokis Gezücht entsprungen!

Die Zeiten änderten sich, unverändert aber blieb der nun fertig gewordene Jude in seinem Tun. So klagt nach der Zerstörung Jerusalems der Römer Rutilius Namatianus: „Hätte den jüdischen Feind doch nie Pompejus gebändigt! Niemals auch über ihn, Titus der Held, triumphiert! Weiter nun schleicht ansteckend die eben bewältigte Seuche, jetzt wird, der ihn besiegt, von dem Besiegten erdrückt." Und im Jahre 821 urteilt der Perser Manâwi al-Manlid über die Juden folgendermaßen: „Ehrlichkeit und Rechtssinn beim Juden erwarten, heißt soviel als die Jungfräulichkeit bei einer alten Dirne suchen."

In einem früheren Abschnitt schilderten wir bereits, wie das Judentum im Mittelalter das Geschäft vollständig in der Hand und einen Höchstzins von 173⅓ % bewilligt erhalten hatte. Unter solchen Umständen darf es nicht wundernehmen, daß sich die Wut der ausgebeuteten Bevölkerung gegen die Blutsauger gelegentlich in Judenverfolgungen Luft machte. Mit Glaubenshaß hatte diese natürliche Regung so wenig zu tun, wie heute die Pogrome. Es sind höchstens, um mit den Marxisten zu reden, Klassenkämpfe, d. h. Kämpfe Unterdrückter und Ausgewucherter gegen Unterdrücker. In seiner Schrift „Das sozialdemokratische Programm" weiß Dr. Robert Danneberg zwar allerhand böse Dinge vom Adel, von den Kaufleuten, den Fugger usw. zu erzählen. Über den Wucher der Juden, über die 173⅓ %, aber schweigt er sich wohlweislich aus.

Dem Alten Testament haben wir eine reichliche Auslese von Geboten entnommen, die uns den Juden als etwas uns völlig Wesensfremdes zeigen. Wir ließen, um ganz vorurteilsfrei zu

bleiben, nur ihn selbst zu uns sprechen. Jahrhundertelanges Zusammenleben mit anderen vermochte ihn nicht im geringsten zu ändern. Stets blieben Handel und Wucher seine einzige Beschäftigung. Sein Glaube gestattet ihm dies nicht nur, wie wir sahen, sondern schreibt es ihm geradezu vor. Die Gebote der Bibel werden durch den Talmud ergänzt, d. h. die Schriften der jüdischen Geistesgrößen, der Rabbiner. Alles was an Hochmut und Überhebung, an Grausamkeit und Wollust, Selbstsucht und Habgier nur irgend möglich ist, vereinigt sich in ihm in höchster Steigerung zu dem häßlichen Bild des Juden. Es mutet uns an, als ob es aus einer anderen Welt käme.

Einige Beispiele mögen diese Behauptung erweisen. „Ihr werdet Menschen genannt, die Völker der Welt aber sind nicht Menschen, sondern Vieh", heißt es im Traktat „Baba mezia" (f. 144, 2). Im Traktat „Sanhedrin" wird das Verbot, dem Volksgenossen zu schaden, folgendermaßen erhärtet: „Du sollst deinem Nächsten nicht Unrecht tun, und wird des Goi nicht gedacht" (Tr. S. f. 57, 1). Ergänzt wird diese Ausführung, die den besonders vom Juden betriebenen Humanitätsschwindel ins rechte Licht rückt, noch durch folgendes menschenfreundliches Gebot: „Die Gojim (Kristen) oder Heiden, wie auch die Räuber, die den Heiden gleich sind, zieht man nicht aus der Grube, wenn sie darein gefallen sind, sondern man läßt sie darinnen, daß sie sterben müssen" (Aboda Zara f. 13, 2).

Die reinsten Märchen erzählt man uns darüber, wie heilig die Ehe dem Juden ist, wie der Ehebruch bei ihm als verpönt gilt. Dies ist aber nur, wie alles beim Juden, sehr bedingt richtig, nämlich nur insoferne, als es sich um Ehebruch zwischen Juden handelt. Das Weib des Ariers, das arische Mädchen, kann der verheiratete Jude ruhig begehren und mißbrauchen, wie folgende Stelle beweist: „Moses sagt: Du sollst nicht begehren deines Nächsten Weib und wer die Ehre bricht mit seines Nächsten Weib ist des Todes schuldig. Strafbar für den Juden ist also nur der Ehebruch an des Nächsten, d. h. des Juden Weib. Das Weib des Nichtjuden ist also ausgenommen" (Trakt. Sanhedrin f. 52, 2). Sie stürzen sich denn auch mit unbeschreiblicher Gier über arische Frauen und Mädchen; besonders die Blonden sind vor ihren Nachstellungen nicht sicher. Wer offenen Auges durch die Straßen der Großstädte geht, muß dem unbedingt zustimmen.

Endlich sei, um das Bild zu vervollständigen, noch etwas über die Heiligkeit des Eides gesagt. Das sogenannte Kol-nidre-

Gebet öffnet uns darüber die Augen. Es lautet: „Alle Gelübde und Verbindlichkeiten und Beschwörungen und Eide, welche wir von diesem Versöhnungstage an bis auf den nächsten geloben, schwören und zusagen werden, die reuen uns alle und sollen aufgelöst, erlassen, aufgehoben, vernichtet, unkräftig und ungültig sein; unsere Gelübde sollen keine Gelübde und unsere Schwüre sollen keine Schwüre sein" (Schulchan aruch I § 619). Mit Recht warnt daher Luther: „Trau keinem Fuchs auf weiter Heid' und keinem Juden bei seinem Eid."

Die angeführten Stellen aus der Bibel und dem Talmud zeigen deutlich, daß wir in den Juden ein Volk vor uns haben, das in seinem Wesen grundverschieden ist von dem unseren. Der große Geschichtsforscher Mommsen, dem man keinerlei Judengegnerschaft, sondern viel eher das Gegenteil nachsagen kann, bezeichnet es als „Ferment der Dekomposition". Bei jedem Umsturz hat es seine Hand im Spiele; stets war die „Revolution der Stern Judas", stets hat ihre trübe Schlammflut Juden und abermals Juden an die Oberfläche gespült. In einem gewissen Sinne haben wir es hier wirklich mit einem auserwählten Volk zu tun. Es ist allem Anschein nach dazu auserwählt, den Sauerteig in der Entwicklung seiner Wirtsvölker abzugeben. Zuviel Sauerteig freilich wirkt zersetzend und so wirkt auch der jüdische Geist zersetzend. Sein Wesen ist uns nach dem vorher Gesagten klar. Er ist nichts anderes als der Geist krassester Selbstsucht und schnödesten Eigennutzes, der Unduldsamkeit und Rücksichtslosigkeit gegen alles Fremde, der Geist der Lüge, Bosheit und Niedertracht, der Geist der Zerstörung!

Der jüdische Geist bleibt nicht auf den geborenen Juden beschränkt. Wohl ist er dem jüdischen Volke entsprungen und seinen Kindern als unveräußerliches Erbe mitgegeben. Aber dieses Volk verdankt sein Dasein einer Häufung von Sünden wider die Natur; es stellt einen Zustand der Entartung vor, dem auch andere verfallen können. Die Verjudung, deren wesentliches Merkmal der jüdische Geist ist, der uns in der Bibel und im Talmud ins Auge springt, kann auch Menschen anderen Blutes und selbst ganze Völker ergreifen.

Nach einem jüdischen Märchen sind z. B. die Engländer Nachkommen der verloren gegangenen zehn Stämme Israels.

Dies ist natürlich Erfindung, die den Engländern schmeicheln, sie sozusagen als das zweite auserwählte Volk darstellen soll; jedenfalls ist aber das Märchen gut erfunden und es liegt in ihm mehr als ein Körnchen Wahrheit, denn unstreitig besteht zwischen beiden Völkern eine geistige Verwandtschaft. In dem einen haben wir den rein gezüchteten Seeräuber aus altem Wikingerblut, im anderen den Wüstenräuber vor uns.

Wir dürfen, wenn wir von der Übertragbarkeit des jüdischen Geistes auf andere Völker sprechen, auch eines sehr wichtigen Umstandes nicht vergessen, daß nämlich im Kirchenkristentum, dessen Einfluß ja ein gewaltiger ist, viel Jüdisches verborgen ist. Stützt es sich doch auf das ausgesprochen jüdische „Alte Testament", waren weiters die meisten Kirchenväter sehr zweifelhaften rassischen Ursprungs und viele Jesuiten z. B. und selbst ein Papst — der berüchtigte Alexander der Sechste aus dem Geschlechte der Borgia — sogar ausgesprochene Juden! So droht uns allen im Zusammenhang mit den der jüdischen Messiashoffnung entspringenden Weltherrschaftsbestrebungen des Judentums nicht nur die wirtschaftliche Verknechtung durch den im Wesen ganz und gar jüdischen Mammonismus, es droht uns auch die geistige Verjudung!

Daß das Judentum die Weltherrschaft unvermindert anstrebt, zeigen u. a. die Friedensbedingungen, welche die Westmächte als Hauptvertreter des Mammonismus dem deutschen Volke am 28. Juni 1919 aufzwingen konnten, zeigte die echt grausam jüdische und dabei feige Art der Kriegführung — Hungerkrieg, Zermürbung des Hinterlands durch Flugschriften und im Dienste des Judentums stehende Zeitungen und Parteien. Der Vorgang erinnert an die Bibelstelle: „die machten Buhlschaft mit den Töchtern der Amoriter."

Der Versuch, die Weltherrschaft des Judentums aufzurichten, wird aber auch von einer zweiten Seite aus unternommen. Geht das eine Bestreben, das uns soeben beschäftigte, vom Westen aus und fußt es auf dem Mammonismus, so hat das zweite, vom Osten ausgehende, den kommunistischen Bolschewismus zur Grundlage. Beide sind nur scheinbar Gegenpole, denn beider Streben ist unverkennbar darauf gerichtet, die nichtjüdischen Völker geistig und leiblich zu verseuchen und wirtschaftlich auszubeuten, um sie sodann als Sklaven unumschränkt zu be-

herrschen. Der Jude kennt nur eine Form der Herrschaft: die Diktatur! Ob diese nun kapitalistisch oder kommunistisch ist, bleibt für die Unterdrückten wahrlich ohne Belang; Unterdrückung ist es auf jeden Fall und der Herrschende ist in beiden Fällen der Jude. Es ist daher nur selbstverständlich, daß im bolschewistischen Rußland sämtliche Führerstellen mit Juden besetzt sind. Genau so lagen die Dinge bekanntlich in Ungarn zur Zeit des Bela Kun und in München zur Zeit der Räteherrschaft. Ebenso selbstverständlich ist es aber, daß auch dann, wenn Kommunisten herrschen, keinem Juden selbst außerhalb des kommunistischen Führerkreises — und sei er noch so vermögend — nahe getreten wird.

Auf welche Weise nun will Juda zur Weltherrschaft gelangen? Darüber belehren uns die 24 „Protokolle der Weisen von Zion", kurz „Jüdische Protokolle" genannt. Diese Protokolle sind 1906 zum erstenmal gedruckt worden. Der Weg zur jüdischen Weltherrschaft führt nach ihnen über die Spaltung der übrigen Völker, deren geistige Verwirrung und wirtschaftliche Unterjochung. Es seien aus diesen sehr lehrreichen Protokollen nur einige Stellen angeführt.

So heißt es im ersten: „Die wertvollen Eigenschaften des Volkes — Ehrenhaftigkeit und Offenheit — sind in der Politik geradezu Laster, weil sie sicherer und gewisser zum Untergang führen als der stärkste Feind. Diese Eigenschaften sind Kennzeichen der Politik der Ungläubigen (d. h. der Nichtjuden); wir dürfen uns von ihnen nicht leiten lassen."

Weiters: „Auf den Trümmern des Erbadels der Ungläubigen haben wir die Aristokratie unserer gebildeten Klassen errichtet und über allem die Aristokratie des Geldes."

Weiters: „Wir werden Lohnerhöhungen erzwingen, die jedoch für die Arbeiter ohne Nutzen sein werden, denn zur selben Zeit werden wir eine Preissteigerung der notwendigsten Lebensmittel verursachen, indem wir zugleich behaupten, daß dies die Folge des Niedergangs von Ackerbau und Viehzucht sei. Ebenso wollen wir die Quellen der Warenerzeugung künstlich und tief unterminieren, dadurch, daß wir den Arbeitern anarchistische Ideen einflößen und sie zum Alkoholgenuß anregen .... Damit die wirkliche Sachlage von den Ungläubigen nicht vorzeitig bemerkt wird, werden wir sie durch vorgebliche Bemühungen zugunsten der arbeitenden Klassen maskieren und große wirtschaftliche Prinzipien verbreiten, wofür durch unsere ökonomischen Theorien eine lebhafte Propaganda getrieben wird."

„Schon in alten Zeiten", heißt es noch immer im ersten Protokoll weiter, „waren wir die ersten, welche die Losung: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit in die Massen warfen. Diese Worte sind seitdem unzählige Male von Wählerpapageien nachgeplappert worden, die sich von allen Seiten um diesen Köder scharten und damit das Wohlergehen der Menschheit und wahre persönliche Freiheit vernichtet haben."

Im 5. Protokoll finden wir eine sehr lehrreiche Aufklärung darüber, daß die vorhin angeführten Bestrebungen tatsächlich bloß auf Massenbetrug hinauslaufen. Es heißt da: „Zu allen Zeiten nahmen Völker wie der einzelne Mensch Worte für Taten.... Aus diesem Grunde wollen wir Scheineinrichtungen organisieren, welche auffällig ihre Hingabe an den Fortschritt zur Schau tragen." Man kann daraus ermessen, wie wenig ernst eine Demokratie und ein Sozialismus zu nehmen sind, hinter welchen Juden stecken.

Im 11. Protokoll kommt die Verachtung der Nichtjuden offen zum Ausdruck in den Worten: „Die Ungläubigen sind wie eine Schafherde."

Aus allen 24 Protokollen spricht unendliche Verachtung der Nichtjuden und eine tiefe Kenntnis ihres Wesens. Sie zeigen aber auch deutlich, mit welcher Klarheit und Rücksichtslosigkeit die oberste Leitung der Judenschaft ihr Ziel verfolgt. Der Weltkrieg mit seinen Folgen hat dieses Ziel in greifbarste Nähe gerückt: Wir stehen vor der jüdischen Weltherrschaft. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß der Zionistenführer Dr. Max Nordau, Dr. Theodor Herzls Freund, bereits 1903 den Weltkrieg und seinen voraussichtlichen Verlauf voraussagte. Es war einen Monat nach dem im August 1903 zu Basel abgehaltenen 6. Zionistenkongreß in einer Versammlung zu Paris. Das sorgsam gehütete Geheimnis, das über diesen Vorgängen lag, ist endlich durch einen Aufsatz der „American Jewish News" (Amerikanische jüdische Nachrichten) vom 19. September 1919, betitelt „Wenn Propheten sprechen", gelüftet worden.

Aus dieser Tatsache erhellt aber auch, daß das Weltjudentum die treibende Kraft zur Herbeiführung des Weltkriegs war. Im 2. Protokoll der Weisen von Zion ist ja eines seiner Kampfmittel, der berühmte Verständigungsfriede, angeführt. Es heißt da: „Unerläßlich für unsere Zwecke ist, daß Kriege, wenn irgend möglich, keinen Gebietszuwachs bringen. Dadurch erhält der Krieg ein ökonomisches Gepräge." Wir wissen, welches Unglück gerade diese Formel über unser Volk gebracht hat.

Fassen wir zusammen, so können wir sagen, daß die ganze internationale Demokratie, deren angebliche Ideale die große Presse und große Parteien vertreten, zu deren Fahne sie schwören, nichts anderes ist als der politische Niederschlag des jüdischen Geistes und letzten Endes keinem anderen Zwecke dient als der Aufrichtung der Weltherrschaft des Judentums!

Totengräber Deutschlands.

Demokratie und Internationale waren die Zauberworte, mit welchen Jahrzehnte lang die Massen geködert wurden. Die eine sollte die Herrschaft des Volkes, die andere allgemeine Verbrüderung und ewigen Frieden herbeiführen. Marxisten, Klerikale und Judendemokraten, also Anhänger der roten, schwarzen und goldenen Internationale, waren die Verfasser dieser Begriffe, hinter welchen sich — mag das unmittelbare Ziel nun Kommunismus, Herrschaft der Börse oder Ultramontanismus heißen — letzten Endes nichts anderes als Weltherrschaft des Judentums verbirgt. Es braucht daher nicht weiter wunder zu nehmen, wenn im Haß gegen Bismarcks Schöpfung sich bald alle drei Internationalen brüderlich zusammenfanden und in der Herabsetzung ihres Vaterlandes wetteiferten. Die ärgste Hetze wurde wohl gegen den „Deutschen Militarismus“ entfaltet*), der für die angeblich so friedfertige Welt eine ständige Kriegsdrohung darstellen sollte.

Diese systematische Verunglimpfung mußte zur natürlichen Folge haben, daß auch das Ausland sich ihrer schließlich bemächtigte und Preußen = Deutschland als Hort des schwärzesten Rückschrittes ansah. Die Fehler der Staatsmänner, die nach Bismarck kamen, trugen zu der immer mehr um sich greifenden Abneigung wesentlich bei. Am allerwesentlichsten aber besorgte

*) Militarismus 1913.

Staat	Stand an ausgebildet. Mannschaft.	Jahreszuwachs an Mannschaft.	Flottenstärke in Millionen Tonnen	Ausgaben für Wehrzwecke in Milliarden Mk.		Belastung auf den Kopf in Mk.	Sold in Pfennig
				1901/10	1881/1910		
Deutsches Reich	4 Mill.	137 000	} 1,4	11,7	25,2	41	25
Österr.-Ung.							
Frankreich	5 Mill.	196 000	} 3,4	10,1	26,9	67	4
Rußland							
England				16,7	30,9	67	

dies das Judentum. So restlos hatte es sich wohl in keinem der modernen Staaten der Führung auf dem Gebiete von Politik, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft bemächtigt wie im Deutschen Reiche.

Die Volkszählung von 1905 hatte zwar nur 607862 Menschen mosaischen Bekenntnisses, d. i. kaum 1 v. H. der Bevölkerung ergeben. Durch Judentaufen und besonders durch die Mischehen, welche in den letzten Jahren gewaltig zugenommen hatten, vermehrte sich aber der wirkliche Anteil der Juden an der Bevölkerung auf mindestens das dreifache, nicht zu vergessen der allgemeinen Verseuchung unserer Blutes durch außerehelichen Beischlaf.*) Nimmt man die ungeheure Anzahl von Taufen jüdischer Kinder, die im Deutschen Reich zwischen 1870 und 1919 schätzungsweise über 400000 betrug, so kann man sich ein ungefähres Bild von der erschreckend um sich greifenden Verjudung besonders der oberen Schichten unseres Volkes machen. Sinnfällig kommt der überragende Einfluß der Juden im Berufsleben zum Ausdruck. Nach der Berufszählung von 1907 waren tätig:

von 1000 Deutschen		von 1000 mosaischen Juden
	in der Landwirtschaft:	
41	als Besitzer	5,8
10	Wirtschaftsbeamte	0,1
111	Arbeiter	1,1
	in Gewerbe, Industrie, Bergbau:	
32	Besitzer oder Leiter	52
13	Angestellte	25
138	Arbeiter und Gehilfen	34
	im Handel:	
9,7	Besitzer oder Leiter	133
14	Mittlere Angestellte	110
4,3	Arbeiter	2
	im Verkehrswesen:	
1,4	Besitzer oder Leiter	1,2
3,0	Mittlere Angestellte	1,0
11,6	Untere Angestellte und Arbeiter	0,8

*) Von 100 Juden schlossen Ehen mit Deutschblütigen: 1875—1884 10; 1901 bis 1904 19; 1907 26. In den Großstädten ergibt sich folgendes Bild: Frankfurt 1907 20, 1908 31; Berlin 1901—1904 35, 1905 44; Hamburg 1903—1905 50. Der jüdische Professor Gans sagt über Judentaufen und Mischehen folgendes: „Taufen und sogar Kreuzung nützen nichts. Wir bleiben auch in der hundertsten Generation Juden wie vor 3000 Jahren. Wir verlieren den Geruch unserer Rasse nicht, auch nicht in zehnfacher Kreuzung, und bei jeglichem Beischlaf mit jeglichem Weibe ist unsere Rasse dominierend: es werden junge Juden daraus!"

	in der Gast- und Schankwirtschaft:	
3,6	Besitzer oder Leiter	5,3
3,4	Mittlere Angestellte	2,7
2,9	Untere Angestellte	1,0
	im Post- und Eisenbahnwesen:	
11	Angestellte	0,6

Am erschreckendsten ist das Bild, das die geistigen Berufe gewähren. So waren 1914 unter 3140 Hochschullehrern statt 31 Juden, die dem Verhältnis der Gesamtbevölkerung entsprochen hätten, deren 937 tätig. Die Wiener Universität zählte unter je 100 Hörern 1913/14 — — 30, 1914/15 — — 45 und 1918 endlich 92 Juden;*) im Deutschen Reiche besuchten von je 100000 männlichen Personen im Jahre 1917 — — 111 Deutsche und 662 Juden die Hochschulen. Auf 1000 Deutsche kommt 1 Arzt, auf 1000 Juden deren 8. In München sind unter 1098 Ärzten 644, in Hamburg unter 734 412 Juden. Im Rechtswesen wurden bei der Berufszählung von 1907 gezählt:

Unter 100 Deutschen		Unter 100 mosaischen Juden
13,5	Höhere Beamte und Rechtsanwälte	78,7
66,5	Mittlere Beamte	18,6
20,0	Untere Beamte	2,7

Statt 1 v. H. sind 43 v. H. der Rechtsanwälte Juden!

Das Geldwesen haben sie völlig in der Hand. In den Aufsichtsratsstellen der Banken ist ihr Verhältnis zu dem der Nichtjuden statt 1:100 — — 44,5:1, unter den Direktoren 24:1 (nach W. Sombart). In den verschiedenen Industriezweigen waren bereits vor einem Jahrzehnt im Durchschnitt unter je 100 Direktorenstellen 16,5, unter je 100 Aufsichtsratstellen 26 mit Juden besetzt. **1917 bekleideten die Juden Louis Hagen (Lewy), Walter Rathenau, Dr. Salomonsohn, A. v. Gwinner, Kurt Sobernheim und weitere siebzehn vom Samen Abrahams zusammen — 794 Aufsichtsratstellen, also jeder durchschnittlich deren 36! Louis Hagen hatte deren allein 57 inne.**

Werfen wir weiters einen Blick auf die Politik. Das Mitglied des revolutionären Vollzugsrates von Berlin, Strobel, entrüstete sich 1919 darüber, daß 83 v. H. der Mitglieder Juden wären; flugs wurde er abgesägt! **An Führerstellen haben die Juden inne: Bei den Mehrheitssozialisten: 18, bei den Unabhängigen 65 (vor der Vereinigung), bei den Kommunisten gar 87 v. H.** Man sieht, wie die Verjudung gegen links zunimmt.

*) Die Deutschen standen im Felde.

In Presse und Schrifttum endlich betätigen sich von 1000 Deutschen einer, von 1000 mosaischen Juden aber 10. Rechnet man die Taufjuden und Judenstämmlinge, die gerade auf diesem Gebiete ihr Unwesen treiben, dazu, so erhöht sich der Anteil gut auf das dreifache. Von der gesamten reichsdeutschen Presse befinden sich bloß 5 v. H. unter bewußt deutscher Leitung, während 35 unter bewußt jüdischer Leitung stehen. Der Rest wird vom jüdischen Anzeigenmonopol (Mosse usw.) beherrscht. Von den 806 bedeutenderen Verlegern sind 365, also 45 v. H. (statt 1 v. H.) Juden!

Wie man aus diesen Zahlen, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, ersehen kann, war schon das wilhelminische Deutsche Reich ein ausgesprochener Judenstaat. Die Folgen dieser Verhältnisse äußerten sich im überragenden Einfluß des jüdischen Geistes im Wirtschafts- und Geistesleben des Staates. Er beeinflußte seine Innen- und Außenpolitik in einseitig händlerischer Richtung. Die Bethmann usw. waren bloß seine Handlanger. Alles was zur Erweckung und Vertiefung des Volksbewußtseins hätte beitragen können, wurde geflissentlich nicht gefördert, sondern unterdrückt; der Deutsche mußte Weltbürger bleiben, um die jüdischen Kreise nicht zu stören. Das Rätsel, das den Deutschnationalen der Ostmark der Mangel an jeglichem völkischen Verständnis in reichsdeutschen Kreisen so oft aufgab, findet derart leicht seine Lösung.

Unter der geistigen Führung Judas stehend, hat das Deutsche Reich seine weltgeschichtliche Aufgabe vollständig verkannt. Sie mußte in erster Reihe auf die Stärkung und Wiedergewinnung aller außerhalb des Reichsverbands befindlichen Deutschen gerichtet sein, statt sie die Rolle des Kulturdüngers in Österreich, Rußland usw. spielen und wertvolle Teile unseres Volkes im Amerikanismus untergehen zu lassen.*) Der jüdische Geist umnebelte den Deutschen, so daß

*) In den Vereinigten Staaten z. B. wohnen allein Millionen von Volksgenossen und doch ist ihr politischer Einfluß gleich Null.
Deutsche gibt es:

Deutsches Reich (in den Grenzen von 1914)	61,70	Millionen
Luxemburg	0,28	"
Flamland (Belgien)	3,30	"
Niederlande	5,80	"
Schweiz	2,78	"
Tschechei	3,74	"

(Forts. S. 57.)

er nur mehr wirtschaftlich sah und dachte. Der Sinn für die Unwägbarkeiten, die „Imponderabilien" Bismarcks, die im Völkerleben eine gewaltige Rolle spielen — man beachte nur die Tschechen, Polen, Franzosen u. dgl. —, war ihm verloren gegangen; er „orientierte" sich westlich mit dem dazu gehörigen östlichen Einschlag.

Erreicht wurde damit nichts, vielmehr nur Mißtrauen und Abneigung erzielt. Der deutsche Kaufmann besonders hat uns im Ausland unendlich geschadet. Es ist dies erklärlich, wenn man bedenkt, daß dieser „deutsche" Kaufmann in den allermeisten Fällen Jude war.

Die westlich-demokratische „Orientierung" (wir bleiben bei diesem Worte, weil es mit „Orient" zusammenhängt und daher am treffendsten die treibenden Kräfte kennzeichnet) hat auch im Krieg entsetzliches Unheil angestiftet. Sie war die Ursache aller Hemmungen in der Kriegführung; sie hat die Achtung der „griechischen Neutralität", den Aufschub des verschärften Tauchbootkrieges in der ewigen und ach so vergeblichen Hoffnung auf Friedensmöglichkeiten, das vorzeitige Aufrollen der polnischen Frage und der Verfassungsfrage in Preußen verschuldet. Darin liegen aber die politischen Hauptursachen des schließlichen staatlichen Zusammenbruchs. Alles andere sind Begleiterscheinungen.

Das neue Deutsche Reich ist letzten Endes deshalb in Trümmer gegangen, weil es — wenngleich ein Staat mit überwiegend deutscher Bevölkerung — in seiner Führung und Leitung sich gänzlich undeutschen Einflüssen gefügig erwies. Es besaß die stärkste Sozialdemokratie, die sich gleichzeitig am deutschfeindlichsten geberdete und die stärkste und geschlossenste klerikale Partei, die ihre Aufträge aus Rom bezog. Als dritter im Bunde spielte der jüdische Freisinn eine gewaltige Rolle. Dazu traten Elsässer, Polen, Dänen. Die volksbewußten deutschen Parteien kamen in der politischen Vertretung des deutschen Volkes kaum

Ehemaliges Österreich ohne Tschechei . . .	6,30	Millionen
Ehemaliges Ungarn ohne Slowakei . . .	2,00	"
Europ. Rußland (einschl. Polen, Esthland usw.)	2,15	"
Übriges Europa	0,41	"
Amerika	12,893	"
Australien	0,113	"
Asien	0,144	"
Afrika	0,78	"
zusammen	102,89	Millionen

davon 43 v. H. *außerhalb des Reichsgebiets.*

zum Ausdruck; das Gerede vom Einfluß der Alldeutschen ist eitel Geflunker. Dies zeigt mehr als alles andere den verderblichen Kurs, den das deutsche Reichsschiff steuerte!

So trat das Bismarckreich in den Kampf auf Leben und Tod! Wenn es so lange standhielt, so zeigt dies, daß die Massen besser waren als die Führer, daß das jüdische Gift sich noch nicht tief genug gefressen hatte. Es holte aber — durch die besonderen Kriegsumstände begünstigt — rasch nach, was es bis dahin verabsäumt hatte.

Das Deutsche Reich darf nicht siegen! So lautete der Losungsruf aller Internationaler ob roter, schwarzer, ob goldener Färbung, ob Marxisten, ob Pazifisten! Alles wurde in den Dienst dieses einen Zieles gestellt. Den Ton gab Northcliff-Stern in London an, das Ganz- und Halbjudentum in Berlin, Wien u. a. O. vervollständigte den heiser krächzenden Chor.

Deutschland durfte nicht siegen, weil es sich dann nicht mehr so willig dem nach der Herrschaft über die Welt gierenden Judentum gebeugt hätte, denn die Weltherrschaft erringen, die Messiashoffnung in seinem Sinne verwirklichen, ist und bleibt das tiefere Streben Judas! Unverrückbar hält es an seinem Ziele fest; was sich dawider stemmt, wird vernichtet. Ganz wie es in der Bibel heißt: „Du wirst alle Völker fressen!"

Dieselbe Richtschnur wie vor Jahrtausenden gilt auch heute noch, wie die Protokolle der Weisen von Zion erhärten.

Die arischen Anhänger des Marxismus und der bürgerlich-kapitalistischen Demokratie aber geben die Handlanger zur Verwirklichung dieser Bestrebungen ab und sind noch stolz auf die erbärmliche Rolle, die sie spielen und die mit ihrer Knechtschaft endet. Nicht Wilhelm der Zweite, wohl aber das Deutsche Reich Bismarckscher Prägung war das letzte Hindernis auf dem Wege zur Weltherrschaft der Kinder Abrahams, denen bereits England, Frankreich und Nordamerika dienten und zu welchen sich unterdessen das Rußland Trotzki-Braunsteins gesellt hat. Deshalb mußte es beseitigt werden! Wer es wagte, anderer Meinung zu sein, wurde begeifert und besudelt. In dieser Hinsicht war die Judenpresse aller Richtungen, mochte sie auch sonst Scheingefechte aufführen, eines Sinnes.

Die schwarze Internationale hinwiederum, die am Wiener Hofe stets liebevollste Förderung fand, war ein unversöhnlicher Gegner des lutherischen deutschen Kaisertums und blieb es trotz allen Entgegenkommens von Berlin. Die sogenannten „Pazifisten",

d. h. Friedensfreunde, die redlich an der Zermürbung des deutschen Volkes mitgeholfen haben, sind teils Juden, teils Römlinge. Unter den Totengräbern deutscher Macht sind neben den Scheidemann, Eisner und Haase, die Erzberger, Lammasch, Prof. Foerster (früher Wien, jetzt Zürich) mit zu nennen. Den Ton gab der Papst mit seinem Friedensschritt an. Was er damals von uns verlangte, war ein Verzichtfrieden reinsten Wassers. Trotzdem fand er bei den Ententemächten kühle Ablehnung, dagegen liebevollste Aufnahme bei den Marxisten, Demokraten, Pazifisten und Klerikalen der Mittelmächte. Von da ab begann am Wiener Hofe die alte Abneigung gegen Preußen-Deutschland kräftiger Wurzel zu schlagen. Sie fand lebhaften Widerhall in der jüdischen und klerikalen Presse. Österreich, eine der Hauptursachen des Krieges, das den Funken ins Pulverfaß geworfen hatte, wurde nun plötzlich zum friedliebenden Lamm gestempelt; der reißende Wolf, der den Frieden nicht wollte, saß in Berlin!

Gewissenlos hat man unser Volk zermürbt. Zuerst rationierte man ihm nach dem Muster Josefs von Ägypten, das in den Kriegsgesellschaften (Zentralen) Walter Rathenaus fröhliche Urständ feierte, die Nahrung, nicht ohne gleichzeitig durch schwindelhaft hohe Preise den jüdischen Wuchergeist auch in Kreise zu tragen, welchen er bis dahin ferngeblieben war und dem Schleich- und Kettenhändlertum Tür und Tor zu öffnen. Zum Übermaß setzte man ihm eine geistige Kost vor, deren geheimer Koch Herr Northcliffe-Stern zu London war!

So brachen unser Reich und unser Volk schließlich zusammen! Was haben wir von der Zukunft zu hoffen?

Am Tore der Zukunft.

Ganz Deutschland — nicht bloß das verkleinerte Deutsche Reich — befindet sich dank der Wühlarbeit der roten Internationale und ihrer Helfershelfer im Lager der jüdischen Plutokratie und dank seiner Pazifisten heute im Elend. Unter Bismarck eine entscheidende Größe im Weltgetriebe, wurde es durch die Selbstentwaffnung und die ihr folgenden Friedensdiktate von Versailles und St. Germain zum Objekt der Weltgeschichte. Die bis zur Selbstentmannung getriebene Politik der Erfüllung, die auf der grundfalschen Voraussetzung fußte, erbarmungslose Feinde zum Mitleid zu bewegen, hat es vollends in den Sumpf geführt. So stellt heute Österreich trotz seiner von den West-

mächten feierlich verbrieften „Selbständigkeit“ kaum mehr etwas anderes dar als eine Sklavenplantage des westlerischen Kapitalismus, d. h. des jüdischen Weltleihkapitals. Die dreieinhalb Millionen Sudetendeutscher sind politisch, wirtschaftlich und kulturell völlig enteignet und entrechtet, von den an Frankreich, Belgien, Dänemark, Polen, Rumänien, Südslawien und Italien gefallenen Teilen unseres Volkstums ganz zu schweigen. Im Deutschen Reiche endlich ist — wie wir voraussahen — allen Erfüllungspolitikern zum Trotz gerade das eingetreten, was sie mit ihrer Nachgiebigkeit zu verhüten hofften: die Besetzung des Ruhrgebiets. Während es auf der breiten Front von Stresemann bis zu Breitscheid ständig „erfüllen“ hieß, sind Clemenceaus harte Worte, zwanzig Millionen Deutscher seien zuviel, unverkennbar das Leitziel der Weltpolitik, die bis auf weiteres von Frankreich wesentlich beeinflußt wird.

Wir Deutsche haben nun Gelegenheit, die bittere Wahrheit zu erkennen, daß ein Volk, das nicht den Mut oder die Kraft besitzt, Hammer zu sein, notwendigerweise zum Amboß wird, weil es — allen Phantastereien zum Trotz — eine dritte Möglichkeit eben nicht gibt, da Kampf das Um und Auf alles Daseins ist. An der Kraft nun hat es uns nicht gefehlt; man bleibe uns mit allen angeblich realpolitischen Erwägungen dieser Art vom Leibe. Was uns vielmehr in den Abgrund führte, war — von der berüchtigten Friedensresolution Erzbergers angefangen — nichts als die jämmerliche Feigheit der großen Parteien, die sich die Führung anmaßten und ihr Bestreben, sich an der Macht — was sie eben darunter verstehen — zu behaupten.

Feigheit und nichts anderes war es auch, als die Marxisten, statt 1918 dem westlerischen Mammonismus den Krieg zu erklären, zur Fahnenflucht aufforderten. Denn war, wie sie verkündeten, damals der Augenblick der sozialen Revolution gekommen, so mußte folgerichtig auf den Schützengräben die rote Fahne gehißt und der Kampf gegen die kapitalistischen Westmächte ausgefochten werden, ein schwierigeres Beginnen freilich, als im Hinterlande den rückkehrenden Frontsoldaten die Abzeichen herunterzureißen. Und die ganze, nun schmählich zusammengebrochene Erfüllungspolitik, welche die Katastrophe dadurch zu verhüten glaubte, daß sie vor ihrem Herannahen die Augen verschloß, auch sie war nur aus bleicher Angst geboren. Der Geist der großstädtischen Köterrasse ist ihr Träger; er, der meilenweit entfernt ist vom heldischen Geiste unserer Vorfahren, wie ihn Schillers Worte „das Leben ist der Güter höchstes nicht“, kennzeichnen.

Internationalismus und Materialismus, Marxismus, Mammonismus und Pazifismus sind dem mit jüdischem Geiste gedüngten Boden der Weltstadt entsprossen. Die dunklen Mächte der Tiefe sind in ihnen wirksam. Sie weisen den Weg zur Vernichtung, jenen verderblichen Weg, der schnurstracks ins heutige Elend führte. Neben ihnen verblaßte der deutsche Idealismus. Einmal schien es allerdings, als ob wir uns unseres besseren Wesens besonnen hätten; das war in den unvergeßlichen Augusttagen des Jahres 1914, da eine Welle stürmischer Begeisterung über die deutschen Lande sich ergoß und wir alle innerhalb und außerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle in heiligem Erschauern fühlten, daß ein Volk doch mehr sei als eine rein zufällige Sprachgemeinschaft. Damals war Alldeutschland zur lebendigen Tatsache geworden. Nun soll unterdessen ein anderes, weit freudigeres Ereignis eingetreten sein, durch welches unser Volk endlich mündig und anderen gleichberechtigt wurde. Es hat die urteilslosen Anbeter fremder Verhältnisse, unsere vom jüdischen Gift verseuchten Demokraten roter und goldener Färbung, schon lange gewurmt, daß Deutschland nicht wie Frankreich seine Große Revolution gehabt hat. Die Karrikatur von 1848 war doch nur ein schwacher Ersatz; etwas durchaus Gleichwertiges sollte es sein. So wurde denn am 9. November 1918 die „Deutsche Revolution" gemacht.

War sie es wirklich? Bedingen nicht Revolutionen statt einer bloßen Änderung rein äußerlicher Verhältnisse vielmehr eine tiefe innerliche Wandlung? Ohne einen Zug ins Große, ohne Heldentum, rein auf materielle Vorteile eingestellt, bleibt eine Revolution ein Verbrechen. Das übersahen die Umsturzmänner vom Jahre 1918 völlig; daher ist ihr Unternehmen, in welchem statt Helden Narren und Zuchthausanwärter handelnd auftraten, so kläglich ausgegangen.

Und doch hat in den letzten Jahren eine — nein — die deutsche Revolution stattgefunden. Es war nur nicht am 9. November 1918 sondern am 4. August 1914. Ihr Wesensinhalt liegt in der Abkehr vom materialistischen Geist und im Zurückfinden zum Idealismus als Kern deutscher Weltanschauung.

Dieser Geist von 1914 ist aber nach unserer Auffassung nicht tot, denn kein Volk führt einen so beispiellosen Heldenkampf umsonst, wie wir Deutsche ihn führen mußten. Deshalb glauben wir Nationalsozialisten nach wie vor an unser Volk und hegen die feste Zuversicht, daß es aus dieser schweren Leidens- und Prüfungszeit geläutert hervorgehen wird. Diesen Geist von 1914

wieder wachzurufen, ist die Grundbedingung für Deutschlands Wiederaufstieg. Darauf arbeiten wir hin. Erinnern wir uns der Beispiele von Volkstreue, welche uns die Volksabstimmungen über die Zugehörigkeit zum Reiche in Ost- und Westpreußen, Tirol, Salzburg, Kärnten und Oberschlesien boten, des Heldenkampfes, den Kärntner und Oberschlesier um ihr Volkstum führten, sehen wir die zähe Standhaftigkeit, mit welcher die Bevölkerung der Rheinlande, des Saar- und Ruhrgebietes alle mit der fremden Besetzung verbundenen Leiden und Bedrückungen erträgt, dann erkennen wir, daß unsere Arbeit nicht vergeblich ist. Deutschland liegt trotz alledem noch nicht auf dem Totenbette; die Fieberschauer, die es schütteln, werden schließlich alle in seinen Körper eingedrungenen Giftstoffe beseitigen und es gesund machen. Völker lernen doch nur durch die Not und die große Not, die über uns Deutsche allerorten gekommen ist, sie bringt nicht unser Ende sondern bildet den Anfang zu neuerlichem Aufstieg. Die Franzosen, die sich im Siegerwahn blähen, werden den Einfall ins Ruhrgebiet noch bitter bereuen, denn er wird das Ende Frankreichs nur beschleunigen, jenes Frankreich, das langsam dahin stirbt und das daher den begreiflichen Wunsch hegt, Deutschland möge mit ihm oder vor ihm ins Grab sinken. Wir sind aber trotz aller weltstädtischen Einflüsse noch nicht so weit. Mag auch der eine oder andere der deutschen Stämme von ihnen angefressen sein, einer ist noch im Kern gesund und wird dereinst Deutschlands Geschicke lenken. Es sind die Bajuwaren. Zusammen mit den noch nicht angekränkelten Resten der übrigen deutschen Stämme, fällt ihnen heute die weltgeschichtliche Aufgabe zu, die Rolle Preußens vor hundert Jahren zu spielen.

Und mehr als das, denn die Aufgabe, die der Lösung harrt, ist nicht bloß eine politische. Hinter den sogenannten Ententestaaten steht eine viel größere Macht. Unsichtbar hält sie die Fäden der Weltpolitik in der Hand; die Weltherrschaft ist ihr Ziel. Es ist das überstaatliche Leihkapital. Seinem Wesen nach jüdisch, befindet es sich auch größtenteils in jüdischen Händen. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Frankreich, England sind nur mehr seine Knechte. Wenn es ihnen Spielraum gewährt zur Unterdrückung des deutschen Volkes, so geschieht das deshalb, um auch dieses sich völlig botmäßig zu machen. Was die Friedensdiktate und die verschiedenen Ausplünderungskonferenzen nicht ganz zuwege bringen, besorgen die heimischen Bundesgenossen des jüdischen Weltleihkapitals, wie die parlamentarische Demokratie, Großstadtpresse, Großstadtkunst usw., deren geheimer

oder offener Förderer und Drahtzieher das Judentum ist, das wir schon in einem früheren Abschnitt seinem Wesen nach kennen lernten.

Die Großstadt vernichtet unser Volk rassisch; das ist endlich die dritte, die kulturelle, also geistig-seelische Seite des Problems. Wirklich frei wird unser Volk erst nach völliger Abkehr vom seichten Materialismus unserer Zeit, der alles überwuchert hat. Nicht Großstädte, nicht mächtige Industrien sichern unsere Zukunft, denn hinter ihnen verbirgt sich der fürchterlichste Tod, der Rassentod, das Aufgehen der Völker in einem jeder edleren Regung unfähigen Rassenbrei. Was uns nottut, ist Rückkehr zur Quelle aller Volkskraft, zur Scholle und daher Neuland. Das ist unendlich wichtiger als der Welthandel u. dgl. Die überseeischen Siedlungen sind verloren. Anstatt ihnen nachzutrauern, wollen wir unsere Blicke nach dem Osten wenden, wo durch den Zerfall des russischen Reiches sich zum erstenmal seit Jahrhunderten nun wieder die Möglichkeit einer neuen Ostlandsiedelung bietet.

Die Fragen, die wir hier anschnitten, werden freilich nicht von den Kleingeistern gelöst werden, welche heute Deutschlands Geschicke lenken. Weder sie noch der absterbende Parlamentarismus sind dazu imstande. Nur eine Volksbewegung von elementarer Wucht und Durchschlagskraft darf es wagen, an ihre Lösung heranzutreten; nur sie vermag daher unser Volk aus dem Jammer und Elend der Jetztzeit wieder in eine bessere Zukunft hinüber zu leiten. Ihre Anhänger müssen voll gläubigen Mutes und Selbstvertrauens sich als Auserwählte des Schicksals fühlen und daher bereit sein, alles daran zu setzen, um ihre Bestrebungen zu verwirklichen.

Eine Bewegung, welche geeignet ist, ihre Anhänger aufs Höchste zu entflammen, sie mit einer Begeisterung und Inbrunst zu erfüllen, wie sie den ersten Christen oder den Muselmannen zu eigen war, wird sich nicht mit kleinen und kleinlichen Mittelchen abgeben, sondern aufs Ganze gehen. Erneuerung unseres Volkes in deutschem Geiste von Grund auf; Sturz der Geldherrschaft; Neuland; kein wilhelminisches Deutsches Reich, sondern ein wahrhaft deutsches, freies und soziales

A l l d e u t s c h l a n d

wird ihr Ziel sein müssen.

Eine solche Bewegung ist in deutschen Landen vorhanden. Rote Banner mit schwarzem Hakenkreuz sind ihre Feldzeichen. Sie kann mit Fug und Recht von sich behaupten, daß in ihrem Lager Großdeutschland steht; deutscher Geist ist es, deutsches

Wesen, die lange aus deutschen Landen verbannt, in ihr mit Urgewalt wieder zum Ausdruck gelangen. Mit kräftiger Faust pocht sie ans Tor der Zukunft und heischt gebieterisch Einlaß.

Die Bewegung, von welcher wir sprechen, ist die nationalsozialistische. Sie wird verkörpert durch die Nationalsozialistische Partei des deutschen Volkes. Ihre reichsdeutsche, unter der Führung Adolf Hitlers stehende Gruppe, führt den Namen

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

Ihre Sturmbanner werden, das ist unsere heilige Überzeugung, unser Volk dereinst zum Siege führen!

Werdegang und Ziele der nationalsozialistischen Erneuerungsbewegung werden uns in den nächsten Abschnitten beschäftigen.

Zweiter Teil.

Werdegang und Urkunden des nationalen Sozialismus.

Einleitung.

In München, Wien und vielen anderen Orten des deutschen Siedlungsgebietes flattern rote Hakenkreuzbanner. Um sie sammelt sich eine entschlossene Schar, bereit, Geschichte u. zw. zum Unterschied von dem Zerrbild, das sich heute so nennt, deutsche Geschichte zu machen. Nicht ohne Absicht hat sie gerade das Hakenkreuz, dieses uralt arische Heilszeichen, zu ihrem Sinnbilde erwählt. Sie will dadurch ihr Bekenntnis zum rassisch reinen Volkstum und ihren unerschütterlichen Glauben an Deutschlands Wiedergeburt zum Ausdruck bringen. Man ginge fehl, wollte man in dieser Bewegung bloß eine politische Partei wie andere auch, erblicken. Was sich da sammelt, um mit der ungestümen Kraft eines Sturzbaches einst ans Werk zu gehen, ist vielmehr etwas Neues, etwas Größeres. Und ihr Bekenntnis ist nicht bloß eines der üblichen Parteiprogramme.

Was wir nationalen Sozialismus nennen, ist viel mehr. Es ist eine Weltanschauung. Sie kann ganz gut ohne nationalsozialistische Partei bestehen und bestand auch ohne sie, wie unsere vorhergegangenen Betrachtungen erweisen. Wenn er auch in reinster Form in unserem Volke auftrat, so blieb er doch nie auf dessen Grenzen beschränkt. Ähnliche Erscheinungen und Bewegungen traten und treten vielmehr auch bei anderen Völkern auf. Ja man kann geradezu behaupten, daß nur in unserem Volke der ihm wesensfremde Marxismus — der übrigens gar kein Sozialismus ist — die Massen zu gewinnen vermochte, während die Sozialisten anderer Völker mehr oder weniger stets nationale Sozialisten waren und sind (Mussolini, Vandervelde usw.).

Man wirft uns vor, wir hätten kein Lehrgebäude, wie der Marxismus eines darstellt. Ist das aber nötig? Was unsere Voreltern werkten und schufen, was ein Fichte,

ein **Friedrich List**, ein **Adolf Wagner** lehrten, ist **nichts anderes als nationaler Sozialismus**. Wir **können ihn auch den deutschen Sozialismus nennen**, weil das, was an **Gedanken und Empfindungen** in **ihm lebt, mit keinem Volke derart innig verknüpft ist, wie mit dem unseren**. Unser Leitwort ist nicht unrichtig, denn was andere Völker Sozialismus nennen, ist eben doch nicht dasselbe, was wir darunter verstehen; es ist mehr Schein als Sein.

Eine jede Bewegung braucht ihre Zeit, jeder schlägt einmal ihre geschichtliche Stunde. Will sie dann wirken, so braucht sie ein Werkzeug, das ihr zur Verfügung steht, bedingungslos, ohne Vorbehalte! Der zündende Gedanken allein tut es nicht. Er ist freilich der Inhalt, der Kern. Er braucht aber ein Gefäß. Und so ist die deutsche nationalsozialistische Partei sein Werkzeug und das Gefäß, das er erfüllt.

Wie ist es nun gekommen, daß der Gedanke des nationalen Sozialismus zuerst unbewußt, dann klar und bewußt, seine Verkörperung in einer Bewegung fand, die als sein Willensträger gilt? Darüber soll uns ein kurzer geschichtlicher Rückblick belehren.

Werdegang des nationalen Sozialismus.

Die Wiege der deutschen nationalsozialistischen Bewegung stand in den Sudetenländern des ehemaligen Österreich. Wenn auch in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts Naumann und Damaschke den Versuch unternahmen, im Deutschen Reich eine nationalsoziale Partei zu gründen, so war das vor allem später und dann kam man auch über den Versuch nicht hinaus, weil er eben mit untauglichen Mitteln unternommen wurde. Den Kampf mit dem artfremden Marxismus kann nie eine verwaschene, womöglich noch mit fremden Elementen durchsetzte soziale, sondern nur eine streng völkische und sozialistische Bewegung aufnehmen. Sie muß ihren Blick aufs Ganze richten und in gewissem Sinne revolutionär sein. Lehnt sie aus klarer Erkenntnis der treibenden Kräfte des Wirtschaftslebens auch den wirtschaftlichen Umsturz ab, beschreitet sie hier den Weg der Reform, so darf sie doch eines nie und nimmer ablehnen: Die geistige — und wie die Dinge heute liegen — auch die politische Umwälzung. Und eines darf sie nicht scheuen: **Den Kampf!** Gemeint ist hier nicht der so billige Kampf mit der Zunge, sondern

der Einsatz der ganzen Persönlichkeit, d. h. auch des Lebens, sobald die Stunde geschlagen hat.

Auf den kampferfüllten Gefilden der Sudetenländer ist die deutsche nationalsozialistische Bewegung entstanden. Geboren im völkischen Kampfe, ist auch nach und nach der wirtschaftliche und im Zusammenhang mit ihm der geistige Kampf ihr Ziel geworden. Ende der achtziger Jahre entstanden zuerst in Deutschböhmen, dann in Mähren und Schlesien örtliche deutschnationale Arbeiter- und Gehilfenvereine. Sie waren ihrem Wesen nach ursprünglich weder gewerkschaftlich noch politisch, sondern gewissermaßen Schutzvereine gegen die Überflutung des deutschen Siedlungsgebietes durch slawische — vorwiegend tschechische — Arbeitskräfte, welche das vom mammonistischen Geiste angefressene deutsche Unternehmertum ihrer Billigkeit wegen heranzog, ohne daß die Sozialdemokratie in ihrem internationalen Gleichheits- und Gerechtigkeitswahn sich dagegen wehrte. Wie nicht anders zu erwarten, gelangte die Bewegung in das Fahrwasser der von Schönerer geschaffenen und unter seiner Leitung stehenden alldeutschen Partei. Die unerquicklichen Verhältnisse in der ursprünglich als Volksbewegung gedachten alldeutschen Bewegung führten naturnotwendig zur politischen und gewerkschaftlichen Sonderstellung. Sie wurde 1904 durch Gründung der „deutschen Arbeiterpartei“ vollzogen. In ihren Grundsätzen, dem sog. „Trautenauer Programm“, forderte die Partei — wie heute noch die nationalsozialistische — eine teilweise Vergesellschaftung in Form der Verstaatung und Vergemeindung. Man kann daher schon sie mit Recht als eine sozialistische ansprechen.

Die Partei konnte nicht recht vorwärts kommen. Die ursprüngliche Grundlage einer solchen Bewegung, die im Mähr. Trübauer Verband vereinigte Handarbeiterschaft, war nach dessen Zusammenbruch großenteils zerstreut; die geistige Arbeiterschaft aber stand zum größten Teil auf seiten K. H. Wolfs im freialldeutschen, später deutschradikalen Lager. Erst 1909 trat ein Umschwung zum Besseren ein.

1912 begann man sich ernstlich mit dem Gedanken einer Überprüfung und Ergänzung der Parteigrundsätze zu tragen. Mit den Vorarbeiten wurde Jung betraut. Auf dem Iglauer Parteitag (1913) wurde eine Erweiterung und Vertiefung der Grundsätze vorgenommen, wenn sie auch nicht so weit ging wie der Berichterstatter es wünschte, der bereits damals die Aufnahme der Boden- und Geldreform (Kampf gegen Grundrente und Zins) in die Parteigrundsätze verlangte. 1918 — in der Zwischenzeit

konnten keine Parteitage stattfinden — kam es endlich auch dazu; gleichzeitig wurde dem nun scharf ausgeprägten sozialistischen Karakter der Partei auch im Namen Rechnung getragen.

Der Kriegsausbruch traf die Partei gerade im Beginn eines großzügigen Ausbaues ihrer Gliederungen in Mähren und Schlesien, der nun hier wie anderwärts ins Stocken geriet. Wenn sie trotzdem als einzige deutschvölkische Partei des alten Österreich den Zusammenbruch dieses Staates überstand, so lag dies nicht nur daran, daß ihr Programm mit seiner im Mai 1918 vorgenommenen Ergänzung sie über den Rahmen einer politischen Partei im üblichen Sinne hinaushob, sondern auch daran, daß sie sich nie zum Schleppträger habsburgischer Hausmachtspolitik hergegeben, sondern stets alldeutsche Volkspolitik betrieben hatte. Dies kam besonders sinnfällig zum Ausdruck, als Österreich zerfiel und sich in eine Anzahl von Nationalstaaten auflöste. In diesem Zusammenhang kam es am 21. Oktober 1918 auch zum Zusammentritt der konstituierenden Nationalversammlung Deutschösterreichs. Schon der Name, den man diesem Staatswesen gab, beweist, daß sich der Großteil der deutschen Bevölkerung des ehemaligen Österreich vom Habsburgischen Staatsbegriff nicht zu trennen vermochte, denn ein „Deutschösterreich" bedingte sinngemäß auch das Vorhandensein eines „Tschechisch-Österreich" usw. Der Gedanke eines schwarzgelben Staatenbundes, welchen insbesondere der Sozialdemokrat Dr. Karl Renner (nachmals Deutschösterreichs erster Staatskanzler) zwei Jahrzehnte hindurch verfochten hatte, spukte noch in den Köpfen herum. Dies bewiesen auch die in der konstituierenden Nationalversammlung von den Parteien abgegebenen staatsrechtlichen Erklärungen. Sozialdemokraten, Christlichsoziale (Zentrum) und Bürgerlichnationale bekannten sich in ihnen zu einem engeren staatsrechtlichen Verhältnis mit den übrigen aus dem alten Österreich neu erstehenden Nationalstaaten.

Keine dieser „großen Parteien" fand, trotz der Massen, auf die sie pochten, den Mut, in der allgemeinen Wirrnis eine Tat zu setzen und den Anschluß Österreichs ans Deutsche Reich wirklich zu vollziehen. Eine einzige Partei bildete in dieser Versammlung nüchterner Geschäftspolitiker, welche vor lauter Erwägungen und Bedenken das Schlechteste begingen, was es in der Politik geben kann, eine Halbheit, eine rühmliche Ausnahme. Es war die „kleine" nationalsozialistische Arbeiterpartei. Durch ihren Vorsitzenden, Abgeordneten Knirsch, ließ sie die geschichtlich denkwürdige Erklärung abgeben, die sich für den augenblicklichen Anschluß ans Deutsche Reich, für die Schaffung eines „freien, sozialen

Alldeutschland" ausspricht. Wir halten diese Erklärung unter den „Urkunden des nationalen Sozialismus" fest.

Die sogenannten Realpolitiker verwarfen unser Bekenntnis als Gefühlspolitik. Das hinderte sie allerdings nicht, am 15. November 1918 diese Gefühlspolitik nachzuahmen, indem sie den Entwurf einer Staatsverfassung für Deutschösterreich einstimmig annahmen, in welchem dieser Staat als ein Bestandteil des Deutschen Reiches erklärt wurde. Unterdessen hatte sich jedoch die Lage wesentlich anders gestaltet. Kostbare Wochen waren ungenützt verstrichen und den Feinden Zeit zum Sammeln geboten worden. So blieb diese Erklärung rein platonisch. Am 21. Oktober hätte sie wie eine Fanfare gewirkt; am 15. November war eine Chamade daraus geworden. Es ist jedoch nötig, festzustellen, daß die reichsdeutschen „Realpolitiker" vom Schlage der Scheidemann, Stresemann, Erzberger usw. durch ihre kühle Ablehnung des Anschlußgedankens an dieser Entwicklung der Dinge ihr vollgerüttelt Maß an Schuld haben.

Mit dem Zusammenbruch beginnt eine neue Phase in der Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung. Auf dem Boden des ehemaligen Österreich teilt sie sich in zwei Gruppen, eine donau- und alpenländische (österreichische) mit dem Vorort Wien und eine sudetenländische (tschechisch-slowakische) mit den Vororten Aussig und Troppau. Von der zweitgenannten spaltet sich nach der Zuweisung eines Teiles von Ostschlesien an Polen eine polnische ab, deren Vorort Bielitz ist.

Das weitaus wichtigste Ereignis in der Geschichte der Bewegung ist jedoch ihr Übergreifen auf das Deutsche Reich. Ohne dieses hätte sie nie die Bedeutung erlangen können, welche ihr heute in Freundes- und Gegnerkreisen ohne Zweifel beigemessen wird. Man beachte bloß das Verbot in Preußen, Sachsen, Thüringen usw. und die vor Wut und Angst triefenden Ergüsse der jüdischen Presse. Noch während des Krieges war in München über Anregung des Werkzeugschlossers Anton Drexler eine Vereinigung von Arbeitern entstanden, welche sich den Kampf gegen die Ausbeutung der Bevölkerung durch die Kriegsgesellschaften und sonstigen Wucher zum Ziele setzte. Nach dem Zusammenbruch nahm sie auch den Kampf gegen den marxistischen Volksbetrug in ihr Programm auf.

Bald erkannte sie, daß sie ihren Aufgaben nur gerecht werden könne, wenn sie als straffe Partei gegliedert, über das

Weichbild von München hinaus griffe. So kam es am 5. Jänner 1919 zur Gründung der

Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

In Adolf Hitler gesellte sich ihr der feurige, hinreißende Redner zu. Die Forderungen, welche die Partei in ihren Leitsätzen aufstellte, waren die gleichen, zu welchen die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei des ehemaligen Österreich sich bekannte. Erwägt man, daß die Münchener Gruppe völlig unbeeinflußt, ohne jede vorherige Fühlungnahme entstanden war, so muß man wohl über dieses Ereignis staunen. Man mag aus derartigen „Zufälligkeiten" ersehen, daß der Gedanke des nationalen Sozialismus geradezu in der Luft lag. Ein Aufruf der Münchener, der einem der unseren gelegentlich in die Hand fiel, stellte die Verbindung mit ihnen her.

Ebenfalls unbeeinflußt von der österreichischen Gruppe hatte Oberingenieur Brunner im Deutschen Reiche die „Deutschsozialistische Partei" geschaffen. Auch ihre Grundsätze waren denjenigen der Nationalsozialisten wesensgleich. Im August 1920 kam es auf einem von den Wienern nach Salzburg einberufenen Zwischenstaatlichen Vertretertag zur Vereinigung aller Gruppen in der „Nationalsozialistischen Partei des deutschen Volkes". Ihre Leitsätze, die den Parteigrundsätzen der alten österreichischen Partei entsprechen, sind unter den „Urkunden des nationalen Sozialismus" festgehalten.

Da die „Deutschsozialistische Partei" sich im November 1921 auflöste und ihre Reste teils unmittelbar teils auf dem Wege über die „Deutsche Werkgemeinschaft", eines jener Eintagsgebilde, die in Umsturzzeiten wie die Pilze aus dem Boden schießen, in der „Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei" aufgingen, so ist diese derzeit die einzige Vertreterin des nationalen Sozialismus im Deutschen Reiche. Ihr Vorort ist München, ihr umjubelter und gleichzeitig gefürchteter Führer Adolf Hitler. Mit ihm und durch ihn ist die Bewegung das geworden, was sie heute ist, das Entsetzen der Erfüllungspolitiker und Nutznießer des Zusammenbruches und gleichzeitig die Hoffnung aller Volksbewußten.

Zu ihrer jetzigen Bedeutung schwang sie sich durch eine Anzahl von Versammlungen empor, welche immer weitere Kreise der Bevölkerung anzogen. Anfänglich verlacht und nicht weiter beachtet, verliefen diese Versammlungen später recht stürmisch. Heute reichen zehn der größten Säle Münchens nicht mehr hin,

die an einem Abend zusammen strömende Menge zu fassen. Unterdessen ist sie sprunghaft längst über das Weichbild von München und über die Grenzen Bayerns hinaus gewachsen. Das Verbot ihrer Gliederungen in Thüringen, Preußen, Sachsen usw. hat sie nur noch bekannter gemacht und wird dazu führen, daß sie sich noch rascher entwickelt als bisher. Verbote sind eben nicht imstande, eine Volksbewegung, welche die Wiedergeburt Deutschlands auf ihre Fahnen geschrieben hat, einzudämmen. Hitler erobert mit seinen Getreuen doch das ganze Deutsche Reich für den Gedanken des nationalen Sozialismus und macht es damit reif für den Wiederaufstieg.

Urkunden des nationalen Sozialismus.

Leitsätze der nationalsozialistischen Partei des deutschen Volkes.

(Beschlossen auf den zwischenstaatlichen Vertretertagen von Salzburg 1920 und Linz 1921).

Die deutsche nationalsozialistische Partei erstrebt die Hebung und Befreiung der arbeitenden deutschen Volksschichten aus wirtschaftlicher, politischer und geistiger Unterdrückung und ihre volle Gleichberechtigung auf sämtlichen Gebieten völkischen und staatlichen Lebens.

Sie bekennt sich rückhaltlos zur Kultur- und Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes und geht dabei von der Überzeugung aus, daß sich der Schaffende nur innerhalb der natürlichen Grenzen des Volkstums zur vollen Geltung seiner Arbeit und Verstandeskraft durchringen kann.

Sie verwirft daher den Zusammenschluß auf allvölkischer Grundlage als widernatürlich. Eine Besserung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände ist vielmehr nur durch Zusammenfassung aller Schaffenden auf dem Boden des eigenen Volkstums erreichbar. Nicht Umsturz und Klassenkampf,*) sondern zielbewußte, schaffende Reformarbeit allein kann die heutigen unhaltbaren Verhältnisse in der Gesellschaft überwinden. Nicht das Privateigentum an sich ist schädlich, insoferne es eigenem, ehrlichem Schaffen entspringt, der Arbeit dient und sich in solchen Grenzen bewegt, daß es das Gemeinwohl nicht schädigt. Wir verwerfen aber alle Arten arbeitslosen Einkommens, wie Grundrente, Geldzins und den der Not des Nächsten abgepreßten Wuchergewinn. Ihnen gegenüber vertreten wir mit aller Schärfe den Standpunkt der schaffenden Arbeit!

*) Nach dem Worte „Umsturz" sind die Worte „und Klassenkampf" zu streichen. (Beschluß des zwischenstaatlichen Vertretertages zu Linz 1921.)

Die Privatwirtschaft kann nie ganz und nicht gewaltsam beseitigt werden, doch sollen neben ihr alle Formen gesellschaftlichen Eigentumes bestehen und in steigendem Maße ausgebaut werden. Unbedingt treten wir ein für die Überführung aller kapitalistischen Großbetriebe, die Privatmonopole darstellen, in den Besitz von Staat, Land (völkische Selbstverwaltungskörper) oder Gemeinde.

In der zielbewußten Umwandlung aller anderen in genossenschaftliches Eigentum durch stets steigende Gewinnbeteiligung aller in ihnen geistig und körperlich Arbeitenden sehen wir die Richtlinien künftiger Entwicklung!

Die nationalsozialistische Arbeiterpartei ist keine engherzige Klassenpartei, sie vertritt die Belange aller ehrlichen schaffenden Arbeit überhaupt.*) Sie ist eine freiheitliche und streng völkische Partei und bekämpft daher alle rückschrittlichen Bestrebungen, kirchlichen, adeligen und kapitalistischen Vorrechte und jeden fremdvölkischen Einfluß, vor allem aber die überwuchernde Macht des jüdisch-händlerischen Geistes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Der Einfluß von Arbeit und Wissen in Staat und Gesellschaft ist das Ziel, der wirtschaftliche und politische Zusammenschluß des arbeitenden deutschen Volkes das Mittel zur Erreichung dieses Zieles.

Wir fordern daher:

1. Zusammenfassung des gesamten deutschen Siedlungsgebietes in Europa zum demokratischen, sozialen Deutschen Reiche, tatkräftigsten Schutz aller von unserm Volk bewohnten und von fremden Völkern beherrschten Gebiete;

2. Gleichheit und Allgemeinheit des Wahlrechtes in Land und Gemeinde nach vorheriger völkischer Sicherstellung; Schaffung von zweiten Kammern auf Grundlage der Berufsvertretung;

3. Sittliche Erneuerung unseres Volkes, Entwicklung seines religiösen Lebens in deutschem Geiste;

4. Schutz gegen jede Behinderung in Ausübung staatlicher Rechte, namentlich gegen die Ausnützung des Lohn- und Dienstverhältnisses zur Einschränkung des persönlichen Selbstbestimmungsrechtes;

---

*) Zu ersetzen durch: „die deutsche nationalsozialistische Partei ist die Klassenpartei der schaffenden Arbeit." (Beschluß des zwischenstaatlichen Vertretertages zu Linz 1921).

5. Bekämpfung jeder Parteiherrschaft, insbesondere durch Einführung der Volksabstimmung (Referendum) für alle einschneidenden Gesetze in Reich, Staat und Land; Schaffung eines Volksheeres.

Beschlüsse des Zwischenstaatlichen Vertretertages der Nationalsozialisten Großdeutschlands zu Linz.

(13. und 14. August 1921)

Die in den Fußnoten auf S. 71 u. 72 angeführten Beschlüsse der Linzer Tagung fußen auf den Beschlüssen des sudetenländischen Parteitags, Troppau 25.—27. September 1920, welche folgendermaßen lauteten:

Antrag Karg:

Die Worte „die deutsche nationalsozialistische Partei ist keine engherzige Klassenpartei" sind zu ersetzen durch: „die deutsche nationalsozialistische Partei bekennt sich zum Klassenstandpunkt der schaffenden Arbeit."

Antrag Jung: Die Worte „und Klassenkampf" sind zu streichen.

Entschließung Jung:

„Im Wirtschaftsleben gibt es nur zwei große Gruppen, die zueinander im Gegensatz stehen —, die Einen, die schaffende Arbeit leisten und die Anderen, die arbeitsloses Einkommen empfangen. Die Deutsche nationalsozialistische Partei erklärt, ‚daß sie sich zum Klassenstandpunkt der schaffenden Arbeit bekennt'. Sie ist also eine Klassenpartei. Der Begriff ‚Klasse' umfaßt jedoch nach ihrer Auffassung nicht eine engbegrenzte Berufsschicht, — wie etwa körperliche und geistige Arbeiter allein, — sondern ‚Arbeiter' sind nach ihrer Auffassung alle, die vom Ertrage ihrer eigenen ehrlichen — geistigen oder körperlichen — Arbeit leben, also die ganze Masse der wirtschaftlich Schwachen unseres Volkes.

Die Partei erklärt weiters, daß sie sich auf den Boden des Klassenkampfes stellt, insoferne, als darunter die Auseinandersetzung zwischen schaffender Arbeit und arbeitslosem Einkommen verstanden wird. Dieser Kampf soll jedoch nicht durch gesellschaftlichen Umsturz, sondern im Wege der Reform zugunsten der schaffenden Arbeit entschieden werden.

Von diesen Erwägungen ausgehend, beauftragt der Parteitag die Gesamtparteileitung, dahin zu wirken, daß alle nationalsozialistischen Gruppen diesem Standpunkte beitreten und daß er ‚in den Leitsätzen der nationalsozialistischen Partei des deutschen Volkes' klar und scharf zum Ausdrucke kommt."

Staatsrechtliche Erklärung

der deutschen nationalsozialistischen Partei, abgegeben in der konstituierenden Nationalversammlung Deutschösterreichs im Landhause zu Wien am 21. Oktober 1918 durch Abg. Hans Knirsch.

„Wir nationalen Sozialisten lehnen den Gedanken an eine Vereinigung Deutschösterreichs zu einem Staatenbund mit den aus dem alten Österreich erstehenden slawischen Staaten von vornherein ab. Im nationalen, sozialen und kulturellen Interesse fordern wir den staatsrechtlichen Anschluß Deutschösterreichs als Bundesstaat an das Deutsche Reich.

Die Regelung der außenpolitischen und der Handelsbeziehungen zu den neu erstehenden Nachbarstaaten kann nur unter dem Gesichtspunkte der Interessen des Gesamtdeutschtums erfolgen, muß also Sache aller im Deutschen Reiche vereinigten Bundesstaaten sein.

Nur im deutschen Einheitsstaat können wir Ostmarkdeutsche die Verwirklichung jener staatssozialistischen Grundsätze erhoffen, welche die Wunden dieses Krieges heilen und unser 80 Millionenvolk der Arbeit und Tätigkeit einer glücklichen Zukunft entgegenführen werden.

Es lebe das freie, soziale Alldeutschland!“

Dritter Teil.

Ziele des nationalen Sozialismus.

Einleitung.

Unseren Erörterungen haben wir die wichtigsten Urkunden des nationalen Sozialismus vorangestellt. Das politische Ziel der nationalsozialistischen Bewegung ist — wie bereits gesagt — der nationale deutsche Einheitsstaat, also Alldeutschland. Dieses Alldeutschland aber soll natürlich ein Staat der Deutschen, es soll ein freies und soziales sein. Frei soll es sein von allen fremden Einflüssen, mögen sie nun außerhalb oder innerhalb seiner Grenzen ihren Ursprung haben und sozial, d. h. von gleicher Liebe und Gerechtigkeit für alle seine Kinder durchdrungen. Mit diesen beiden Zielen greifen wir bereits über den engeren Rahmen einer politischen Partei hinaus. Der nationale Sozialismus ist eben, wie wir schon sagten, nicht bloß das Programm einer politischen Partei. Er strebt die Lebensreform schlechtweg an. Seine Ziele liegen daher auf politischem, kulturellem und wirtschaftlichen Gebiete, das alles aber nur innerhalb des eigenen Volkes. Wie andere Völker sich ihr Haus aufbauen und einrichten wollen, ist uns gleichgültig, solange sie uns nicht in unserem Aufbau stören. Wir beabsichtigen nicht, sie zu beherrschen und zu erziehen, wollen uns jedoch auch nicht von ihnen schulmeistern und vergewaltigen lassen.

Was wir alles in allem anstreben, ist nichts anderes als was ein Fichte, ein Freiherr vom Stein, Friedrich List sich zum Ziele setzten. Es läßt sich mit wenigen Worten ausdrücken, es ist die Werkgemeinschaft aller Schaffenden, oder — wenn wir den zwar nicht guten, aber heute oft gebrauchten Ausdruck „Volksgemeinschaft“ gebrauchen wollen — die versöhnte Volksgemeinschaft.

Die weiteren Ausführungen, in welchen wir unsere Leitsätze erläutern wollen, werden diese Behauptung bestätigen. Unsere Worte sind an das ganze Volk, ob Freund, ob heute noch Feind, gerichtet. Vornehmlich aber wenden wir uns an jene, deren Denken und Fühlen dem unseren gleichgerichtet oder mindestens verwandt

ist, d. i. an alle Anhänger von Erneuerungs- und Ertüchtigungsbestrebungen, an die Jugendvereinigungen, die Turner und die studentische Jugend. Sie sind begeisterungsfähig und das müssen alle diejenigen sein, welche fern vom ausgetretenen Pfade der Gewohnheit und Bequemlichkeit mit uns den steinigen Pfad zur Höhe steigen wollen! Im Vordergrunde unserer Erwägungen steht unser Bekenntnis zum Volkstum, denn „national" heißt in unserem Sinne „völkisch".

Unser Bekenntnis zum Volkstum.

„Sie (die nationalsozialistische Partei) bekennt sich rückhaltlos zur Kultur- und Schicksalsgemeinschaft des gesamten deutschen Volkes und geht dabei von der Überzeugung aus, daß sich der Schaffende nur innerhalb der natürlichen Grenzen des Volkstums zur vollen Geltung seiner Arbeit und Verstandeskraft durchringen kann.

Sie verwirft daher den Zusammenschluß auf allvölkischer Grundlage als widernatürlich . . . ."

Diese Worte stehen in unseren Leitsätzen. Was sagen sie uns? Die Vertreter der sogenannten bürgerlich-nationalen Richtung behaupten, auf dem Boden des „reinen Nationalismus", wie sie es nennen, zu stehen. Sie wollen damit zum Ausdruck bringen, daß Berufs- oder Klassenfragen, wirtschaftliche Forderungen u. dgl. mit dem Bekenntnis zum Volkstum nicht verknüpft werden sollen, um es nicht zu trüben. Ihre politischen Parteien nennen sie daher mit Vorliebe „Volksparteien" und betonen, daß jeder Volksgenosse in ihnen Aufnahme und Vertretung findet. In einem Atem aber heißen sie sie wieder „bürgerlich" und hierin liegt schon der Widerspruch. Ein Bürgertum als Klassenbegriff ist zwar in der heutigen Zeit genau so ein Unding wie die Arbeiterklasse der Marxisten, unter welcher im wesentlichen nur die Handarbeiterschaft verstanden wird, weil die Klassenscheidung, wie wir noch sehen werden, anders vorgenommen werden muß als vor vier bis fünf Jahrzehnten. Aber an dem Worte wird, trotzdem ihm der eigentliche Inhalt fehlt, dennoch festgehalten. Nun es liegt ihm doch ein Begriff zugrunde. Bürgerlich sein, bedeutet heutzutage am jetzigen Eigentumsbegriff und an der jetzigen Eigentumsverteilung festzuhalten. Es heißt also, genauer gesagt, festzuhalten am römischen Recht (vor allem am Bodenrecht), am Privatmonopol an den Bodenschätzen, an der Zinsknechtschaft. In geistiger Beziehung bedeutet es das Festhalten am Materialismus und daher am jüdischen Geist. Deshalb vertreten die

Anhänger dieser Richtung nicht nur die völlige Wiederherstellung der früheren wirtschaftlichen sondern zumeist auch der staatlichen Ordnung mit ihrem römisch-jüdischen Zentralismus. Der reine Nationalismus dieser Art enthält also verschiedene Beimengungen, die seine Reinheit ganz gewaltig trüben.

Eine zweite Gattung Bürgerlicher, die bürgerlichen Demokraten, vertreten die Demokratie in der ausgesprochen weststaatlichen Aufmachung, d. h. als Herrschaft des Geldsacks. Sie sind infolgedessen stets die getreuesten Schildknappen des nach der Weltherrschaft gierenden Judentums gewesen, das zu feige ist, seine Ansprüche offen zu vertreten und sich daher hinter allerlei Schutzmauern verkriecht. So wird in unserem Falle die „Freiheitlichkeit" als Schild vorgehalten. Sie soll aber im Wesen nur darin bestehen, daß man dem Judentum nicht nahe tritt, während es sich unter dem Schutze seiner Schildknappen jederzeit die volle Freiheit vorbehält, alles, was ihm nicht in den Kram paßt, nach Belieben zu besudeln und herabzusetzen und seine Wirtsvölker geistig und leiblich zu zermürben und zu verseuchen. Die bürgerlichen Demokraten sind wirtschaftlich Vertreter der goldenen Internationale, geistig Verfechter des jüdischen Geistes und politisch Vorkämpfer des Engländertums auf deutschem Boden.

Die Sozialdemokraten oder — um alle Gruppen zu erfassen, die Marxisten — erklären sich zwar als allvölkisch (international), betonen aber gleichzeitig gerne, die besten, ja recht betrachtet, die einzigen wirklichen Völkischen zu sein. Als Begründung für diese Behauptung führen sie an, ihr ganzes Sinnen und Trachten laufe darauf hinaus, die breiten Massen der Bevölkerung wirtschaftlich zu heben und den ihnen feindlichen Kapitalismus zu beseitigen. Diese Behauptung hätte etwas für sich, wenn es ihnen mit dem Sturze des Kapitalismus wirklich ernst wäre. Davon kann aber keine Rede sein, denn nie und nimmer bekämpft der Marxist das wirklich schädliche Leihkapital, das sich vornehmlich in Judenhänden befindet. Die Marxisten stellen vielmehr in ihren verschiedensten Spielarten von der Internationale 2 (Rechte) über die Internationale 2½ (Linke) bis zur Dritten, der Moskauer Internationale (Kommunisten), die allergetreueste Sturm- und Schutztruppe des Judentums dar. Die bürgerlichen Demokraten sind dessen Offiziere, sie die Mannschaften.

Die vorhin angeführte Behauptung ist aber auch deshalb nicht stichhaltig, weil derjenige, der innerhalb des Volksganzen sich auf den Boden des Klassenhasses stellt, nach außen hin aber den „Pazifismus", d. h. die bis zum Verzicht auf die eigene

Freiheit gesteigerte Friedensliebe predigt, überhaupt nicht von Nationalismus sprechen kann, denn Nationalismus heißt Liebe zum eigenen Volk. Wer aber sein Volk liebt, darf nicht seine gewiß vorhandenen Schwächen beständig aufbauschen und aller anderen Fehler geflissentlich verkleinern oder gar hinwegleugnen, wie es die Marxisten seit Anbeginn tun. Er darf aber auch nicht — und das ist ihre Hauptsünde — die Gier nach Geld und Gut in den Vordergrund aller Erwägungen stellen und die guten Triebe in den Volksmassen planmäßig unterbinden. Wir machen den breiten Massen unseres Volkes damit keinerlei Vorwurf. Sie sind besser als die Marxisten und ihre Gegner von rechts gemeinhin annehmen. Vor allem sind sie opferfreudig und auch noch begeisterungsfähig und das heißt, daß sie in ihrem Kerne noch gesund sind. Man muß nur die guten Triebe zu wecken verstehen. Am 4. August 1914 und nach dem Zusammenbruche in den Sudetenländern, bei den Abstimmungen in Preußen, Schleswig, Kärnten, Oberschlesien, Tirol und Salzburg hat man es gesehen, daß der marxistisch-jüdische Geist in den Volksmassen doch noch nicht solche Verheerungen angerichtet hat, als man befürchten mußte, daß er vielmehr nur eine Tünche ist, unter welcher der gute Geist unseres Volkes lebt. (Die marxistischen Intellektuellen natürlich ausgenommen). Der Marxismus aber ist etwas Fremdes und mit deutschem Wesen schlechthin unvereinbar. Er kann uns keinen Nährboden für ein rückhaltloses Bekenntnis zum Volkstum abgeben.

Dasselbe gilt vom Klerikalismus oder Ultramontanismus, der seit neuerer Zeit gewöhnlich im Gewande des christlichen Sozialismus auftritt. Er gibt vor, nichts anderes zu wollen, als das Leben auf christlichen Grundsätzen aufzubauen. Gewiß glauben das auch die Massen seiner Anhänger, die sich redlich bemühen, auch ihrem Volke nach besten Kräften zu dienen. Aber die Dinge liegen hier genau so wie beim Marxismus: Was man sagt, strebt man in Wirklichkeit nicht an, und was man tatsächlich anstrebt, verschweigt man weise. Der Klerikalismus setzt sich zum Ziel, die Herrschaft der spanisch-römischen Papst-Kirche wieder aufzurichten. Seine geheimen Befehle bekommt er von einer außerhalb unseres Volkes stehenden, ja ihm — wie unsere Geschichte lehrt — oftmals feindlichen Macht. Ist er auch, wie der Marxismus, nicht immer imstande, die Volksmassen zum offenen Treubruch an unserem Volke zu verleiten, so bindet und schwächt er sie doch oft genug.

Außer diesen ausgesprochen politischen Bewegungen gibt es aber noch andere, die nicht minder gefährlich sind, wie z. B. die

Freimaurer. Hinter dem Vorwand, rein menschlichen Idealen zu dienen, versteckt sich bei ihnen das Streben des Judentums nach der Weltherrschaft.*)

Fassen wir das bisher Gesagte kurz zusammen, so ergibt sich: Alle Bestrebungen politischer, kultureller oder wirtschaftlicher Natur, welche auf angeblichen Menschheitsidealen fußen, oder ihre Stellungnahme zum Volkstum von irgendwelchen Bedingungen und Voraussetzungen abhängig machen, können für uns Nationalsozialisten als klares Bekenntnis zum Volkstum nicht in Betracht kommen. Wir bekennen uns „rückhaltslos", d. h. ohne Einschränkungen und Vorbehalte zu unserem Volke, das uns eine Kultur- und Schicksalsgemeinschaft ist. Ob es sich diese oder jene Staatsform, diese oder jene Wirtschaftsverfassung erwählt, spielt für uns keine Rolle. In unseren Augen ist es eben das beste, denn es ist das Volk der Schaffenden, d. h. der schöpferisch Veranlagten und daher so mannigfaltig in seinem ganzen Tun. Trotzdem der Einzelne nur im Verein mit anderen schaffen kann, trotzdem wir — um einen Gemeinplatz zu gebrauchen — Vereinsmeier sind, ist es doch schwer, uns unter einen Hut zu bringen. Die Einigkeit fällt uns schwer, d. h. wir sind kein Herdenvolk. Das mag manchmal beklagenswert sein und doch ist es reinstes, schöpferisches Germanenerbe, das man nicht vernichten darf, weil es uns befähigt, die höchsten Leistungen hervorzubringen.

Diese Eigenschaft unterscheidet uns von anderen Völkern und wir sollen uns nicht erst bemühen, diese nachahmen und verstehen zu wollen. Wir werden nie in ihre und sie nie in unsere Seelen- und Gedankenwelt eindringen. Deshalb stehen wir auf dem Standpunkt, daß das Volkstum die natürliche Grenze unseres Könnens zieht und verwerfen aus diesem Grunde den Internationalismus (Weltbürgertum, Allvolkstum), mag er welchen Beweggründen immer entspringen und in welches Gewand immer sich kleiden. In diesem Zusammenhang muß auch die Judenfrage besprochen werden. Alle weltbürgerlichen Bestrebungen finden einen eifrigen Förderer am Juden. Als Angehöriger eines Nomadenvolkes ist er geradezu der geborene Internationale, in allen Sätteln gerecht, ohne freilich je wirklich reiten zu können. Unsere Freuden und Leiden, unser Sehnen, Hoffen und Drängen werden ihm ewig ein Rätsel bleiben, das ihm stilles Lächeln, wenn nicht offenen Hohn abnötigt. Jeder seiner Versuche, in unsere Ge-

*) „Nationalsozialisten dürfen nicht Freimaurer sein". (Beschluß des Parteitags von Gablonz, 1922).

danken- und Gefühlswelt einzudringen, ist erfolglos. Ihr Wunderland bleibt ihm verschlossen; Blut ist nun einmal ein besonderer Saft! Daher sind auch alle Bemühungen Deutscher, die Juden einzudeutschen, von vornherein zur Erfolglosigkeit verdammt. Sie sind Träume und nicht einmal schöne, denn hinter ihnen steht als grause Wirklichkeit die Tatsache, daß eher alle Deutschen Juden werden, ehe ein einziger Jude Deutscher wird. An der Schwelle deutschen Volksbewußtseins steht daher reinliche Scheidung vom jüdischen Blute und jüdischen Geist.

Freiheitsbegriff und Wehrhaftigkeit.

„Sie (die nationalsozialistische Partei) ist eine freiheitliche und streng völkische Partei und bekämpft daher alle rückschrittlichen Bestrebungen, kirchlichen, adeligen und kapitalistischen Vorrechte und jeden fremdvölkischen Einfluß, vor allem aber die überwuchernde Macht des jüdisch-händlerischen Geistes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens."

Ferner: „4. Schutz gegen jede Behinderung in Ausübung staatlicher Rechte, namentlich gegen die Ausnützung des Lohn- und Dienstverhältnisses zur Einschränkung des persönlichen Selbstbestimmungsrechtes;

5. Bekämpfung jeder Parteiherrschaft, insbesondere durch Einführung der Volksabstimmung (Referendum) für alle einschneidenden Gesetze in Reich, Staat und Land; Schaffung eines Volksheeres." (Leitsätze der n.-s. Partei.)

„Freiheit, die ich meine, die mein Herz erfüllt" singt der Dichter. Schwerlich hat er mit diesen Worten ein Loblied auf „Gesetze zum Schutze der Republik", auf Knebelung der Presse, Unterdrückung jeglicher eigenen Meinung und sonstige Errungenschaften der modernen Demokratie singen wollen. Unverständlich bliebe ihm, daß angeblich revolutionäre Sozialdemokraten oder gar Kommunisten ihre eigenen Volksgenossen bei Vertretern feindlicher Staaten vernadern. Ewig unverständlich bliebe ihm auch die feige Angst und hündische Speichelleckerei so vieler Deutscher von heute, unverständlich endlich der tausendstimmige Ruf „Nie wieder Krieg", der angesichts der Sachlage nichts anderes als die Sehnsucht nach dauernder Knechtschaft ausdrückt, denn Freiheit und Wehrhaftigkeit sind dem Dichter eins.

Die deutschen Demokraten von heute wollen freilich von dieser Verbindung nichts wissen. Der „Pazifismus" ist ihnen ein Idol und sie betteln an allen Türen Europas herum, bereit, dem

Schein von Macht, den man ihnen läßt, ihres Volkes Ehre und Würde zu opfern. Und weil sie von wirklicher Freiheit nie einen Hauch verspürten, so borgen sie sie aus dem Ausland; die einen von England, die anderen von Frankreich. Sehen wir uns einmal diese erborgte Freiheit an.

Die Freiheit des englischen Bürgers in Dingen des öffentlichen Lebens ist eine natürliche Begleiterscheinung des Wikingergeistes, der in ihm lebt und wirkt. Sein Kennzeichen ist der freie Kampf des einen gegen den andern, der mit dem Sieg des Stärkeren endet. Es ist das, was wir Liberalismus nennen und was folgerichtig zur Auflösung des Staates führt. An seine Stelle tritt eine Gesellschaft von Privatpersonen. Den wirtschaftlichen Liberalismus lehnen nun viele Deutsche ab; für den politischen schwärmen jedoch dieselben Menschen merkwürdigerweise, obzwar beide sinngemäß zueinander gehören.

Nun ist aber selbst die vielgerühmte englische Freiheit durchaus nicht so ungetrübt, wie man uns gerne glauben machen möchte. Sie erstreckt sich zwar auf die Dinge des öffentlichen Lebens. Hand in Hand mit ihr geht jedoch eine Art innerlicherer Erstarrung, eine innere Gebundenheit, die uns Deutschen einfach unerträglich wäre. Man betrachte beispielsweise die geradezu ins Lächerliche verzerrte Sonntagsheiligung, die keinerlei innerlichem Gefühl entspringt. Bei Oswald Spengler (in „Preußentum und Sozialismus") finden wir über die englische Freiheit, diese Schwärmerei des deutschen Demokraten, folgende beachtenswerte Stelle: „Die englische praktische Freiheit bezahlt sich mit der andern: der Engländer ist innerlich Sklave, als Puritaner, als Rationalist und Sensualist, als Materialist. Er ist seit zweihundert Jahren der Schöpfer aller Lehren, die mit der inneren Unabhängigkeit aufräumen, zuletzt des Darwinismus, der den gesamten seelischen Zustand von der Einwirkung materieller Faktoren kausal abhängig macht und der in der ganz besonders platten Fassung Büchners und Haeckels die Weltanschauung des deutschen Spießbürgers geworden ist." Weiters heißt es da: „Es gibt für ihn (den Engländer) ein privates Handeln, aber kein privates Denken. Eine gleichförmige theologisch gefärbte Weltanschauung von geringem Gehalt verteilt sich über alle. Sie gehört zum guten Ton wie Gehrock und Handschuh. Wenn irgendwo so ist der Ausdruck Herdengefühl hier am Platze."

Äußerliche Freiheit, innerliche Gebundenheit ist — darin stimmen wir mit Spengler vollkommen überein — das hervorstechendste Merkmal des Engländers.

Was versteht der Franzose unter Freiheit? Sein freiheitliches Ideal ist die Anarchie. Ein Beweis dafür liegt im Widerstreben gegen jegliche Organisation. So hat beispielsweise in Frankreich der gewerkschaftliche Gedanke nie recht Fuß fassen können. Der Franzose haßt die mühevolle Arbeit und setzt dafür lieber die große Geste. Er pendelt zwischen den Polen Anarchie und Despotie — also völliger Unordnung und äußerstem Zwang — hin und her. Wir finden bei Spengler hierüber folgende treffende Stelle: „Der französische Instinkt: die Macht gehört niemand. Keine Unterordnung, also keine Ordnung. Kein Staat, sondern nichts: Gleichheit aller, idealer Anarchismus, in der Praxis immer wieder (1799, 1851, 1871, 1918) durch den Despotismus von Generalen oder Präsidenten lebensfähig erhalten."

Wenn wir nach den tieferen Gründen forschen, so liegen sie unserer Auffassung nach darin, daß die Franzosen ein Bastardvolk sind, das sich in der Großen Revolution um seine besseren germanischen Rassenelemente brachte. Es ist daher auch trotz alles Scheins, der heute dagegen spricht, dem Tode geweiht. Das tschechische Neuhussitentum ist übrigens dem französischen Wesen nahe verwandt.

Worin liegt nun das Wesen des deutschen Freiheitsbegriffes? Daß es einen solchen gibt, wird wohl nicht gut bestritten werden können, wenn auch Stammesunterschiede und eine unterschiedliche geschichtliche Entwicklung das Bild nicht ganz einheitlich gestalten. Tatsache ist jedenfalls, daß das Bürgertum der mittelalterlichen Städte auch ohne die neuzeitliche Demokratie seine Freiheit wohl zu wahren wußte. Es kannte weder das Byzantinertum noch die Zügellosigkeit von heute. Und die Friesen, Schweizer und Niederländer, die Tiroler und Preußen vor hundert Jahren bedurften auch nicht der Berliner Demokraten von Judas und der Entente Gnaden, um zu fühlen, was Freiheit bedeutet. Die wackeren Kärntner und Schlesier stritten für sie erst vor kurzer Zeit. Beide wurden dabei schmählich im Stiche gelassen; die einen von den Wiener, die anderen von den Berliner Patentdemokraten, die sich einbilden, es gäbe eine besondere Art von Freiheit im Innern mit gleichzeitiger Schweifwedelei nach außen. Der deutsche Bürger des Mittelalters lehrt es uns anders: Einordnung nach innen, Wahrung aller Rechte um jeden Preis, auch um den des Lebens nach außen. Das ist wahre deutsche Freiheit. Sie wohnte auch in jenem Preußen, das unter Stein, York, Blücher, Scharnhorst und Gneisenau den Befreiungskrieg gegen Napoleon aufnahm. Wir können neuerlich Spengler an-

führen und mit ihm sagen: „Der deutsche, genauer preußische Instinkt war: die Macht gehört dem Ganzen. Der einzelne dient ihm. Das Ganze ist souverän. Der König ist nur der erste Diener seines Staates (Friedrich der Große). Jeder erhält seinen Platz. Es wird befohlen und gehorcht."

Dieser preußische Instinkt ist, wie Spengler weiter bemerkt, antirevolutionär. Darin liegt wohl seine Stärke, wenn an der Spitze des Staates Persönlichkeiten vom Range eines Friedrichs des Großen oder Wilhelms des Ersten stehen, der einen Bismarck und Moltke gewähren ließ — aber auch seine Schwäche wenn — wie im Weltkrieg — der erste Diener des Staates, der König, ein zerfahrener Romantiker ist, dem aus ihrem preußischen Gefühl heraus die Hindenburg und Ludendorff gehorchen müssen. In Frankreich hätte der erfolgreiche Feldherr den unfähigen König abgesetzt; im preußischen Deutschland mußte er und das Ganze zugrunde gehen.

Unstreitig liegt im Preußentum und auch in seinem Begriff der Freiheit etwas Großes. Die strenge äußere Gebundenheit weist die Menschen ganz auf die Gewinnung der inneren Freiheit an. So entsteht der allen Äußerlichkeiten abholde, in seinem Innersten tief gläubige Mensch mit höchst entwickeltem Pflichtgefühl. Der deutsche Ordensritter hat im preußischen Staatsmann, Feldherrn, Offizier, Beamten, aber auch im Arbeiter und Bauern seine Fortsetzung gefunden. Wir finden, wenn wir einen geschichtlichen Vergleich ziehen wollen, im Preußen der Hohenzollern verwandte Züge mit dem alten Rom, als es noch Republik war. Genau so wie dort, mußte aber auch hier schließlich eine Überspannung und endlich Erschöpfung eintreten. Das strenge, auf Unterordnung fußende Pflichtgefühl läuft Gefahr, schließlich in einen rein äußerlichen Zentralismus und Formalismus auszumünden. So lagen die Dinge im Preußen der letzten Jahrzehnte. Unglückseligerweise hat es — bevor es sich in die durch die Vermählung mit dem deutschen Süden gebotene Änderung seiner Lebensform geschickt hatte — den Waffengang wagen müssen, in dem es unterlag. Damit aber ist das alte Preußen tot. Darüber besteht kein Zweifel. So stehen wir nun an einer neuen Zeitenwende und müssen den deutschen Freiheitsbegriff neu prägen.

Wie werden wir das tun? Nun, wir wollen vom Preußengeiste festhalten, was groß und erhaben an ihm ist: das bis zur höchsten Selbstlosigkeit, ja zur Selbstaufopferung gesteigerte Pflichtgefühl und uns erinnern, daß der altpreußische Wahlspruch

lautete: „Lieber tot, als Knecht!" Wir wollen aber den Formalismus und Zentralismus beiseite lassen. Sie sind mit dem alten Preußen der Hohenzollern gestorben. An ihre Stelle trete das, was am deutschen Süden gut ist, seine ungebundenere schöpferische Mannigfaltigkeit.

Im staatlichen Leben wird sich das in einer weitgehenden Selbstverwaltung zeigen müssen, wie sie ja auch in der Zeit der napoleonischen Kriege der Nichtpreuße Freiherr vom Stein vertrat. Politisch müssen sich unsere Bestrebungen aber nicht nur gegen den staatlichen Zentralismus, sondern auch gegen jenen zentralistischen Zwang richten, der in den großen Parteien, welche alle nach Parteiherrschaft streben, zutage tritt. Wir wenden uns aber auch gegen den Druck, der im Wirtschaftsleben ausgeübt wird, sei es, daß der Arbeitgeber oder eine Gruppe von Arbeitnehmern Gewissenszwang ausüben. Wir werden auf diese Dinge noch später zurückkommen. Vorderhand sei nur gesagt, daß uns die innere, die Gewissensfreiheit, als das weitaus Wertvollste gilt. Ihr wird daher auch der nächste Aufsatz gewidmet. Sie erst bildet die Grundlage der staatlichen.

Haben wir auch die Freiheit im staatlichen Leben errungen und den deutschen Staat auf jene Grundlagen gestellt, die unserem Volke taugen, weil sie seinen innersten Anschauungen entsprechen, dann ist die Zeit nicht mehr ferne, da jegliche Fremdherrschaft aller Arten abgestreift wird. Ist uns die Bildung eines anderen Volksheeres dann unmöglich, so müssen es die Turnvereine abgeben, wie es ja im Sinne Jahns liegt, der jeden fremdvölkischen Einfluß bekämpfte, dem deutsch sein, auch frei und daher wehrhaft sein, hieß. Hoffentlich muten wir ihnen keine zu harte Probe zu. Voraussetzung freilich ist und bleibt dabei immer, daß der Kern des künftigen Staates der Deutschen, das Deutsche Reich, erst derart beschaffen ist, daß er auch jene Teile unseres Volkes, die unter fremder Herrschaft schmachten, unwiderstehlich anzieht. Ein Staat, in welchem die Severing, Zeigner und Genossen ungestört ihr Unwesen treiben können, übt freilich eine solche Anziehungskraft nicht aus.

Der Staat der Deutschen darf kein Judenstaat sein, er darf aber ebensowenig unter römischem Einfluß stehen. Was wir vielmehr von ihm zu fordern berechtigt sind, ist, daß der Deutsche und nur er sich in ihm wohl und geborgen fühlt und daß nur er sich in ihm seiner Eigenart entsprechend ausleben kann. Es muß ein echter rechter Volksstaat sein, in welchem weder Vorrechte der

Geburt noch des Besitzes, sondern nur die Tüchtigkeit, d. h. Schaffensfreude und schöpferische Fähigkeit, gelten. Das alles, ohne daß irgend ein Druck oder Zwang ausgeübt wird. Nicht der römisch-jüdische Herrschafts-, sondern der germanische Führergedanke soll im deutschen Staate maßgebend sein. Dann wird auch in ihm echte republikanische Freiheit und nicht die heutige Schwindeldemokratie herrschen.

Wir sind vom Volke auf den Staat zu sprechen gekommen. Da wir den nationalen Einheitsstaat anstreben, Volks- und Staatsgrenzen also dieselben sind, so spielt das keine Rolle.

Wie hätte sich unser Volk, falls es von echtem Freiheitsgefühl durchdrungen gewesen wäre, 1918 aufführen müssen? Statt „Nie wieder Krieg" zu rufen, statt sich freiwillig zu entwaffnen, hätte es allgemein den Volkskrieg eröffnen müssen. Die Fahne, unter welcher das geschah, wäre gleichgültig gewesen, mochte es selbst die rote sein. Meinte der Marxismus es ernst mit dem Kampfe gegen die Geldherrschaft, wäre sein revolutionäres Getue nicht bloßes Maulheldentum, so hätten die Marxisten, statt die flandrische Front zu zermürben, auf den Schützengräben die rote Fahne aufpflanzen und dem Kapitalismus den Krieg erklären müssen. Das wäre eine Tat gewesen, die das ganze Volk entflammt hätte. Das ewige Herumreden von der Weltrevolution ist keine, denn angesagte Revolutionen finden erfahrungsgemäß nie statt. In seiner geschichtlichen Stunde hat der Marxismus versagt, und deshalb versagt, weil er völlig außer acht ließ, daß eines Volkes Freiheit auf seiner Wehrhaftigkeit fußt. Vom durch und durch unsozialistischen Geiste des Materialismus angesteckt, hat er sich statt dessen dem Pazifismus, dieser Krankheits- und Entartungserscheinung, in die Arme geworfen. So stürzte er unser Volk in Knechtschaft.

Wollen wir wieder frei werden, so kann das nicht nur durch äußere Mittel geschehen. Was nützten uns selbst Waffen, wenn — wie die Dinge heute liegen — die übergroße Mehrheit unseres Volkes waffenscheu ist? Die militärische Maschine, welche ein solches Hemmnis überwände, ist ja zerbrochen. So muß erst der Geist der Massen ein durch und durch anderer werden. Not und Bedrückung werden zu seiner Wandlung sicher beitragen. Wir wollen das unsere dazu tun, indem wir in die Herzen den Geist der Erneuerung senken.

Der Erneuerungsgedanke im nationalen Sozialismus.

„Sittliche Erneuerung unseres Volkes, Entwicklung seines religiösen Lebens in deutschem Geiste."

So lautet eine der wichtigsten Forderungen der nationalsozialistischen Leitsätze. Sie steht im ursächlichen Zusammenhang mit der Forderung des vorhergehenden Abschnittes nach Bekämpfung jedes fremdvölkischen Einflusses, vor allem aber der überwuchernden Macht des jüdisch-händlerischen Geistes.

Diejenigen, welche im nationalen Sozialismus bloß das Programm einer politischen Partei sehen, fragen, was denn derartige Dinge darin zu suchen haben. Andere wieder halten uns für Anbeter Wodans u. dgl. m. Nun haben wir schon einigemale betont, daß der nationale Sozialismus eine Weltanschauung, und zwar die deutsche Weltanschauung, darstellt.

Der Erneuerungsgedanke lebt unstreitig in unserem Volke. Wir sehen ihn in den verschiedensten Formen und Vereinigungen mehr oder weniger klar nach Ausdruck ringen. Turner und Wandervögel z. B. streben nach leiblicher Ertüchtigung und im Zusammenhang mit ihr nach geistiger und seelischer Erneuerung. Auch Heimatsvereine, Vereinigungen zur Pflege der Enthaltsamkeit und die verschiedenen Jugendvereine sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Die höchste Stufe erklimmen jedenfalls jene, welche auch eine Wiedergeburt des religiösen Lebens anstreben, wie es in unserem Volke zur Zeit der Mystiker in Blüte stand. Wir stehen nun vor der Gefahr, daß alle diese wertvollen Teilbewegungen schließlich aneinander vorbei sehen, ja selbst gegeneinander stehen, wenn sie nicht rechtzeitig in ein einheitliches Bett geleitet werden. Ihnen allen sei daher gesagt, daß ihre Bestrebungen in unserer Bewegung Richtung und Ziel finden. Das, wogegen alle die Teilbewegungen bewußt oder unbewußt ankämpfen, die Selbst- und Ichsucht, die Hab- und Raffgier, den Materialismus, hat sie längst klar als Feind erkannt und die Waffen geschmiedet, die ihn niederringen sollen! Gegen den Materialismus, diesen ärgsten Feind unseres Volkes, richtet sich ja gerade der Erneuerungsgedanke.

Sein Ziel ist deshalb der Kampf gegen die Selbstsucht. An ihrer Statt setzt er die Selbstlosigkeit. Zwei Dinge bilden daher seinen Kern: die Befreiung vom jüdischen Geist und das Suchen nach dem unserem Volke entsprechenden Ausdruck seelischen Empfindens.

Der jüdische Geist bildet die schärfste Waffe des Judentums im Kampfe um die Weltherrschaft. Dadurch, daß es seine Wirts-

völker mit diesem Geiste durchdrang, hat es sich aus ihren Reihen die Truppen angeworben, die ihm helfen, seine weitreichenden Pläne zu verwirklichen, welche in den Worten gipfeln: „Du wirst alle Völker fressen." Unstreitig ist nun das eine, daß das Kirchenkristentum einen unschätzbaren Bundesgenossen der Juden darstellt. Es hat die Lehre des Galiläers Jesu, deren Inhalt höchste Selbstlosigkeit und der Glaube an einen gütigen Vater im Himmel, Allvater, ist, mit verschiedenen Zutaten versehen, die dem in Vorderasien und an den Ufern des Mittelmeeres wohnenden Rassenmischmasch entnommen sind. Es hat ferner diese Lehre, welche eine Empörung gegen das Judentum und seinen Geist darstellt, mit dem Alten Testament verknüpft, demselben Alten Testament, in welchem der jüdische Geist seinen reinsten Niederschlag findet. Es hat weiters den Allvater des Heilands dem Judengott Jahwe gleichgesetzt, obzwar Jesus diesen Jahwe folgendermaßen kennzeichnete: „Euer Vater (d. h. der Judengott) ist der Teufel . . . . Er ist ein Verbrecher von Anfang an, in dem keine Wahrhaftigkeit ist. Wenn er lügt, so offenbart er sein eigenes Wesen, denn er ist der Vater der Lüge." Erst dadurch aber, daß das Kirchenkristentum den Schwindel vom Eingottglauben (Monotheismus) und der Gotteskindschaft der Juden weitergab, hat es ihnen dazu verholfen, daß so viele andere Völker sie als „auserwähltes Volk Gottes" betrachten und ihnen willig Tür und Tor öffneten. Schließlich hat es im offenkundigsten Gegensatz zum Nazarener die Kirche zu einem Herrschaftsinstrument über die Völker ausgebildet. Jesus hat keine Kirche und keinen Priesterstand begründet; er war vielmehr der erbittertste Feind der Jahwepriester. Der starre Zentralismus und der internationale Wesenszug aller kristlichen Kirchen, vor allem aber der römischen, und die Bibelgläubigkeit der lutherischen Kirche sind die ausgesprochen jüdischen Züge im Kirchenkristentum. Luthers Tat, die ein Anfang sein sollte, ist leider ein Ende geworden. Über das Alte Testament sagt der bedeutende Theologe Harnack („Marcion") folgendes: „Das Alte Testament im zweiten Jahrhundert zu verwerfen, war ein Fehler, den die große Kirche mit Recht abgelehnt hat; es im 16. Jahrhundert beizubehalten, war ein Schicksal, dem sich die Reformation noch nicht zu entziehen vermochte; es aber seit dem 19. Jahrhundert als kanonische Urkunde im Protestantismus noch zu konservieren, ist die Folge einer religiösen und kirchlichen Lähmung."

Wenn man nun heute in einzelnen Kreisen das Kristentum als etwas Fremdes, unserem Wesen nicht Entsprechendes über-

haupt ablehnt und deutschgläubige Gemeinden bildet, so gibt man sich unserer Überzeugung nach einer schweren Täuschung hin. Diese Versuche werden über die Sektenbildung nie hinauskommen und daher ihren Zweck, unser ganzes Volk und nicht nur einzelne Kreise mit einer neuen religiösen Welle zu überfluten, die es vom Materialismus befreit, nie erreichen. Sie werden vielmehr trotz aller guten und lauteren Absichten, die ihnen sicherlich innewohnen, nur das eine erzielen, daß die ohnehin vorhandene kirchliche Zerrissenheit, die unser Unglück ist, noch vermehrt wird.

Neben diesen Neuerern treten nun andere auf, die da meinen, in unsere fortgeschrittene Zeit passe Religion überhaupt nicht mehr, sie sei etwas Überlebtes. Diese Überklugen sollten sich einmal zu Gemüte führen, daß die größten Geister unseres Volkes zwar keine Lippenkristen, aber von einer tiefinnerlichen Frömmigkeit erfüllt waren und daß der Mystiker Meister Ekkehard nicht nur zufällig ein Deutscher war. Sie sollten weiters ihre Augen öffnen und sie würden den gläubigen Drang, der in unserem Volke lebt, sehen. Entspringt die Liebe zur Natur, die den Wanderer hinaustreibt in Wald und Au, die den ausgesprochenen Großstadtmenschen, den an seine Maschine gefesselten Arbeiter, seinen Schrebergarten hegen läßt, nicht tiefinnerster Gläubigkeit? Gottesdienstliche Bräuche machen deren Wesen doch wahrlich nicht aus!

Wenn wir nun von „sittlicher Erneuerung unseres Volkes und Entwicklung seines religiösen Lebens in deutschem Geiste“ sprechen, so steht diese Forderung im engsten Einklang mit unserer Forderung nach Befreiung von der „überwuchernden Macht des jüdisch-händlerischen Geistes“, die sich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, d. h. nicht nur auf wissenschaftlichem und politischem, sondern auch geistigem und nicht zuletzt seelischem Gebiete äußert. *Wir wollen, daß deutscher und nicht jüdischer Geist unsere Geschicke lenkt* und sehen das Wesen des einen in Selbstlosigkeit, in der Unterordnung des eigenen Wohls unter das der Gesamtheit, während das Kennzeichen des anderen krasse Selbstsucht und rücksichtsloses Verfolgen persönlichen Vorteils ist.

Dieses unser Streben fassen wir nun kurz unter dem Namen „*Volkskirche*“ zusammen. Wir denken aber dabei keineswegs an die Gründung einer neuen Kirche, noch weniger an den Ersatz des Kristentums etwa durch einen erneuerten Wodansglauben. So groß und gewaltig dieser auch war und so sehr wir ihm in der Erinnerung nachhängen, hat er sich doch vor nahezu einem Jahrtausend auch im Norden — seiner letzten Zufluchtsstätte — überlebt und ist dort zum Götzendienst herabgesunken. Die begabtesten

Germanenvölker — wie Goten und Wandalen — sind in dem Augenblicke, da sie die Welt mit ihrem Ruhme erfüllen, bereits Arianer, d. h. Kristen. Der Wodansglaube war ein Glaube für Helden, für Fürsten, und hätte schließlich zur Selbstvernichtung gerade der besten Rassenelemente geführt, die sich in ständigem Kampfe aufrieben. Der versöhnliche Zug, der im Kristenglauben enthalten ist, hat uns vor der völligen Ausrottung guten germanischen Blutes und der restlosen Überschwemmung mit minderwertigen Rassenelementen bewahrt. Das Heldenhafte, Kriegerische hat das Kristentum den Germanen trotzdem nicht geraubt, sondern diese Wesenszüge nur gemildert. Die Mönche, welche die Wälder Germaniens rodeten, die Bischöfe der Sachsen- und Staufenzeit, die weltliche Ritterschaft wie die Ordensritter waren trotz Kristentums kriegerisch, weil sie dieses Kristentum deutsch empfanden. Darauf aber kommt es an, denn in jeder Sache ist eben das enthalten, was man selbst hineinlegt. Jeder Mensch und jedes Volk empfindet schließlich die Gottheit so, wie es seinem Wesen entspricht. Es ist daher ganz angebracht, wenn wir von einem deutschen Gotte reden. Lassen wir den Wüstengott Jahwe, diesen Geist der Zerstörung, doch ruhig den Juden; der unsere heißt Allvater!

Luthers Werk der Kirchenerneuerung blieb schließlich deshalb auf halbem Wege stehen, weil er sich aus Furcht vor der Unordnung den Fürsten und damit dem Zentralismus in die Arme warf. Dadurch aber wurde die lebendige deutsche Volkskirche, die er im Gegensatz zum päpstlichen Rom geschaffen hatte, zur Landeskirche, d. h. zum Herrschaftsinstrument. Die notwendigen Folgen mußten Zentralismus, Verknöcherung, Dogmenglauben werden. Während die römische Kirche durch den Abfall so vieler Deutscher wachgerüttelt, an ihre Reinigung schritt, erstarrte die evangelische.

Wenn wir nun von einer deutschen Volkskirche reden, so denken wir dabei an eine Verschmelzung der beiden in deutschen Landen ausgebreiteten Kirchen. Sie müßte im Lossagen vom römischen Zentralismus, dem internationalen Geist und dem Alten Testament, diesen wesentlich jüdischen Dingen, bestehen und das Werk deutscher Priester sein, die ihr Volk lieben und von seinem Geiste durchdrungen sind. Mögen jene, die da glauben, sich vom Einfluß Roms nicht freimachen zu können, einmal bedenken, daß das Papsttum aus dem Schmutz und Schlamm der ersten Jahrhunderte seiner Geschichte durch deutsche Könige gerettet wurde. Wäre das nicht geschehen, so bestünde es überhaupt nicht mehr. Mögen sie weiter bedenken, daß ohne die Habsburger unser ganzes Volk heute lutherisch wäre. Aber was soll das

kalte, nüchterne Denken mit lebendigem Gefühl zu schaffen haben? Wohnet einmal einem Gottesdienst in Welschland und einem beispielsweise in unseren Alpenländern an; Katholiken da wie dort und doch welch gewaltiger Unterschied! Dort Götzen- und Fetischdienst, hier tiefinnerster, kindlicher Gottesglaube!

Trotz alledem, was dagegen angeführt werden mag, sind wir doch der Überzeugung, daß die deutsche Volkskirche auf dem Wege ist. In den Sudetenländern wenigstens wird die tschechisch-religiöse Bewegung uns Deutsche bald in ähnliche Bahnen zwingen.

Vorbedingung der Entwicklung einer deutschen Volkskirche ist die Trennung von Staat und Kirche. Weil diese Forderung angesichts unseres viel weiter gehenden Zieles selbstverständlich ist, so haben wir sie in den Leitsätzen erst nicht eigens aufgestellt. Eine Volkskirche, die — wie wir ausführten — eine Absage an jeglichen Zentralismus darstellt, ist doch nicht gut in Verbindung mit dem Staate denkbar. Am allerwenigsten aber ist eine deutsche Volkskirche in den Sudetenländern unter Anlehnung an den tschechischen Nationalstaat denkbar. Hier müßte die Trennung von Staat und Kirche vielmehr die erste Forderung auch jener Kreise bilden, welche Roms treueste Streiter sind, weil sie allein die voraussichtliche Überschwemmung deutschen Gebietes mit tschechischen Geistlichen verhindern kann. Eine mit dieser Trennung etwa verbundene Beschlagnahme kirchlichen Besitzes zugunsten des Staates lehnen wir aus begreiflichen Gründen ab. Er müßte vielmehr nach dem völkischen Schlüssel geteilt werden und den jeweiligen Kirchengemeinden zufallen.

Fassen wir zusammen: Der jüdische Geist gebiert den Materialismus. Dieser bildet die Grundlage des Mammonismus. Beide machen unser Volk unfrei nach innen wie nach außen. Gegen den einen richtet sich der Erneuerungsgedanke, welcher die geistige und seelische Befreiung von allem Fremden anstrebt. Dem Mammonismus rücken wir mit anderen Waffen zu Leibe. Seine festeste Stütze bildet das arbeitslose Einkommen. Dieses gilt es also zu bekämpfen. Wie das zu geschehen hat, darüber werden uns die kommenden Ausführungen belehren.

Arbeit und arbeitsloses Einkommen.

„Nicht das Privateigentum an sich ist schädlich, insoferne es eigenem, ehrlichem Schaffen entspringt, der Arbeit dient und sich in solchen Grenzen bewegt, daß es das Gemeinwohl nicht schädigt. Wir verwerfen aber alle Arten arbeitslosen Einkommens,

wie Grundrente, Geldzins und den der Not des Nächsten abgepreßten Wuchergewinn. Ihnen gegenüber vertreten wir mit aller Schärfe den Standpunkt der schaffenden Arbeit!"

Diese Worte der Leitsätze führen uns in die wirtschaftlichen Aufgaben des nationalen Sozialismus ein. Klar und scharf umreißen sie seine Stellungnahme zu Privateigentum und Arbeit, aber auch zum arbeitslosen Einkommen. Nicht das Privateigentum als solches wird bekämpft, sondern nur eine besondere Gattung desselben, nämlich jenes, das nicht eigenem, ehrlichem Schaffen entspringt.

Schaffen! Schon mit diesem Worte zeigen wir an, daß unser Ziel darauf gerichtet ist, die schöpferischen Triebe im deutschen Menschen wieder wachzurufen. Die schöpferische Arbeit gilt es zu schützen vor dem Wettbewerb der Raffer, deren ganzes Augenmerk auf den Erwerb arbeits- und mühelosen Einkommens gerichtet ist. Hie Schaffer, hie Raffer, so lautet der Schlachtruf und wir stellen uns in dem Kampfe, der zwischen beiden ausgefochten werden muß, soll der Deutsche wieder Freude am Schaffen bekommen, auf Seite des Schaffenden, d. h. des deutschen Menschen. Denn der Deutsche ist eben zu allen Zeiten ein Schaffender gewesen!

Wer ist nun unter den heutigen Verhältnissen ein Schaffender? Ist es bloß der Künstler, in dessen Seele der göttliche Funke glimmt, der Erfinder, der weit ausschauende Unternehmer, der wagende Kaufmann? Nein! Auch der Bauer gehört dazu, der im Schweiße seines Angesichts der Mutter Erde Nahrung abgewinnt, der Forstmann, der des Waldes Bäume und Tiere hegt, der Lehrer, der in des Kindes Seele die Triebe alles Guten und Schönen pflanzt, der Beamte, der sich um das Wohl der Allgemeinheit müht, der Gewerbsmann oder Arbeiter am Webstuhl, an der Dreh- und Hobelbank oder am Schraubstock, der ständig darauf sinnt, wie der oder jener Handgriff besser zu machen wäre, die sorgenvolle Hausfrau, sie alle sind Schaffer! Wollet ihr es nicht glauben, dann gebet dem einen oder anderen ein Fleckchen Grund zu eigen. Der baut sich einen Kaninchenstall und hat es doch nie gelernt, der pflanzt ein Bäumchen, ohne zu fragen, ob er je seine Früchte genießen wird. Der Schaffenstrieb regt sich ja schon im Spieltrieb des Kindes; ein Stückchen Holz, ein bunter Lappen darum und die Puppe ist fertig. Ein jeder Deutsche, ob klein ob groß, schnitzt und bastelt und sinnt. Wir sind das Volk der Schaffenden!

Wer sind dann die Raffer? Wüstensöhne sind es, verpflanzt ins Häusermeer der Großstadt, dieser Wüste der Jetztzeit. Sie

sinnen auch, aber ihr Sinnen und Trachten ist nur darauf eingestellt, wie sie sich am besten die Arbeit anderer zunutze machen können. Müheloser Erwerb ist ihr Um und Auf, mühevolles Schaffen dünkt ihnen eine Strafe Gottes.

Viel redet man hin und her von Ständen, Schichten und Klassen. Der eine sagt, die Arbeiterschaft sei eine Klasse und meint damit im wesentlichen bloß die Handarbeiter, denn die geistige Arbeit schätzt er nicht hoch ein. Der andere wieder behauptet, die drei Stände: Bürger, Bauer, Arbeiter seien das von Natur Gegebene. Der Dritte hinwiederum spricht von einer Harmonie der Interessen; vor den schrillen Mißklängen, die ihm entgegentönen, verstopft er sich die Ohren und meint, er habe sie nun beseitigt.

Wir Nationalsozialisten aber sagen (siehe Entschließung des Troppauer Parteitags 1920): „Im Wirtschaftsleben gibt es nur zwei große Gruppen, die zueinander im Gegensatz stehen —, die Einen, die schaffende Arbeit leisten und die Anderen, die arbeitsloses Einkommen empfangen. Die Deutsche nationalsozialistische Partei erklärt, ‚daß sie sich zum Klassenstandpunkt der schaffenden Arbeit bekennt'. Sie ist also eine Klassenpartei. Der Begriff ‚Klasse' umfaßt jedoch nach ihrer Auffassung nicht eine engbegrenzte Berufsschicht, — wie etwa körperliche und geistige Arbeiter allein —, sondern ‚Arbeiter' sind nach ihrer Auffassung alle, die vom Ertrage ihrer eigenen ehrlichen — geistigen oder körperlichen — Arbeit leben, also die ganze Masse der wirtschaftlich Schwachen unseres Volkes."

Und weil der Deutsche immer ein Schaffender war und bleiben wird und wir echte und rechte Deutsche sein wollen, so bekennen wir uns folgerichtig zum

Klassenstandpunkt der schaffenden Arbeit!

In erster Reihe kommt es nun darauf an, den Arbeitsertrag vor dem Zugriff der Raffer zu schützen, auf daß er nicht geschmälert werde. Voll und ungeschmälert soll er sein, wie es sich gebührt.

Der volle Arbeitsertrag.

„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Nur die Arbeit, die ehrliche Arbeit, verleiht dem Menschen Wert und Würde. Nur nach ihr sollen wir Mitmenschen einschätzen.

Was ist gerechte Entlohnung? Ist es die, die jedem das Gleiche gibt, ob er viel oder wenig versteht? Nein, das ist keine gerechte Entlohnung! Gerecht ist die Entlohnung, die erstens dem ehrlichen Arbeiter soviel zuweist, daß er ohne Nahrungs- und Wohnungssorgen, ohne Bangen vor der Erhöhung seiner

Familienzahl, ohne Angst vor Krankheit und Tod leben kann. Gerecht ist die Entlohnung, die keinen Kummer über Arbeitslosigkeit, über Minderung oder Einbuße der Arbeitskraft aufkommen läßt. Die gerechte Entlohnung zählt nicht nur das Geld allein. Sie schaut auch auf dessen Kaufwert; sie rechnet mit den Ausgaben, die der Arbeiter aus dem Lohn bestreiten muß. Die gerechte Entlohnung weist nicht jedem das Gleiche zu. Je höher der Wert der Arbeit für die Gemeinsamkeit ist, je schwieriger und aufreibender sie ist, je mehr Kenntnisse und Fähigkeiten sie verlangt, um so höher muß die gerechte Entlohnung sein.

Eine gerechte Entlohnung sorgt dafür, daß der handwerksmäßig ausgebildete Arbeiter mehr als der Handlanger, der mit Hochschulbildung ausgestattete Beamte mehr als der Nichtstudierte, daß der Forscher und Erfinder mehr als der gewöhnliche Aktenmensch erhält.

Gerechte Entlohnung anerkennt den Tüchtigen; nur sie gibt dem Tüchtigen freie Bahn. Gerechte Entlohnung ist es, daß der den meisten Anteil am Arbeitsertrag hat, der die Arbeit leistet, nicht aber jener, der Werkzeug und Geld für die Arbeit hergibt, ohne selbst körperlich oder geistig mitzuarbeiten.

Dem Arbeiter 10 Kronen Taglohn und dem Fabriksherrn eine Verzinsung von 10 v. H., das ist keine gerechte Entlohnung.

Dem Arbeiter den langen Arbeitstag und die kurze Ruhezeit — dem Bankmann ohne Arbeit nur Ruhe und Vergnügen, dem Arbeiter karges Essen und feuchte Wohnung — dem Börsenspekulanten den reich besetzten Tisch und die Luxuswohnung: das ist keine gerechte Entlohnung.

Dem Fleißigen denselben Taglohn wie dem, der gern sich von der Arbeit drückt; dem tüchtigen, erfahrenen Arbeiter den gleichen Lohn wie dem Prantscher: auch das ist keine gerechte Entlohnung.

Wir fordern eine andere Verteilung. Erhält sie der Arbeiter, dann hat auch seine Ausschließung von allem Guten und Schönen, von allem Erfreuenden und Erheiternden, das Kunst und Literatur bieten, ein Ende.

Wer arbeitet, muß auch Erholung haben und Freude finden können. Weg mit dem Zustand, der jetzt besteht."

Mit diesen Worten schilderte Parteigenosse Ertl einmal unser Streben nach gerechter Entlohnung. Seine Verwirklichung scheitert an dem Umstand, daß das Sprichwort: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" leider keine Geltung mehr hat. Viele allzuviele leben, ohne zu arbeiten, vom Ertrag der Arbeit anderer. Daher fällt dem Arbeitenden, dem Schaffenden, nie sein voller

Arbeitsertrag zu. Stets muß er mit seines Geistes oder seiner Hände Arbeit jene mit ernähren, die nicht arbeiten und doch essen, ja viel besser essen wollen, als der Schaffende selbst. Und darin — im Bezug arbeitslosen Einkommens — liegt die ungeheure Ungerechtigkeit der heutigen (kapitalistischen, mammonistischen) Wirtschaftsordnung.

Diese Ungerechtigkeit aber kann erst mit dem arbeitslosen Einkommen selbst verschwinden.

Dieses arbeitslose Einkommen, das sich in bewußten Gegensatz zur Arbeit stellt, ihren Ertrag schmälert, nennt man Rente. Sie macht es unmöglich, daß der Schaffende — gleichgültig, ob er Selbständiger oder Arbeitnehmer, ob geistiger ob Handarbeiter, ob Bediensteter ob Angehöriger freier Berufe ist, sei er Künstler oder Handwerker, lebe er in der Stadt oder auf dem Lande — zum vollen Ertrag seiner Arbeit gelangt.

Wie entstand die Rente und in welchen Formen äußert sie sich? In zwei Formen tritt sie auf: der Grundrente und dem Zins.

Grundrente und Wertzuwachs.

Im Abschnitt „Wandlungen des Bodenrechts“ schilderten wir, wie der Grund und Boden aus dem Allgemeinbesitz in das Eigentum einzelner überging und wie sich dieses im Großgrund- und Latifundienbesitz bis zum Bodenmonopol entwickelte. Wir zählten z. B. im ehemaligen Österreich 721 Besitze (= 0,0252 v. H.) mit über 2000 ha und insgesamt 3734000 ha (= 13,2 v. H. der Grundfläche). Diese 721 Größtgrundbesitzer hatten also nahezu 530 mal soviel, als ihnen bei gleichmäßiger Verteilung zugekommen wäre.

Zur Bewirtschaftung dieser ungeheuren Flächen unterhielten sie zumeist schlecht bezahlte Beamte und Arbeiter. Gut, andere Selbständige im Gewerbe und in der Landwirtschaft haben ebenfalls Angestellte und trotzdem rechnen wir sie nicht von vorneherein zu bloßen Empfängern arbeitslosen Einkommens. Sie beziehen wohl mehr, als ihnen vielleicht zusteht, aber leisten doch — vorausgesetzt natürlich, daß sie ihren Betrieb selbst leiten — für ihr Einkommen Arbeit. Haben aber die 721 größten oder gar die 64 allergrößten Grundbesitzer je ihren Betrieb selbst geleitet? Nein, sie haben in ihren Schlössern und Palästen nur von der Arbeit anderer gelebt; denn wenn einzelne von ihnen hohe Staatsämter inne hatten, so bezogen sie für diese Arbeit ein eigenes Entgelt. Ihr Besitz verschaffte ihnen also buchstäblich — arbeitsloses Einkommen in Form von Grundrente!

Doch das ist nicht das einzig Schädliche am Bodenmonopol der Großgrundbesitzerklasse. Es hat auch stets die Agrarpolitik sehr

ungünstig beeinflußt und dadurch wesentlich zur Verteuerung der Bodenerzeugnisse beigetragen. Das Schwerwiegendste aber sind seine Schäden in völkischer Hinsicht insoferne, als es den breiten Massen unseres Volkes den Zutritt zur Scholle wehrte. Damit hat es jede völkische Siedlungspolitik schlechterdings unmöglich gemacht und uns Deutsche unmittelbar geschädigt; es tat dies jedoch auch mittelbar insoferne, als den vom Zutritt zur Scholle Ausgeschlossenen nichts übrig blieb, als in die Stadt zu ziehen. Dort wurden sie Industrieproletarier und trugen zur Steigerung der Grundrente und des Wertzuwachses der städtischen Liegenschaften und im Zusammenhang damit zum Wohnungselend mit all seinen Folgen — Massenkrankheiten, Säuglings- und Kindersterblichkeit bei.

Wie liegen nun die Dinge in der Stadt? Das Stück märkischen Sandbodens, auf dem Berlin (ohne Vororte) steht, wurde schon vor dem Kriege auf 8 Milliarden Mark, der gesamte städtische Grundwert des Deutschen Reiches 1909 auf 40—42 Milliarden Mark geschätzt. Dies ergab eine Grundrente von 1,64 Milliarden Mark. Der Boden Wiens wurde vor dem Kriege auf 6 Milliarden Kronen geschätzt. Das bedeutete bei nur 4% Verzinsung, daß die Bevölkerung Berlins 320 Millionen Mark, die Wiens 240 Millionen Kronen an jährlicher Grundrente aufzubringen hatte. Dieser Betrag ist in der Wohnungsmiete enthalten. Die Bevölkerung entrichtet diese Abgabe letzten Endes für das bloße Recht, die Luft der Stadt atmen zu dürfen, an die sie durch ihren Beruf gebunden ist.

Wir wollen uns diese Erscheinung einmal an einfachen Beispielen klar machen. Im Handel spricht man von Angebot und Nachfrage. Sie regeln die Preise. Wann steigen die Preise?

Auf dem Warenmarkt steigen die Preise, wenn die Nachfrage von seiten der Käufer stärker wächst als das Angebot von seiten der Verkäufer.

Auf dem Arbeitsmarkt steigen ebenso die Löhne, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften stärker wächst als das Angebot von Arbeitswilligen.

Auf dem Anleihemarkt endlich steigt der Zinsfuß, wenn die Nachfrage nach Leihgeld von seiten der Schuldner (Unternehmer) stärker wächst als das Angebot von seiten der Gläubiger (Kapitalisten).

Nun ist dank des römischen Rechtes, das unser altes deutsches Recht verdrängte, auch der Boden zur Handelsware geworden.

Es gilt also auch für ihn das, was von anderen Waren gilt. Auch sein Preis wird durch Angebot und Nachfrage bestimmt.

Auf dem Liegenschaftsmarkt steigen daher die Bodenpreise, Pachten und Mieten, wenn die Nachfrage nach Land und Wohnungen stärker wächst als das Angebot von seiten der Grundeigentümer und Hausbesitzer. Je mehr eine Stadt wächst, je mehr Menschen sich in ihr zusammendrängen, je größer also die Volksdichte wird, desto lebhafter wird die Nachfrage nach Boden, desto höher steigen auch die Bodenpreise.

Je günstiger ein Geschäftshaus in der Stadt gelegen ist, desto stärker ist die Nachfrage von seiten der Geschäftsleute, desto höher auch die Ladenmiete.

Wenn ein Dorf oder Städtchen an den Eisenbahnverkehr angeschlossen wird, dann kann mancher mit Vorteil dort wohnen, der vorher darauf verzichten mußte. Die Nachfrage nach Land und Wohngelegenheit wächst, die Bodenpreise und die Mieten steigen, besonders in der Nähe des Bahnhofes.

Wenn ein Getreidezoll oder ein Weinzoll eingeführt wird, d. h. wenn das Angebot von Getreide und Wein aus dem Auslande abgehalten oder vermindert wird, dann lohnt sich der Anbau von Korn und Reben besser, die Nachfrage nach Korn und Rebland nimmt verhältnismäßig zu, Pacht- und Kaufpreis dieser Ländereien steigen.

Diese Steigerung der Grundpreise rührt, wie bereits gesagt, davon her, daß auch der Boden Ware geworden ist. Im Gegensatz zu anderen Waren ist aber das Angebot an Grund und Boden beschränkt, während die Nachfrage ständig wächst (durch Ausdehnung der Städte, Vermehrung der Menschen, Schaffung neuer Industrieanlagen usw.). Diese Steigerung der Nachfrage führt nicht nur zur Erhöhung der Grundpreise, sondern bewirkt auch das Vorhandensein der Grundrente.

Die Grundrente ist nichts anderes als der jährliche Zins, der aus dem Eigentum an reinem Grund und Boden (ohne Gebäude) fließt. Pachtet jemand ein Stück Land ohne Gebäude, so ist die jährliche Pachtsumme gleich der Grundrente. Pachtet er jedoch ein ganzes Gut (Grund samt Baulichkeiten), so zerfällt die Pacht in zwei Teile, nämlich Grundrente für den reinen Boden und Kapitalzins für die Gebäude und verschiedenen Anlagen.

Dasselbe gilt in der Stadt, wo ja beispielsweise bei Versicherungen Grund und Baulichkeiten getrennt eingeschätzt werden. Auch der Mietzins zerfällt in die Grundrente und den

Zins der aufgewendeten Bausumme (Baukapital). Dieser (Kapitalzins) bleibt bei Baulichkeiten, auch wenn sie räumlich voneinander getrennt sind, unverändert, wenn sie nur zur selben Zeit ausgeführt werden. Die Grundrente hingegen ist je nach der Lage des Grundstücks verschieden.

Vergegenwärtigen wir uns das an einem Beispiel: Ein und derselbe Baumeister baut in derselben Stadt zwei gleich große Häuser in derselben Ausführung. Eines liegt mitten im Geschäftsviertel, das andere draußen am Stadtende. Die Herstellung kostet, da beide gleich sind und gleichzeitig ausgeführt werden, offenbar gleich viel. Auch der Zins für das aufgewendete Baukapital ist der gleiche. Trotzdem werden beide Häuser nicht gleichviel kosten und es wird die Miete verschieden sein; in der inneren Stadt höher, draußen geringer. Im ersten Fall z. B. 100000 M (K), im zweiten bloß 50000 M (K). Warum? Weil die Grundrente verschieden ist.

Die Zahlen verteilen sich etwa folgendermaßen:

	Im Geschäftsviertel
Kosten des Baugrunds	1500000 M (K)
Bausumme	1000000 M (K)
daher Wert der Liegenschaft	2500000 M (K)
Eine Verzinsung von 4 v. H. angenommen, ergibt	
Grundrente	60000 M (K)
Kapitalzins	40000 M (K)
daher Miete	100000 M (K)

	Im Außenviertel
Kosten des Baugrunds	250000 M (K)
Bausumme	1000000 M (K)
daher Wert der Liegenschaft	1250000 M (K)
Grundrente	10000 M (K)
Kapitalzins	40000 M (K)
daher Miete	50000 M (K)

Die Vergrößerung der Städte und alle anderen Ursachen, die eine Erhöhung der Preise für Liegenschaften hervorbringen, erhöhen nur den einen Teil der Miete, nämlich die Grundrente. Der Zins für das Baukapital ist dagegen nur durch die Höhe des jeweiligen Zinsfußes bestimmt.

Die Grundrente muß nun um so höher sein, 1. je weniger Boden zur Verfügung steht, je kleiner also das Angebot ist, 2. je

mehr Menschen darauf wohnen und arbeiten wollen, d. h. je größer die Nachfrage ist.

Der Boden ist unentbehrlich, er ist aber auch unvermehrbar. In diesen beiden Eigenschaften liegen die Ursachen der Grundrente!

Grundrente ist, wie wir gesehen haben, nichts anderes als Zins. Wenn er steigt, so muß natürlich auch das Kapital, in unserem Falle der Grundwert, steigen und umgekehrt. Den Unterschied zwischen dem früheren (niedrigeren) und späteren (höheren) Grundwert nennt man Wertzuwachs. Auch ihn wollen wir uns an Beispielen klar machen.

1740 schenkte König Friedrich Wilhelm dem Grafen Schulenburg ein Stück Grund in Berlin; 1875 wurden nun für den nackten Boden, der zum Bau des Reichskanzlerpalastes benötigt wurde, 6 000 000 Mark bezahlt. In Wien stiegen die Grundpreise im Zeitraum von 52 Jahren folgendermaßen:

			1860	1912	Steiger. i. %
1.	Bezirk,	Stefansplatz	660 K	2800 K	324
3.	„	Hauptstraße	60 K	440 K	633
6.	„	Mariahilferstraße	110 K	1000 K	800
10.	„	Favoritenstraße	14 K	200 K	1330
13.	„	Hütteldorf	16 K	400 K	2400
21.	„	Hauptstraße	6 K	100 K	1570

Diese Beispiele lassen sich ins Unendliche vermehren. Wenn man nun bedenkt, daß die 28 Millionen Hektar (das sind 280 Milliarden m²) ländlichen Grundes — im alten Österreich — nach einer allerdings älteren Schätzung (1896) — 21 Milliarden Kronen wert waren, also 1 Geviertmeter darnach auf 7,5 Heller zu stehen kam, wird man sich erst recht der Unverschämtheit der städtischen Grundpreise klar und sieht, weshalb das Bauen und daher auch das Wohnen so teuer zu stehen kommt.

Grundrente und Wertzuwachs entspringen nicht eigener Arbeit des Bodenbesitzers, sondern sind das Ergebnis des Zusammenwohnens vieler Menschen, ihrer gemeinsamen Arbeit, ihrer Steuerleistung. Ihr Bezug durch einzelne ist daher ungerechtfertigt, sie gehören der Gesamtheit, die sie erzeugt! Darauf zielt die Bodenreform hin.

Zins.

Der Zins ist jenes arbeitslose Einkommen, das mit dem Geldbesitz verbunden ist. Er ähnelt völlig der Grundrente und

geht auf die gleiche Ursache zurück wie diese: Unentbehrlichkeit des Geldes in einer auf Geldwirtschaft gegründeten Wirtschaftsordnung bei gleichzeitiger (wenigstens annähernder) Unvermehrbarkeit des Geldstoffes, der ja seit uralten Zeiten aus Edelmetallen besteht. Ursprünglich war der Geldstoff Silber, jetzt ist er Gold. Da der Bedarf an Geld mit dem Aufschwung der Volkswirtschaft stets größer wurde, die Ausbeute an Edelmetallen — besonders Gold — aber beschränkt ist und die notwendige Menge daher nicht aufzutreiben war, half man sich durch Ausgabe von Papiergeld.

Das Papiergeld sollte jedoch nach dem Wunsche seiner Erzeuger kein richtiges Geld, sondern nur Ersatzgeld sein, weil es nicht „vollwertig" ist, weil ihm der sogenannte „innere Wert", d. h. der Wert an und für sich, abgeht. Deshalb trägt das Papiergeld, das sind Bank- und Staatsnoten, stets ein Zahlungsversprechen, d. h. die Zusicherung der Umwechslung in Metallgeld. Überdies braucht es eine bestimmte Deckung durch das gesetzlich anerkannte Geldmetall u. zw. Gold oder Silber oder beides, je nachdem der betreffende Staat Gold-, Silber- oder-Doppelwährung hat.

Was ist nun der sogenannte innere Wert z. B. des Goldes? Ist es eine Farbe oder eine andere Eigenschaft, ist es eine unverrückbare Größe? Nein, es ist nichts anderes als sein durch ein Übereinkommen aller zur Goldwährung übergegangenen Staaten festgesetzter Marktpreis! 1 Pfund Gold kostete z. B. einmal 1395 Mark. Daraus folgerte man, daß 1 Mark = $^1/_{1395}$ Pfund Gold. Nun kommt das Gold bloß in den wenigsten Staaten vor; alle anderen müssen es kaufen. Sein Preis würde sich wie der jeder anderen Ware nach der Nachfrage richten. Daß man es zur Grundlage staatlicher Währungen machte und daher dafür einen ganz bestimmten Preis festsetzte, verleiht dem Golde noch lange keinen feststehenden, keinen inneren Wert, sondern es bleibt Ware wie andere auch. Ginge man heute zu einem anderen Geldstoff, z. B. Platin, über, so fiele das Gold sofort im Preise wie seinerzeit das Silber, als es seine Rolle ausgespielt hatte. Der innere Wert ist daher eine Selbsttäuschung! Dies nur zum besseren Verständnis des Folgenden. Kehren wir wieder zum Zins zurück, so ist uns nun klar, daß er sein Entstehen dem Umstand verdankt, daß das Geld seit altersher an selten vorkommende Metalle gebunden wurde. Wer sie besaß, konnte von jenen, die nicht so glücklich waren, eine Abgabe erpressen, die um so höher wurde, je seltener Gold war. Dieser



Umstand erklärt den ungeheuer hohen Zins im Mittelalter, als der Übergang von der Tausch- zur Geldwirtschaft noch nicht ganz vollzogen war. Wir haben ja solche Beispiele kennen gelernt. Sobald das Geld ausschließliches Warenumsatzmittel und in immer größerer Menge hergestellt wird, sinkt auch der Zinsfuß.

Der Zins aber verschwindet trotzdem nicht, weil eben das Geld unentbehrlich, der Geldstoff aber nicht beliebig vermehrbar ist, solange er aus Edelmetallen besteht.

Auch ein zweiter Umstand hält ihn: die Verwendung des Geldes als Sparmittel. Das Sparen verfolgt den Zweck, größere Geldmengen an einem Ort zu beliebiger Verwendung anzusammeln. Dieser Zweck ist gut, hat jedoch auch seine Schattenseiten. Man lockt die kleinen Sparer durch ein Zinsenangebot und sie gehen natürlich dorthin, wo ihnen am meisten geboten wird, ohne zu bedenken, ob sie sich nicht dadurch vielleicht selbst schädigen. Ein sinnfälliges Beispiel bieten die Kriegsanleihen. Aber auch ohne den Hinweis auf sie ist die Schädigung verständlich. Der Zins, den die Sparer erhalten, drückt nämlich auf die Volkswirtschaft und sie zahlen schließlich im Preise aller Waren mehrfach zurück, was sie an Zinsen einnahmen. Die Reichen freilich haben unbedingt einen Vorteil davon. Das Verhältnis zwischen dem Großkapitalisten und kleinen Sparer ist etwa dasselbe, wie zwischen dem Großgrundbesitzer und Zwergbauer. Was dem einen nützt, schadet dem anderen. Der Großgrundbesitzer z. B. bezieht eine nennenswerte Grundrente und genießt außerdem alle Vorteile der landwirtschaftlichen Schutzpolitik; die Grundrente des Zwergbauern kommt gar nicht in Betracht, überdies aber erzeugt er nicht so viel, um davon leben zu können; er muß also kaufen u. zw. — dank der Agrarschutzpolitik — teuer kaufen. Er gibt also höchstens den Vorspann für den Großgrundbesitzer ab, denn man weist natürlich bei Begründung der Schutzpolitik stets auf die Menge der Landwirte hin, die geschützt werden müssen! Genau so ergeht es der Frau Huber etwa im Vergleich zum Herrn Rothschild. Sie hat vielleicht einige Tausend Kronen oder Mark in der Sparkasse. Davon bezieht sie ihre Zinsen. Eine „Rentnerin" ist sie natürlich dadurch noch lange nicht geworden, nützt aber den Rothschild und Genossen und schadet sich selbst unendlich. Sie empfängt jährlich einige Dutzend Mark oder Kronen Zinsen. Wie viele Hunderte oder gar Tausende aber muß sie dafür mehr ausgeben für Wohnung, Nahrung, Kleidung, Steuern, Bahnfahrt u. dgl., und das alles, weil die Rothschild und Genossen erhalten

sein wollen! Denn das Haus Rothschild allein besaß schon vor dem Kriege schätzungsweise 40 Milliarden. Das heißt: Beschränkte es sich bloß auf den Zinsengenuß, so flossen ihm daraus bei 5% jährlich, 2 Milliarden arbeitsloses Einkommen zu. 2 Milliarden jährlicher Abgabe hatten schon vor Jahren alle, die da schaffen und arbeiten, dem einen ungekrönten Könige Judas zu leisten und Juda hat der Könige mehr! In 15 Jahren verdoppelt sich beim jetzigen Zinsfuß jedes Vermögen; dann werden also die Rothschild mindestens 80 Milliarden ihr eigen nennen und der jährliche Zoll unserer Arbeit an sie 4 Milliarden betragen! In 30 Jahren werden es acht sein usw.

Nun stehen aber die Rothschild nicht allein mit ihren Forderungen. Das reichsdeutsche Leihkapital betrug vor dem Kriege 250 Milliarden und verschlang jährlich 12,5 Milliarden an Zinsen. Wie gering erscheint im Vergleich zu ihm das Industriekapital; es betrug bloß 12 Milliarden und warf in der Hochkonjunktur des Krieges 1 Milliarde an Geschäftsgewinn ab (sonst 600 Millionen). Zählt man noch die 16000 gewerblichen Genossenschaften m. b. H. dazu, so kam alles in allem auf 15,5 Milliarden Wert, d. i. ganze 6 v. H. des Leihkapitals und das im ersten Industriestaate Europas!

Betrachten wir uns einmal die ungeheuerlichen Staats- und Gemeindeschulden und fragen wir uns, wer sie eigentlich bezahlt und wer den Nutzen davon hat. Sie vermindern sich nicht, sondern schwellen weiter an, trotzdem Jahr für Jahr Tausende von Millionen für die Verzinsung aus den schaffenden Menschen herausgepreßt werden. Und was ist die Folge? Nach fünfzehn Jahren verdoppeln sie sich trotz aller Steuern und Lasten, die auf der Arbeit ruhen.

Und nun wollen wir einmal eine Zahl betrachten, die uns mit einem Schlage das Ungeheuerliche und Unsinnige der ganzen heutigen, auf Zinsknechtschaft aufgebauten Wirtschaftsordnung vor Augen führt. Sie wird uns zeigen, zu wessen Gunsten die Entente Krieg führte und zu wessen Gunsten sie den Schandfrieden von Versailles diktierte.

10 847 548 000 000. So sah Ende September 1921 bei einem Kurs der deutschen Reichsmark = 0,053 Schweizer Franken, die Zahl aus, welche die Verpflichtungen aus dem Londoner Ultimatum (die sog. Reparationen) versinnbildlichte. Ende Dezember 1922 war die Mark in Zürich auf 0,00072, also rund $^1/_{70}$ des oben genannten Wertes gesunken. Damit vermehrte sich die eingangs angeführte Zahl auf **759 328 360 000 000!**

In Worten ausgedrückt sind das 759 328 **Milliarden oder rund 760 Billionen Mark.** Sie entsprechen den 465,5 Milliarden Goldmark, auf welche die aus dem Londoner Ultimatum sich ergebenden 132 Milliarden Goldmark durch ihre Verzinsung bis zur vollzogenen Tilgung anwachsen.

759 328 360 000 000 Mark. Teilen wir sie auf die 60 Millionen reichsdeutscher Staatsbürger auf, so heißt das, daß jeder — ob Mann, ob Weib, ob Greis, ob Kind — dem jüdischen Weltleihkapital rund 13 Millionen Mark schuldet.*)

Gibt es ein erschütternderes Beispiel von Zinssklaverei eines ganzen Volkes? Das also ist die Freiheit, in die uns die Helden des Umsturzes führten. Wahrlich, die Raffer können, falls ihre fein gesponnenen Fäden nicht einmal zerrissen werden, mit dem deutschen Volke zufrieden sein. Aber ihre Pläne reichen weiter. Nicht das deutsche Volk allein, sondern auch andere, auch Siegervölker, sind liebevoll darin eingeschlossen. So waren 1921 die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 24,3 Milliarden Dollar an die Banken der Wallstreet, d. h. das jüdische Finanzkapital, verschuldet. Da 1 Dollar Ende Dezember 1921 200 Mark entsprach, so machte das schon damals eine Summe von 4860 Milliarden oder 4,86 Billionen Mark aus. Die Staatsschuld Englands (ohne Kolonien) betrug 7,5 Milliarden Pfund (1 Pfund = 800 Mark), die Frankreichs 286 Milliarden Franken (1 Frank = 1800 Mark), die Italiens 72 Milliarden Lire (1 Lire = 850 Mark). Kanada mit seiner Bevölkerung von rund 7 Millionen Seelen war mit rund 3 Milliarden Dollars, Australien mit 5 Millionen Menschen mit 381 Millionen Pfund verschuldet. Man kann also daraus ersehen, daß Jahwes Kinder Licht und Schatten zwischen Siegern und Besiegten verteilen.

Das Leihkapital stellt demnach eine unendliche Gefahr dar. Durch Zins und Zinseszins schwillt es zu einem reißenden Wildbach an. Am deutlichsten läßt sich dies an folgendem Beispiel erläutern: 1 Heller oder Pfennig, zu Christi Geburt angelegt,

war nach 15 Jahren auf 2 Heller (Pfennig)
„ 30 „ „ 4 „
„ 45 „ „ 8 „
„ 60 „ „ 16 „
„ 75 „ „ 32 „
„ 90 „ „ 64 „ angewachsen.

Nach 135 Jahren, also im Jahre 136 n. Chr., sind aus dem einen Heller oder Pfennig deren schon 512 geworden.

*) Ende Juni 1923 waren es bereits 200 Millionen Mark geworden.

Im Jahre 211 n. Chr. sind es bereits 16384,
" " 286 " " " " 524288,
" " 346 " " " " 16777216,
" " 421 " " " " 496870912,
" " 496 " " " " 15899869184,
" " 571 " " " " 508795813888

Heller oder Pfennige, d. h. mehr als 5 Milliarden Kronen oder Mark geworden. 646 ist der eine Pfennig gar zur phantastischen Summe von 16 Billionen angewachsen und heute ergäbe er eine Summe, größer als der Wert der Sonne und ihrer Planeten, bestünden sie alle aus purem Golde; der zahlenmäßige Wert ergäbe eine 39stellige Zahl! Deutlicher kann der Widersinn wohl nicht zum Ausdruck kommen, wenn man bedenkt, daß das alles geschieht, ohne daß der eigentliche Besitzer einen Finger rührt.

Wie klein erscheint dagegen das Industriekapital, wie langsam wächst es, trotzdem unendliche Arbeit, rastloses Schaffen hinter ihm steht. Amschel Mayer Rothschild begann seine fruchtbringende Tätigkeit um 1800 ohne nennenswertes eigenes Vermögen, indem er mit den Millionen, die Landgraf Wilhelm von Hessen ihm zur Aufbewahrung übergeben hatte, spekulierte. 1913 besaßen die Rothschild — wie bereits bemerkt — 40 Milliarden. Das Gegenstück dazu bildet das Haus Krupp. 1826 starb sein Begründer trotz mühevoller Arbeit fast ohne Vermögen. 1853 erhielt Alfred Krupp die erste Bestellung auf 36 Kanonen; 1873 zählte das Werk 12000 Arbeiter; 1903 wurde es an die Krupp-A.-G. um 160 Millionen verkauft, 1913 war es ganze 250 Millionen Mark wert!

Wieviel unendliche Arbeit, wieviel Mühe, wieviel Enttäuschungen aber stecken in dem Lebenswerk der Krupp und ihrer Mitarbeiter, im Vergleich zu dem der Rothschild? Wieviel segensreiche Einrichtungen schufen die Krupp für ihre Beamten und Arbeiter, während die Rothschild sich blutwenig um ihre Opfer scheren! Der ewige Gegensatz zwischen germanischem Schaffensdrang und jüdisch-händlerischem Wuchergeist springt auch hier allen, die nicht blind sein wollen, kraß die Augen!

Ist die Grundrente unberechtigt, so ist es um so mehr der Zins, den wir streng vom Gewinn scheiden müssen. Gewinn ist grundsätzlich berechtigt, denn er stellt Entlohnung für geleistete Arbeit dar. Ihn beseitigen zu wollen, wäre ein Unding; ihm Grenzen zu stecken, ist überflüssig, sobald die Privatmonopole verschwinden, denn

der Wettbewerb begrenzt ihn dann von vornherein. Zins aber ist arbeitsloses Einkommen und muß daher aus der Volkswirtschaft verschwinden.

Dies strebt die „Brechung der Zinsknechtschaft“ an!

Bleibt uns, so hören wir immer wieder von marxistischer Seite, mit euren Reformen vom Leibe, wir internationalen Sozialdemokraten, Kommunisten usw. sind revolutionär. Nur die soziale Revolution vermag das Schicksal der Ausgebeuteten zu ändern. Wir wollen sehen, ob das stimmt.

Wirtschaftliche Reform oder Umsturz?

„Nicht Umsturz, sondern zielbewußte schaffende Reformarbeit allein kann die heutigen unhaltbaren Verhältnisse in der Gesellschaft überwinden.“ (Leitsätze der nat.-sozial. Partei.)

Die privatkapitalistische Ordnung mit ihrer Einstellung auf den reinen Profit, mit ihrer Verneinung jedes idealistischen Strebens, hat sich im seelenlosen Materialismus, auf dem sie fußt, gleichzeitig ihren eigenen Feind großgezogen. Der Materialismus mit seiner ausgeprägten Ich- und Selbstsucht ist aber ebensowenig geeignet, die geistige Grundlage für das abzugeben, was sie ablösen soll: den Sozialismus, das ist Gemeinwirtschaft, Gemeingeist.

Das Wesen des Sozialismus liegt doch darin, in der Gesamtheit für die Gesamtheit zu wirken. Es prägt sich aus in dem Grundsatz: „Alle für Alle!“ Nun, das setzt aber ein gut Teil Selbstverleugnung voraus. Selbstverleugnung ist jedoch keine materialistische, sondern eine idealistische Regung. Daher will es uns dünken, daß man mit den Menschen, die das Zeitalter des Materialismus groß gezogen hat, wohl ein Zwangsarbeitshaus bevölkern, nie aber den Sozialismus verwirklichen kann und daß ein Sozialismus auf dieser Grundlage und mit diesen Menschen versucht, unrettbar Schiffbruch erleiden muß! Für diese Behauptung werden wir den Beweis erbringen.

Was sich vor unseren Augen und Ohren gemeinhin als Sozialismus auftut, ist Kommunismus marxistischer Prägung. Wie einst in den Kämpfen zwischen Eisenachern und Lassalleanern, wiederholt sich der Streit, welche der beiden Richtungen das einzig taugliche Heilmittel, die Menschen zu beglücken, besitzt, heute neuerdings zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Beide sind Marxisten, beide behaupten, Kommunisten zu sein, beide stehen daher auf dem Standpunkt der Gütergemeinschaft.

An kommunistischen Versuchen hat es in der Geschichte nie gefehlt. Gelangen sie, so war es stets nur für einige Zeit und stets nur dort, wo an der Spitze der Gemeinwesen Leute standen, die mit unumschränkter Gewalt ausgestattet waren. Eines der bekanntesten Beispiele ist der Jesuitenstaat Paraguay. In dem Augenblicke aber, da diese Bedingung nicht mehr zutraf, scheiterten sie!

In der neuesten Zeit nun, d. h. seit dem Zusammenbruche, den die Marxisten ja herbeisehnten und nach besten Kräften herbeizuführen sich bemühten, haben wir solche Beispiele in Bayern und Ungarn in greifbarster Nähe erlebt. Daß sie zur Nachahmung reizten, kann außer den unmittelbaren Nutznießern, d. h. polnischen Juden allererbärmlichster Sorte, wie Kun, Toller, Levine usw., niemand behaupten. In etwas größerer Entfernung, in Rußland, spielt sich das Schauspiel heute noch ab. Mord, Brand und Verwüstung, Knebelung jeder anderen Meinung kennzeichnen auch dort seinen Weg.*) Es ist nichts anderes als ein weiterer Versuch, die Weltherrschaft des Judentums aufzurichten, dient also demselben Zwecke wie der Kapitalismus und wird mit denselben Mitteln unternommen wie dieser. Diktatur da wie dort und daher auch Sklaverei da wie dort. Eine andere Herrschaftsform kennt das Judentum ja überhaupt nicht. Es liegt deshalb durchaus im Wesen der Sache, wenn Lenin und Trotzky diktatorische Gewalt beanspruchen und ausüben. In jedem anderen Falle wäre übrigens das bolschewistische System auch schon längst zusammengebrochen. Wenn man bewußt Kommunist ist — und alle Marxisten sollten es doch sein —, dann muß man sich mit dieser Tatsache abfinden. Es ist daher lächerlich, wenn Sozialdemokraten in einem Atem behaupten, Kommunisten zu sein und sich gleichzeitig über die Aufnahmebedingungen in die 3. Internationale entrüsten. Das ist übrigens auch unehrlich, denn in Wirklichkeit strebten alle Marxisten nach der Verwirklichung des Kommunismus im Wege der sozialen Revolution und Diktatur des Proletariats. Für diese Behauptung ließen sich eine stattliche Anzahl von Beweisen erbringen. Wir wollen hier nur die Äußerungen der hauptsächlichsten Führer festhalten. Bemerkenswert sind vor allem die Ansichten des unbestritten begabtesten Führers der reichsdeutschen Sozialdemokratie, des verstorbenen August Bebel. In seinem viel gelesenen Buche „Die Frau und der Sozialismus", das unzählige Auflagen erlebte, wird der Weg, der zum Ziele des Marxismus, der sozialistischen Gesellschaft, führt, folgendermaßen dargestellt:

*) Seit Ende 1917 wurden nach dem Moskauer Berichterstatter der Londoner „Daily Mail" insgesamt 1 766 168 Menschen hingerichtet.

1. Es tritt eine Verschärfung der Klassengegensätze ein, gefördert durch:

2. Konzentration in der kapitalistischen Industrie.

Diese hat unmittelbar zur Folge:

a) Verdrängung der Landwirtschaft durch Industrie;

b) fortschreitende Proletarisierung;

c) Konzentration des Reichtums.

3. Immer mächtigere Krisen sind die Folge.

4. Ihnen folgt die soziale Revolution. Sie fußt auf der Expropriation der Expropriateure, d. h. Enteignung der Enteigner oder mit anderen Worten: Aufhebung des Privateigentums, Entstehung der sozialistischen Gesellschaft.

In der sozialistischen Gesellschaft sollen:

1. Alle Arbeitsfähigen zur Arbeit herangezogen werden.
2. Harmonie der Interessen herrschen.
3. Die Arbeit organisiert sein.
4. Ihre Ergiebigkeit wachsen.
5. Die Konsumtionsfähigkeit sich steigern.
6. Der Gegensatz zwischen Kopf- und Handarbeit verschwinden.
7. Gleiche Arbeitspflicht für alle bestehen.

Wenn dann die Menschen vollständige Engel geworden sind, so soll endlich nach Ansicht des Mitarbeiters von Karl Marx, Friedrich Engels, der Staat sich selbst aufheben. An seine Stelle tritt die staatenlose Gesellschaft, ein Begriff, den Marx der englischen Gedankenwelt entnommen hat, was uns ja aus früheren Ausführungen über den englischen Staatsbegriff als einer „Gesellschaft von Privatpersonen" geläufig ist. Übrigens berührt sich auch in diesem Punkte neuerlich englisches (normannisches) und jüdisches Denken, denn dem staatenlosen jüdischen Volke ist der Staatsbegriff natürlich fremd. Die Sehnsucht nach dem eigenen palästinischen Staate erstreckt sich nur auf so beschränkte Kreise, daß sie bloß eine Augenauswischerei darstellt. Zum Staatsbegriff gehört unbedingt die Liebe zur heimatlichen Scholle. Wer aber vermöchte sie einem Nomadenvolke, wie es die Juden stets waren und sind, einzuflößen?

Die Überwindung des Staates soll nicht plötzlich, sondern auf dem Umweg über den proletarischen Klassenstaat, d. h. die „Diktatur des Proletariats", erfolgen. Engels äußert sich hierüber in seinem Buche gegen Eugen Dühring: „Der bürgerliche Staat wird nicht abgeschafft, sondern es folgt zunächst auf den bürgerlichen Staat der proletarische Staat, und da jeder Staat eine Klassenherrschaft ist, so ist auch dieser die Herrschaft des Proletariats und

da jeder Staat eine Unterdrückungsmaschine ist, so ist auch dieser eine Maschine zur Unterdrückung der Unterdrücker und Ausbeuter."

Darnach soll also der Staat als Herrschaftsinstrument der einen Klasse sich in das einer anderen umwandeln. Auf welche Art soll das geschehen? Nun, mit denselben Mitteln, welche die anderen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft gebrauchten: Militarismus u. dgl. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß das ganze marxistische Erziehungssystem fast durchwegs dem doch sonst so verlästerten Militarismus entnommen ist. Wo er beseitigt wurde, haben daher auch Zucht und Drill in den sozialdemokratischen Massen unleugbare Einbußen erlitten; seitdem erst ist die Sucht nach Spaltung und Zerklüftung unheilbar geworden.

Wie der Drill, so waren auch viele Bilder und Vergleiche dem so verfehmten Militarismus entnommen. Man denke nur an den „dröhnenden Schritt der Arbeiterbataillone", wenn sie bei Massenaufzügen, die militärischen Paraden glichen, an den zumeist krummbeinigen Führern vorbeidefilierten.

Militärischen Gedankengängen sind letzten Endes auch jene Dinge entliehen, die uns in der Folge beschäftigen sollen: Klassenbewußtsein und Klassenkampf. Sie stellen im Wesen Nachempfindungen dar. Zu ihrer Erläuterung sei eine kleine geschichtliche Abschweifung gestattet:

Der mittelalterliche Adel war eine streng abgesonderte Kaste mit eigenen Sitten und Gebräuchen und eigens ausgeprägtem Ehrenstandpunkt. Nach seinem Zerfall gingen diese Dinge als Erbteil auf die Landsknechte und dann auf die stehenden Heere über, um sich schließlich im Zeitalter der allgemeinen Wehrpflicht auf das Offizierskorps zu beschränken. Ihr Zweck ist die Heranbildung einer besonderen Aufgaben dienenden Kaste. Die römische Kirche besitzt eine ähnliche Einrichtung im Eheverbot der Priester. Jeder der drei mittelalterlichen Stände: Adel, Kirche, Bürgertum hatte seine ausgeprägten Sitten und Einrichtungen. Nun war ein vierter Stand im Werden: das Proletariat. Es lag nahe, auch ihn, wie seinerzeit Adel und Geistlichkeit, aus dem Volkskörper loszureißen und zu einer eigenen Kaste zu machen, mit eigenem Standesbewußtsein: dem Klassenbewußtsein. Unmittelbarer Zweck des Ganzen soll der Klassenkampf sein, der freilich nicht nur um seiner selbst willen geführt werden, sondern einer bestimmten Aufgabe, der Verwirklichung des Sozialismus, richtiger Kommunismus, dienen soll.

Wie sieht nun dieser Klassenkampf aus? Gegen wen richtet er sich? Wer führt ihn und welche sind die Kampfmittel?

Das österreichische sozialdemokratische Programm (Wiener Programm 1901) sagt darüber:

„Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit.... die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der.... Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzer- und der Kapitalistenklasse....

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes....hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung....

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen.

Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich.... Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß.... Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein."

Was entnehmen wir diesen Sätzen?

1. Zweck des marxistischen Sozialismus ist die Beseitigung des Monopols an Arbeitsmitteln.

2. Arbeitsmittel sind nicht nur der Boden, sondern auch sämtlicher Kapitalbesitz, also auch alle Fabriken, ihre Einrichtungen usw.

3. Proletarier sind die Lohnarbeiter, Angestellten und Schuldknechte des Kapitals.

4. Der Einzelbesitz — ohne Einschränkung — ist schädlich und zu beseitigen. Das mehr oder weniger verhüllte Endziel besteht also sinngemäß nicht nur in der Beseitigung des großen Grund- und Kapitalbesitzes, sondern in der Beseitigung jeglichen Einzelbesitzes überhaupt, das heißt in der Gütergemeinschaft, im Kommunismus.

5. Der Kampf gegen die Besitzenden nun ist der Klassenkampf; er gipfelt in der Förderung und Beschleunigung der vorhin genannten Entwicklung zum Kommunismus.

6. Geführt wird er von dem zum Klassenbewußtsein erwachten Proletariat.

Wir haben schon früher („Am Tore der Zukunft") darauf hingewiesen, daß der Marxismus seine geschichtliche Stunde verschlafen hat. Der Klassenkampf war, da die hauptsächlichsten Vertreter des Kapitalismus — England, Amerika, Frankreich — als Bundesgenossen im Felde standen, 1918 in den Schützengräben zu führen, statt feige die Waffen wegzuwerfen und zur Fahnenflucht aufzufordern. Damals, als seine Zeit gekommen war, hat der Marxismus — mitten im vermeintlichen Sieg — durch eigene Schuld seine größte Niederlage erlitten. Die deutschen Arbeiter bezahlen dieses Verschulden und Versagen ihrer Führer mit vielleicht dauernder Fronarbeit im Dienste des Ententekapitalismus, d. h. des jüdischen Finanzkapitals. Nichts anderes als diese entsetzliche Tatsache drückt sich in den 760 Billionen, d. h. 760000 Milliarden Mark aus, die dem Deutschen Reiche zur Zahlung auferlegt sind.

Der jüdische Führerklüngel fühlt diese Niederlage, wenn er sie auch nie zugeben wird. Denn was anderes soll es denn bedeuten als restlose Waffenstreckung vor dem Kapitalismus in Reinkultur, wenn dieselben Leute, die immer nur von gesellschaftlichem Umsturz faselten und deren zweites Wort die Revolution und Expropriation (Enteignung) oder Sozialisierung (Vergesellschaftung) war, und die jeden, der nicht in dasselbe Horn blies, als „Gelben" und „Unternehmerknecht" hinstellten, nun auf einmal die in ihrem eigenem Programm festgelegten Ziele zu weitgehend finden und Zweifel hegen, daß der Kommunismus restlos durchgeführt werden kann und nur mehr die „zur Vergesellschaftung reifen Betriebe sozialisieren" wollen? Darin liegt aber der Unterschied zwischen rechts und links, Sozialdemokraten und Kommunisten, Internationale 2 und 2½ da, Internationale 3 dort, Sozialverrätern und Bolschewiken.

Bei jeder Gelegenheit betonen gleichzeitig doch wieder die sogenannten Rechten, daß auch sie Kommunisten seien. Sie müßten es auch sein, denn Marxismus und Kommunismus sind ja tatsächlich eins!

So erklärte beispielsweise die erste wissenschaftliche Leuchte der vormaligen deutschen Sozialdemokratie Österreichs, Dr. Karl Renner, vor etwa 2¼ Jahren in Innsbruck wörtlich: „Sozialis-

mus und Kommunismus verfolgen dasselbe Ziel, nur sind die Wege andere; die Kommunisten wollen ihre Ziele mit Gewalt durchsetzen, während die Sozialdemokratie auf dem Wege friedlicher Durchdringung der Ansichten im Laufe der Zeit die Arbeiter auf ein derart hohes Niveau bringen will, daß sie die soziale Verwaltung der Betriebe selbst in die Hand nehmen können." Das ist nun selbst von einem Dr. Renner, von dem man mancherlei Begriffsverfälschungen gewöhnt ist, ein starkes Stück.

Die zweite wissenschaftliche Leuchte der deutschen Sozialdemokratie des vormaligen Österreich, — der seinerzeitige „Sozialisierungsminister" Deutschösterreichs, — Dr. Otto Bauer, fällt in seinem Buche „Bolschewismus oder Sozialdemokratie?" ein vernichtendes Urteil über dieselben Bolschewiken, die er vorher die längste Zeit in der „Arbeiterzeitung" hatte loben lassen. So haben sich nach ihm u. a. die landwirtschaftlichen Kommunen, das Glanzstück bolschewistischer Kunst, nicht bewährt. „Es ist unbestritten", sagt Dr. Bauer, „daß viele Kommunen von dem in der Instruktion gezeichneten Idealbild weit abweichen; daß manche von ihnen schnell zusammenbrachen; daß andere kapitalistisch entarteten, den Schleichhandel im Großen betrieben, die benachbarten Kleinbauern als ihre Lohnarbeiter ausbeuteten."

Aber nicht nur die Kommunisierung des Bodens lehnt Dr. Otto Bauer ab, sondern er verwirft überhaupt das ganze Vorgehen der Bolschewiken und erklärt endlich auf Seite 87 seines Buches als der Weisheit letzten Schluß: „Die Klassengliederung der west- und mitteleuropäischen Gesellschaft, ihr empfindlicher wirtschaftlicher Apparat und ihre Abhängigkeit von den internationalen Wirtschaftsbeziehungen fordern, daß sich die wirtschaftliche Umwälzung in den Formen allmählichen, planmäßigen Umbaues vollziehe."

Was Dr. Bauer da predigt, ist nicht mehr und nicht weniger als der Bankerott des Marxismus! Wo bleibt da noch die soziale Revolution, die man gegen Ende des Weltkrieges als das nunmehr zur Verwirklichung gelangende Ziel verkündete? Was der reuige Sünder Dr. Bauer da sagt, ist nicht mehr revolutionär, sondern reformerisch, nicht mehr rot, sondern — um mit den klassenbewußten, auf den Klassenkampf eingeschworenen Marxisten zu reden — ausgesprochen gelb! Es sind Anschauungen des von uns vertretenen reformerischen Sozialismus, die Dr. Renner und Dr. Bauer, gewitzigt durch eigene Erfahrung, da von sich geben. Sie erinnern stark an die Worte unserer Parteigrundsätze: „Nicht Umsturz, sondern zielbewußte schaffende Reformarbeit allein kann

die heutigen unhaltbaren Verhältnisse in der Gesellschaft überwinden."

Da der Marxismus gesellschaftlich umstürzlerisch (sozialrevolutionär) ist, so bedeutet jedes Abrücken von diesen seinen Grundsätzen seinen geistigen Zusammenbruch. Uns Nationalsozialisten war es von vornherein klar, daß es einmal so kommen müsse. Daher haben wir seit jeher den Standpunkt der Wirtschaftsreform verfochten. In völkischer Hinsicht sind und bleiben wir revolutionär; in wirtschaftlicher waren wir stets Reformer und sehen keinen Anlaß, diesen Standpunkt zu ändern.

Beseitigung des arbeitslosen Einkommens.

Bodenreform, Brechung der Zinsknechtschaft und Vergesellschaftung der Privatmonopole.

Mit den an der Spitze der beiden letzten Abschnitte stehenden Worten der nationalsozialistischen Leitsätze stellen wir uns in bewußten Gegensatz zum marxistischen Kommunismus — der wissenschaftlichen Grundlage der Sozialdemokratie und der ihr verwandten Richtungen wie Kommunisten, Spartakisten, Bolschewiken — aber auch zu allen sogenannten bürgerlichen, d. h. an der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung festhaltenden, also im Wesen mammonistischen Parteien.

Wir Nationalsozialisten sind keine Kommunisten, denn wir wollen die Privatwirtschaft nicht ganz beseitigen und halten alle darauf hinzielenden Bestrebungen für gefährliche Kindereien, die sich bitter rächen. Wir glauben aber auch nicht, daß man mit guten Ratschlägen, kristlichen Ermahnungen und sozialen Pflästerchen die kranke kapitalistische Wirtschaftsordnung heilen kann, wie die bürgerlichen Parteien es vermeinen. Der Bestie Mammonismus, mit dem jüdischen Geist in Herz und Hirn wird man mit guten Ermahnungen nicht Herr; der muß man schon mit der Peitsche kommen!

Im folgenden besprechen wir die unserem Dafürhalten nach notwendigen beiden großen Reformen — Bodenreform und Brechung der Zinsknechtschaft und die von uns für notwendig erachteten Vergesellschaftungsmaßnahmen.

A. Bodenreform und Brechung der Zinsknechtschaft.

„Die deutsche nationalsozialistische Partei sieht im heutigen Bodenrecht und der Zinsknechtschaft die Quelle der sozialen Übel

unserer Zeit, deren Beseitigung sie mit allen tauglichen Mitteln anstrebt. Sie war stets und ist der Anschauung, daß man zur altgermanischen Auffassung zurückkehren müsse, wonach der Grund und Boden ideell nur Eigentum des Volkes sein kann, während dem Einzelnen nur das auf ihm Erbaute und Erarbeitete zu Eigen ist. Dadurch verliert nicht der arbeitende Bauer seinen Grundbesitz, wohl aber wird der wucherischen Bodenspekulation das Handwerk gelegt.

Die nationalsozialistische Partei lehnt mit aller Entschiedenheit die internationale Richtung der Freilandbewegung im Sinne Silvio Gesells ab, da sie den Tod unseres Volkstums bedeuten würde. Nicht der Geldsack, sondern die Fähigkeit, den Grund und Boden am besten im Interesse der Gesamtheit bebauen zu können, kann allein für seinen Erwerb maßgebend sein. Für das Volk aber schafft die Erschließung von Ödland und Wildnis, die hundertjährige Arbeit auf einem Fleckchen Erde eben — Heimat, und damit einen unverjährbaren Rechtstitel.

Was die Brechung der Zinsknechtschaft anbelangt, erblickt die nationalsozialistische Partei im Gegensatz zum marxistischen Sozialismus in dem überstaatlich organisierten und alle Völker ausbeutenden Leih- und Finanzkapital den größten Feind der Menschheit im allgemeinen, des deutschen Volkes nach seiner wirtschaftlichen Versklavung durch Versailles und St. Germain im besonderen und tritt für die restlose Beseitigung des Zinses im öffentlichen wie Privatkredit ein. Sie ist jedoch mit Gottfried Feder und dem „Bund zur Brechung der Zinsknechtschaft" einer Meinung, daß für den Augenblick die unendliche Schuldenlast des deutschen Staates von entscheidender staatspolitischer Bedeutung ist und sieht in der Umwandlung der Schuld-Titres in unverzinsliche Werte einen sofort einzuschlagenden Weg. An Kleinrentner und Zinsenempfänger, die infolge Krankheit, Alter usw. nicht in der Lage sind, ihren Unterhalt zu verdienen, hat der Staat die bisherigen, zum Teile sogar höheren Erträgnisse aus ihrem Wertpapierbesitz auf Lebensdauer zu bezahlen. Der Staat deckt seinen Geldbedarf für gemeinnützige Ausgaben (Mutterschaftsprämien usw.) aus den Überschüssen seiner gewinnbringenden Staatsbetriebe, sowie aus Vermögens- und Einkommensteuern.

Die Kosten für werbende Neuschöpfungen, die er wegen des augenblicklichen Steuerdruckes nicht aus Gemeinschaftsleistungen decken kann, bestreitet er durch Ausgabe unverzinslicher Staatskassenscheine, nach Genehmigung durch die Volksvertretung. Diese Staatskassenscheine sind aus den Erträgnissen rückzuzahlen.

In dem Aktienunwesen erblickt die nationalsozialistische Partei ebenfalls Bezug von arbeitslosem Einkommen und hält an ihrer alten Forderung nach Vergesellschaftung (Verstaatlichung bzw. Verländerung) der Banken und der Beseitigung des heutigen Börsenbetriebes fest; damit sind auch Möglichkeiten zur Verbilligung des Privatkredites gegeben." (Entschließung des Zwischenstaatlichen Vertretertages der deutschen Nationalsozialisten zu Linz, 13. und 14. August 1921.)

Wir haben im vorvergangenen Abschnitt („Arbeit und arbeitsloses Einkommen") die zwei Hauptarten des arbeitslosen Einkommens — Grundrente und Zins — und ihre Ursachen und auch ihre Wirkungen betrachtet. Als Ursache stellten wir bei beiden eine ständige Nachfrage einesteils nach Grund und Boden, anderenteils nach Geld fest, während das Angebot beschränkt bleibt, sei es — wie z. B. beim Boden — weil eine Vermehrung überhaupt ausgeschlossen oder — wie beim Metallgeld — nur in beschränktem Maße möglich ist. Wir haben ferner festgestellt, daß der Schaffende nie zum vollen Ertrag seiner Arbeit gelangen kann. Ein Teil des ihm zu Recht stehenden Einkommens fällt von vornherein jenen zu, welche Grund und Boden oder Geld besitzen. Sie sind die Empfänger arbeitslosen Einkommens, die Raffer, auch Rentner oder Kapitalisten genannt.

Soll nun der Schaffende — ob Selbständiger oder Arbeitnehmer — zum vollen Ertrag seiner Arbeit gelangen, so muß das arbeitslose Einkommen restlos beseitigt werden. Das heißt: Der Zins muß verschwinden und die Grundrente, die man nicht beseitigen kann, solange Menschen beieinander wohnen — muß der Allgemeinheit, d. h. dem Staat oder der Gemeinde zufallen. Das ist die große Frage, die ihrer Lösung harrt.

Die Schädlichkeit der Grundrente hat auch Marx erkannt. Er wollte sie durch Übernahme des Bodens in den Besitz der Allgemeinheit beseitigen. Da ihm, wie wir schon betonten, ein Staatsbegriff in unserem Sinne fremd war, sah er die „Gesellschaft" als Vertreter der Allgemeinheit an. Daher sprechen die Marxisten von „Vergesellschaftung" oder „Sozialisierung" und nennen sich „Sozialisten" oder, wie wir schon ausführten, in einer merkwürdigen Begriffsverwirrung auch „Sozialdemokraten".

Die Schädlichkeit des Leihzinses dagegen hat Marx nicht erkannt und konnte sie als Jude auch nicht erkennen, denn der Zins ist dem jüdischen Wesen ein Blümlein Rührmichnichtan. Marx hat vielmehr die zweite Ursache des Umstandes, daß der Schaffende um einen Teil seines Einkommens gebracht wird, im soge-

nannten „Mehrwert" gesucht, dessen Empfänger der Kapitalist ist. Dieser „Mehrwert" nun soll die Quelle des Kapitalzinses und aller anderen Einkommen der Volkswirtschaft sein. Die Beseitigung dieser Verhältnisse kann nach Marx erst in der sozialistischen Gesellschaft erfolgen, zu welcher man auf dem Wege über die Enteignung der Enteigner (Expropriation der Expropriateure) oder mit anderen Worten, durch den gesellschaftlichen Umsturz sozialen Revolution) gelangt. Dieser soll, und das ist wesentlich, von selbst eintreten, sobald die jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse mit ihrer Anhäufung von Besitz in den Händen weniger und der damit verbundenen Verelendung der anderen vielen auf die Spitze getrieben sind. Es kann daher sinngemäß nicht Aufgabe der Massen sein, die Entwicklung zur Anhäufung von Kapital zu hemmen, sondern sie müßten sie vielmehr beschleunigen. Der marxistische Sozialismus bekämpft daher das Anwachsen von Kapital nicht, sondern vertröstet die Massen auf den großen Tag des Umsturzes! In dieser ihrem Wesen nach orientalisch-fatalistischen Anschauung birgt sich ein auffallender Gegensatz zwischen gewerkschaftlichem und marxistischem Denken, der merkwürdigerweise von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern und den Massen der Gewerkschafter nicht erkannt wird. Gewerkschaft, gleichgültig welcher Richtung, ist organisierter Tatwille, während der Marxismus echt orientalisches Kismetgefühl, d. h. stumpfe Ergebung in das Schicksal, versinnbildlicht.

Wir haben nun im vorigen Abschnitt gesehen, daß namhafte Wortführer der Sozialdemokratie selbst an der Richtigkeit dieser Anschauungen zweifeln und statt der Hoffnung auf einen einmal eintretenden Umsturz der Reform zuneigen. Sie zweifeln zwar vorderhand erst an der Richtigkeit des Weges, nicht aber auch an der des Zieles selbst, das nach wie vor die Gütergemeinschaft, d. h. der Kommunismus, ist. Wir jedoch zweifelten seit jeher an beiden und wollen daher die Ursachen der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die wir in dem aus Grundrente und Leihzins entspringenden arbeitslosen Einkommen sehen, beseitigen. Das Mittel dazu suchen wir in der Bodenreform, oder besser gesagt, Reform des Bodenrechts und in der Brechung der Zinsknechtschaft.

Der Boden kann entweder Eigentum einzelner, also Privateigentum sein, oder er kann der Gesamtheit in Form von Staats- oder Gemeindeeigentum gehören.

Die erste Form herrscht — als eine Folge des römischen Rechtes — heute in allen Kulturstaaten. Sie ermöglicht die Ausbeutung des Bodenbearbeiters durch die Grundrentner, die

Jahr für Jahr, ohne eigene Arbeit, den Arbeitenden einen großen Teil ihres Arbeitsertrages in Form von Grundrente wegnehmen.

Die zweite Form, das Gemeineigentum, kann mehr oder weniger segensreich wirken, je nach der Art seiner Verwaltung.

Bodenrechtsreform (Bodenreform).

Die Bodenreform besteht nun darin, daß die Grundrente nicht mehr Einzelnen, sondern der Allgemeinheit zufließt. Das kann entweder so geschehen, daß der ganze Grund und Boden vom Staate als Vertreter der Gesamtheit in irgendeiner Form enteignet und sodann an Einzelne verpachtet wird, was auch langfristig geschehen kann — Erbpacht — oder, daß man ihn seinen jetzigen Eigentümern beläßt und die Grundrente wegsteuert. Diese beiden Arten wollen wir eingehender betrachten.

Im ersten Falle liegt die Schwierigkeit in der Enteignung. Soll man mit oder ohne Entgelt enteignen? Beides stellt eine Ungerechtigkeit dar; die entgeltliche Enteignung deshalb, weil gerade die größten Grundbesitzer den Boden seinerzeit geschenkt erhielten (Erblichkeit der Lehen, Beteiligung für Kriegsdienstleistungen u. dgl.), die unentgeltliche deshalb, weil sie wieder die Kleinen träfe, die ihre ersparten Groschen zum Ankauf benützten. Ausnahmen aber würden eine Verwirrung aller Rechtsbegriffe herbeiführen und dadurch den Staat in seinen Grundfesten erschüttern. Gemeint ist dabei natürlich immer nur der nackte Boden, denn alles, was Menschenhand geschaffen, ist selbstverständlich entgeltlich abzulösen.

Die Anhänger der von Silvio Gesell begründeten Freiland-Freigeldbewegung vertreten die Anschauung, es sei im Zusammenhang mit der Geldreform (Freigeld) der ganze Grund und Boden vom Staate aufzukaufen und in Pacht an den Meistbietenden zu vergeben. Die Bezahlung erfolgt in Staatspapieren, den Grundeigentums-Ablösungsscheinen.

Der Kurs dieser Scheine soll durch Anpassung an den jeweiligen Zinsfuß stets auf dem Gleichstand (pari) gehalten werden. Neigt also ihr Kurs dazu, zu fallen, so wird der Zinsfuß erhöht, andernfalls erniedrigt. Der Staat zieht vorerst aus dieser Maßnahme keinen Gewinn, da ihm ja die Pächter nur die Zinsen der ausgeworfenen Ablösungssumme bezahlen. Erst dann, wenn infolge der gleichzeitig durchgeführten Geldreform der Zinsfuß sich senkt, fällt die Grundrente der Allgemeinheit zu und ist dann in irgendeiner Form als Ehrengabe an die Mütter, als

eigentliche Schöpferinnen des Bevölkerungszuwachses und damit der Grundrente, aufzuteilen.

Der Amerikaner Henry George, der eigentliche Begründer der Bodenreform, erklärt in seinem Werk „Fortschritt und Armut" das Privateigentum an Grund und Boden als einzige Ursache der sozialen Mängel der Gegenwart. Er kommt daher zu dem Schluß: „Wir müssen den Grund und Boden Gemeingut werden lassen." „Das gleiche Recht aller Menschen auf die Nutznießung von Grund und Boden" ist ihm „ebenso klar wie das gleiche Recht auf die Luft", die sie einatmen, — „es ist ein Recht, verbürgt durch die Tatsache ihres Daseins". „Laßt den Grundbesitzern meinetwegen alles, was der Besitz von Grund und Boden ihnen einbringen würde — ohne die Gesellschaft. Aber die Rente, eine Schöpfung der Gemeinschaft, gehört notwendigerweise auch der ganzen Gesellschaft."

Es dreht sich ihm also, wie aus dem letzten Satze hervorgeht, nicht darum, den Grund und Boden als solchen, sondern die Grundrente Gemeineigentum werden zu lassen. Völlig einwandfrei und klar äußert er sich darüber im achten Buche seines Werkes „Des Heilmittels Anwendung" in folgenden Sätzen:

„Ich schlage weder den Kauf noch die Einziehung des Privateigentums an Grund und Boden vor."

„Es ist nicht nötig, daß wir den Boden einziehen, wir brauchen nur die Rente einzuziehen!"

„Wir nehmen schon einen Teil der Rente durch die Besteuerung. Wir brauchen nur den Besteuerungsvorgang etwas zu ändern, um die Rente voll und ganz zu nehmen. Ich schlage daher als einfaches und doch unübertreffliches Mittel vor: „Die Aneignung der Rente durch Besteuerung!"

„Durch dieses Mittel wird der Staat zum allgemeinen Grundherrn, ohne sich so zu nennen und ohne eine einzige neue Funktion übernehmen zu müssen. Der Form nach würde das Bodenbesitzrecht bleiben wie bisher. Keinem Bodenbesitzer brauchten seine Ländereien entrissen zu werden, noch wäre eine Beschränkung des Bodenausmaßes, das jemand ererben könnte, nötig. Denn während der Staat die Rente als Steuer einzieht, würde der Grund und Boden, einerlei auf wessen Namen er eingetragen, oder in wie große Parzellen er verteilt ist, wirklich Gemeingut werden und jedes Gemeindemitglied würde den Genuß der Vorteile seines Besitzes haben.

Da nun die Besteuerung der Rente oder des Bodenwertes naturgemäß in dem Grade erhöht werden muß, in dem andere

Steuern aufgehoben werden, können wir diesen Vorschlag in handliche Form bringen und ihn also formulieren:

„Alle anderen Steuern sind aufzuheben mit Ausnahme derjenigen auf den Bodenwert."

Dieser Vorschlag Henry Georges wäre, wie frühere Ausführungen (u. a. „Wandlungen des Bodenrechts") uns zeigten, durchaus nichts Neues, sondern nur die Rückkehr zu guten, alten Einrichtungen. Die mittelalterlichen Heere mußten, wie wir sahen, von den Grundbesitzern gestellt und ausgerüstet werden. Auch der Staatsmann, der Geistliche usw. bezog früher kein Gehalt. In der deutschen Stadt des Mittelalters war die Grundsteuer die einzige Steuer des Bürgers. Bürger wurde aber nur der freigeborene Deutsche, der Grund und Haus besaß.

Die deutschen Bodenreformer (Adolf Damaschke) erheben folgende Forderungen (entnommen ihrem Flugblatt für die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung):

1. „Ein Heimstättenrecht, das jeder deutschen Familie die Möglichkeit erschließt, eine Wohnheimstätte (Eigenheim mit Nutzgarten) oder in geeigneten Fällen eine Wirtschaftsheimstätte (gärtnerisches oder kleinbäuerliches Anwesen) zu gewinnen und zu erhalten;
2. als Grundlage zu einer gerechten Besteuerung wird der Wert des deutschen Bodens nach Abzug des Wertes der Gebäude und aller Verbesserungen usw. durch katastermäßige Selbsteinschätzung seiner Besitzer bestimmt. Diese bildet zugleich die Grundlage der Entschädigung bei Enteignung, wenn solche sich im öffentlichen Interesse, z. B. für Heimstättenbildung, als notwendig erweist;
3. die Besteuerung der Grundrente, d. h. des Ertrages des Bodens, der ohne jede Arbeits- und Kapitalsaufwendung hervorgerufen wird. Diese ist zu staffeln bei weitgehender Schonung der Wohnheimstätten, Gärten und kleinbäuerlichen Anwesen, dagegen ist der unverdiente Wertzuwachs, namentlich an städtischem Baugelände, an neuen Verkehrsanlagen, Kanälen usw., möglichst vollkommen für die Gesamtheit nutzbar zu machen;
4. Vorkaufsrecht des Staates und der Gemeinde bei jedem Zwangsverkauf von Boden und bei den „walzenden" Gütern;
5. eine Reform unseres Grundschuldwesens zur planmäßigen Entschuldung des soliden Hausbesitzes in Stadt und Land — zur Erleichterung der Kapitalzufuhr für jede Verbesserung

wirtschaftlicher und kultureller Art — zur Verhütung des Kapitalzuflusses zum Mißbrauch mit dem Boden;

6. gemeinwirtschaftliche Ausnutzung der Bodenschätze wie Steinkohle, Braunkohle, Kali, Erze, Erdöle und der Wasserkräfte als Quellen der elektrischen Kraft;
7. gemeinwirtschaftliche Leitung des Transport- und Versicherungswesens, sowie der Licht- und Kraftverteilung."

Nun können wir an die Besprechung der einzelnen Vorschläge gehen. Wir wollen diese Besprechung mit jenem Teile der Entschließung des Linzer zwischenstaatlichen Vertretertages einleiten, welcher die Bodenfrage behandelt. In dieser Entschließung heißt es:

„Die deutsche nationalsozialistische Partei sieht im heutigen Bodenrecht und der Zinsknechtschaft die Quelle der sozialen Übel unserer Zeit, deren Beseitigung sie mit allen tauglichen Mitteln anstrebt. Sie war stets und ist der Anschauung, daß man zur altgermanischen Auffassung zurückkehren müsse, wonach der Grund und Boden ideell nur Eigentum des Volkes sein kann, während dem Einzelnen nur das auf ihm Erbaute und Erarbeitete zu eigen ist. Dadurch verliert nicht der arbeitende Bauer seinen Grundbesitz, wohl aber wird der wucherischen Bodenspekulation das Handwerk gelegt.

Die nationalsozialistische Partei lehnt mit aller Entschiedenheit die internationale Richtung der Freilandbewegung im Sinne Silvio Gesells ab, da sie den Tod unseres Volkstums bedeuten würde. Nicht der Geldsack, sondern die Fähigkeit, den Grund und Boden am besten im Interesse der Gesellschaft bebauen zu können, kann allein für seinen Erwerb maßgebend sein. Für das Volk aber schafft die Erschließung von Ödland und Wildnis, die hundertjährige Arbeit auf einem Fleckchen Erde — eben Heimat und damit einen unverjährbaren Rechtstitel."

Wenn wir diese Worte recht genau lesen und sie auf uns einwirken lassen, dann haben wir vor uns schon ein ganzes Bodenreformprogramm. Wir beschäftigen uns zunächst mit der Ablehnung der Freilandbewegung im Sinne Silvio Gesells. In unserer Entschließung wird sie als international abgelehnt und vom Geldsack und Tod unseres Volkstums gesprochen. International ist jene Richtung deshalb, weil sie ausdrücklich den vom Staate erworbenen Boden an den Meistbietenden verpachten will, ohne irgendeine Beschränkung im Hinblick auf die Volkszugehörigkeit. Ob Jude, ob Zulukaffer, ist Silvio Gesell und seinen Leuten gleich, nicht aber uns. Wo dieser

schließlich hinaus will, geht mit erwünschter Deutlichkeit aus seinen eigenen Ausführungen im Hauptwerk der Freiwirtschafter „Die natürliche Wirtschaftsordnung" hervor. In diesem Werke faßt Silvio Gesell die Forderungen der Freilandbewegung in zwei Sätzen zusammen. Sie lauten (Vierte Auflage, Seite 68):

„Satz 1. In allen Staaten, die sich dem großen Friedensbund anschließen, wird das Sondereigentum am Boden (Privatgrundbesitz) restlos abgelöst. Der Boden ist dann Eigentum des Volkes und wird der privaten Bewirtschaftung durch öffentliche Verpachtung im Meistbietungsverfahren übergeben."

„Satz 2. An diesen öffentlichen Pachtungen kann sich jeder Mensch beteiligen, einerlei, wo er geboren, wie und was er spricht, welchen Lastern er huldigt, welche Verbrechen er begangen, von welchen Gebrechen er geplagt wird, kurz alle, die Menschenantlitz tragen.

Das Pachtgeld wird gleichmäßig und restlos an alle Frauen und Kinder wieder verteilt, wobei auch hier keinerlei Unterschied gemacht wird, woher die Frauen und Kinder kommen."

Mit dieser Art von Bodenreform, welche Deutschlands Grenzen dem Rassenabhub der ganzen Welt öffnen müßte, erledigt sich der „Bodenreformer" Silvio Gesell von selbst. Was er da in tollem Menschheitswahn predigt, geht noch weit über die Selbstentäußerung der „Erfüllungspolitiker" hinaus. Derartige Wahnideen wird jeder Deutsche, der nur ein wenig auf sich hält, rundweg ablehnen. Unsere Vorfahren haben doch nicht den heimatlichen Boden mit Schwert und Pflug erschlossen, ihr und ihrer Enkel Blut ist doch nicht für seine Verteidigung geflossen und der Schweiß unzähliger Geschlechter deshalb vergossen worden, damit irgend ein hergelaufener Kerl, bloß weil er „Menschenantlitz trägt", sich nun auf unserer Heimaterde festsetzen und hier Rasse und Karakter verderben kann.

Diese Art von angeblicher Bodenreform lehnen wir rundweg ab, weil sie von Grund auf international und ihrem Wesen nach von rein materialistisch-händlerischem Geiste getragen ist. Aber selbst wenn Silvio Gesell in dieser Hinsicht in Sack und Asche Buße tun und sich nur auf Deutsche beschränken wollte, so bliebe noch genug übrig, um sie zu verwerfen. Führten wir diese Reform nach seinem Willen durch, so träten an Stelle der heutigen Eigner Pächter. Was wäre nun damit gewonnen? Der Boden ist doch nicht nur dazu da, Nahrungsmittel zu schaffen, er hat vielmehr einen höheren, sittlichen Zweck: Boden

muß Heimat, d. h. die Menschen müssen mit ihm verwachsen sein! Das wird aber der Pächter nie.

Wir können den Boden besteuern, aus ihm herausholen, was immer nur möglich, aber Heimat muß er sein. D. h. wir müssen es ermöglichen, daß jeder Deutsche — aber auch nur er, d. h. der Deutschblütige — Eigner werden kann. Nicht muß, denn Zwang ist hier noch weniger am Platze als anderswo, aber kann. Ideell soll zwar die Allgemeinheit — sei es Staat oder Gemeinde — Eigentümerin alles Grund und Bodens sein, in Wirklichkeit aber sei es der Einzelne, mag er nun mehr oder weniger sein eigen nennen. Denn nur der Eigner liebt seine Sache, ihm wird sie zum ewig sprudelnden Quell reinster Freude, tiefsten Erlebens. Nur durch das Eigen an Grund und Boden wird der seelenlose Deutsche der Gegenwart wieder zum deutschen Menschen von einst werden!

In dieser Hinsicht aber läßt uns die viel zu nüchterne, rechnerische Anschauung der Freilandbewegung völlig unbefriedigt. Sie hat den einen großen Unterschied nicht heraus zwischen Gefühl und Verstand. Die Poesie des Walddorfs und die nüchterne Geschäftigkeit des Warenhauses sind ihr eins! Deshalb müssen Menschen mit Seele sie rundweg ablehnen.

Gehen wir über zu Henry George. „Die einzige Steuer sei die auf den Bodenwert.“ Ist dieser Grundsatz auf unsere heutigen Verhältnisse in voller Schärfe anwendbar? Man bedenke, daß die Ausgaben des Staates und der Gemeinden in die Tausende von Milliarden gehen. Diese Riesensummen aber müßte der nackte Grund und Boden allein aufbringen, d. h. der landwirtschaftlich genutzte, der verbaute und der brachliegende Grund. Diese Steuer wäre nach Henry George „nicht überwälzbar“; der Grundbesitzer müßte sie also aus eigenem tragen. Dies leuchtet beim Besitzer von brachliegendem, d. h. unbebauten oder unverbauten Boden, ohne weiteres ein. Der kann sie tatsächlich nicht überwälzen. Nicht ganz so aber steht die Sache bereits beim Besitzer einer landwirtschaftlich genutzten Fläche oder eines gewerblichen Unternehmens. Hier ist diese Steuer nur dann unüberwälzbar, wenn kein Schutzzoll besteht, wenn also die Erzeugnisse unter dem vollen Druck des Weltwettbewerbs stehen, d. h. bei ausgesprochenem Freihandel. Gegen diesen sprechen jedoch mancherlei Gründe, denn er kann Landwirtschaft und Industrie auch zugrunde richten. Den Besitzer von verbautem Grund — den Hausbesitzer schließlich — wird Georges „einzige Steuer“ sicher nicht schädigen. Da er keinen Weltwettbewerb zu fürchten

hat, wird er sie ruhig auf den Mieter überwälzen, besonders dann, wenn das Vorhandensein einer örtlichen Organisation der Hausbesitzer ihn vor dem Unterbieten schützt. Es läge daher unter gewissen Umständen eine ungerechtfertigte Begünstigung der Hausbesitzer vor. Wäre jedoch auch in diesem Falle die Steuer nicht überwälzbar, was träte ein? Es würde nicht gebaut, wodurch auch wieder nichts gewonnen wäre.

Gegen Georges „einzige Steuer" spricht jedoch auch der Umstand, daß gewisse Steuern erzieherisch wirken und schon aus diesem Grunde beizubehalten sind. Solche Steuern sind beispielsweise jene auf Genußmittel.

Bei der Erfassung der Grundrente darf auch ein sehr gewichtiger Umstand nicht außer acht gelassen werden: die Bodenverschuldung.

Schließlich ist zu bedenken, ob die Wegsteuerung der gesamten Grundrente gerechtfertigt wäre, solange nicht der Geldzins verschwunden ist. Entschieden wäre sie es nicht. Denn ein arbeitsloses Einkommen beseitigen und das zweite bestehen lassen, ist nicht gerecht. Es wäre aber auch nicht klug, denn dadurch würde das Geld noch mehr zum Tyrannen, als es dies heute ohnehin schon ist!

Der Vorschlag Henry Georges ist deshalb freilich nicht ganz zu verwerfen; wir müssen nur bedenken, daß er von den europäischen Verhältnissen bloß die Englands kannte, wo der ganze ländliche und städtische Grund einigen wenigen Adeligen gehört. In etwas gemilderter Form werden wir ihn ganz gut verwerten können und dabei etwa zu folgenden Ergebnissen gelangen:

1. Um die Grundrente möglichst zu erfassen, ist der gesamte Grund und Boden, also landwirtschaftlich genutzte Fläche, Brachland, Baugrund — u. zw. nur der nackte Boden ohne Baulichkeiten — nicht mehr nach dem Ertrag, sondern nach seinem Verkaufswert (Marktpreis), dem sogenannten „gemeinen Wert" zu besteuern. Diese Steuer ist je nach Größe und Verwendungszweck entsprechend zu staffeln;
2. das Bauen in die Luft ist nicht gestattet, d. h. die Anzahl der zulässigen Stockwerke wird beschränkt;
3. Staat oder Gemeinde genießen bei allen Grundverkäufen das Vorkaufsrecht und es besteht ihnen gegenüber ein Anbotszwang;
4. Verstaatlichung des Grundbesitzverkaufs;
5. Staat oder Gemeinde können jederzeit den Grund und Boden zu dem vom Eigentümer versteuerten Werte erstehen;

6. Verstaatlichung des Realkredits;
7. Festsetzung einer Verschuldungsgrenze;
8. im deutschen Volksstaat können nur Deutsche Grund besitzen (siehe auch „Deutsches Recht").

In diesem Zusammenhange sei ein Blick auf den kleinen serbischen Staat geworfen, der sich bekanntlich seinem großen Nachbar Österreich-Ungarn gegenüber sehr kriegstüchtig zeigte. Wir entnehmen über ihn dem „Jahrbuch der Bodenreform", Zweites Heft, Jahrgang 1915, folgende Angaben:

„Das heute noch geltende Heimstättenrecht stammt vom Jahre 1873. Das Wohnhaus mit 1 Morgen Hof, außerdem noch 5 Morgen Land sind von jeder Zwangsvollstreckung ausgeschlossen, mit Ausnahme der Steuerrückstände. Eine Verschuldung ist nur bis zu 50 v. H. des gemeinen Wertes u. zw. nur bei einer staatlichen Hypothekenbank möglich."

Vergleichen wir unsere soeben aufgestellten acht Forderungen mit den Forderungen 2. bis 5. des „Bundes deutscher Bodenreformer" (Punkt 6. und 7. siehe unter „Vergesellschaftung", Punkt 1. unter „Deutsches Recht"), so finden wir, daß beide sich im großen und ganzen ihrem Wesen nach decken. Nur sind unsere aufgestellten Forderungen in manchen Dingen schärfer. Vor allem meinen wir, daß die Einschätzung des Bodenwerts durch den Staat der Selbsteinschätzung durch den Besitzer vorzuziehen sei und daß das Vorkaufsrecht des Staates oder der Gemeinde für alle und nicht bloß für Zwangsverkäufe festgelegt werden müsse. Ebenso sind unserem Dafürhalten nach der Anbotzwang, die Verstaatlichung des Realkredits und die Festsetzung einer Verschuldungsgrenze unbedingt erforderlich. Hingegen halten wir eine Besteuerung des Wertzuwachses, auf welche die *reinen* Bodenreformer soviel Wert legen, nicht für nötig. Die Gründe sind einleuchtend. Besteuern wir den Boden nach dem „gemeinen Wert", so kommt derjenige, welcher einen übermäßig hohen Preis bezahlte, bei der Besteuerung schlecht weg. Er wird infolgedessen sich hüten, mehr zu zahlen, als unbedingt nötig ist. Vor einem Beschwindeltwerden aber ist die Allgemeinheit durch ihr Vorkaufsrecht, den Anbotzwang und das in unserem Punkt 5 festgelegte Enteignungsrecht hinreichend geschützt.

Prüfen wir einmal die Wirkung unserer Forderungen. Die erste verlangt die Besteuerung aller Gründe nach dem „gemeinen Wert", d. h. nach dem jeweiligen Verkaufswert. Das bedeutet, daß ländlicher Grund, der ferne von Verkehrswegen liegt, eine niedrigere Steuer entrichtet, als solcher, der in der Nähe eines

Dorfes oder einer Stadt, einer Eisenbahn, Straße oder eines Schiffahrtsweges gelegen ist. Das bedeutet weiters, daß städtischer Grund im Geschäftsviertel höher besteuert wird als der in einem Außenviertel gelegene. Endlich bedeutet es, daß brachliegender Grund — ob Baugrund oder Ackerboden — gleich hoch besteuert wird mit bebautem oder verbautem Grund. Außerdem ist die Steuer zu staffeln. Nimmt man sie also im Durchschnitt in der Höhe der Grundrente, d. h. rund 4 v. H. des „gemeinen Wertes" an, so werden kleine Liegenschaften — Häusler, Zwergbauern, Schrebergärtner, Baugenossenschaften u. dergl. — etwa 1 bis 2 v. H., mittlere Grundbesitze z. B. 2 bis 3 v. H., große 4 v. H., und Größtbesitze 4 bis 6 v. H. und darüber zahlen müssen. Was hat das zur Folge? Der Groß- und Größtbesitz muß einen Teil seines Bodens verkaufen, weil er im Wettbewerb nicht mehr bestehen kann. Die Grundlagen für eine planmäßige Innensiedlung, ein Heimstättenrecht, die Erwerbung von Gemeindegrund sind damit gegeben, da Punkt 3, 4 und 5 unserer Forderungen uns davor schützen, daß die private Bodenspekulation sich dieser Gründe bemächtigt.

Wir besteuern, wohlgemerkt, nur die Grundrente, d. h. nur den nackten Boden. Was der Grundbesitzer — ob Schrebergärtner, ob Großgrundbesitzer — aus ihm durch Arbeit herausholt, bleibt unbesteuert.

Dieselbe Regel wie für ländlichen Grund gilt für Baugrund. Je höher sein Wert, je höher also die Grundrente, um so höher die Besteuerung. Da wir zwischen genutztem und brachliegendem Boden keinen Unterschied machen, so wird es sehr bald keine Brache mehr geben. Entweder werden Wohnhäuser gebaut oder auf wüsten Flächen entstehen Äcker und Gärten.

Was bezweckt unsere zweite Forderung? Nichts anderes, als daß der Preis des städtischen Grundes nicht übermäßig in die Höhe schnelle, daß also der Wertzuwachs sich in vernünftigen Grenzen halte. Der Preis des Baugrunds hängt eben von der Möglichkeit seiner Ausnützung ab. Je mehr Stockwerke zulässig sind, je mehr Wohnungen also untergebracht werden können, um so höher ist der Grundpreis. Beschränken wir daher diese Möglichkeit, so senken wir die Grundpreise im allgemeinen. Sie werden trotzdem im besonderen im Stadtinnern höher sein als am Rande des städtischen Weichbilds. Da wir aber draußen genug Wohnungen haben werden, ist niemand gezwungen, im ungesünderen Innern der Stadt zu wohnen. Hier werden vielmehr Geschäfte und Kanzleien immer mehr überhandnehmen, bis sie endlich die

Wohnungen ganz verdrängen und der Mensch dort sein Heim aufschlägt, wohin er gehört: In der freien Gottesnatur, wo es Wälder gibt und Wiesen, blühende Gärten, blauen Himmel und Sonnenschein! Hier dreht es sich also um eine vorbeugende Maßnahme. Wir wollen die Großstadt auflösen in kleine Siedlungen!

Unsere Forderungen 3 bis 5 haben wir im Zusammenhang mit der ersten bereits gestreift. Eine nähere Besprechung erscheint wohl überflüssig. Sie bezwecken die völlige Ausschaltung der privaten Grundspekulation, d. h. die Lahmlegung des Bodenwuchers. Dasselbe gilt auch von Punkt 6 und 7. Die Banken sollen wieder Wechselstuben werden und ihre unsauberen Hände von der heiligen Mutter Erde lassen.

Über die achte und letzte Forderung sprechen wir im Abschnitt „Deutsches Recht". Vorderhand sei nur soviel gesagt, daß wir unter Deutschen nur Deutschblütige verstehen. Alle anderen Menschen gehören in einem wirklichen deutschen Volksstaat unter Ausländerrecht!

Die reinen Bodenreformer huldigen der Ansicht, die Grundrente sei die Quelle aller sozialen Übel der Gegenwart; ihre völlige oder teilweise Einziehung zugunsten der Allgemeinheit genüge also, um alle Schäden zu heilen. Wir hingegen sind — wie schon dargelegt — der Meinung, daß auch der Zins arbeitsloses Einkommen darstelle und folgern daraus, daß noch ein zweites nötig sei: die Brechung der Zinsknechtschaft.

Brechung der Zinsknechtschaft.

Einleitend verweisen wir auf den zweiten Teil der Entschließung des zwischenstaatlichen Vertretertages der deutschen Nationalsozialisten zu Linz (13. und 14. August 1921).

Wir stellen uns zuerst die Frage: Ist Geld notwendig, was ist es und welchem Zwecke dient es? Geld ist ein Tauschmittel und vermittelt den Austausch von Waren. In einer auf Arbeitsteilung gegründeten Volkswirtschaft ist es schlechterdings unentbehrlich. Früher gab es allerdings Zeiten, da man ohne Vermittlung des Geldes unmittelbar Ware gegen Ware tauschte (Tauschwirtschaft). Damals waren aber auch die Lebensbedürfnisse einfacher und dann gab es weniger Menschen, die sich noch dazu möglichst viel selbst erzeugten.

Alle heutigen Währungen sind auf Metallgeld aufgebaut, das „gesetzliches Zahlungsmittel" auch dann ist, wenn überhaupt nur Papiergeld umläuft. Je nachdem das „gesetzliche Metallgeld"

aus Gold oder Silber oder beiden besteht, spricht man von Gold-, Silber- oder Doppelwährung.

Früher einmal war es begreiflich, daß man Geld aus Edelmetallen erzeugte. Vor allem brauchte man ja nicht allzuviel Geld, weil es noch immer Tauschverkehr gab, dann war seine Herstellung einfach, es war sauber im Gebrauch und vor allem — wenn wir die mittelalterlichen Verhältnisse in Europa z. B. ins Auge fassen — waren die Staaten klein. Jede größere Stadt war ja ein Staat für sich. Man brauchte also ein Geld, das — wenn beispielsweise in Nürnberg geprägt — auch in Augsburg galt, denn das war schon Ausland. Überdies wurde der Buchdruck erst später erfunden; der Kunstdruck gar ist erst seit einem Jahrhundert im Schwange. Aus allen diesen Gründen konnte es daher früher nur Metallgeld geben. Solange Amerika nicht entdeckt war, war das Geldmetall Silber; mit der Entdeckung Amerikas und seiner Goldfunde trat daneben das Gold, um es schließlich gänzlich zu verdrängen. Die Silbervorkommen waren selten. Das erklärt uns den Geldmangel und mit ihm den hohen Kaufwert des Geldes oder die niedrigen Warenpreise im Mittelalter.

Die heutige Wirtschaft bedarf großer Geldmengen. Dieser Umstand führte zur Ausgabe von Papiergeld. Da stand man nun vor der großen Frage: Ist Papiergeld wirkliches Geld oder bedarf es einer Deckung durch Edelmetall? Diese Frage hatte unstreitig etwas für sich. Geld aus Edelmetallen, sei es nun Silber oder Gold, hatte gewiß einmal „während" gewirkt, weil der Geldstoff selten und daher nicht beliebig vermehrbar war. Das verschaffte ihm zwar nicht jenen „inneren Wert", den manche am Silber oder gar Gold entdeckt haben wollen, aber unstreitig war die Folge eine gewisse Wertbeständigkeit. Um diese nun dreht es sich vor allem; sie wollte man durch die Deckung, d. h. durch Aufspeichern einer bestimmten Menge an Edelmetall als Rückhalt auch dem Papiergeld verleihen. Der Gedanke war an und für sich nicht unrichtig. Fraglich bleibt nur das Ausmaß der Deckung und der Umstand, ob gerade Edelmetalle dazu notwendig sind.

Letzten Endes sollte durch die „Deckung" doch das eine erzielt werden, daß die im Umlauf befindliche Menge an Papiergeld sich in bestimmten Grenzen hielt und nicht ins Uferlose ausartete. Diese Erkenntnis hat man während des Krieges und noch mehr in der Nachkriegszeit ganz außer acht gelassen. Ohne daß eine Vermehrung der Warenmenge eingetreten wäre, ja im Gegenteil, angesichts einer rasch zunehmenden Warenverminderung, wurden und werden stets ungeheuerlicher werdende Mengen von Noten

gedruckt. Dieses System, das auf der grundfalschen Annahme fußt, aus nichts könne durch ein Machtwort etwas werden, hat u. a. im Kriege zur Begebung immer neuer Kriegsanleihen geführt. Ihr recht zweifelhafter Erfolg, der auf die volkswirtschaftliche Erkenntnis der Helfferich und Genossen gerade nicht das günstigste Licht wirft, bestand ausschließlich in einer stetig anwachsenden Vermehrung der Papiergeldzeichen. Da hinter diesen keine größere, sondern infolge Absperrung von den Rohstoffen und Verminderung der Arbeitsleistung durch Einberufungen, schlechtere Ernährung udgl., eine verringerte Warenmenge stand, so mußte das natürliche Ergebnis dieser Art von Währungspolitik darin gipfeln, daß der Geldwert abnahm und die Warenpreise stiegen. Das Ende war also zunehmende Teuerung.

Die Gegner des „alten Systems“, welche nach dem Zusammenbruch die lange ersehnte Herrschaft antraten, haben es aber in dieser Hinsicht um kein Haar besser gemacht. Ihre Haupttätigkeit bestand vielmehr in einer noch regeren Ingangsetzung der Notenpresse. Freilich haben dazu, wie man mit Recht einwerfen wird, auch — und das im hervorragendsten Maße — die sogenannten Wiedergutmachungen oder „Reparationen“ beigetragen. Sehr richtig, aber wer trägt denn daran die Schuld? Wer anders als die Vertreter des „neuen Systems“, die Deutschland entwaffneten und sodann die glorreichen Frieden von Versailles und St. Germain schlossen. Aus all diesen trübseligen Rückblicken und Betrachtungen ziehen wir den Schluß: **Umlaufende Geldmenge und vorhandene Warenmenge stehen zueinander im festen Verhältnis** oder — da Ware das Ergebnis einer Arbeitsleistung ist — so ist die Geldmenge auch von dieser abhängig. Daraus ergibt sich folgende Begriffserläuterung, welche unser Gesinnungsgenosse Gottfried Feder gibt: „**Geld ist eine Anweisung ‚auf‘ geleistete Arbeit**“.

Mit dieser Erläuterung ist gleichzeitig der Begriff der sogenannten Deckung erklärt. Wenn man als „Deckung“ für eine bestimmte Menge an im Verkehr befindlichen Papiergeld eine gewisse Menge Gold (oder Silber je nach der gesetzlichen Währung) hinterlegt — gewöhnlich bloß einen Bruchteil — so liegt im Wesen auch hier ein Zusammenhang mit geleisteter Arbeit vor, denn auch das Gold mußte ja durch Arbeit gewonnen werden. **Und so ist Arbeit und nur wieder Arbeit die eigentliche Deckung** jeder Währung, umsomehr, als das Gold, dessen angenommene Wertbeständigkeit die Grundlage der meisten Währungen bildet, ja nur Ware ist wie andere auch und daher

im Preise je nach der geförderten Menge und der herrschenden Nachfrage schwankt. Als Beweis für diese Behauptung können die Vereinigten Staaten von Nordamerika dienen. Sie sind der Goldwährung unentwegt treu geblieben und dennoch stiegen die Warenpreise während des Krieges auf das dreifache, um sich darnach allerdings bis auf das 1·3fache zu senken. Nach der Theorie dürfte das nicht eintreten. Dieselbe Erscheinung zeigen andere Goldwährungsländer. Die Ursache liegt darin, daß das Gold eben „billiger" geworden ist, weil die Nachfrage nach ihm infolge Übergangs vieler Staaten zur reinen Papierwährung nachgelassen hatte. Der Krieg hat sich wie auf manchem anderen Gebiet auch hier als Lehrmeister erwiesen und die Annahme, Gold sei etwas ganz Besonderes, hinfällig gemacht. Aus dieser Tatsache vermögen wir den weiteren Schluß zu ziehen, daß der Geldstoff ganz gleichgültig ist. Nicht er, sondern das staatliche Hoheitszeichen macht das Geld erst zu Geld. Wenn im überstaatlichen Verkehr Goldgeld den Vorzug genießt, so rührt dies daher, weil er in Wirklichkeit ein Warenverkehr und Gold eben Ware ist.

Wir haben vorhin erläutert, weshalb das Geld früherer Zeiten aus Edelmetallen hergestellt wurde. Daß man später, als zur Ausgabe von Papiergeld geschritten wurde, trotzdem im Wesen am Metallgeld als gesetzlicher Währungsgrundlage festhielt, hat seine Bewandtnis nicht so sehr in der Überlieferung, als vielmehr in einer viel nüchterneren Tatsache. Edelmetalle erpreßten von ihrem Benützer Zins. Denn wenn sie auch Ware sind, so sind sie doch im Gegensatz zu den meisten anderen Waren unverderblich und bildeten seit jeher die einzige unverderbliche Ware, die geliehen wurde. Kartoffel, Getreide udgl. sind wohl auch oft geborgt worden und werden es noch heute. Aber niemanden ist es je eingefallen und fällt es heutzutage ein, in diesem Falle einen Zuschlag, also einen Zins, zu verlangen.

Wie nun jedes Ding zwei Seiten hat, so hat sie auch der Zins. Er sollte als Lockmittel dienen, um den ständigen Umlauf des Geldes herbeizuführen, der ja sicherlich nicht unwichtig ist, denn der idealste Wirtschaftszustand ist wohl der, daß die erzeugten Waren möglichst rasch an den Mann gebracht werden. Aber neben dieser Eigenschaft, der das Metallgeld übrigens nur in unvollkommenem Maße gerecht wurde, zeigte sich bald seine Kehrseite, denn der Zins befähigte es, zum ausgesprochenen Sparmittel an Stelle kulturell nützlicherer Waren (wie ein eigenes Heim, Bilder udgl.) zu werden und

züchtete auf diese Weise das Rentnerideal groß, das geradewegs zu dem führt, was der heutigen Zeit den Stempel aufdrückt, der Herrschaft des Geldes und mit ihr der Zinsknechtschaft aller Schaffenden.

Die umlaufende Geldmenge und möge sie noch so groß sein, ist bloß ein bescheidener Bruchteil der verzinslichen Forderungen, welche das Rückgrat der Zinsknechtschaft bilden. So betrug beispielsweise Ende April v. J. der Notenumlauf des Deutschen Reiches 130 Milliarden. Ihm gegenüber aber standen an „verzinslichen“ Forderungen 565 Milliarden Schulden des Reiches und der Länder und 132, bzw. durch Zins und Zinseszins in der Endsumme 465, Milliarden Goldmark oder damals 28800 Milliarden. Zusammen waren es 29365 Milliarden Mark. Was wollen ihnen gegenüber die 130 Milliarden Notenumlauf besagen?

Nicht die Frage einer bloßen Währungsverbesserung also, sondern die der Beseitigung der Herrschaft des Geldes überhaupt, d. h. die Brechung der Zinsknechtschaft steht heute zur Erörterung und ruft nach der Tat.

Trotzdem wollen wir des Mannes gedenken, dessen Bodenreform wir ablehnten, Silvio Gesells. Er hat immerhin das Verdienst, auf Dinge hingewiesen zu haben, die vor dem Kriege, also vor der Tatsache der Vollendung der Geldherrschaft, nicht ohne Bedeutung waren. Das Zinsproblem freilich hat er wohl unterschätzt; dagegen hat er der Frage des ständigen Geldumlaufs und der Stetigkeit der Währung seine volle Aufmerksamkeit gewidmet. Um das Geld zum ständigen Umlauf zu zwingen, ist Silvio Gesell auf ein theoretisch recht einfaches, praktisch jedoch wohl undurchführbares Mittel verfallen. Es ist der Wertschwund, d. h. im Wesen ein negativer Zins. Statt nämlich Zinsen zu tragen, sollte sein Geld, „Freigeld“ genannt, Woche für Woche um rund ein Tausendstel an Wert abnehmen. Der Gesamtverlust am Jahresende, der gesamte Wertschwund also, hätte dann etwa 5 v. H. betragen. Abgesehen davon, daß nur das im Umlauf befindliche, nicht nur aber auch das angelegte Geld dem Wertschwund unterliegen sollte, hatte die Sache noch einen anderen Haken und das war die technische Durchführbarkeit. Dem Wertschwund sollte nämlich entweder durch Aufkleben von Marken oder durch Zurechnung seitlich auf den Geldnoten angeführter Zuschläge Rechnung getragen werden. Beides ist undurchführbar; das eine wegen des ewigen Aufklebens leicht herunterfallender Marken und das zweite wegen der Schwierigkeiten der Verrech-

nung bei jedem Kauf. Da überdies die Geldnoten alljährlich neu ausgegeben werden müßten und ihr Umtausch jeweilig in den letzten Tagen vor Jahresschluß zu erfolgen hätte, so ist dieser an sich sehr fesselnde Gedanke eben nicht durchführbar. Er hätte überdies eine gewichtige Schattenseite insofern, als gerade die Lohn- und Gehaltsempfänger, wie auch andere schaffende Kreise, die Kosten des Wertschwundes zu tragen hätten, während die Kapitalisten seine Nutznießer wären.

Der zweite Vorschlag Gesells betrifft die Einführung einer stetigen Währung. Nicht die Preishöhe an sich wirkt in der Volkswirtschaft verderblich, sondern das Schwanken der Preise, wobei ihr plötzliches Senken in seinen Folgen oft weit schädlicher als ihr Hinaufschnellen ist. Annähernd feste Warenpreise, hervorgerufen durch Regelung der umlaufenden Geldmenge, wären jedenfalls nicht zu unterschätzen. Diese Frage tritt jedoch angesichts der augenblicklich alles beherrschenden Zinsknechtschaft in den Hintergrund.

Von weitaus größerer Bedeutung als jede Geldreform ist eben heutzutage die Frage der Beseitigung dessen, was der Gegenwart seinen Stempel aufdrückt, nämlich der Geldherrschaft, oder die Brechung der Zinsknechtschaft. Sie ist die eigentliche nationalsozialistische Forderung. Wohin wir blicken, allüberall sehen wir die unheimliche Macht der ausgesprochen jüdischen Form des Kapitalismus, des nur schmarotzenden, nur ausbeutenden Leihkapitals am Werke. Staaten, Länder, Gemeinden, Industrien, kurz alles ist ihm verschuldet und schafft und front zu seiner höheren Ehre. Ihm zuliebe werden Kriege geführt, ihm alles geopfert. Das Zeitalter der Geldherrschaft kündete noch immer den nahenden Untergang von Völkern und Staaten an. So war es in Rom, so in Babylon, so überall. So wird es auch in den Staaten der Gegenwart werden, wenn die Völker nicht in letzter Stunde die drohende Gefahr erkennen und die Zinsknechtschaft brechen. Es gibt dazu einen gesetzlichen Weg. Wird er nicht beschritten, so wird in nicht allzuferner Zeit nur mehr derjenige der Gewalt übrig bleiben. Dann wird eben die Entscheidung zwischen Blut und Geld fallen!

Unser Gesinnungsgenosse Ing. Gottfried Feder hat in mehreren Schriften sich mit dieser brennenden Frage eingehend beschäftigt. Die erste Veröffentlichung, das „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft“ weist klar auf die ungeheure Macht des Leihkapitals hin und gibt den Weg zu ihrer Beseitigung

an; die zweite „Der Staatsbankrott die Rettung“ zeigt die überragende Bedeutung des Zinsproblems in der Staatswirtschaft. Die dritte endlich, „Der kommende Steuerstreik“ schildert die furchtbaren Folgen des staatlichen Zinsversprechens, welche sich in wahnsinnigen Steuern, unbeschreiblicher Teuerung und im Währungsverfall äußern. Aus diesen Zuständen zeigt diese Schrift den Ausweg. Jeder ist nach eingehenden Untersuchungen zur Aufstellung von zehn Forderungen gelangt, welche folgendermaßen lauten:

„1. Die Kriegsanleihestücke und alle übrigen Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches und der deutschen Bundesstaaten, alle Eisenbahnanleihen und die Schuldverschreibungen aller Selbstverwaltungskörper werden unter Aufhebung der Zinspflicht zu gesetzlichen Zahlungsmitteln im Nennwerte erklärt oder in Bankguthaben umgewandelt.

2. Bei allen übrigen festverzinslichen Papieren, Pfandbriefen, gewerblichen Schuldbriefen, Haus- und Grundschulden usw. tritt an Stelle der Zinspflicht die Rückzahlungspflicht. Nach 20 oder 25 Jahren ist somit je nach der Höhe der bisherigen Verzinsung das geliehene Geld zurückbezahlt und die Schuld erloschen.

3. Das gesamte Geldwesen wird in der Hand des Staates zusammengefaßt, der in Staatsbank und Staatshauptkasse alle Rechte und Aufgaben der staatlichen Geld- und Wirtschaftshoheit ausübt. Alle Bankbetriebe und ebenso die Postscheckkassen, Sparkassen, Darlehensgenossenschaften werden als Zweigunternehmungen der Staatsbank geführt und damit bei völliger Freiheit im Einzelnen der wirksamen Aufsicht des höchst verantwortlichen Gemeinwesens unterstellt.

4. Haus- und Bodenbeleihung findet nur durch die Staatsbank statt. Darlehensgewährung auf Waren oder Arbeitskraft wird dem freien Geldvermittlungsgewerbe überlassen, das in strenger Standeszucht aufzubauen ist. Es darf nur unter staatlicher Aufsicht und mit staatlicher Genehmigung betrieben werden, die bezirksweise nach vorhandenem Bedürfnis und unter Verbot der Errichtung von Zweigstellen erteilt wird. Die Gebühren werden durch die Staatshauptkasse festgesetzt.

5. Gewinnanteilpapiere werden ähnlich wie die bisher fest verzinslichen Werte in jährlichen Abzahlungen getilgt. Während der Tilgungsfrist wird im Gegensatz zu den nur zu tilgenden mündelsicheren Papieren entsprechend der Verlustgefahr ein an-

gemessener Gewinn an die Gesellschafter ausgeschüttet. Der weitere Überschuß wird zur Besserung der Arbeitsbedingungen, zu Erweiterungen des Unternehmens, Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter, Steigerung der Erzeugung oder Senkung der Preise verwendet.

6. Die Vermögensumschichtung und -anhäufung durch Kriegsgewinn, Schieberwesen und Wucher muß durch gesetzliche Maßnahmen ausgeglichen und abgebaut werden. Dagegen ist die Grenze für steuerfreie Einkommen und Spargelder der gesunkenen Kaufkraft des Geldes entsprechend zu ziehen.

7. An Zinsenempfänger, die infolge Alters, Krankheit usw. nicht in der Lage sind, ihren Unterhalt zu verdienen, werden die bisherigen, zum Teil sogar höhere Erträgnisse aus ihrem Wertpapierbesitz auf Lebensdauer (Leibrente, nicht unter dem tatsächlichen Mindestbedarf) von Staatswegen weiter bezahlt. Die Wertpapiere sind dafür einzuliefern. Für Jugendliche ohne Versorger ist in ähnlicher Weise Unterhalt und Ausbildung zu sichern. Auch ist für diejenigen ausreichend zu sorgen, die durch den bestehenden verschleierten Staatsbankrott um ihr Auskommen betrogen sind.

8. Unterstützungskassen, gemeinnützige Stiftungen, deren Erträgnisse Ausbildungszwecken oder der Linderung unverschuldeter Not dienen und die auf ihre Zinsen angewiesen sind, sind durch die Allgemeinheit zu übernehmen.

9. Der Staat deckt seinen Geldbedarf für gemeinnützige Aufgaben (Verwaltung, Rechtspflege, Fürsorge, Kunst und Wissenschaft) aus den Überschüssen seiner gewinnbringenden Staatsbetriebe, sowie aus Vermögens- und Einkommensteuern. Die Kosten für Neuschöpfungen bestreitet er durch Ausgabe unverzinslicher Staatskassenscheine nach Genehmigung durch die Volksvertretung.

10. Aus den bei zinsloser Volkswirtschaft gesicherten Überschüssen wird jedem Hand- und Kopfarbeiter, der es nötig hat, von einer Altersgrenze von 50—60 Jahren ab (je nach Beruf) ein auskömmliches Ruhegehalt aus öffentlichen Mitteln gewährt und ihm dadurch die Sorge für sein Alter genommen."

Diese zehn Forderungen stellen ein ganzes Programm dar, das ohne Erschütterung des Wirtschaftslebens Schritt für Schritt verwirklicht werden kann.

Der erste Einwurf, den wir auf Feders Vorschläge erwarten, ist der Hinweis auf die fruchtlosen Zinsverbote früherer Zeiten. Dieser Vergleich hinkt aber insoferne, als diese Zinsverbote nicht

allgemein waren. Sie gingen bekanntlich nicht vom Staate sondern von der Kirche aus und galten nur für Kristen, nicht aber für die Juden. Gerade diese hatten jedoch lange Zeit hindurch den Geldverkehr monopolisiert. Ein allgemeines Zinsverbot, gesichert durch die in damaligen Zeiten üblichen Strafen, hätte bestimmt das Zinsnehmen beseitigt. Es fragt sich nur, ob das angesichts des Umstandes, daß Geld noch nicht allgemeines Tauschmittel war, einen Zweck gehabt hätte.

Eine zweite Befürchtung, die auch Gesell hegt, ist die der Abwanderung des Kapitals. Auch sie ist nicht stichhaltig. Vor allem kann nicht alles Kapital abwandern. Jenes, das es tun kann, wandert auch schon ohne Zinslosigkeit in Staaten mit höherem Zinsfuß ab. Was aber muß die Folge der Abwanderung sein? Größere Kapitalsanhäufung an einer Stelle und durch sie bedingt, größeres Geldangebot, daher Sinken des Zinsfußes. Nach einer Zeit der Unruhe träte von selbst ein Ausgleich ein.

Der hauptsächlichste Entwurf gegen zinsloses Geld gipfelt darin, daß dadurch der Spartrieb vernichtet würde. In diesem Zusammenhang ist auch von einer angeblichen Schädigung der kleinen Rentner die Rede. Man beachte, was wir über diesen Gegenstand unter „Zins“ sagten. Übrigens schlägt Feder in Punkt 7 seiner Vorschläge eine befriedigende Lösung dieser Frage vor. Geld dazu ist in dem Augenblick, da der Staat von der Zinsknechtschaft befreit ist, genügend vorhanden. Wir wollen aber auch den viel weitergehenden Vorwurf zurückweisen, als seien wir Gegner der Sparwirtschaft überhaupt. Ganz im Gegenteil! Wir bekennen uns als ausgesprochene Gegner der Lotter- und Schleuderwirtschaft, die in einigen Staaten heute an der Tagesordnung ist. Deshalb aber huldigen wir noch lange nicht der Ansicht, daß nur Geld gespart werden könne. Das richtige Sparen besteht vielmehr im Hervorbringen von mehr Werten — d. h. Erzeugnissen aller Art — als verbraucht werden, um in Zeiten der Not eine Rücklage zu haben. Gerade die Überschätzung des Geldes ist das Haupthindernis einer richtigen Sparwirtschaft; sonst wäre es z. B. nicht möglich gewesen, daß 1914 schon mitten in der drohenden Kriegsgefahr, noch aus Reichsdeutschland Getreide hätte nach Frankreich geliefert werden können.

Die Brechung der Zinsknechtschaft kann ganz gut in einem einzigen Staate durchgeführt werden. Erforderlich dazu ist natürlich der Besitz der politischen Macht. Nach ihm muß daher gestrebt werden.

Außer der Grundrente und dem Zins gibt es noch ein Drittes,

das den Arbeitsertrag schmälert. Es sind dies Privatmonopole auf Kohle, Eisen und andere Bodenschätze. Sie müssen beseitigt werden.

Wie das zu geschehen hat, wollen wir im nächsten Abschnitt erörtern.

B. Vergesellschaftung der Privatmonopole.

„Die Privatwirtschaft kann nie ganz und nicht gewaltsam beseitigt werden, doch sollen neben ihr alle Formen gesellschaftlichen Eigentums bestehen und in steigendem Maße ausgebaut werden. Unbedingt treten wir ein für die Überführung aller kapitalistischen Großbetriebe, die Privatmonopole darstellen, in den Besitz von Staat, Land (völkische Selbstverwaltungskörper) oder Gemeinde."

Aus dieser Stelle der Leitsätze geht die Stellungnahme der Bewegung zu der so umstrittenen Frage der Vergesellschaftung oder Sozialisierung klar hervor.

Was ist nach unserer Ansicht Vergesellschaftung? Im Gegensatz zu den Marxisten aller Spielarten (Sozialdemokraten der Internationale 2 und 2½, Kommunisten) verstehen wir darunter nur die Überführung in das Eigentum von Staat, Land (Landschaft, Provinz, völkischer Selbstverwaltungskörper) oder Gemeinde. Der nebelhafte Begriff einer Gesellschaft ist uns, die wir auf dem Boden des Volkstums stehen, überhaupt fremd. Richtiger sprächen wir daher auch von „Nationalisierung" statt „Sozialisierung", d. h. Überführung ins Eigentum unseres Volkes.

Den genossenschaftlichen Betrieb sehen wir noch nicht als nationalisiert an. Andererseits bedeutet aber auch in unseren Augen die einfache Verstaatlichung (Verländerung, Vergemeindung) noch nicht Nationalisierung. Sie wird es vielmehr erst, wenn den Angestellten, geistigen und körperlichen Arbeitern, Gewinnbeteiligung und Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden (siehe den folgenden Abschnitt).

Was soll nun alles vergesellschaftet oder nationalisiert werden?

Die auf dem Boden des Marxismus stehenden Parteien verlangen die Umwandlung der gesamten Privatwirtschaft in Gesellschaftswirtschaft, d. i. den Kommunismus. Das „Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich" (beschlossen zu Wien 1901) sagt darüber: „Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Pro-

duktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß und daß der Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß." Das „Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands" (beschlossen zu Erfurt 1891) äußert sich dazu: „Das Privateigentum an Produktionsmitteln .... ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren, und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produktes der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion, kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde."

Aus der angeführten Stelle des Wiener sozialdemokratischen Programms geht unzweideutig hervor, daß die Sozialdemokratie die Vergesellschaftung jedes — auch des kleinsten Besitzes — anstrebt, daß also ihr Ziel der Kommunismus ist. Darüber belehrt uns übrigens auch einer der bedeutendsten Führer der deutschösterreichischen Sozialdemokratie, Dr. Friedrich Adler.*) In einer Rede, die er in der ersten Hauptversammlung der „Roten Garde" am 21. November 1918 im Turnsaale der Wiener Stiftskaserne hielt, sagte er wörtlich:

„Wir alle hier haben wohl dasselbe Ziel: sämtliche Produktionsmittel sollen in den Besitz der gesamten Gesellschaft übergehen, sollen aufhören, Privateigentum zu sein. Das war der Kernpunkt des kommunistischen Manifestes, das Karl Marx und Friedrich Engels im Jahre 1847 veröffentlichten, das ist der Kernpunkt des sozialdemokratischen Programms in Deutschland und Österreich. Es ist nur eine Frage des Namens, ob man sich wie Marx und Engels in den Vierziger Jahren als „Kommunist" oder wie Bebel und Liebknecht seit den Siebziger Jahren als

*) Der Mörder des seinerzeitigen Ministerpräsidenten Stürgkh.

„Sozialdemokrat" bezeichnet. Die Unterschiede, die heute bestehen, liegen nicht im Endziel, sondern in den Anschauungen, wieviel von diesem Endziel unmittelbar zu erreichen ist."

(Siehe überdies die im Aufsatz „Wirtschaftliche Reform oder Umsturz?" angeführten Äußerungen der beiden wissenschaftlichen Leuchten Dr. Renner und Dr. Bauer.)

Das „Erfurter Programm" könnte uns über diesen Punkt noch im Zweifel lassen, da aus ihm ein Uneingeweihter bloß eine Vergesellschaftung der Großbetriebe herauslesen könnte, wobei es allerdings bemerkenswert bleibt, wie dem Großbetriebe ausdrücklich der Vorrang eingeräumt wird.

Dr. Friedrich Adlers Worte, die wir oben anzogen, die Ausführungen Bebels in seinem Buche „Die Frau und der Sozialismus" (Vierter Abschnitt, zwanzigstes Kapitel, 2. „Die Expropriation der Expropriateure") lassen jedoch über diesen Gegenstand keine Unklarheit bestehen. Zum Überfluß lassen wir aber noch den reichsdeutschen Parteiheiligen Kautsky sich zu dieser Frage äußern. In seiner Flugschrift „Am Tage nach der sozialen Revolution" (Berlin 1911, Verlag „Vorwärts") faßt er das Ziel der Sozialdemokratie in folgenden Worten zusammen:

„Kommunismus in der materiellen Produktion, Anarchismus in der geistigen; das ist der Typus einer sozialistischen Produktionsweise, wie sie aus der Herrschaft des Proletariats, mit anderen Worten aus der sozialen Revolution durch die Logik der ökonomischen Tatsachen entwickelt wird, welches immer die Wünsche, Absichten und Theorien des Proletariats sein mögen."

Nun hat sich die reichsdeutsche Rechte (sog. Mehrheitssozialisten, Internationale 2) im Vorjahre zu Görlitz ein neues Programm gegeben. Es bedeutet in der Hauptsache ein Abrücken vom engen Begriff der Arbeiterklasse im Sinne des Marxismus. An ihre Stelle tritt das „schaffende Volk". Auch in der Frage der Vergesellschaftung hat die Partei Zugeständnisse gemacht, Nur Grund und Boden, die Bodenschätze und alle der Energie-Erzeugung dienenden, natürlichen Kraftquellen sollen sozialisiert werden. Darüber hinaus wird wohl die Vergesellschaftung der großen, zentral geführten Wirtschaftsbetriebe als notwendig anerkannt, aber nicht verlangt. Ebenso wird die fortschreitende Umformung des kapitalistischen Systems als ein notwendiges Mittel erkannt, um das Volk aus den Fesseln der Kapitalherrschaft zu befreien.

Die Partei hat also in einzelnen Dingen eine Annäherung an unsere Anschauungen vollzogen, wie wir sie übrigens in Wahl-

kämpfen auch bei der Internationale 2½ z. B. in der Bodenfrage manchmal feststellen konnten. Da sie aber weiter am internationalen Wahn festhält und auch das Bekenntnis zum Marxismus nicht preisgibt, so wird man gut tun, das Görlitzer Programm mit Vorsicht zu genießen. Dies umsomehr, als unterdessen die Wiedervereinigung mit den sogenannten Unabhängigen (Internationale 2½) erfolgt ist. Wenn wir auch nicht wissen, ob dadurch zu den drei bestehenden marxistischen Internationalen (2, 2½ und 3) nun eine vierte, 2¼ vielleicht, getreten ist, so ist uns doch das eine klar, daß die Vereinigung einen Ruck nach links und damit ein Abrücken vom kaum beschlossenen Görlitzer Programm bedeutet. Man darf, insbesondere angesichts der durch die Ereignisse im Ruhrgebiet angeblich eingetretene Erwärmung der Sozialdemokratie für eine völkische Einheitsfront nicht vergessen, daß in ihrer Leitung jener Crispien sitzt, der kein Vaterland kennt, das Deutschland heißt und daß sie bei ihren Entschlüssen denn doch auf die Kommunisten ziemlich stark Rücksicht nimmt.

Nach unserer Ansicht nun sollen nur jene Großbetriebe, welche Privatmonopole darstellen, in die öffentliche Hand überführt, d. h. gemeinwirtschaftlich betrieben werden, also in erster Linie jene, welche sich mit der Gewinnung von Bodenschätzen, Kohle, Wasserkräften u. dgl. befassen; dann das Verkehrswesen, ferner das Versicherungswesen und das Anzeigen-(Inseraten-) Wesen. Die Vergesellschaftung der Grundrente durch die Bodenreform und die Beseitigung des Zinses stellen den Rest unserer Vergesellschaftungsmaßnahmen dar. Alles andere ist nach unserer Meinung nicht bloß nicht reif, sondern für die Sozialisierung überhaupt nicht geeignet.

Da taucht nun sofort eine Frage auf und sie wird lauten: Was soll mit den übrigen Betriebszweigen geschehen? Auf diese Frage werden wir im nächsten Abschnitt genauer eingehen. Vorderhand sei nur soviel gesagt, daß diese Betriebe auf dem Wege der Gewinnbeteiligung aller in ihnen körperlich oder geistig Arbeitenden, d. h. aller in ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten, nach und nach aus privaten Einzelbetrieben in genossenschaftliche Betriebe umgewandelt werden sollen. Gemeint sind hier nur Großbetriebe. Kleinen Betrieben — gewerblichen wie landwirtschaftlichen — empfehlen wir natürlich auch in ihrem eigenen Interesse die genossenschaftliche Organisation, denn unsere Partei vertritt nicht bloß die körperliche und geistige Arbeiterschaft, sondern alle ehrlich Arbeitenden, was in unserer Zeit der Schieber — noch mehr als früher — gleichbedeutend ist mit wirtschaftlich Schwachen.

Wir lehnen also im Gegensatze zu den Marxisten jede Gleichmacherei, jedes „Alles über einen Leisten schlagen" ab. Auch im Wirtschaftsleben wollen wir dem Hang des Deutschen zur Mannigfaltigkeit Rechnung tragen. Öffentliche — also Staats-, Landes- oder Gemeindebetriebe — genossenschaftliche Privatbetriebe und private Einzelbetriebe sollen nebeneinander bestehen und gedeihen.

Genossenschaft und Gewinnbeteiligung. Betriebsräte.

„In der zielbewußten Umwandlung aller anderen (kapitalistischen Großbetriebe) in genossenschaftliches Eigentum durch stets steigende Gewinnbeteiligung aller in ihnen geistig und körperlich Arbeitenden sehen wir die Richtlinien künftiger Entwicklung!" (Leitsätze der nat.-soz. Partei).

In diesem Satze ist ausgedrückt, daß wir im genossenschaftlichen Betrieb das Zukunftsbild sehen. Vor allem sollen jene Großbetriebe, welche keine Privatmonopole darstellen, sich also zur Vergesellschaftung oder Nationalisierung (d. h. Verstaatlichung, Verländerung, Vergemeindung) nicht eignen, auf dem Wege der Gewinnbeteiligung aller in ihnen körperlich oder geistig Arbeitenden, d. h. aller in ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten, aus privaten Einzelbetrieben in genossenschaftliche Betriebe umgewandelt werden. Kleinen Betrieben — gewerblichen wie landwirtschaftlichen — empfehlen wir — wie schon im vorhergehenden Abschnitt gesagt wurde — natürlich auch die genossenschaftliche Betriebsform, denn unsere Bewegung vertritt nicht bloß die körperliche und geistige Arbeitnehmerschaft, sondern alle ehrlich Arbeitenden. Sie stellt sich, wie schon ausgeführt wurde, auf den Klassenstandpunkt der schaffenden Arbeit, weil sie nur zwei Klassen kennt: Schaffende einerseits, Nutznießer arbeitslosen Einkommens andererseits. Diese sieht sie vertreten im Leih-(Finanz-)Kapital; daher rührt die Gegnerschaft gegen den Zins, der seine wichtigste Stütze bildet.

Wir erwähnten vorher die Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten. Sie soll freilich unserer Anschauung nach nicht nur im privaten Einzelbetrieb, sondern auch im Genossenschafts- und Gesellschaftsbetrieb die Regel sein. Die Einstellung zu dieser Frage wird allerdings ganz verschieden sein, je nachdem, ob man die Gewinnbeteiligung als ein neues, einträgliches Lohnsystem auffaßt, oder ob man ihre Bedeutung in der Erweckung des Gemeinschaftsgeistes und in der Stärkung des Pflichtbewußtseins sucht.

Gewinnbeteiligung ist in unseren Augen Beteiligung aller Mitschaffenden am gemeinsamen Ertrag eines Unternehmens. Vorbedingung ist natürlich, daß es Mitschaffende gibt, daß also der Arbeitssklave als Mitarbeiter angesehen und zwischen Unternehmer und Arbeitnehmern ein Verhältnis geschaffen wird, wie es in der mittelalterlichen Zunft zwischen Meister und Gesellen bestand. Das erfordert von beiden Seiten ein gewisses Nachgeben in der Erkenntnis, Erhalter und Förderer einer gemeinsamen Sache, nämlich der deutschen Wirtschaft zu sein, für deren Gedeihen sie der Gesamtheit verantwortlich sind. Der Unternehmer muß sich abgewöhnen, den „Herrn“ zu spielen, sondern sich als verantwortlicher „Führer“ fühlen; die Arbeitnehmerschaft hinwiederum muß ihre klassenkämpferischen Theorien gegen den eigentlichen Feind, das wucherische Leihkapital und allenfalls mit ihm verbündete äußere Feinde richten. Um irgendein „Geschenk“ oder eine „Wohltat“ des Unternehmers handelt es sich bei der Gewinnbeteiligung nicht, sondern um ein „Recht“. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind dabei als eine Schaffensgemeinschaft aufzufassen. Sie bilden eine Arbeitsgesellschaft, bei welcher ein Teil das Kapital und allenfalls noch seine Arbeitskraft und der andere Teil nur diese beistellt, so wie es z. B. im § 706 des reichsdeutschen BGB. heißt: „Der Beitrag eines Gesellschafters kann auch in der Leistung von Diensten bestehen.“ So war es ja übrigens auch zu der Zeit, als Meister und Geselle auf den „halben oder drittel Pfennig“ arbeiteten, d. h. den Gewinn im Verhältnis 1:1 oder 1:2 teilten. (Siehe Abschnitt „Handwerk und Stadtkultur“.)

Die Gewinnbeteiligung hat auch im neuen Deutschland ihre Geschichte. 1847 hat Thünen auf seinem Gute in Mecklenburg die ersten Versuche gemacht, seine Arbeiter am Reingewinne zu beteiligen und daraufhin sind die unterschiedlichsten Arten von „Gewinnbeteiligung“ erprobt worden. In einigen bedeutenden Unternehmungen blühen sie noch erfolgreich fort, während sie in der Mehrzahl zusammenbrachen. Die Ursachen der Mißerfolge waren mannigfaltige. Zumeist handelte es sich nämlich gar nicht um eigentliche Gewinnbeteiligung, sondern um die Gewährung von Fleißprämien besonders in Fällen, wo Akkordarbeit nicht anwendbar war. Manche Unternehmer verteilten auch, zumeist ganz willkürlich, einen Teil des jährlichen Reingewinnes. Man wollte dadurch, besonders in Zeiten günstigen Geschäftsganges, die Arbeiter von Lohnkämpfen und damit zusammenhängenden

Betriebsstörungen zurückhalten, wollte sie zu erhöhter Arbeitsleistung anspornen, um daraus Sondergewinne zu erzielen. Durch diese von dem Reingewinne an die Arbeiter verteilten Geschenke hoffte man sie zu einer besseren Ausnutzung der Arbeitszeit, zu größerer Sparsamkeit mit den Arbeitsstoffen und zu größerer Gewissenhaftigkeit anzuspornen, so daß sich solche Prämien schon dadurch bezahlt machen sollten. Außerdem rechnete man damit, die Arbeiter zum Austritt aus den Gewerkschaften zu bewegen. So verfehlte man nicht, die Gewinnbeteiligung als niedrigstes Kampfmittel gegen die unbequemen Verbände der Arbeitnehmer zu verwenden. Wenn auf Jahre der Hochkonjunktur ein Rückgang der Geschäfte folgte, wurden alle Lockungen und Versprechungen hinfällig, weil der verteilte Gewinn kaum mehr einen Pfifferling betrug und dann fanden alle derartigen Versuche einer „Gewinnbeteiligung“ ein unrühmliches Ende.

Auch die gegenwärtig vielfach in Gebrauch stehenden „gleitenden Lohnskalen“ sind nicht viel besser. Ein Teil des Lohnes, der Grundlohn, ist feststehend; der andere Teil wird von Monat zu Monat auf Grundlage der Preissteigerungen im Verhandlungswege zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgesetzt. Nicht der Arbeitsvertrag ist für die Löhne maßgebend, sondern eine gewisse Geschicklichkeit und Hartnäckigkeit im Unterhandeln. Noch nachteiliger aber ist es, daß eine derartige Lohnpolitik den Charakter der Arbeitnehmer schädigt. Das ewige Verlangen nach Geld ohne die Grundlage einer festlegenden Verrechnung schürt den Eigennutz, vergiftet die Schaffenslust und züchtet die Gier nach Geld, den Geist des Kapitalismus, groß.

Diese Mißerfolge, welche keineswegs durch die Gewinnbeteiligung an sich, sondern nur durch deren falsche Auffassung und Anwendung verschuldet wurden, führten schließlich dazu, daß man dem guten Gedanken heute mit Zweifeln gegenüber steht. Es muß daher betont werden, daß die Vorzüge der Gewinnbeteiligung gar nicht auf materiellem Gebiete liegen. Sie ist keineswegs eine neue Lohnform, sondern stellt vielmehr eine edlere Gestaltung des Arbeitsverhältnisses dar. Sie besteht darin, daß der erzielte Reingewinn eines Betriebes am Halbjahrs- oder Jahresende unter Unternehmer und Arbeitnehmer aufgeteilt wird. Der Unternehmer erhält einen bestimmten Gehalt für seine Leistung und einen gewissen Teil des Gewinnes als Gefahrenprämie für das im Betriebe eingelegte Kapital. Der übrige Reingewinn wird nach Abzug gewisser Sicherungsrücklagen unter alle Mitschaffenden aufgeteilt. Der Aufteilungsschlüssel wird sich im

allgemeinen nach der Lohnhöhe richten. Da nur erfolgreiches Zusammenarbeiten aller Kräfte eines Betriebes einen entsprechenden Reingewinn und nur eine Mitkontrolle bei der Aufteilung das Vertrauen in deren gerechte Durchführung verbürgt, ist es von grundlegenster Bedeutung, daß die von den Arbeitnehmern gewählten Vertreter einen Einfluß auf die Führung des Betriebes und eine Kontrolle über die Abrechnung besitzen. Sowohl der Zwang zur Gewinnbeteiligung, als auch die Mitbestimmung der Arbeitnehmer muß gesetzlich geregelt sein. Die Mitbestimmung wird durch die Betriebsräte gewährleistet, welche unbedingt zur Gewinnbeteiligung dazugehören.

So alt wie die Frage der Beteiligung am Gewinn, ist die von den Unternehmern aufgeworfene einer Beteiligung an etwaigen Betriebsverlusten. Auf den ersten Blick scheint sie der Berechtigung nicht zu entbehren. Nun haben wir jedoch eine Gefahrenprämie (Risikoprämie) als berechtigt anerkannt. Daraus folgt, daß sie eintretende Betriebsverluste zu tragen hat. Es geht nicht an, sie dem Arbeitnehmer aufzuhalsen, der ja in solchen Fällen am meisten betroffen wird. Denn tritt ein Betriebsverlust als Folge der wirtschaftlichen Lage ein, so wird er nicht bloß durch den Verlust seines Gewinnanteils, sondern zumeist auch noch durch Lohnabzüge, zwangsweise Verkürzung der Arbeitszeit oder gar darüber hinaus durch Entlassung infolge Einschränkung oder Sperrung des Betriebes betroffen. Er wagt also mehr als der Unternehmer. Sind aber die Verluste durch Verschwendung oder Unfähigkeit des Besitzers oder Leiters des Unternehmens bedingt, so kann man nicht gut den Lohn der schaffenden Arbeitnehmer zu ihrer Deckung heranziehen. Auf Entfernung der Unfähigen unter ihnen werden schon von selbst die anderen dringen.

Eine wichtige Frage ist noch die: Was soll mit den Anteilen am Reingewinn geschehen? Thünen legte jedem Arbeiter seinen Anteil auf ein Sparbuch ein. Der Betreffende durfte es jedoch erst nach Erreichung eines bestimmten Alters als Altersversorgung beheben. Neuerdings wird vielfach der Plan erörtert, die Gewinnanteile insgesamt an die Gewerkschaften abzuführen. Dieser Gedanke hat nur dann eine sittliche Berechtigung, wenn er nicht in der Absicht vertreten wird, mit dem Gelde etwa Streikrücklagen zu bilden. Etwas anderes ist es, wenn die Gewinnanteile ganz oder zum Teil als Beiträge zu einer gewerkschaftlichen Arbeitslosen- oder Altersversicherung verwendet würden.

Aber alles das entspricht im Wesen nicht der Absicht, die wir

mit der Gewinnbeteiligung verfolgen. **Uns dreht es sich um ein vollständiges Verwachsen mit dem Betriebe. Dieser Absicht wird am besten gedient, wenn die Gewinnanteile in ihm verbleiben und der Mitarbeiter durch sie zum Mitbesitzer wird. Auf diese Weise kann ein Betrieb schmerzlos nach und nach in eine Genossenschaft umgewandelt werden. Hierin erst sehen wir die „Richtlinien künftiger Entwicklung".**

Und nun noch einige Worte über die Betriebsräte.

Betriebsräte ohne Gewinnbeteiligung sind nur als halbe Maßregel zu betrachten, sind bloß Scheinparlamente, wie sie allerdings in unserer Zeit der Scheindemokratie nun einmal gang und gäbe geworden sind. Beide zusammen erst liefern uns das Bild einer wirklich demokratischen Wirtschaftsverfassung.

Was nun die Gliederung der Betriebsräte anbelangt, so stehen wir auf dem Standpunkt, daß geistige und körperliche Arbeit gleichberechtigt sein sollen. Das heißt, beide Gruppen haben Anspruch auf gleich starke Vertretung, keine der beiden soll die andere majorisieren, denn erst die Zusammenarbeit beider verbürgt ein gedeihliches Schaffen. Das Verhältnis zwischen dem Angestellten und dem Arbeiter soll gut kameradschaftlich sein. Es ist daher grundsätzlich daran festzuhalten, daß beide Gruppen im Betriebsrat gleich stark vertreten sein sollen und erst innerhalb jeder der beiden Gruppen das Verhältniswahlrecht zu gelten hat.

Aber nicht die Vertretung allein ist maßgebend, sondern auch ihr Wirkungskreis. Was für Aufgaben soll der Betriebsrat in der Wirtschaft erfüllen, da doch schwerlich die Fabriksmauern auch die Grenzen seines Wirkungskreises bilden können? Wohl bildet jeder Betrieb ein abgeschlossenes Ganzes. Gleichzeitig aber ist er wegen seiner Abhängigkeit in Hinsicht auf die Beschaffung der Roh- und Hilfsstoffe, als auch den Absatz der Erzeugnisse ein Stück der Gesamtwirtschaft. Es dürfen daher die Maßnahmen des Betriebsrates nicht etwa bloß Ausdruck einer einseitig eingestellten, nur auf das eigene Unternehmen beschränkten Betriebspolitik sein, sondern müssen darüber hinaus ein lebendiges Stück Wirtschaftspolitik zum Inhalte haben. Er trägt für sein Tun und Lassen gleichermaßen Verantwortung gegenüber dem Betriebe und der Gesamtheit und hat die engeren Betriebsinteressen mit den allgemeinen Wirtschaftsbelangen in Einklang zu bringen. Das bedingt, daß seine Mitglieder ein weitgehendes Verständnis für den feingliederigen und empfindlichen Bau der Wirtschaft besitzen. Die grasgrüne Theorie vom Klassenkampf zwischen Unter-

nehmer und Arbeitnehmer zerflattert in ein Nichts angesichts der harten, nüchternen Tatsache des Bestandes verschiedener Staatswirtschaften, die miteinander im Wettbewerb stehen und sich daher notwendig bekämpfen müssen.

All das erfordert ungeheure Schulung, welche die Gewerkschaften vermitteln müssen, die deshalb keineswegs entbehrlich, denen vielmehr durch das Bestehen der Betriebsräte neue, größere Aufgaben gestellt werden.

Die Betriebsräte stellen den Beginn der Demokratisierung des bisher rein unumschränkt geleiteten Wirtschaftslebens dar. Sie sind aber berufen, weit über diesen Rahmen hinaus zu wirken. Sie bilden vielleicht sogar den Auftakt zu einer gesünderen, weil unserem Volke entsprechenderen Art der Volksvertretung. Es ist das die Stände-(Räte-) Vertretung. Sie ist berufen, den heutigen Parlamentarismus, mit dem unser Volk nichts Rechtes anzufangen weiß, zu ergänzen, wenn nicht ganz abzulösen. Sie wird uns im nächsten Abschnitt beschäftigen.

Der sterbende Parlamentarismus. Neue Formen.

„Die schönen Tage von Aranjuez sind nun vorüber." Betrachtet man die jämmerlichen Mißerfolge der parlamentarischen Demokratie, so drängen sich einem diese Worte aus Schillers „Don Carlos" unwillkürlich auf die Lippen.

Wie war es doch 1918? Der Absolutismus — hieß es damals — muß verschwinden, an seine Stelle soll die Demokratie treten. Schon der Umstand, daß man für das, was man anstrebte, kein deutsches Wort zu setzen wußte, deutete darauf hin, daß das Ziel recht unklar und verschwommen war. Es wurde auch im wesentlichen nur die durch verfassungsmäßige Einrichtungen stark eingeschränkte Selbstherrschaft Einzelner durch die viel rücksichtslosere Herrschaft großer Parteien ersetzt. Und auch das manchmal nur anscheinend. Die Zepter rollten in den Staub; an ihre Stelle trat der Geldsack, an Stelle dynastischer Hausmachtsbestrebungen, die doch hie und da einmal mit dem Staatswohl in Einklang zu bringen waren, ist nun die nackte Parteiselbstsucht getreten. Der Drang nach der Futterkrippe bringt die unmöglichsten Bündnisse zustande zwischen Parteien, von welchen eine der anderen nicht über den Weg traut, jede die andere zu übervorteilen sucht. Ob der Staat,

dessen Leitung ihnen anvertraut ist, darüber in Brüche geht, ist einerlei, wenn nur der Parteiweizen blüht.

Es ist nun erfreulich, daß ein ganz ähnliches Urteil gerade in jenen Kreisen gefällt wird, die sich seinerzeit nicht genug daran tun konnten, nach der Beseitigung des „Absolutismus" und seinem Ersatz durch die einzig echte und wahre „westliche Demokratie" zu rufen.

So brachte am 11. Juli 1920 das „Prager Tagblatt", also eine jener Zeitungen, die gleich dem „Berliner Tageblatt", der „Frankfurter Zeitung" u. ä. Blättern ihr vollgerüttelt Maß von Schuld am Zusammenbruche unseres Volkes tragen, einen Aufsatz unter dem bezeichnenden Titel „Krise der parlamentarischen Demokratie". In ihm wird deren völliges Versagen u. a. mit folgenden Worten gekennzeichnet: „Die parlamentarische Demokratie erscheint, mit wenigen Ausnahmen, fast überall wie ein abschreckendes Zerrbild einer Idee, sie ist unfähig, den Lebensnotwendigkeiten der Staaten auch nur halbwegs gerecht zu werden, sie vermehrt in erschreckendem Maße das Unglück dieser Zeit und gebärdet sich ganz so, als ob sie nur ein Amt hätte: ihr eigener Totengräber zu werden."

„Es scheint leider, daß die beklagenswerte Menschheit Mitteleuropas aus dem Regen in die Traufe geraten ist. Eben noch das Opfer romantischer Narren und Wichtigtuer auf dem Thron, ist sie jetzt jener Mittelmäßigkeit der Parteischwätzer und fanatischen Theoretiker in die Hände gefallen, die, unfähig zu produktiver Arbeit im Dienste der nächsten praktischen Aufgaben, mit Hilfe des Stimmzettels auf dem Rücken der verbettelten Massen Heldenrollen mit dem neuen, revolutionären Vorzeichen agieren."

Der Verfasser weicht natürlich dem Nachforschen nach den tieferen Ursachen aus. Um so mehr wollen wir den Dingen auf den Grund gehen. Die Ursache des Versagens des parlamentarischen Systems liegt in diesem selbst, sie ist darin zu suchen, daß der Deutsche, um welchen es sich da in erster Reihe handelt, für den auf Pose und leeren Wortschwall berechneten Parlamentarismus einfach nicht geeignet ist. Parlament kommt von parlare, d. h. reden. **Wir Deutschen sind aber jederzeit Tatmenschen gewesen.**

Das Unglück fing an, als die Halbengländer auf deutschem Boden, die Liberalen (und Sozialdemokraten), die deutschen Volksvertretungen schufen und mit ihrem Geiste erfüllten. Statt auf mittelalterlich deutsche Vorbilder zurückzugreifen, was doch das Natürlichste gewesen wäre, hat man kurzerhand — noch dazu falsch

verstandene — englische Einrichtungen übernommen, die — um wirksam zu sein — eben gewisse Vorbedingungen brauchen. Der englische Parlamentarismus war und ist nur möglich, beim Vorhandensein bloß zweier Parteien (Whigs und Torys, etwa Liberale und Konservative), die sich nur in wirtschaftlichen, nicht aber in politischen Dingen und schon gar nicht in Fragen der Weltanschauung unterscheiden. „Recht oder Unrecht, es ist mein Vaterland“, dieser Leitspruch gilt für jeden Engländer. Genau besehen, handelte es sich hier noch vor wenigen Jahrzehnten überhaupt nicht um Parteien in unserem Sinne, sondern um die alte Ständevertretung, mochte sie im Laufe der Zeit auch gewisse Wandlungen mitgemacht haben.

Aber auch der englische Parlamentarismus brauchte selbst in seinen besten Zeiten eine staatsmännische Persönlichkeit wie einen Gladstone, Pitt u. dgl. Die Überlieferung allein tat es auch betterpartei, wollte die parlamentarische Maschine nicht mehr recht bei ihm nicht. Seit dem Auftreten einer dritten Partei, der Ar- laufen. Die letzte Zeit brachte bekanntlich unter den Liberalen eine Spaltung. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der Parlamentarismus selbst in England, also an seiner Geburtsstätte, abstirbt. Hand in Hand mit dieser Erscheinung sind im englischen Weltreich andere bedrohliche Anzeichen von Schwäche und Verfall festzustellen. Aber auch anderswo findet sich unsere Behauptung vom Absterben des Parlamentarismus bestätigt. So herrscht in Rußland seit Ende 1917 der bolschewistische Faschismus; Italien hat seinen Mussolini; die Türkei wurde durch Kemal Pascha und nicht durch die Nationalversammlung von Angora gerettet. Der tschechische und südslawische Parlamentarismus stellen eine kaum verhüllte Diktatur einiger Parteiführer dar; in Polen melden sich dieselben Anzeichen. Im Deutschen Reiche plätschert man zwar äußerlich noch im parlamentarischen Sumpfe herum und erwägt mehr oder minder große Koalitionspläne. In Wirklichkeit ist auch hier die parlamentarische Demokratie besonders unter der Herrschaft der „Schutzgesetze“ eine Fratze. Hinter ihr steht die jüdische Plutokratie. In einigen Bundesstaaten gibt es eine aufgelegte Marxistendiktatur. Ihr gegenüber sammelt der nationale Sozialismus seine Anhänger und neben all den hin- und herdrängenden, teils dem Aufbau, teils der Zerstörung dienenden Kräften richtet Stinnes seine Herrschaft über das Wirtschaftsleben auf. Es will Abend werden mit dem Parlamentarismus! An und für sich wäre das sicherlich kein Übel, denn parlamentarische Demokratie und Geldherrschaft gehören nicht

erst seit jetzt, sondern seit jeher zusammen; stürzt die eine, so fällt auch bald die andere. Die Frage ist nur, was tritt dann ein? Ist wirklich schon die Zeit des abendländischen Cäsarentums angebrochen, wie es Oswald Spengler in seinem viel umstrittenen Werke „Der Untergang des Abendlandes" auch für die Völker des germanisch-keltischen Kulturkreises herannahen sieht, oder ist der unverkennbare Niedergang des einst so vielgerühmten Parlamentarismus der Vorbote anderer kommender Dinge?

Nun die Form tut es nicht, sondern auf den Inhalt kommt es an. Daß der Weltkrieg und noch mehr der Zusammenbruch soviel trübe Erscheinungen zeitigte, ist ein unverkennbares Zeichen für die Ausbreitung ausgesprochensten Rassengesindels; Söhne des Chaos, pochen sie auf ihre Masse und drängen die besserrassigen Elemente in den Hintergrund, bis nichts mehr als die Gewaltherrschaft eines Tatmenschen übrig bleibt, der dann auch auf der Bildfläche erscheint. Bei den abendländischen Bastardvölkern, Franzosen und Italienern, wird sie wohl schon ständige Einrichtung werden. In deutschen Landen ist sie zwar unserer Anschauung nach notwendig, um einen Ausweg aus den jetzigen Verhältnissen zu finden, welchen gegenüber alle parlamentarischen Parteien samt ihren vermeintlichen Führern sich ohnmächtig erweisen. Zur dauernden Erscheinung dürfte sie jedoch hier unserem Ermessen nach noch nicht werden; dazu ist doch noch zuviel schöpferisches Leben vorhanden. Wir sehen hier vielmehr unverkennbar einen Zug zu alten, ständischen Einrichtungen, wie das Anwachsen der Gewerkschaften der Arbeitnehmer und gleichartiger Gliederungen in Arbeitgeberkreisen und der immer größere Einfluß, den sie erringen, beweist. Ja die Sache geht noch weiter, denn der berufständische Gedanke greift auch bereits umgestaltend in das Parteileben ein. Am klarsten sehen wir die Entwicklung in den Sudentenländern. Da gibt es eine Partei des Landvolks (Bauernpartei) und eine Gewerbepartei und zwar nicht nur im deutschen, sondern auch im tschechischen Lager. Sie bringen die sogenannten Volksparteien, die im Wesen auf den heutigen Parlamentarismus zugeschnitten sind, in arge Bedrängnis. Ihnen gegenüber vermögen sich nur jene Parteien mit Erfolg zu behaupten, welche auf Weltanschauungen fußen, insofern als sie nicht — wie z. B. die Marxisten — mit der Schuld am Zusammenbruch belastet sind.

Es ist also unverkennbar, daß unser Volk sich aus den Irrgängen des Parlamentarismus heraussehnt. Die Stimme des

Blutes läßt es unwillkürlich auf seine eigenen alten Einrichtungen zurückgreifen.

In diesem Falle ist es die Ständevertretung, deren moderne Ausdrucksform das Rätesystem darstellt, worunter wir allerdings nicht sein russisches Zerrbild verstanden wissen wollen. Der Rätegedanke kann in den mannigfachsten Formen im Staats-, Geistes- und Wirtschaftsleben verwirklicht werden! Nur muß man sich auch hier vor Einseitigkeit und Überschätzung hüten. Es gibt keine Allheilmittel; jede Krankheit erfordert andere Arzneien. Mannigfach ist das Leben und bunt und mannigfach sind daher auch seine Äußerungen. Hoch über allen Formen aber steht, sie meisternd, die Persönlichkeit.

Wir glauben deshalb nicht, daß das Rätesystem allein berufen ist, die Schäden des kranken Staats- und Volkskörpers zu heilen. Es ist aber unstreitig berufen, einen Teil seiner Lebensäußerungen zu erneuern, nämlich den wirtschaftlichen. Jedweder Beruf fasse seine Angehörigen zusammen. Die Gesamtheit nehme dann durch ihre Vertreter Einfluß auf den Betrieb, in welchem sie beschäftigt ist und auf die Summe aller Betriebe, d. i. das gesamte Wirtschaftsleben des Staates und Volkes, also die Volkswirtschaft!

Die politischen Parteien würden dadurch zwar in ihrem Wirkungskreis eingeengt, jedoch — wenigstens vorderhand — noch keineswegs überflüssig. Von mancherlei Kleinkram befreit, könnten sie sich größeren Aufgaben, kulturellen, staatsmännischen zuwenden. Unser Volk würde aber erst dann politisch denken lernen. Frei und ungehemmt, aller Fesseln und Schlacken ledig, träten dann die alten großen Anschauungen als Kämpen auf den Plan: Weltbürgertum (Internationalismus, Kosmopolitismus) auf der einen, Volkstum (Nationalismus) auf der andern. Seit Jahrhunderten messen sie sich bereits. Seitdem die römische Kirche ihren Arm über deutsches Land streckte, begann die völkische Entwicklung unseres Staats- und Wirtschaftslebens abzureißen. Römisches Recht und Kapitalismus sind nur naturnotwendige Wirkungen der bereits vorhandenen Ursache der Entdeutschung unseres Volkslebens.

Der Rätegedanke ist berufen, uns wieder dort anknüpfen zu lassen, wo einst vor Jahrhunderten der Faden der Entwicklung abriß. Er sollte im deutschen Staate unbedingt auch in der Verfassung verwertet werden. Diese Forderung ist in unseren Leitsätzen enthalten. „Schaffung von zweiten Kammern auf Grundlage der Berufsvertretung", heißt es da. Die Volksvertretung bestünde demnach aus einer Kammer, in

welche die politischen Parteien und einer zweiten, in welche die Berufsverbände ihre Vertreter entsenden.

Die Entscheidung darüber, welche der beiden Kammern der Volksvertretung im Staatsleben künftig die größere Rolle spielen soll, überlassen wir ruhig der Entwicklung.

Der Gesamtaufbau muß natürlich von Grund auf in allen Vertretungskörpern durchgeführt werden. Neben den Kammern brauchen wir eine Regierung, die in Gemeinschaft mit ihnen berät und verwaltet. In deutschen Landen soll geführt und verwaltet, nicht aber geherrscht werden! Der Führergedanke, der in unserem deutschen Königtum seinen Ausdruck fand, bevor es — verblendet von falschem Glanze — zum römischen Kaisertum entartete, soll wieder erstehen!

In diesem Zusammenhang sei auch die heutzutage mit so viel Geschrei und so wenig Verständnis erörterte Frage: Freistaat (Republik) oder Monarchie? behandelt. Die germanischen Staaten und das alte deutsche Königreich waren ihrem Wesen nach eher Republiken als Monarchien. Selbst das mittelalterliche Deutsche Kaiserreich ist in seiner ersten Zeit noch als Adelsrepublik anzusprechen: Die Kurfürsten wählten (kürten) aus dem Adel das Staatsoberhaupt. Erst später, als der römisch-zentralistische Herrschaftsgedanke sich mehr und mehr durchsetzte und im unumschränkten Fürstentum seinen Ausklang fand, tritt jene Staatsform auf, die man heute als Monarchie bezeichnet. Will man einen wirklichen Volksstaat mit königlicher Spitze Monarchie nennen, so soll es uns recht sein; ebensogut kann er auch Republik heißen. Nicht auf den Namen, sondern auf den Inhalt kommt es an. Die Krone dünkt uns ein Sinnbild zu sein; den Herrschaftsgedanken aber und das Gottesgnadentum lehnen wir ab. Der Führer mag ruhig König heißen, das ist unwesentlich; wesentlich hingegen ist, daß er von Volkes Gnaden seine Stelle einnimmt!

Ist England Monarchie oder Republik? Diese Frage zu entscheiden, dürfte schwer fallen. Wir mögen daraus ersehen, daß man sich vor Schein hüten muß und daß staatliche Einrichtungen nicht einfach nachgeahmt werden können. Augenblicklich sieht man jedenfalls in den unter ungeheurem Wortschwall geborenen neuen Republiken mehr Unfähigkeit, Schwäche, knechtische Unterwürfigkeit gegenüber allem Fremden und — mehr Korruption am Werke als vorher selbst in der schlechtesten Monarchie. Die Errungenschaften der Revolution, von welchen um so mehr gefaselt wird,

je weniger man davon sieht, schrumpfen nachgerade zu Vorteilen für ein Gesindel wirtschaftlicher und politischer Kriegsgewinner zusammen. Daraus geht aber noch nicht hervor, daß der Freistaat eine Freistatt für allerlei Geschmeiß abgeben, daß die Republik unbedingt ein Tummelplatz für hergelaufene Kaftanträger und ein Spielball der Geldmächte sein muß. Macht man sie dazu, dann freilich ist sie es!

Demokratie im heutigen Sinne, als Parteiunwesen also, ist entschieden zu verurteilen, denn Volksherrschaft, was sie ihrem Namen nach sein soll, ist sie dann nicht. Schränkt man jedoch den Wirkungskreis der politischen Parteien ein, indem man Raum schafft für eine Berufsvertretung, macht man es weiters der Geldmacht unmöglich, zu herrschen und — wie es ihrem Wesen entspricht — alles zu verseuchen, dann haben wir Deutsche die uns entsprechende Staatsform gefunden, in der wir uns unserer Eigenart gemäß entwickeln und ausleben können. Darauf aber kommt es schließlich an. In diesem Sinne ergänzt einer unserer Vorschläge den anderen, ob es sich nun um Erneuerung des kulturellen, wirtschaftlichen oder politischen Lebens handelt. Für sich allein bleibt jeder Stückwerk. Wenden wir uns nun der nächsten Frage zu, die uns beschäftigen soll, der des Rechtes. Heute herrscht über uns das römische; an seine Stelle trete das deutsche!

Deutsches Recht.

Deutsches Recht! Um seine Spuren aufzufinden, müssen wir zurückgreifen in Urväterzeiten. Unter knorrigen, uralten Eichen ward Recht geschöpft. Eine Erinnerung daran lebt noch im Worte „Schöppen" und in den Geschworenengerichten fort. Kein gelehrter Richter fällte den Rechtsspruch nach Paragraphen, sondern der Laie suchte ihn. Vom Vater auf den Sohn vererbte sich uraltes Weistum, bis es endlich aufgezeichnet ward. Es war Stammesrecht, wie uns die Namen „Sachsenspiegel" und „Schwabenspiegel" verraten und daher mannigfaltig, wie ja das alte Deutsche Reich überhaupt, das unter den Sachsenkönigen ein Bundesstaat deutscher Stämme war. Daneben hatte allerdings die Kirche immer ihr eigenes Recht. Je mehr ihr Einfluß wuchs, um so mehr begann auch der zentralistische Gedanke sich auszubreiten, bis er schließlich unter den Kaisern aus dem Hohenstaufenhause triumphierte. Mit ihm setzte sich auch das römische Recht durch. Die kaiserliche

Kanzlei gab das Beispiel, die Städte folgten. In Scharen zogen die Deutschen über die Alpen, um an der hohen Schule zu Bologna die Rechte zu studieren. Als endlich in deutschen Landen jene Bewegung einsetzte, die unter dem Namen Humanismus bekannt ist und welche die Wiederbelebung der Geisteswissenschaften der Alten — d. h. der Griechen und Römer — zum Ziele hatte, da war auch der Sieg des römischen Rechtes entschieden.

Freilich, so ganz ohne Widerstand ging das nicht vonstatten. Der Gelehrte schämte sich der deutschen Sprache und gebrauchte die lateinische. Ja selbst der deutsche Name mußte sich die Übersetzung ins Lateinische oder Griechische gefallen lassen. So wurde aus einem Schwarzerd ein Melanchthon, aus einem Weber ein Textor u. dgl. m. Die Folge war eine immer weiter um sich greifende Entfremdung zwischen Volk und Gelehrten, die sich, wie ehedem der Adel, als eigene Kaste absonderten.

Dieser Umstand und der weitere, daß das Rechtsuchen eine kostspielige Sache wurde, begründete die Abneigung des Volkes gegen diese Einführung. Der Mann aus dem Volke fühlte sich vor dem gelehrten Richter verloren. Etwas anderes trat aber noch hinzu. Der starre Eigentumsbegriff des römischen Rechtes war deutscher Anschauung fremd. Wald, Wiese, Jagd und Fischerei waren doch einst Gemeinbesitz gewesen. Vom Vater auf den Sohn hatte die Erinnerung an die alten, besseren Zeiten sich vererbt. Nun war das alles Herrengut und der Bauer rechtlos. In den Städten aber herrschten wiederum die hochnotpeinlichen Gerichtsordnungen mit Folter und Todesstrafe. Die Kirche führte die Ketzer- und Hexengerichte ein, wobei ihr der Staat gehorsam Bütteldienste leistete. Kurz, es war so ganz anders als vorher. Lange Zeit hindurch erhielten sich daher in Westfalen, wo noch echtes sächsisches Freibauerntum saß, die alten Rechtsbräuche, bekannt unter dem Namen der „Heiligen Fehme". Sie urteilte nach altem Brauch und wußte den Verfehmten auch zu treffen!

Wir haben im ersten Teil unseres Buches einiges festgehalten, was uns über die rechtlichen Anschauungen unserer Vorfahren Aufschluß gibt. Wenn wir uns bemühen, diesen Anschauungen wieder zum Durchbruche zu verhelfen, so geschieht das in Formen, die den heutigen Verhältnissen angepaßt sind, denn eine staatliche und wirtschaftliche Entwicklung von Jahrhunderten läßt sich natürlich nicht einfach aus der Welt schaffen. Dies gilt besonders vom Bodenrechte. Hier muß die Lösung in einer Form angestrebt werden, welche den geltenden Anschauungen nicht allzu stark zuwider läuft.

Im großen und ganzen würden wir etwa zu folgenden Grundsätzen gelangen, die uns das Gerippe — mehr soll es ja nicht sein — für ein deutsches Volks- und Staatsrecht abgeben können:

1. Das gesamte deutsche Siedlungsgebiet in Europa bildet den Deutschen Volksstaat. Er ist berufen, die politische Freiheit des deutschen Volkes zu wahren und seine kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung zu sichern. Das Auslandsdeutschtum steht unter seinem Schutze. Über die Staatsform entscheidet eine Volksabstimmung.

2. Bürger im Deutschen Volksstaat kann nur der Deutschblütige (Arier) sein. Fremdblütlinge (Juden usw.) — auch wenn sie hier geboren oder seit altersher ansässig sind — genießen unter keinen Umständen Heimatsrecht, sondern stehen unter Fremdenrecht und unterliegen eigenen Fremdensteuern. Ihr Zuzug bedarf der Genehmigung der Staatsregierung und der Gemeinde.

3. Im Falle des Zweifels ist die Deutschblütigkeit bis in den dritten Grad (Urgroßeltern väterlicher- und mütterlicherseits) nachzuweisen.

4. Kinder aus Mischehen folgen der „ärgeren Hand". Ist also z. B. ein Elternteil jüdisch, so wird das Kind als Jude betrachtet. Taufe spielt keine Rolle. Bei unehelichen Kindern wird die Vaterschaft erhoben.

5. Grund und Boden darf nur der Staatsbürger besitzen und erwerben.

6. Jeder Bürger unterliegt der Wehrpflicht. Diejenigen, welche zum Dienste mit der Waffe ungeeignet sind, haben während der Zeit des Wehrdienstes Arbeit im Dienste des Volkswohls zu verrichten.

7. Jeder Staatsbewohner unterliegt der Arbeitspflicht.

8. Grund und Boden ist grundsätzlich Allgemeingut. Jeder Bürger hat das Recht auf Zuweisung von mindestens soviel Boden, als zur Anlage einer Wohnheimstätte erforderlich ist (500—1000 m²). Über die weitere Regelung der Besitzverteilung, Leistung von Abgaben u. dgl. siehe „Bodenreform".

9. Das Geld ist eine öffentliche Einrichtung. Seine Ausgabe, die Regelung seines Verkehrs steht allein dem Staate zu. Weiteres siehe unter „Brechung der Zinsknechtschaft".

10. Die Presse ist eine öffentliche Einrichtung. Ihr Anzeigenteil unterliegt der Aufsicht der Gemeinde oder des Staates.

11. Verkehr und Versicherungswesen sind öffentliche Einrichtungen.

12. Die Grundlage des Staates bildet die Gemeinde. Entsprechend den zwei Aufgaben des Staates als wirtschaftlicher und politischer Körper (siehe nächster Abschnitt) erfolgt schon in ihr der Aufbau nach beiden Richtungen. Der weitere Aufbau geschieht im Bezirk, Gau, Kreis (Landschaft, Provinz), bzw. im Stammesverband (Bundesstaat). Alle Vertretungen bestehen aus zwei Kammern.

13. Das Erziehungswesen untersteht im allgemeinen den Selbstverwaltungskörpern. Es wird von ihnen nach einheitlichen leitenden Grundsätzen geregelt. Der Pflege der körperlichen Ertüchtigung durch Turnen, Spiel und Wandern, der Heimats- und Stammeskunde ist ein reges Augenmerk zu widmen.

14. Die öffentlichen Beamten werden von den Selbstverwaltungskörpern bestellt.

Diese Grundsätze erheben natürlich keinen Anspruch auf Vollzähligkeit. Sie sollen, wie schon betont, nichts weiter als einen Rahmen abgeben.

Der deutsche Volksstaat.

Die geschichtlich denkwürdige staatsrechtliche Erklärung, welche von der Partei im Landhause zu Wien am 21. Weinmond (Oktober) 1918 abgegeben wurde, schloß mit den Worten: „Es lebe das freie, soziale Alldeutschland!" (Siehe „Urkunden des nat. Sozialismus"). Dieses freie, soziale Alldeutschland ist der deutsche Volksstaat einer Zukunft, die um so näher liegt, je rascher sich unser Volk vom international-pazifistischen Phrasenschwall und allen fremden, vorwiegend jüdischen Einflüssen, denen es derzeit unterliegt, zu befreien vermag und zum deutschen Geiste zurückfindet. Den Weg zu dieser Zukunft hoffen wir klar genug gekennzeichnet zu haben. Er führt über geistige, seelische und wirtschaftlich-soziale Erneuerung sowohl wie körperliche Ertüchtigung. Es ist derselbe Weg, den Preußen-Deutschland nach dem Zusammenbruch von Jena mit Erfolg beschritt. Ob er heute auch steiniger und dornenvoller sein mag, spielt keine Rolle, wenn nur der feste Wille besteht, ihn zu gehen! Diesen Willen zu wecken und einheitlich zu gestalten, ist aber eine der Aufgaben des nationalen Sozialismus.

Im vorhergehenden Abschnitt haben wir vom deutschen Volksstaat und seiner Aufgabe gesprochen. Das deutsche Recht, dessen wesentlichste Grundzüge wir dort festzuhalten versuchten, muß seine Grundlage bilden. Wie soll nun sein Aufbau beschaffen sein?

Eines ist uns nach dem Vorhergesagten ohne weiteres klar: Nach den Grundsätzen der westlerischen Demokratie kann ein deutscher Volksstaat nicht aufgebaut sein, denn sie ist nur Lug und Trug zum Nutzen des jüdischen Mammonismus, der durch sie die Völker beherrscht und ausbeutet. Eine deutsche Demokratie — wenn wir bei diesem Ausdruck bleiben wollen — kann nicht Parlamentsherrschaft bedeuten. Volksherrschaft, was das Wort Demokratie besagt, kann es aber, richtig genommen, wiederum nicht geben, denn es ist doch ein Unding, sich selbst beherrschen zu wollen. Wir werden daher den Begriff richtig als Dienst an der Gesamtheit, d. h. Dienst zum Wohle des Volkes, umschreiben. So wie Friedrich der Große — und er war wahrhaft ein Großer, weil er auch die schwierige Kunst des Entsagens verstand — sein Streben dahin zusammenfaßte, der erste Diener des Staates zu sein, so wollen wir allesamt nichts anderes sein als Diener unseres Volkes, dessen Wohl uns am Herzen liegt.

Es muß Führer geben und Geführte. Freilich braucht derjenige, der sich Führer zu sein dünkt, es noch lange nicht zu sein, denn Führer können sich nicht selbst ernennen, sie können auch nicht ernannt werden, sondern die Wahl bestätigt nur die Tatsache ihres Vorhandenseins. Der richtige Führer ist geboren. Etwas Unsagbares strömt von ihm aus, gewinnt ihm die Herzen, schafft ihm das Vertrauen der Massen; sie fühlen den göttlichen Funken, der in ihm glimmt. Das innere Feuer, das ihn — unbekümmert um sein persönliches Wohlergehen — rastlos vorwärts treibt, springt auch auf sie über. Sie folgen, weil sie folgen müssen!

Der Führer- und nicht der Herrschaftsgedanke, der zumeist nur auf den rohesten Gewaltmaßnahmen fußt — siehe Räterußland — soll nun im deutschen Volksstaat wieder zur Geltung gelangen! Ob dieser Führer Volkskönig oder Präsident heißt (kann er nicht den deutschen Namen „Herzog" führen?) ist für die Sache wahrlich belanglos; wichtig ist nur, daß er eine Persönlichkeit ist und seine ganze Kraft in den Dienst des Volkswohls stellt, nur ein Bestreben hat, Diener seines Volkes zu sein. Die Erbmonarchie freilich erscheint uns endgültig erledigt.

Der Führer allein tut es aber nicht und wäre er hundertmal eine Persönlichkeit von überragendstem Einfluß. Er braucht Berater, d. h. eine Regierung sowohl wie eine Volksvertretung. Daß diese nicht der heutige, im Verfall begriffene Parlamentarismus sein, jene ihm nicht nach dem Parteienverhältnis entnommen sein kann, bedarf nach unseren Ausführungen im vorvergangenen Abschnitt und nach den jämmerlichen Mißerfolgen des „parlamen-

tarischen Systems“ in deutschen Landen keiner näheren Begründung. Die unumschränkte Parlamentsherrschaft von heute ist ein notwendiger Übergang; der ehedem so arg überschätzte Parlamentarismus, der mit deutscher Demokratie nicht das Geringste zu tun hat, muß sich eben selbst erledigen. Freilich kostet das Opfer, aber wann mußten keine solchen gebracht werden, um einen Schritt nach vorwärts zu gelangen?

Was soll nun an Stelle des Parlamentarismus treten? Im Abschnitt „Der sterbende Parlamentarismus“ haben wir bereits auf die Notwendigkeit des Bestehens zweier Kammern, einer politischen und einer wirtschaftlichen, hingewiesen und der Anschauung Ausdruck verliehen, daß — entsprechend der Veranlagung unseres Volkes — die berufsständische Vertretung vermutlich dabei die größere Rolle spielen dürfte. In die eine wäre nach politischen, in die andere nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu wählen. Bis auf weiteres würden die politischen Parteien und die wirtschaftlichen Berufsverbände wohl die Grundlage für die Schichtung der Wählerschaft abgeben. Ob und inwieweit im Laufe der Zeit diese Gliederungen sich umwandeln müssen, steht dahin. Ganz verschwinden, wie eingefleischte Gegner des Parteienwesens meinen, werden sie wohl nie, da sie ja nicht ursprüngliche, sondern Begleiterscheinungen sind, Ausdrucksformen für durch Rasse und Lebensform bedingte Anschauungen. Schließlich ist alles Leben Kampf und daher auch der politische und wirtschaftliche Kampf eine Notwendigkeit und Mittel zur Weiterentwicklung. Aufgabe der Führerschaft ist es, dem Kampfe ein Ziel zu setzen, welches der Volksgesamtheit nützt und nicht schadet. Grundbedingung dazu ist das Wachrufen des Bewußtseins, daß wir alle Glieder einer Gesamtheit und mit ihr auf Gedeihen und Verderben verbunden sind. *Daß in einer deutschen Volksvertretung nur Deutsche sitzen dürfen, Fremdstämmige also ausgeschlossen sind, ist nach dem Vorhergesagten klar.* Schon dieser Umstand würde einen Großteil der heute üblichen gegenseitigen Verhetzung beseitigen.

Zu demselben Gegenstande macht unser Münchener Gesinnungsgenosse Dr. Tafel eingehend ausgearbeitete Vorschläge.[1]). Da uns die Partei nie Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck war und der nationale Sozialismus überhaupt keine Partei ist in dem Sinne, Stimmen für Sitze in den Volksvertretungen zu gewinnen, so können wir uns seine Anschauungen ruhig zu eigen

[1]) Dr. Paul Tafel: „Das neue Deutschland, ein Rätestaat auf nationaler Grundlage“. Deutscher Volksverlag, München.

machen, mögen auch die politischen Parteien von heute früher oder später daran zugrunde gehen.

Tafel will im deutschen Volke (worunter er nur Deutschblütige versteht) zweierlei Gliederungen durchgeführt wissen: Eine berufständische und eine politische. Beide gehen von der untersten Stufe, dem Orte, aus. Versinnbildlicht die berufständische in ihrer Spitze die Einheit des Reiches als Wirtschaftskörper, so trägt die politische wiederum der Stammeseigenart Rechnung. Das Deutsche Reich wäre also als Wirtschaftsmacht eine Einheit, politisch gewertet ein Bundesstaat, nicht der durch nicht immer glückliche Zufälle in unserer Geschichte entstandenen heutigen Bundesstaaten, sondern der natürlichen Grundlage unseres Volkes, der Stämme. Ein guter Gedanke fürwahr!

Die berufständische Gliederung beginnt in der Gemeinde. Alle werktätigen Deutschen einer Gewerbegruppe (Landwirtschaft, Verkehr, Volksbildung usw.), gleichgültig ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, treten zu „Ortsverbänden" zusammen und wählen in geheimer und unmittelbarer Wahl ihren Vorstand, den „Ortsrat". Jeder Ortsrat bestimmt aus seiner Mitte einen oder mehrere Vertreter für den „Bezirksrat", der wiederum einen Sitz im „Gaurat" inne hat. Aus den Gauräten geht der „Landesrat" und aus den Landesräten endlich der „Oberste Rat" der Gewerbegruppe hervor.

Die Spitze der berufständischen Pyramide bildet die „Reichswirtschaftskammer". In ihr ist jede Gewerbegruppe mit einer Stimme vertreten.

Damit die Wirtschaftskammer nicht ausartet und alle Macht an sich reißt und weil wir schließlich nicht bloß Erzeuger und Verbraucher, sondern auch Staatsbürger, Familienväter und Kulturmenschen sind, die außer wirtschaftlichen auch geistige Bedürfnisse haben, kurz, weil der Staat nicht — wie das Nomadenvolk aus dem Morgenland, das uns heute durch Walter Rathenaus Rassegenossen beherrscht, uns weismacht — bloß ein Warenhaus ist, so ist neben ihr noch als gleich geordnete Einrichtung eine „politische" oder „Volkskammer" notwendig. In diese sollen jedoch nach Tafel nicht die politischen Parteien unmittelbar ihre Vertreter entsenden, sondern er baut auch hier von Grund auf. Die „Urwählergemeinde" ist die Keimzelle der politischen Gliederung. Sie umfaßt alle Bewohner eines Stadtbezirkes oder einer Landgemeinde, einerlei welchen Alters und Geschlechtes, soferne sie deutscher Abstammung sind und an Staat oder Gemeinde eine wenn auch noch so geringe Abgabe entrichten.

Auf die Urwählergemeinde folgt der aus ihren Sendboten bestehende „Bezirksrat", auf diesen der „Kreisrat" (Provinz, Landschaft) und endlich die „Reichsvolkskammer".

Neben diese beiden Kammern, welche nicht als Parlamente, d. h. Stätten der Redekunst, sondern als Stätten der Arbeit gedacht sind, tritt die Regierung. Sie soll nicht bloß Vollzugsorgan des Willens der Kammern, sondern deren Mitarbeiterin und Führerin sein. Am deutlichsten träte das bei der Verfassung von Gesetzen in Erscheinung. Heute wird die Regierung gewöhnlich von der Volksvertretung aufgefordert, zu einer bestimmten Frage einen Gesetzentwurf vorzulegen. Nach Tafel träte gerade das Gegenteil ein: die Regierung fordert von einer oder beiden Kammern ein Gutachten, gibt ihm die Schlußfassung und legt es sodann dem Staatsoberhaupt zur Genehmigung vor. Das Volk machte also seine Gesetze tatsächlich selbst, was in der parlamentarischen Demokratie fast niemals der Fall ist.

Dem Staatsoberhaupt müßte, um von vorneherein Herrschaftsgelüste der Volksvertretung nicht aufkommen zu lassen, das Verneinungsrecht gegenüber allen Beschlüssen der Kammern zustehen. Um auch hier wieder keinen Mißbrauch der Führerschaft im Sinne von Herrschaftsbestrebungen aufkommen zu lassen, ist eine Einschränkung dieses Rechtes durch die „Volksabstimmung" (Referendum) und zwar „Volksbefragung" wie „Volksentscheid" geboten. Wie das Staatsoberhaupt genannt wird, ist wohl nach dem Vorhergesagten wirklich gleichgültig, denn der Staat, den wir soeben zeichneten, ist Republik, d. h. Volksstaat im altgermanischen Sinne, wenn auch ein „König" sein Oberhaupt ist. Es kann natürlich kein König von „Gottes Gnaden", sondern nur einer von „Volkes Gnaden" sein, gewählt durch Volksabstimmung. Nicht die Person des Trägers, sondern die Krone selbst ist ein Sinnbild des bei aller Mannigfaltigkeit einheitlichen künftigen Deutschen Reiches.

Und nun noch einiges über Zweck und Wirkungskreis der wirtschaftlichen und politischen Gliederung. Die Gewerbegruppe für das ganze Staatsgebiet wäre ihrem Wesen nach ein Selbstverwaltungskörper mit dem Zwecke, die Erzeugung und Verteilung der Güter auf die höchsterreichbare Stufe zu bringen. Sie ist gleichermaßen ein Wohlfahrtsverein, eine Erwerbsgenossenschaft, eine Innung (Zunft), ein Kartell. Ihre Untergliederungen hätten ebenfalls bestimmte Aufgaben — Regelung der fachlichen Ausbildung, der Arbeitsmöglichkeiten und dgl. — zugewiesen. Die

unterste Gruppe, der Ortsverband, ist von ganz besonderer Bedeutung. Sie dient in erster Reihe erzieherischen Zwecken. Ihr fällt in ihren regelmäßigen Versammlungen die Aufgabe zu, die Mitglieder über den Stand der eigenen und fremden Wirtschaft, alle Verbesserungen u. dgl. aufzuklären und das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit in allen wach zu rufen und zu erhalten. Gewiß würden zuerst die Gegensätze aufeinander platzen; bald aber würde das Gefühl des Verbundenseins sich durchringen.

Auch der Urwählergemeinde lägen hauptsächlich erzieherische Arbeiten ob. Sie wären natürlich politischer und vor allem kultureller Natur.

Der deutsche Rätestaat Tafels dünkt uns ein sehr glücklicher Gedanke zu sein. Wäre das heutige Deutsche Reich auf diesen Grundsätzen aufgebaut, so müßte es bald auf alle Außenposten eine unwiderstehliche Anziehungskraft ausüben. Das setzt natürlich eine Änderung des heutigen Systems knechtischer Unterwürfigkeit gegen alles Fremde und vor allem Beseitigung des jüdischen Einflusses voraus, der im neuesten Deutschen Reiche unumschränkt gebietet.

Schlußwort.

Unsere Betrachtungen sind nun abgeschlossen. Wir wollen der Hoffnung Ausdruck geben, unsere Anschauungen genügend klar zum Ausdruck gebracht zu haben.

Unserer Überzeugung nach kann unser Volk überhaupt nur im Zeichen des deutschen Sozialismus gesunden und zu neuer Weltgeltung gelangen, jenes Sozialismus, den wir als deutsches Wesen schlechtweg bezeichneten.

Warum bezeichnen wir das, was so durch und durch deutsch ist, nicht auch deutsch, warum wählten wir die Fremdworte „national" und „Sozialismus"? Otto Dickel nennt in seinem Buche „Auferstehung des Abendlandes" dasselbe „Deutsche Werkgemeinschaft". Wenn wir uns seine Namengebung nicht zu eigen machen, so hat das seine guten Gründe. Wer auf Massen wirken will — und wir wollen es — der muß ihnen die Dinge in der nun einmal seit Jahrzehnten eingelebten Form nahe bringen. Die Menge ist eben auf die Begriffe „Nationalismus" und „Sozialismus" eingeschworen. Im Mai 1918, als unsere Bewegung im ehemaligen Österreich ihren alten Namen „Deutsche Arbeiterpartei" ergänzte, um ihre Bestrebungen gleich von vornherein zu kennzeichnen, wurde alles Für und Wider reiflich erwogen. Wenn sich der damalige Reichsparteitag für die Bezeichnung „nationalsozialistisch" entschied, so lag der Hauptgrund

in dem Bestreben, nach allen Seiten verständlich zu sein. „National“ bedeutete im ehemaligen Österreich nie etwas anderes als „völkisch und judengegnerisch“. Der erste politische Verein der unter Schönerer entstandenen deutschvölkischen Richtung hieß „Deutschnationaler Verein für Österreich“. Das Wort „völkisch“ war zumindest in der Arbeiterbewegung durch ausgesprochen „gelbe“ Arbeitervereine nachgerade in Verruf gelangt. Und sozialistisch mußten wir uns deshalb nennen, weil sonst die durch die marxistische Schule gegangenen Massen unsere Bestrebungen nie recht verstanden hätten. Es mag bedauerlich sein, aber es ist nun einmal so, daß ein durch Jahrzehnte eingedrilltes Wort oft mehr sagt als ein ganzes Programm.

Wir greifen nochmals auf das Leitwort zurück, das wir Oswald Spenglers Schrift „Preußentum und Sozialismus“ entnahmen.

Es lautete: „Von innerem Range kann in Deutschland nur der Sozialismus in irgendeiner Fassung sein.“

Die Marxisten behaupten immer, es gäbe nur einen Sozialismus, den marxistischen, alles andere sei bloß Schwindel und Betrug. Seitdem es jedoch mehrere marxistische Richtungen gibt, die sich gegenseitig das Recht absprechen, Sozialisten zu sein, fällt es ihnen schwer, diese Behauptung aufrecht zu erhalten. Es hat auch tatsächlich vor wie neben dem Marxismus stets Sozialismus gegeben. Man verstand und versteht darunter Bestrebungen, welche darauf hinzielen, das Leben und Wirken des Einzelnen der Gesamtheit nutzbar, ihn zum Träger des Gesamtwillens zu machen. Die Gesamtheit übernimmt hinwiederum die Verpflichtung, sich des Einzelnen anzunehmen, ihn sittlich, geistig und wirtschaftlich zu stützen. Dies kann entweder aus rein materialistischen Erwägungen heraus, aus dem Gebote kristlicher Nächstenliebe oder endlich aus völkischen Gründen geschehen. Je nachdem hat man es mit jüdisch-marxistischem, kristlichem oder nationalem Sozialismus zu tun.

Unserer Meinung nach ist dieses Unterscheidungsmerkmal das wichtigste und nicht das einer mehr oder minder umfangreichen Vergesellschaftung. Denn diese ist ja nicht Selbstzweck, kann es nicht sein, wenn der Sozialismus eine Weltanschauung sein soll. Daß er eine solche darstellt, behaupten aber gerade jene, welche hinwiederum nur in der Vergesellschaftung aller Arbeitsmittel das Wesen des Sozialismus erblicken und jeder anderen Richtung das Recht absprechen, sich Sozialisten zu nennen, nämlich die Marxisten. Sie vertreten nur eine seiner Richtungen und zwar die ausgesprochen jüdische.

Die Schwäche des kristlichen Sozialismus liegt darin, daß er sich an das Mitleid mit den Armen wendet und für sie Barmherzigkeit anruft. Wie wenig das fruchtet, beweisen u. a. die mehrmaligen Zinsverbote der Kirche. Nicht um Mitleid handelt es sich in dieser Welt, sondern um Recht.

Alle nichtsozialistischen Parteien fußen im großen Ganzen auf dem „Individualismus", d. h. der Forderung nach möglichst unbeschränkter Freiheit und Ungebundenheit des Einzelmenschen. Wirtschaftlich äußert sie sich im Manchesterliberalismus und in weiterer Folge im Mammonismus. Der rücksichtslose Herrenmensch, den keine Gewissensbisse plagen, ist das Ziel, der Schwächere kommt dabei unter die Räder. Da nun der Jude der rücksichtsloseste ist, so kann er am besten dabei fahren. Ungewollt unterstützen daher auch alle nichtsozialistischen judengegnerischen Richtungen den Aufstieg des Judentums zur Weltherrschaft.

Was wir anstreben müssen, ist die Erziehung eines jeden Teiles unseres Volksganzen zur Einordnung in die Bedürfnisse der Gesamtheit, stärkste Ausprägung der Willenskraft bei gleichzeitiger Beseitigung jedes persönlichen Eigennutzes. Die Selbstlosigkeit, die Seelengröße eines Hindenburg ist ein rechtes Vorbild für Deutsche. An solchen Männern wird unser Volk wieder einmal gesunden, Sie werden es wieder einmal zur Höhe führen!

Die Einordnung in den Dienst der Gesamtheit soll und darf eben die Persönlichkeit nicht ertöten, denn ein Volk braucht Persönlichkeiten, ein geknechtetes Volk, wie das unsere, sogar mehr als jedes andere.

Der Heldengeist muß wieder in uns lebendig werden, mag auch ganz Israel mit seinem ethisch-ästhetisch angehauchten Gefolge entarteter Halbblütlinge über diese barbarische Geschmacksverirrung zetern!

Der Kampf mit allem Artfremden muß ausgefochten werden, soll das deutsche Volk wieder hinauf kommen. Es aber aus dem Elend der Gegenwart hinauszuführen, sei die Aufgabe des nationalen Sozialismus; der freie Mensch im freien Volk, das freie Volk auf freiem Grund das Ziel, das wir ihm stecken!

Höret seine Botschaft, scharet euch um seine Banner, kämpfet für ihn und sein Sieg wird auch der eure sein!

Es lebe das freie, soziale Alldeutschland!

